Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

28. Januar 1980
Jg. 8 Nr. 5

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

## In der Intensivierung der Arbeit ganz vorn

### Trotz Aufwertung der Mark konnten die BRD-Imperialisten ihre Marktanteile noch ausweiten

*z.frb.* „Schatten über der Wettbewerbskraft der deutschen Wirtschaft." So und ähnlich lauten die Parolen, mit denen die Kapitalisten gegenwärtig Schaum schlagen. Die geänderte Weltlage verlange Zurückhaltung bei den Löhnen, sekundiert die Staatsführung.

Wahr ist, kein anderes Land im Verein der imperialistischen Mächte ist so sehr den Geschicken des Weltmarktes ausgeliefert wie die BRD. Knapp 23% des Wertprodukts gehen in den Export. Und seit Beginn der 70er Jahre ist dieser Anteil um 6%-Punkte gestiegen, weit mehr als im Export-Rekord-Land Japan (+0,5) und den USA (+2,7). Vier Branchen vereinen ⅔ des Warenexports auf sich: Chemieindustrie, Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau, Elektrotechnik. Die Chemiekapitalisten erlösen 35% ihres Umsatzes in der Ausfuhr, die Maschinenbaukapitalisten 54%, die Kapitalisten des Fahrzeugbaus 50%, jene in der Elektrotechnik 29%. Die gesamte verarbeitende Industrie lieferte 1975 rund 29% ihres Wertprodukts ins Ausland, 1970 waren es noch 23% gewesen.

Sicherlich, auch die Importe sind gestiegen und ihr Anteil am Inlandsverbrauch von Industrieprodukten nahm von 17 auf 20% zu. Aber mit ihren Exportüberschüssen liegt die westdeutsche Kapitalistenklasse bis in die letzte Zeit hinein – bis zum dritten Quartal 1979 liegen Daten vor – ganz vorn. Seit Beginn der 70er Jahre hat nur Japan höhere Überschüsse erzielt. Dies alles trotz Aufwertung der D-Mark seit 1971.

Dennoch, die Lohnkosten seien zu hoch, gefährdeten die schöne Stellung auf den Weltmärkten, hört man aus den Villenvierteln. Insbesondere habe sich die Stellung gegenüber den USA vertauscht, denn die äußere Aufwertung der Mark hat auch die Relation der Löhne auf dem Weltmarkt verschoben, ohne daß diese sich im Innern geändert haben. So hat das wirtschafts-wissenschaftliche Institut der Kapitalisten errechnet, daß die Lohnkosten für die US-Kapitalisten von Rang 1 auf Rang 6 gefallen wären. Sie hätten mit Arbeitskosten pro Stunde zu rechnen, die einem Betrag von 17 DM entsprechen, während Westdeutschland zu jenen vier Ländern gehöre, in denen mit 20 DM zu rechnen sei.

Das Argument ist erhellend. Denn wo je haben die US-Imperialisten ihre Position vor 1971 gegenüber ihrer heutigen Stellung auf dem Weltmarkt bedauert? Umgekehrt ist es.

Die Sache ist etwa folgendermaßen. Die ganze Zeit, in der die US-Imperialisten zur Förderung ihres Kapitalexports und der Masse ihres Profits den Außenwert des Dollar hoch und damit u.a. die Mark niedrig hielten, trieben die westdeutschen Imperialisten die Intensivierung der Arbeit mit Riesenschritten voran. Sie trieben ihre Arbeiter zur Produktion einer größeren Menge von Waren in einer bestimmten Menge von Arbeitsstunden, als dies ihren Konkurrenten gelang. So konnten sie freilich billig anbieten und immer noch außerordentliche Profite machen. Schließlich haben die Ungleichgewichte, die sich hinter diesen Vorgängen verbargen, vermittelt durch die Bewegung des Kapitals über die Ländergrenzen hinweg das künstlich gehaltene Gefüge der alten Wechselkurse beseitigt. Und die BRD-Imperialisten wollten dies – was ökonomisch eine Angleichung der nationalen Währungen entsprechend der durch sie repräsentierten Arbeitsquanta war – auch. Denn erstens verteuerten sich zwar ihre Exportwaren, aber damit stieg auch die Masse Geldes, die sie dafür im internationalen Maßstab erzielten. (Man schaue nur, welchen Satz die westdeutschen Konzerne durch die Aufwertung der Mark in den Weltranglisten nach oben machten.) Zweitens konnten sie jetzt endlich in großem Maßstab zu Kapitalexport übergehen, was sie gerade in jenen Branchen und in jene Länder taten, in denen auch die Schwerpunkte des Warenexports liegen. Etwa 28% ihrer Lohnarbeiter beuten die industriellen Kapitalisten bereits im Ausland aus (Stand 1975).

Tatsächlich war der Vorsprung in der Intensität der Arbeit wie auch in der durch die Extraprofite finanzierten Produktivitätssteigerung so groß, daß durch die Verteuerung des Exports nach 1971 die Marktanteile der westdeutschen Imperialisten nicht zurückgingen, sondern noch gesteigert wurden. Obwohl Westdeutschland vom Sozialprodukt, das die Weltbank für die 14 größten Industrieländer ihrer Mitgliedschaft angibt, nur etwa 11% produziert, beträgt der Anteil am Export dieser Mächte über 17%. Anfang des Jahrzehnts war er bei 16,4% gelegen, stieg dann zu Beginn der Weltwirtschaftskrise 1973 über 17% und sank seither nicht mehr darunter. Die höchsten Anteile halten die westdeutschen Imperialisten im Maschinenbau (24,3%), kunststoffverarbeitende Industrie (24,8%), holzverarbeitende Industrie (23,6%), Straßenfahrzeugbau (21,7%), Elektrotechnik und Chemie (je 18,6%). Zugewonnen wurde dort, wo bislang keine Spitzenposition erobert war.

Weshalb also das ganze Geschrei vom „Hochlohnkostenland"? Auf der Jahrestagung des Wirtschaftsinstituts der Kapitalisten ward dies jüngst so erläutert: Der Lohnkostenstandard könne zur Achillesferse werden, wenn die gegebene Entwicklung der Lohnkosten in D-Mark anhalte und gleichzeitig die „Produktivitätsentwicklung" nicht mithalte. Wichtige Tendenzen bedrohten, was die Kraft der BRD im internationalen Wettbewerb ausmache: die Fähigkeit zu intensiver Nutzung und Umgruppierung ihrer produktiven Kräfte. Eine solche Bestrebung sei die gewerkschaftliche Forderung nach „sozialer Beherrschung der Produktivität". Mithin, die Kapitalisten trommeln gegen die Geldsumme des Lohnes, um bei der verbrecherischen Intensivierung der Arbeit voranzuschreiten. Die westdeutschen Gewerkschaften mögen international in der Rolle des Lohnführers erscheinen, im Kampf gegen die Intensivierung der Arbeit haben sie international eine Flanke offen gelassen. So aber wird nicht nur der Lohn, sondern die Lebenskraft der Arbeiterbevölkerung überhaupt beschnitten.

### Mexiko: Streitkräfte an Grenze zur USA in Alarmbereitschaft

*z.dab.* Die mexikanische Regierung hat sich darauf vorbereitet, die Besetzung ihrer Ölfelder durch die US-Imperialisten zu verhindern. 120000 Soldaten beobachten seit einem halben Jahr die Grenze zur USA, Teile der Armee, Marine und Luftwaffe stehen seither in dauernder Alarmbereitschaft. In der sich zuspitzenden Rivalität mit den Sozialimperialisten hat die Carter-Regierung Mexiko jetzt gedroht, dessen Erdöl als „Angelegenheit der nationalen Sicherheitspolitik" zu betrachten. Zur Sicherung der strategischen Reserven der US-Imperialisten soll Mexiko den täglichen Export von jetzt 600000 Faß auf 6 Mio. steigern und zudem billig verkaufen. Präsident Portillo hat diese Anmaßung als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Mexikos zurückgewiesen und gedroht, den Ölexport ganz einzustellen.

### Kuba: Söldnerdienste kommen teuer zu stehen

*z.krk.* Anfang Dezember begründete Castro die schweren Einbrüche in der Wirtschaft des Landes u.a. damit, daß kubanische Arbeiter „als Mitkämpfer oder als Bauarbeiter" im Ausland „andere Aufgaben erfüllen" oder „Brükken und weitere Vorhaben wie in Afrika und Vietnam bauen". Gleichzeitig kündigte Castro-Bruder Raul Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Bekämpfung von Schlendrian, Fehlzeiten, Disziplinlosigkeit und Korruption an, nach bereits erfolgter Verschärfung der Arbeitsgesetzgebung. Mitte Dezember entließ Castro den Innen-, Gesundheits- und Transportminister. Im Januar übernahm er selber das Verteidigungs-, Innen-, Gesundheits- und Kulturressort. Entlassen wurden insgesamt 9 Minister sowie der Vorsitzende des staatlichen Komitees für Arbeit und der Generalstaatsanwalt.

### Südkorea erklärt Bereitschaft zu Wiedervereinigungsgesprächen

*z.coi.* Auf einer Pressekonferenz am 18. Januar bestätigte der südkoreanische Staatspräsident Choi das Angebot der Regierung der DRV Korea, Verhandlungen auf Regierungsebene über die Wiedervereinigung beider Landesteile zu führen, und kündigte eine baldige formelle Antwort an. In einem Brief an den südkoreanischen Ministerpräsidenten Shin Hyon hatte der Vorsitzende des Administrativrates der DRV Korea, Li Jong u.a. geschrieben: „Wir befinden uns jetzt an einem entscheidenden Wendepunkt, wo die sehr komplizierte Lage in unserem Land die Zeit signalisiert und uns ein Alarmsignal erneut auffordert, die auswärtigen Kräfte zurückzuweisen und ohne Verzögerung den Weg für die Wiedervereinigung zu ebnen ... Wir schlagen ein direktes Treffen mit Ihnen zu einem vorbehaltlosen Meinungsaustausch vor."

### Das kampucheanische Volk greift an allen Fronten an

*z.mam.* Durch die heftigen Angriffe der Volksmassen in allen Teilen des Landes gelingt es den vietnamesischen Aggressoren nicht, sich zu der geplanten Großoffensive zu formieren, die insbesondere den Nordwesten an der Grenze zu Thailand abriegeln sollte. In der südlichen Provinz Kompot z.B. hat die Bevölkerung 5 vietnamesische Gemeinde- und einen Bezirksvorsteher erschossen; in der zentralen Provinz Kratie benutzen die Bauern die Minen der Aggressoren, die sie von der Ernte in den Reisfeldern abhalten sollen, zum Angriff auf die feindlichen Truppen. Gestützt auf diese Kämpfe gelingt es der Nationalen Armee im Nordwesten, den Feinden täglich um 500 Verluste beizubringen. – Der UNO-Generalsekretär ist jetzt nach Thailand gereist, um die Durchsetzung der Resolution vom 21.9.79 über den Abzug der vietnamesischen Truppen zu fördern.

### Republik Irland: Über 700000 demonstrierten gegen die Ausplünderung durch die Lohnsteuer



Mehr als 700000 Lohnabhängige, Schüler und Studenten demonstrierten letzten Dienstag gegen die Lohnsteuerausplünderung. Die Republik Irland hat 3,2 Mio. Einwohner. Die Demonstrationen waren die größten in der Geschichte Irlands. In allen Betrieben wurde gestreikt. Der Gewerkschaftsbund ICTU fordert u.a. eine Erhöhung der Steuerfreibeträge um ⅓ (z.Zt. ca. 350 DM im Monat für Alleinstehende, ca. 700 DM für Verheiratete) und höhere Steuern für die Kapitalisten. 660 Mio. Punt trieb die Regierung letztes Jahr an Lohnsteuer ein, gegenüber 120 Mio. Punt 1972. Irland mußte 1979 512 Mio. Punt als Zins und Rückzahlung auf die Staatsschuld an die Imperialisten zahlen. *Foto: Eamonn O'Dwyer (IFL)*

## Islamische Konferenz gegen sozialimperialistische Aggression

### Sowjetische Drohungen und Erpressung / Erfolge im nationalen Widerstandskrieg der afghanischen Volksstämme

*z.pel.* Die sozialimperialistischen Invasoren sind auch in der vierten Woche ihres Einfalls in Afghanistan bei der Niederschlagung des bewaffneten Widerstandes des afghanischen Volkes nicht entscheidend vorangekommen. Im Gegenteil. Der strenge Winter in den meisten Provinzen des Landes hält sie noch mehr in den von ihnen besetzten größeren Städten und entlang der wenigen Hauptverkehrsstraßen fest, während die Guerilla verstärkt zu Angriffen auf die Besatzerstreitmacht übergeht und den Kampf dabei bis an die Hauptstadt Kabul heranträgt. 2000 sowjetische Soldaten sollen bis jetzt außer Gefecht gesetzt worden sein. In den Städten nimmt der nationale Widerstand zunehmend organisierte Formen an. Die Zeitung „Le Monde" meldet, daß in Kabul in jeder Nacht Tausende von politischen Flugschriften auftauchen, die die Volksmassen mit den notwendigen Informationen versorgen. In Herat im Westen des Landes steigen allabendlich Zehntausende von Einwohnern auf die Dächer ihrer Häuser, um von dort gegen die Besatzer zu demonstrieren. Neben der afghanischen Armee ist auch die Zivilverwaltung zunehmend paralysiert, eilends eingeflogene sowjetische „Beamte" haben einen Großteil der Kaderfunktionen übernommen.

Der Plan der Sozialimperialisten, die Marionette Karmal als „Retter der nationalen Einheit" zu installieren und so u.a. gegenüber der Dritten Welt die Aggression zu bemänteln, ist gründlich schiefgegangen. Da wird auch die Färbung der Nationalfahne von rot in grün nichts mehr ändern. Die Verurteilung der sowjetischen Aggression durch die Staaten der Dritten Welt ist massiv. Der iranische Revolutionsrat hat in dieser Woche ausdrücklich die Ende letzten Jahres vorgenommene Kündigung des Freundschaftsvertrages, der die Möglichkeit des Einsatzes sowjetischer Truppen in Iran vorsieht, bestätigt. Auf Antrag Saudi-Arabiens und Bangladeshs ist für den 26.1. die Islamische Konferenz nach Islamabad einberufen, um über gemeinsame Maßnahmen gegen die sozialimperialistische Aggression zu beraten.

36 von 42 Mitgliedern dieser 1969 nach der Brandstiftung in der Al Akba Moschee von Quods gegründeten Organisation islamischer Staaten hatten bis Freitag ihre Teilnahme zugesagt. Sowjetaußenminister Gromyko drohte: „Antisowjetische Anwürfe sind sehr in Mode. Selbst in Iran heben einige die antisowjetischen Anschuldigungen hervor, (andere) Staaten ziehen es vor, Beobachter zu spielen, obwohl offensichtlich ist, daß die militärischen Aktionen der USA schwerwiegende Folgen haben, nicht nur für Iran." Daß Carter mit dem Kriegssäbel rasselt, die amerikanische Flotte im Indischen Ozean verstärkt, Pakistan anstachelt und Israel wie das Sadat-Regime weiter massiv aufrüstet, um das palästinensische Volk niederzuhalten, wollen die Sozialimperialisten nutzen, um besonders die arabischen Staaten unter ihr Gefolge zu zwingen. Syrien und Südjemen haben die Teilnahme an der Konferenz abgesagt, weil sie am Tage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Ägypten stattfinde und vom Hauptkampf in Palästina ablenke. Kurz vorher soll eine Breschnew-Botschaft eingetroffen sein. Iran hat jetzt die Verschiebung um einen Tag vorgeschlagen. Die Bedingungen, die Einheit der Völker der Dritten Welt im Kampf gegen beide Supermächte zu stärken, sind in jedem Fall gut.

### Sozialimperialistische Aggressionstruppen in Afghanistan überall in Kämpfe verwickelt



Partisanen nehmen die sowjetischen Stellungen überall unter Feuer, hier ein Angriff in der Nähe von Herat, 13. Januar. Weitere Aggressionstruppen mußten eingeflogen werden, in Kabul patroullieren wieder sowjetische Panzer.

*z.hej.* **Am Montag und Dienstag letzter Woche war Genscher bei Carter, um ,,Solidarität" mit dem US-Imperialismus zu bekunden.** Über Einzelheiten unterrichtete Genscher am Mittwoch das Bundeskabinett: Ein Globalkonzept zur Sicherung der atlantischen Interessengemeinschaft sei zwar noch nicht entwickelt, man müsse sich aber auf Opfer einstellen, im Moment gelte das Konzept der Schadensbegrenzung und der Arbeitsteilung, wird es geheißen haben. Regierungssprecher Grünewald gab danach die ersten Aufgaben der westdeutschen Imperialisten bekannt: 1. die deutsche Beteiligung an einer weiteren außerordentlichen Finanzhilfe für die Türkei, 2. den Anteil der BRD an einer finanziellen Konsolidierungsaktion für Pakistan und 3. wirtschaftliche und politische Kooperation der Gemeinschaft mit den Golf-Staaten unter Einschluß des Irak. Bereits 1979 hatten die BRD-Imperialisten 380 Mio. DM von den insgesamt 1 Milliarde DM Soforthilfe an die Türkei gereicht, für dieses Jahr waren schon 400 Mio. DM im Gespräch. Für Pakistan soll es um gesamt 600 Mio. Dollar gehen. Die Wünsche von Carter an Genscher sollen nahezu ausschließlich militärischer Natur gewesen sein. Daraus folgten wohl auch die für ,,vertraulich" erklärten Unterredungen bei Kanzler Schmidt, sowohl mit den Alt-Bundeskanzlern und Außenministern, führenden SPD-Spitzen und Gewerkschaftsführern als auch mit Strauß und Kohl. Bedrohlich viele Gemeinsamkeiten.

*z.eve.* **Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat gemeldet, daß sie seit ihrem Bestehen die höchste Mitgliederzahl hat, 192962 Lehrer sind in der DGB-Gewerkschaft organisiert.** 1976 waren noch 150954 Mitglieder. Ein Zuwachs von 28% also, wobei die Beschäftigten an den Schulen von 1976 bis 1978 um ca. 6,4% zugenommen haben. Von 1976 auf 77 sind nur 1752 Lehrer mehr in der GEW organisiert worden, von 77 auf 78 23360 und von 78 auf 79 16869 Lehrer. Ganz ohne Zweifel ist diese Zunahme damit zu erklären, daß die GEW die Kämpfe der Lehrer um kürzere Arbeitszeit und um eine bessere Besoldung unterstützt. Der Dienstherr geht in seinen Rechtsgrundlagen davon aus, daß für die Beamten das Alimentationsprinzip gilt, daß sie Kämpfe also nicht nötig haben, sondern vom Staat versorgt werden. Unter diesem Deckmantel wurden bis 1965 z.B. bei den Bundesbeamten die Gehaltserhöhungen teilweise nicht jährlich vorgenommen. Noch im letzten Jahr haben Bund, Länder und Gemeinden versucht, die Gehaltserhöhung bei den Beamten niedriger zu halten, als bei den übrigen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes. Damit sind sie aber nicht durchgekommen, anders als in den 50er und 60er Jahren.

Ein Zuwachs von 28% also, wobei die Beschäftigten an den Schulen von 1976 bis 1978 um ca. 6,4% zugenommen haben. Von 1976 auf 77 sind nur 1752 Lehrer mehr in der GEW organisiert worden, von 77 auf 78 23360 und von 78 auf 79 16869 Lehrer. Ganz ohne Zweifel ist diese Zunahme damit zu erklären, daß die GEW die Kämpfe der Lehrer um kürzere Arbeitszeit und um eine bessere Besoldung unterstützt. Der Dienstherr geht in seinen Rechtsgrundlagen davon aus, daß für die Beamten das Alimentationsprinzip gilt, daß sie Kämpfe also nicht nötig haben, sondern vom Staat versorgt werden. Unter diesem Deckmantel wurden bis 1965 z.B. bei den Bundesbeamten die Gehaltserhöhungen teilweise nicht jährlich vorgenommen. Noch im letzten Jahr haben Bund, Länder und Gemeinden versucht, die Gehaltserhöhung bei den Beamten niedriger zu halten, als bei den übrigen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes. Damit sind sie aber nicht durchgekommen, anders als in den 50er und 60er Jahren.

*z.wes.* **Südkoreanische Bergarbeiter bekämpfen ihre besondere Ausbeutung, politische Unterdrückung und Kasernierung.** Zu Beginn dieses Jahres haben sie eine Unterschriftensammlung begonnen unter den Forderungen: ,,Aufhebung der Dreijahresbeschränkung, Gleichbehandlung mit den Ausländern aus den Nicht-EG-Ländern, qualifizierte und technische Ausbildung und gleiche soziale und arbeitsrechtliche Behandlung wie alle Bergarbeiter". Im letzen Jahr beteiligten sich in Dortmund südkoreanische Bergarbeiter an der 1. Demonstration. Beschäftigt sind die Südkoreaner hauptsächlich in den Niedriglohngruppen. Die besondere Unterdrückung in westdeutschen Bergwerken ist Ergebnis einer Abmachung zwischen der Bundesregierung und der südkoreanischen Clique. Mit der Abmachung sichern sich die Bergbaukapitalisten die Zufuhr junger Arbeitskräfte aus Südkorea, nachdem sie dort gesundheitlich und politisch untersucht wurden. Auf drei Jahre ist ihre Arbeitserlaubnis begrenzt, und sie sind gebunden an einen bestimmten Kapitalisten. Will es der Kapitalist, müssen sie in betrieblichen Wohnheimen leben und essen, auf jeden Fall bezahlen. Alle Sozialbezüge gehen nicht an entsprechende Kassen, sondern in einen Sonderfond, aus dem die Ausgaben bezahlt werden, der Überschuß wird der südkoreanischen Regierung überwiesen. Eine besondere Rolle spielt noch der betriebliche Dolmetscher. Dieser ist meistens ein schon länger in der BRD lebender Südkoreaner, der den Kapitalisten von der südkoreanischen Botschaft empfohlen wird. Betriebe, Behörden und Ämter verlangen seine Anwesenheit, wenn sie mit den koreanischen Arbeitern verhandeln, und er ist verantwortlich in den Wohnheimen. In Form von Berichten leisten diese Dolmetscher Spitzeldienste für die südkoreanische Botschaft. Durch Abschiebungen nach Südkorea sollen die Kämpfe zerschlagen werden. Der Vertrag zwischen der BRD und Südkorea verpflichtet die südkoreanische Regierung, sie ,,jederzeit formlos zurückzunehmen".

*z.mam.* **Nach der neuen Rechtsverordnung vom Ehrenberg-Ministerium soll die Arbeitslosenversicherung durch längere Zahlung von Kurzarbeitergeld noch mehr geplündert werden.** Nach dem Arbeitsförderungsgesetz, §67, war die Zahlung von Kurzarbeitergeld auf 6 Monate beschränkt, wobei allerdings ,,außergewöhnliche Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt" die Zahlung auf 12 Monate verlängern konnten. Ganz abgesehen davon, daß Kurzarbeitergeld zwecks Einsparung von Lohngeldern nach 3monatiger Unterbrechung stets wieder neu von den Kapitalisten beantragt werden konnte. Mit der Verordnung vom 7.1.80 wurde die Frist für die Zahlung allgemein auf 18 Monate verdreifacht. Für Arbeitsamtsbezirke wie Bonn, Darmstadt, Dortmund, Passau u.a. wurde die Frist auf 21 Monate verlängert und für andere wie Aachen, Braunschweig, Essen, Mannheim u.a. auf 24 Monate. Dabei handelt es sich durchweg um Bezirke mit einer hohen Anzahl von Betrieben, die kurzarbeiten lassen, wie in Nordrhein-Westfalen, das mit 330 Betrieben und 27651 Beschäftigten im Oktober 1979 an der Spitze lag.

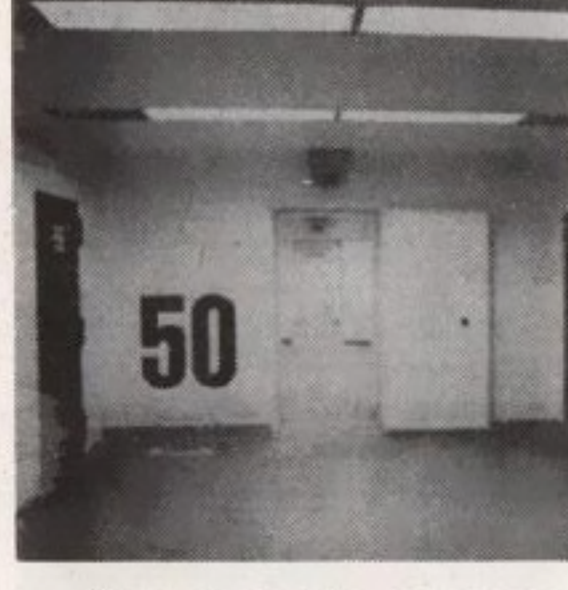
*z.eve.* **Rund 1,3 Mio. DM hat die Bundesanstalt für Arbeit an Schlechtwettergeld für die Schlechtwetterzeit 1978/79 an die Bauarbeiter gezahlt.** Die Baukapitalisten lassen aus der Arbeitslosenkasse zahlen. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 700 Mio. DM mehr ausgezahlt. In ihrem Rundschreiben weist die Bundesanstalt für Arbeit darauf hin, daß die Förderzeit durch Gesetzesänderung bis zum 31. März verlängert worden ist. Die Arbeiter bekommen statt des regulären Lohns bei witterungsbedingtem Arbeitsausfall 68% des Nettolohns ausgezahlt. Ende vergangenen Jahres haben in Wilhelmshaven die ca. 300 Arbeiter der Arge-Brückenbau die Sicherung der Lohnfortzahlung durch die Kapitalisten ein Stück weit durchgesetzt. Sie haben erreicht, daß die Arge-Kapitalisten an jeden Arbeiter 1,85 DM mehr zahlen mußten, als der Schlechtwettergeldsatz des Arbeitsamtes beträgt.

*z.kam.* **Teilzeitarbeit mit Teilzeitrente nach dem 60. Lebensjahr, ,,um einen gleitenden Rückzug aus dem Arbeitsprozeß zu ermöglichen", schlägt Cronenberg (FDP) vor.** Er will damit dem ,,Rentnerschock", dem ,,für viele Menschen nur schwer verkraftbaren Einschnitt beim Übergang vom Erwerbs- zum Rentnerleben", zu Leibe

mehr ausgezahlt. In ihrem Rundschreiben weist die Bundesanstalt für Arbeit darauf hin, daß die Förderzeit durch Gesetzesänderung bis zum 31. März verlängert worden ist. Die Arbeiter bekommen statt des regulären Lohns bei witterungsbedingtem Arbeitsausfall 68% des Nettolohns ausgezahlt. Ende vergangenen Jahres haben in Wilhelmshaven die ca. 300 Arbeiter der Arge-Brückenbau die Sicherung der Lohnfortzahlung durch die Kapitalisten ein Stück weit durchgesetzt. Sie haben erreicht, daß die Arge-Kapitalisten an jeden Arbeiter 1,85 DM mehr zahlen mußten, als der Schlechtwettergeldsatz des Arbeitsamtes beträgt.

*z.kam.* **Teilzeitarbeit mit Teilzeitrente nach dem 60. Lebensjahr, ,,um einen gleitenden Rückzug aus dem Arbeitsprozeß zu ermöglichen", schlägt Cronenberg (FDP) vor.** Er will damit dem ,,Rentnerschock", dem ,,für viele Menschen nur schwer verkraftbaren Einschnitt beim Übergang vom Erwerbs- zum Rentnerleben", zu Leibe rücken. Denn – so Cronenberg –: ,,Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Auch nicht im Rentenalter." Ein bißchen arbeiten könnte er sicher noch, Teilzeitarbeit wäre da das richtige und dem Kapitalisten eine erfahrene und dazu billige (wenn auch lädierte) Arbeitskraft recht. Der immer schnellere Verschleiß der Arbeitskraft zwingt zu vorzeitigen Renten. So ist auch die Anzahl der Arbeiterrenten an 60- bis 65jährige von 1973 bis 1979 um 116%, die der Angestelltenrenten sogar um 144% gestiegen. Erwerbsunfähigkeitsrenten werden nur bewilligt, wenn kein Angebot auf einen (Teilzeit-)Arbeitsplatz vorliegt, und können wieder gestrichen werden. Die Rentenhöhe bei vorzeitigem Rentenanspruch ist jedoch so gering, daß der FDP-Vorschlag durchaus gelingen könnte, weil viele Rentner einen Nebenverdienst suchen müssen, um finanziell über die Runden zu kommen. Richtig ist es dagegen, für die Senkung des Rentenalters bei gleichzeitiger Erhöhung der Renten einzutreten.

*z.gug.* **Der Sicherheitstrakt der Haftanstalt Berlin Moabit, in den am 19. Januar elf von der Bourgeoisie als ,,mutmaßliche Terroristen" bezeichnete Gefangene eingesperrt wurden, gehört geschlossen!** Bei der Zwangsverlegung der widerstandleistenden Gefangenen wurden mehrere von ihnen erheblich verletzt. Der Sicherheitstrakt trennt die Gefangenen vollständig von der übrigen Haftanstalt und den Gefangenen. Er umfaßt 27 Zellen, sie sind mit Neon beleuchtet, natürliches Licht kann nicht eindringen. Die Aufenthaltsräume (Bild) sind mit Kameras neben Fernsehgerät und Seitenwänden versehen, an der Decke hängen Lautsprecher- und Mikrophonanlagen, worüber der Gefangene angerufen bzw. abgehört werden kann, letzteres wird durch eine Signallampe angezeigt. Die Besuchszimmer haben in ihrer Mitte eine Trennscheibe. Verhandelt der Verteidiger mit seinem Mandanten, will er ihm z.B. schriftlich etwas zur Kenntnis geben, muß er dies an einer Holzhalterung an die Schiebe halten. 225 Menschen, darunter bekannte Persönlichkeiten, haben in Westberlin in einer Zeitungsanzeige gegen den Sicherheitstrakt Stellung bezogen, in dem Gefangene ,,lebendig begraben" werden.




*z.gkr.* **Die vietnamesische Botschaft reagiert auf die Briefe aus Betrieben, Schulen etc. gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression mit einem Schreiben.** Während darin einerseits altbekannte Vorwürfe wiederholt werden, wird andererseits, verstärkt durch das beigelegte ,,Weißbuch. Die Wahrheit über die vietnamesisch-chinesischen Beziehungen in den letzten 30 Jahren", der Kern der Rechtfertigungsversuche deutlich: ,,Der Pekinger Expansionismus witterte die Nachkriegszeit in Vietnam aber als die beste Gelegenheit für ihn, das von den USA ,hinterlassene Vakuum zu füllen'." Dazu benutze er Kampuchea. Während nun aber China bekanntermaßen keinerlei Truppen auf fremdem Boden stehen hat, gibt die Botschaft unumwunden zu: ,,Unter solchen Umständen war die Zerschlagung der Pol Pot-Aggressionsarmee durch Vietnam im Sinne der nationalen Selbstverteidigung notwendig." Zu diesem Zweck haben sie jetzt 200000 Mann in Kampuchea stehen, die sie gleich abziehen würden, ,,sobald keine Aggressionsgefahr mehr für Kampuchea besteht". Nach Definition der vietnamesischen Aggressoren geht die ,,Aggression" von innen, vom Widerstand des kampucheanischen Volkes, aus und von außen, durch die ,,ausländische Aggression – diesmal ausdrücklich des chinesischen Expansionismus", also die revolutionäre Politik der VR China. Voraussetzung für Truppenabzug: Beendigung des Widerstands gegen die vietnamesische Aggression durch das kampucheanische Volk und Beseitigung des revolutionären China. Also niemals freiwilliger Abzug.

*z.kbw.zk.Frankfurt.* **,;1. Es war absehbar, daß der Boykott der Olympischen Spiele in Moskau durch die sowjetische Aggression auf die Tagesordnung gesetzt wird.** Carter hat jetzt dabei die Führung ergriffen, und in der Bundesrepublik hat sich die CDU-CSU-Opposition zum Fürsprecher aufgeworfen. Der US-Imperialismus wirft den Boykott der Olympischen Spiele als propagandistischen Gegenschlag der US-Supermacht gegen den Rivalen auf, die CDU-CSU-Opposition als Frage der Solidarität mit der einen Supermacht gegen die andere. Die Frage wie man sich dazu verhalten soll, wird damit akut. – 2. Welche Stellung soll die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik einnehmen? Soll sie zum Vorkämpfer des Boykotts der Olympischen Spiele in Moskau werden, soll sie die ,,Entspannungspolitik" verteidigen, die durch einen Boykott nur ,,weiter gefährdet" würde oder soll sie sich auf den Standpunkt stellen, daß die Entwicklung der politischen Lage in der Welt mit der Durchführung der Olympmischen Spie-

# Der Staat feilt seinen Spitzelapparat

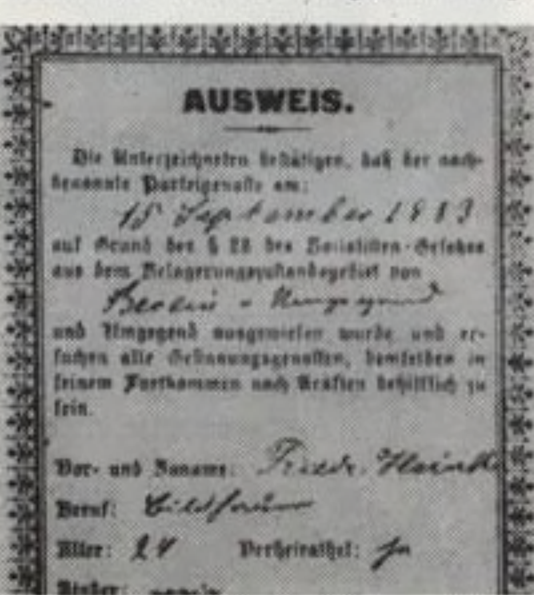
## Ausweisgesetz verabschiedet / Melderechtsrahmengesetz vorgelegt

*z.gug.* Der Bundestag hat das Gesetz über Personalausweise verabschiedet. Im Oktober 1981 werden die neuen Ausweise eingeführt, von denen Prof. Dr. Bull, Beauftragter für Datenschutz, in seinem am 18.1. vorgelegten Tätigkeitsbericht ausführt: ,,Entscheidend ist ..., daß für eine Vielzahl von Personen eine nach derselben Systematik zusammengesetzte, computergerechte Datenfolge zu eindeutigem Identifizierungsmittel gemacht wird."

Die computerlesbaren Ausweise funktionieren ähnlich wie die neu eingeführten Leihausweise und Lesegeräte in Stadtbüchereien, nur daß anstelle der Daten des Buchausleihers über die zukünftigen Ausweislesegeräte in Polizeiwagen und -dienststellen bei den Meldebehörden, dem BKA, dem Verfassungsschutz oder dem MAD gespeicherte Daten abgerufen werden. Gleichzeitig mit der Verabschiedung des Ausweisgesetzes hat die Regierung den Entwurf eines Melderechtsrahmengesetzes vorgelegt.

Eine Meldepflicht hatte erstmals der preußische König 1842 für die Bevölkerung bestimmt. Neben der Kontrolle wurde die Meldepflicht vor allem dazu benutzt, unliebsame Leute aus den Bezirken fernzuhalten. Bismarck vervollkommnete dies mit dem §28 des Sozialistengesetzes, nach dem ,,Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, der Aufenthalt in den Bezirken oder Ortschaften versagt werden kann". Das neue Melderechtsrahmengesetz wird die seit 1950 auf Länderebene geregelte Meldepflicht bundesweit vereinheitlichen. Nach dem Gesetz dürfen alle Daten über Ausnahmeregelungen erfaßt und gespeichert und im Wege der Amtshilfe an ,,Behörden und sonstige öffentliche Stellen" und ,,an Personen und andere nicht-öffentliche Stellen" übermittelt werden. Gängige Daten, wie z.B. der Wohnort, und besondere Daten, wie z.B. Demonstrationsteilnahme, werden getrennte Dateien füllen. Ein angeblicher Schutz des Meldegeheimnisses besteht in der Verpflichtung der Beschäftigten, bei Strafe Stillschweigen über die Behördenpraxis zu bewahren.

Ansonsten bestimmt der §18: ,,(2) Die Übermittlung weiterer ... Daten ... ist nur dann zulässig, wenn ... der Empfänger 1. ohne Kenntnis der Daten zur Erfüllung einer ihm durch Rechtsvorschrift übertragenen Aufgabe nicht in der Lage wäre." Verfassungsschutz, MAD, BND, BKA oder Generalbundesanwalt müssen lediglich eine Aktennotiz bei gegenseitigem Datenabruf anfertigen. Neben den Staatsschutzbehörden haben die Kirchen das Recht, Personendaten abrufen zu lassen und zwar sowohl die von Kirchenmitgliedern als auch von Nichtmitgliedern, damit, so die Begründung, die Kirchen mit ihnen in Kontakt treten können. Zur Erfassung der Mitglieder jeglicher Organisationen der Arbeiterklasse und des Volkes, die ,,durch mindestens ein gemeinsames Merkmal miteinander verbunden" sind, das dann abgerufen wird, bestimmt der §21: ,,Melderegisterauskunft über eine Vielzahl nicht namentlich bezeichneter Einwohner (Gruppenauskunft) darf nur erteilt werden, soweit sie im öffentlichen Interesse liegt."


AUSWEIS.

Die Unterzeichneten bestätigen, daß der nachbenannte Parteigenosse am:

15 September 1883

auf Grund des § 28 des Sozialisten-Gesetzes aus dem Belagerungszustandsgebiet von

Berlin - Umgegend

und Umgegend ausgewiesen wurde und ersuchen alle Gesinnungsgenossen, demselben in seinem Fortkommen nach Kräften behilflich zu sein.

Vor- und Zuname:

Beruf:

Alter: 24 Verheirathet: ja



Ausweis der Sozialdemokratischen Partei für ausgewiesene Parteigenossen (links); rechts: Karikatur ,,Bismarck ohne Maske", aus: Der Wahre Jakob

# Philips Niederlande reorganisiert

Vorerst 1500 Entlassungen geplant / Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer

*z.scc.* Kein Zweifel, mit der Ankündigung von 1500 Entlassungen hat das niederländische Elektromonopol Philips in der vorletzten Woche den Vorhang über seinen Reorganisationsabsichten lediglich ein wenig gelupft. Dieser Ankündigung zufolge sollen einzelne Werke und Abteilungen in Eindhoven, Stadskanaal, Heer/Maastricht und Winschoten geschlossen bzw. zum Teil verlagert, einige Produktionen gänzlich eingestellt, andere wie z.B. die Schwarz-Weiß-Fernsehröhren- oder die Video-Kassettenrekorder-Produktion in wenigen Produktionsstätten konzentriert werden.

Mit den aus der Ausbeutung von über 100000 Lohnabhängigen in den Niederlanden – immerhin rund 9% der Lohnabhängigen in der Industrie – gepreßten Profiten hat sich der Philips-Konzern ein mächtiges Imperium

schen offenes Geheimnis, daß die jetzt angekündigten Reorganisationsmaßnahmen lediglich Vorgeplänkel zu längst beschlossenen Massenentlassungen sind, die dieses Heer in den nächsten Jahren um noch einmal 20000 Lohnabhängige verringern sollen.

Die ,,Möglichkeiten in vielen Entwicklungsländern" machten die Reorganisation des niederländischen Hauptstützpunktes unvermeidbar, kündigte der Philips-Verwaltungsrat die gleichzeitige Kapitalexportoffensive in Niedriglohnländer an. Neben den Niedrigstlöhnen locken nicht zuletzt die wachsenden Märkte v.a. in Asien und Südamerika, umso mehr, je mehr sich der Weltmarkt insgesamt verengt.

Eines dieser Kapitalexportprojekte ist z.B. der Ausbau der brasilianischen Tochtergesellschaft Philips Electronica

Trotz der schließlichen Zusage weht dem imperialistischen Monopol der Wind ins Gesicht. Mit breiter Unterstützung forderte etwa der Senator von Sao Paulo die Regierung kürzlich auf, ihre Zustimmung zurückzuziehen, da Philips das Streben Brasiliens, ,,eine selbständige Technologie auf diesem Gebiet zu entwickeln", aufs höchste gefährde.

Die niederländische Industriegewerkschaft FNV hat ,,harte Aktionen" bis zu Streik gegen Reorganisation und Entlassungen angekündigt. Die Christliche Gewerkschaft CNV fordert den Europäischen Gewerkschaftsbund zu gleichzeitigen 24-Stunden-Streiks in allen europäischen Philips-Niederlassungen auf. Die Beschäftigten des von Schließung bedrohten Maastrichter Werkes, über-

# Philips Niederlande reorganisiert

## Vorerst 1500 Entlassungen geplant / Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer

*z.scc.* Kein Zweifel, mit der Ankündigung von 1500 Entlassungen hat das niederländische Elektromonopol Philips in der vorletzten Woche den Vorhang über seinen Reorganisationsabsichten lediglich ein wenig gelupft. Dieser Ankündigung zufolge sollen einzelne Werke und Abteilungen in Eindhoven, Stadskanaal, Heer/Maastricht und Winschoten geschlossen bzw. zum Teil verlagert, einige Produktionen gänzlich eingestellt, andere wie z.B. die Schwarz-Weiß-Fernsehröhren- oder die Video-Kassettenrekorder-Produktion in wenigen Produktionsstätten konzentriert werden.

Mit den aus der Ausbeutung von über 100000 Lohnabhängigen in den Niederlanden – immerhin rund 9% der Lohnabhängigen in der Industrie – gepreßten Profiten hat sich der Philips-Konzern ein mächtiges Imperium zusammengezimmert. Knapp 390000 Lohnabhängige in 65 Ländern und allen Erdteilen schaffen heute unter direktem Kommando dieses größten europäischen und hinter General Electric (USA) zweitgrößten Elektromonopols der Welt. In den Niederlanden selbst hat es das Heer der Ausgebeuteten im Zuge des forcierten Kapitalexports innerhalb der letzten neun Jahre Schritt für Schritt um 22000 auf 84000 verringert. Dank der Enthüllungen von Gewerkschaftsfunktionären ist inzwischen offenes Geheimnis, daß die jetzt angekündigten Reorganisationsmaßnahmen lediglich Vorgeplänkel zu längst beschlossenen Massenentlassungen sind, die dieses Heer in den nächsten Jahren um noch einmal 20000 Lohnabhängige verringern sollen.

Die ,,Möglichkeiten in vielen Entwicklungsländern" machten die Reorganisation des niederländischen Hauptstützpunktes unvermeidbar, kündigte der Philips-Verwaltungsrat die gleichzeitige Kapitalexportoffensive in Niedriglohnländer an. Neben den Niedrigstlöhnen locken nicht zuletzt die wachsenden Märkte v.a. in Asien und Südamerika, umso mehr, je mehr sich der Weltmarkt insgesamt verengt.

Eines dieser Kapitalexportprojekte ist z.B. der Ausbau der brasilianischen Tochtergesellschaft Philips Electronica do Nordeste. 1000 Arbeiter produzieren in ihrem Zweigwerk Recife jährlich 8 Mio. integrierte Stromkreise; die brasilianische Regierung hatte der Errichtung des Werkes überhaupt nur unter der Bedingung zugestimmt, daß ausschließlich für den Export produziert wird. Jetzt hat Philips nicht nur damit begonnen, die Produktion auf jährlich 42 Mio. hochzuschrauben, sondern sich auch die staatliche Zusage erpreßt, 12 Mio. integrierte Stromkreise pro Jahr in Brasilien selbst abzusetzen. Trotz der schließlichen Zusage weht dem imperialistischen Monopol der Wind ins Gesicht. Mit breiter Unterstützung forderte etwa der Senator von Sao Paulo die Regierung kürzlich auf, ihre Zustimmung zurückzuziehen, da Philips das Streben Brasiliens, ,,eine selbständige Technologie auf diesem Gebiet zu entwickeln", aufs höchste gefährde.

Die niederländische Industriegewerkschaft FNV hat ,,harte Aktionen" bis zu Streik gegen Reorganisation und Entlassungen angekündigt. Die Christliche Gewerkschaft CNV fordert den Europäischen Gewerkschaftsbund zu gleichzeitigen 24-Stunden-Streiks in allen europäischen Philips-Niederlassungen auf. Die Beschäftigten des von Schließung bedrohten Maastrichter Werkes, überwiegend Arbeiterinnen, traten am Tage der Bekanntgabe in den Streik und sind inzwischen zu einer Aktion ,,Langsam arbeiten" übergegangen. Über Erfolg oder Niederlage in diesem langwierigen Kampf wird indes nicht zuletzt entscheiden, ob die Gewerkschaften, anstatt über den ,,Niedergang" ,,unseres Philips" zu lamentieren, den Kampf der Länder der Dritten Welt um ihre wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit zu ihrer eigenen Sache machen.

# USA stecken Einflußgebiete ab

## Kriegsgefahr wächst / Länder am Persischen Golf weisen jede Einmischung zurück

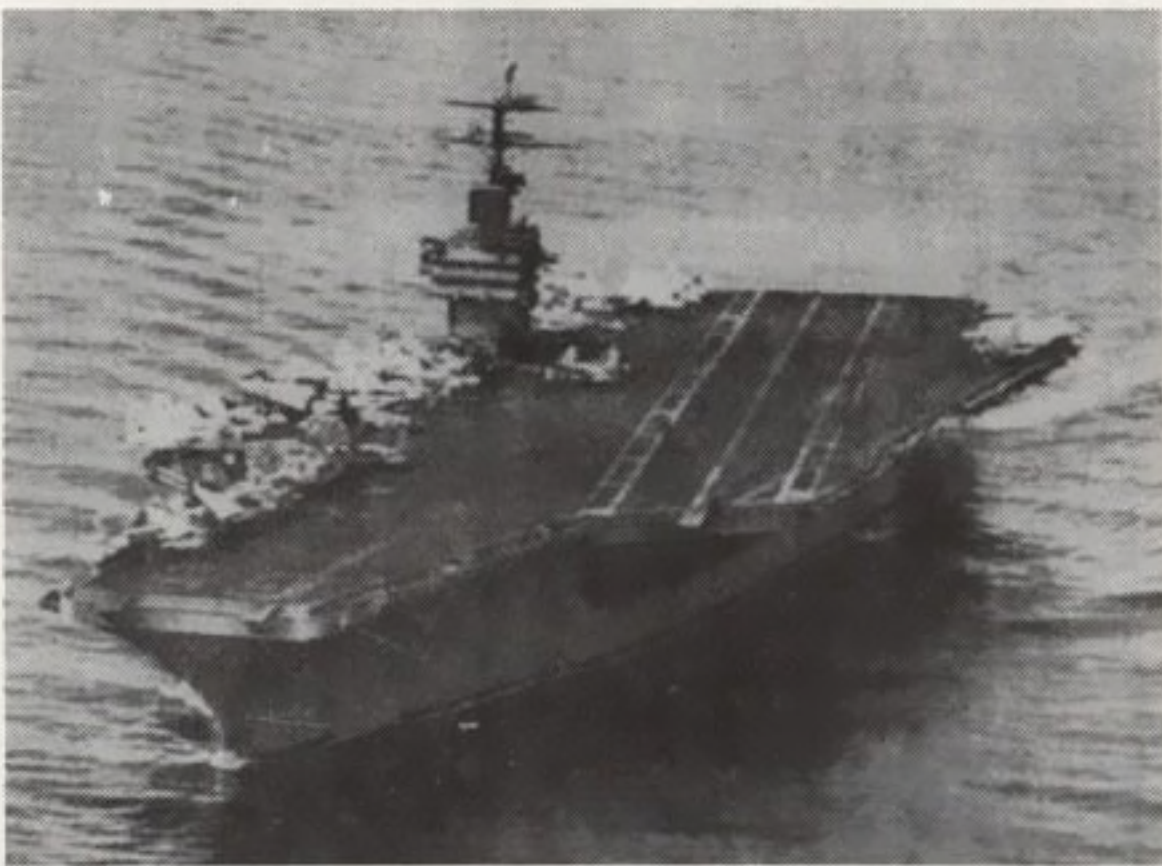
*z.scc.* Minutenlang, heißt es, hätten die Abgeordneten beider Häuser des US-Kongresses Präsident Carter stehend Ovationen dargebracht. Dieser hatte gerade in seiner ,,Botschaft zur Lage der Nation" den Hegemonialanspruch der US-Supermacht mit nachdrücklichem Waffengerassel bekräftigt.

,,Jeder Versuch einer fremden Macht, Kontrolle über den Persischen Golf zu erlangen, wird als Angriff auf die lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten betrachtet. Ein solcher Angriff wird mit allen notwendigen Mitteln, einschließlich militärischen, zurückgewiesen werden."

Wie jede Doktrin noch in der Geschichte der USA ist auch diese ,,Carter-Doktrin" eine halbe Kriegserklärung. 1823 steckte die aufstrebende kapitalistische Nation mit der ,,Monroe-Doktrin" den gesamten amerikanischen Kontinent als US-Interessengebiet gegenüber den eingefleischten kapitalistischen Mächten Europas ab. 1947 erklärte die aufstrebende Supermacht mit der ,,Truman-Doktrin" Griechenland und die Türkei, die Brücke zwischen Europa und dem Nahen Osten, zum ,,lebenswichtigen Interessengebiet" und baute es als Nachfolger der britischen Imperialisten zum Bollwerk gegen die Sowjetmacht und gegen die revolutionären Bestrebungen der Völker aus. 1957 – die Suez-Niederlage Großbritanniens und Frankreichs hatte auch das Kräfteverhältnis zwischen den vergreisten westeuropäischen Bourgeois und den USA weiter geklärt – vereinnahmte sie mit der ,,Eisenhower-Doktrin" den gesamten Nahen Osten ihrem Hegemonieanspruch, als ,,lebenswichtig für die nationalen Interessen."

Und jetzt? Zum dritten Mal stecken die US-Imperialisten per ,,Doktrin" den Mittleren Osten als Einflußsphäre ab. Sie tun es unter wiederum geänderten Kräfteverhältnissen. Als Teil einer mächtigen Strömung haben die Völker des Nahen Ostens seither ausnahmslos ihre nationale Unabhängigkeit erkämpft, führen sie den Kampf gegen neokoloniale Unterdrückung. Zugleich ist den US-Imperialisten in der Sowjetunion, die die Farbe 1957 bereits gewechselt hatte, ein aggressiver, hungriger Rivale um die Weltherrschaft erwachsen.

Daß sich die Rivalität der Supermächte gegenwärtig im Mittleren Osten austobt und krisenhaft zuspitzt, ist kein Zufall. Knapp 60% der bestätigten Erdölvorräte lagern hier; über 75% der Erdölimporte der westlichen Imperialisten, über 80% der Erdölimporte der westeuropäischen Imperialisten stammen aus der Golfregion. Wer die Transportwege des ,,Schwarzen Goldes", die Straße von Hormus, den Indischen Ozean, kontrolliert, hält zugleich ein Faustpfand der Herrschaft über Europa in der Hand. In mehr als einer Hinsicht ist die sozialimperialistische Invasion in Afghanistan direkte Vorbereitung des entscheidenden Krieges um Europa: als warnendes Beispiel für die ,,sozialistischen Bruderländer" und solche, die sich für die ,,Bruderschaft" bedanken; als Erprobung der



Der atomgetriebene Flugzeugträger ,,Nimitz" trifft zur Verstärkung der US-Kriegsflotte im Persischen Golf ein. Ebenso unterwegs ist in Begleitung fünf weiterer Schiffe ein Hubschrauberträger mit Kapazitäten für 2000 Elitesoldaten.

Kriegsmaschine; als Durchbruchsversuch zum Indischen Ozean.

Die Antwort der US-Imperialisten läßt kaum Zweifel darüber aufkommen, daß sie, wenngleich sie die Situation jetzt nicht unbedingt gesucht haben, die Gelegenheit zur Kraftprobe mit dem Rivalen, bei vollem Risiko des imperialistischen Weltkrieges, nicht ungenutzt verstreichen lassen wollen.

Ein ganzes Bündel von Maßnahmen, bereits ergriffenen und neuen, hatte Carter den taumelnden Kongreßabgeordneten zu bieten: Der Kriegshaushalt, der unter der Ägide des Pfaffen bereits beschleunigt angewachsen war, wird weiter aufgestockt. Den Kongreß forderte Carter auf, den 1959 mit Pakistan abgeschlossenen Vertrag ausdrücklich zu bestätigen. Demzufolge nehmen die USA das Recht in Anspruch, jede ,,Aggression gegen Pakistan" mit den ,,geeigneten Mitteln, einschließlich der Anwendung militärischer Macht", zu beantworten. Die derzeit im Persischen Golf kreuzende US-Flotte im Indischen Ozean soll weiter und dauerhaft verstärkt, die 100000 Mann Eingreiftruppe, zusätzlich mit 15 Vorratsschiffen und CX-Großraumtransportern ausgerüstet, beschleunigt aufgebaut werden. In der letzten Woche kehrte eine Regierungsdelegation nach Washington zurück, die in Oman, Somalia und Kenia über die Errichtung von US-Militär- und Nachschubbasen verhandelt hatte.

Das alles würde die US-Finanzbourgeois nicht zufriedenstellen. Nicht ohne die Garantie, daß die ganze Maschinerie auch nach *innen* in kriegsfähigen Zustand gebracht wird. Carter verpfändet, gestärkt durch das Ergebnis der Vorwahlen in Iowa, die er als Bestätigung *seines* Kriegskurses sieht, seinen Kopf.

Bereits vor den Vorwahlen in Iowa nämlich, wo der Anteil nicht nur der Farmer, sondern der kleinen und mittleren Farmer überdurchscnittlich hoch ist, hatte Carter den Getreideboykott gegen die Sowjetunion verhängt. Und dieser Getreideboykott ist längst nicht nur Sanktionsmaßnahme gegen die Sozialimperialisten. Praktisch über Nacht löste er einen drastischen Sturz der Getreidepreise aus, und man rechnet sich aus, daß der Druck der sich sprunghaft füllenden Lager sie auf lange Sicht niederhalten wird. Mit diesem Angriff auf die Getreidefarmer hat die Finanzbourgeoisie zugleich zu einem wohlkalkulierten, wuchtigen Angriff auf den Lohn der Arbeiterklasse angesetzt und damit den Dreh entschieden, mit dem sie die Volksmassen zur Zahlung aller Kriegskosten heranzuziehen gedenkt. Tatsächlich scheint Konkurrent Kennedy, der ,,links" von Carter die reformistischen Gewerkschaftsführer und liberalen Bourgeois in der Demokratischen Partei noch einmal unter einen Hut bringen wollte und in Iowa als Sprecher der Farmer auftrat, bereits jetzt aus dem Rennen um die Präsidentschaft.

Mit dieser Bestätigung im Kreuz krönte Carter seine Brandrede mit der Ankündigung, die Vormusterung von Wehrpflichtigen – die Wehrpflicht war 1973 abgeschafft worden – wieder einzuführen. Mehr als sechs Jahre haben die US-Imperialisten nach der Niederlage gegen die Völker Kampucheas, Vietnams und Laos' gebraucht, um wieder kriegsfähig zu werden. Jetzt wollen sie es wissen.

Die Hauptlast im Kampf um den Weltfrieden tragen gegenwärtig die Länder der Dritten Welt. Den Sozialimperialisten ist es nicht gelungen, den Widerstand des afghanischen Volkes niederzuwalzen; das macht es schwierig für sie, weiter zum Indischen Ozean vorzustoßen. Und mutig weisen die Länder in der Region des Persischen Golfes die ,,Carter-Doktrin" und damit Aggression und Einmischung *jeder* fremden Macht zurück. Das macht es für die USA schwierig, ihre Truppen in Aufstellung zu bringen. Bisher auch konnte Carters Delegation nicht über einen Erfolg in Sachen Militärbasen berichten. Im Gegenteil.

# Drohungen und Angebote der Sowjetunion an den Rivalen USA – Presseübersicht

*z.krk.* Finstere Drohungen dem imperialistischen Rivalen USA und den Ländern der dritten Welt gegenüber einerseits, und Versicherungen den USA und den übrigen Imperialisten gegenüber andererseits, in Afghanistan handele sich um eine begrenzte Aktion, diese politische Linie verfolgt die SU. Zur Illustration eine Zusammenstellung aus Artikeln aus der *Prawda.*

*31.12.79* Die SU beschloß, dieser Bitte zu entsprechen und ein beschränktes sowjetisches Kontingent nach Afghanistan zu schicken, das ausschließlich verwendet werden soll zur Abwehr der bewaffneten Einmischung von außen. Das sowjetische Kontingent wird vollständig aus Afghanistan abgezogen, sobald die Notwendigkeit solcher Aktionen nicht mehr gegeben ist ...

Die sowjetische Hilfe und Unterstützung für Afghanistan richtet sich gegen keines der mit ihm benachbarten Länder, die auch unsere Nachbarn sind. Die UdSSR ist daran interessiert, mit ihnen weiterhin normale, freundschaftliche Beziehungen zu haben, begründet auf die Prinzipien der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Je schneller die Machenschaften derjenigen Kräfte ein Ende nehmen, die ihre Politik vor allem ausrichten an der Fortsetzung des Drucks und der Provozierung neuer Konflikte, an dem Schüren von Widersprüchen unter den Ländern und Regierungen, umso mehr ist auch den Interessen dieser Länder gedient und umso schneller wird sich der Frieden in der Region einstellen.

*3.1.80* Nachdem er die hervorragende Rolle der Aprilrevolution hervorhob ... entfaltete Karmal im weiteren die Hauptaufgabe die vor dem Volk des Landes steht: die Verteidigung der Revolution gegenüber der inneren Konterrevolution und der imperialistischen Einmischung.

*9.1.80* Es ist kaum ein Jahr her, daß Washington den Beschluß faßte, sämtliche wirtschaftliche und militärische Hilfe an Pakistan einzustellen. Das Motiv dafür war damals ... daß Pakistan eine Anlage zur Anreicherung von Uran baut, was die Möglichkeit zur Herstellung von Nuklearwaffen eröffnet. Hat sich was an diesen Plänen geändert? Durchaus nicht. Was hat dann in dieser Lage das Wohlwollen der USA Pakistan gegenüber wieder erweckt? ... Mit der Militärhilfe an Pakistan fördert Washington die Politik der dortigen rechtesten Kreise, ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten etlicher ihrer Nachbarn und vor allem die bewaffnete Einmischung von ihrem Territorium aus in die inneren Angelegenheiten Afghanistans.

*9.1.80* Neue Nachrichten treffen ein, die zeigen, welchen riesenhaften Maßstab die imperialistische Verschwörung gegen Afghanistan angenommen hat. In der vergangenen Woche hielten die Führer von 4 konterrevolutionären Organisationen eine Versammlung in der pakistanischen Stadt Peschawa ab, wo sie über subversive Aktivitäten gegen die Demokratische Republik Afghanistan berieten.

In der Versammlung wurde auch die Frage der Vereinigung dieser Gruppierungen und Zusammenschlüssen mit maoistischen und terroristischen Banden behandelt. Es ging um die Koordinierung der Einmischung in die afghanischen Angelegenheiten mit Unterstützung der USA und Chinas u.a.

*13.1.80, Interview mit Breschnew:* Es war keine einfache Entscheidung für uns, bewaffnete Kontingente nach Afghanistan zu entsenden. Aber das ZK der Partei und die sowjetische Regierung handelten im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung und berücksichtigten die Gesamtheit der Umstände. Die einzige Aufgabe, die den sowjetischen Kontingenten gestellt ist, ist die Unterstützung der Afghanen bei der Zurückschlagung der Aggression von außen. Sie werden vollständig aus Afghanistan zurückgezogen, sobald die Gründe entfallen, die die afghanische Regierung zur Bitte nach ihrem Einsatz bewogen haben ...

Absolut erlogen sind Behauptungen, wonach die SU irgendwelche expansionistischen Pläne hätte in bezug auf Pakistan, den Iran oder andere Länder der Region. Uns ist die Politik und die Psychologie von Kolonisatoren fremd. Auf fremden Boden sind wir nicht erpicht, nach fremdem Reichtum streben wir nicht. Es sind die Kolonialisten die der Duft des Öls anzieht.




Karikatur in der Prawda vom 2.1.1980: ,,Arabisches Öl – Die Bombe droht zu explodieren!"

le nichts zu tun habe? – 3. Zweifellos kann ein durch die Völker getragener Boykott der Olympischen Spiele in Moskau die Stellung der sowjetischen Aggressoren schwächen und die Stellung der Völker, die gegen die sowjetischen Aggressoren kämpfen, stärken. Wenn sich aber der US-Imperialismus an die Spitze dieses Boykotts stellen kann, dann wird dieser Zweck verfehlt und höchstens die Stellung des US-Imperialismus gestärkt. – 4. Die Bundesregierung und große Teile der westdeutschen Bourgeoisie sind gegen einen Boykott, weil dadurch ihr Spielraum in den imperialistischen Allianzen weiter eingeengt würde und wohl auch, weil sie eine Einflußnahme der Volksmassen auf die Außenpolitik fürchten. – 5. Die Arbeiterbewegung soll für einen Boykott der Olympischen Spiele in Moskau eintreten, weil dies die Stellung der sowjetischen Aggressoren schwächt, die Stellung der Völker im Kampf gegen die sowjetische Aggression aber stärken kann, insbesondere die Stellung des afghanischen Volkes, aber auch die Stellung des kampucheanischen und eritreischen Volkes zum Beispiel. Sie muß verhindern, daß die andere Supermacht oder Teile der Bourgeoisie die Führung dabei haben, und sie muß die Frage so behandeln, daß die imperialistischen Allianzen und die Politik der imperialistischen Allianzen der Bundesregierung überhaupt geschwächt wird. Also: Boykott der Olympischen Spiele in Moskau – ja, aber nicht aus ,,Solidarität" mit dem US-Imperialismus, sondern aus Solidarität mit dem afghanischen wie auch dem kampucheanischen und eritreischen Volk. Boykott, nicht weil die Interessensphäre des US-Imperialismus und seiner Verbündeten bedroht ist, sondern weil die Unabhängigkeit der Völker durch die Sowjetunion mit Füßen getreten wird und weil durch den sowjetischen Expansionismus die Gefahr des imperialistischen Krieges weiter wächst. Die Forderung nach Boykott der Olympischen Spiele in Moskau entspringt aber nicht dem Charakter der SU als einer imperialistischen Supermacht, sondern aus der gegenwärtigen Aggression gegen Afghanistan, wenngleich man, um diese Forderung zu stützen und den Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus zu stärken, in diesem Zusammenhang den aggressiven Charakter der SU insgesamt erklären und damit auch die Aggressionen gegen das Demokratische Kampuchea und Eritrea verurteilen soll. Daraus folgt, daß die Forderung nach Boykott bedingt richtig ist. Die Aggression gegen Afghanistan ist der Ausgangspunkt der Forderung nach Boykott der Olympischen Spiele in Moskau. Wird die Aggression beendet, wird auch der Boykott beendet. Es folgt auch, daß jede Verlegung der Olympischen Spiele und ähnliche Manöver der anderen Supermacht und ihrer Verbündeten abgelehnt werden müssen, denn sie würden ja gerade den Boykott als Druckmittel gegen die Aggression entwerten. Außerdem würden sie lediglich eine Spaltung der Völker zwischen den Blöcken der beiden Supermächte hervorrufen. Also heißt die Forderung ganz konkret: Keine Beteiligung der Bundesrepublik an den Olympischen Spielen in Moskau, solange die sowjetischen Aggressionstruppen Afghanistan besetzt halten. Dies sollte die Stellung der Arbeiterbewegung gegenüber den Olympischen Spielen in Moskau sein. – 6. Eine solche Stellungnahme setzt die Klärung der Frage, Debatte und demokratische Beschlußfassung voraus." In dem auszugsweise abgedruckten Beschluß des Sekretariats des ZK des KBW wird vorgeschlagen, daß DGB, ASten, Stadtschülerringe, örtliche Bundesjugendringe usw. zu den Themen ,,Boykott der Olympischen Spiele in Moskau durch die Bundesrepublik – eine Antwort auf die sowjetische Aggression gegen Afghanistan?" Foren durchführen.

**Kommunistische Volkszeitung**

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

*Heft 01:* Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

**Geschäftsstelle Hamburg (1),** Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



*r.ine.* **Seit dem 1.1.1980 ist eine neue Allgemeine Verfügung (AV) des niedersächsischen Justizministers über außergerichtliche Rechtsberatung durch Rechtsanwälte für Menschen, die Anspruch auf Armenrecht haben, in Kraft.** Der Rechtsanwaltsverein Hannover hat am 23.1.1980 bei Teilnahme von 15 von ca. 300 Mitgliedern der AV zugestimmt. Die zunehmende Fülle rechtlicher Regelungen und Aufblähung des Staatsapparates führt zu der Notwendigkeit der Beratung auf Staatskosten für Arme. Die neue AV bringt keine Verbesserung gegenüber der früheren Lage für die Volksmassen, sie ist ein weiterer Strick im Netz der sozialen Sicherheit. Kern ist die Kontrolle und Aussiebung derjenigen, die die Beratung aufsuchen wollen. 1979 wurden von bereitgestellten 300000 DM nur 75000 DM in Anspruch genommen. Nach Erfahrungen aus Hannover werden durch den Rechtspfleger als Kontrollstelle 75% der Rechtsuchenden abgewiesen. Neu ist die inhaltliche Vorprüfung für Gefangene durch den Anstaltsleiter. Diese Überprüfung fand bisher aufgrund des Drucks der niedersächsischen Strafverteidigervereinigung nicht statt. Die Kosten für die Kontrolle der Menschen sind nach Untersuchungen ebenso hoch wie die Anwaltskosten für die Rechtsberatung.

*b.mes.* **Werfthilfen sollen den kleinen und mittleren Werften in größerem Maße als bisher zufließen.** Dies soll durch die Aktualisierung der Bemessungsgrundlage für die Vergabe der Werfthilfe geschehen. Die Bedingungen sind aber in der Richtlinie der Bundesregierung festgelegt: Die Investitionen müssen dem Bau neuer Schiffstypen oder größerer Schiffe, dem verstärkten Übergang zur Sektions- und Kompaktbauweise sowie zur Serienfertigung, der Produktionssteigerung sowie der Verarbeitung neuer Maschinen, neuer Materialien dienen. Ersatzinvestitionen oder Investitionen zum Zweck der Produktionsausweitung werden nicht gefördert. Um gegenüber der Konkurrenz auf dem Weltmarkt bestehen zu können, mußten von den westdeutschen Werftkapitalisten Mittel zur „Strukturverbesserung" freigesetzt werden. Bei HDW z.B. sind 90 Mio. DM für solche Strukturverbesserungen vorgesehen, die direkt zu Entlassungen, Abgruppierungen und Intensivierung der Arbeit führen. Insgesamt 240 Mio. DM wurden den Werftkapitalisten von der Bundes- und Landesregierung geschenkt. Mit 28,7 Mio. DM war die schleswig-holsteinische Landesregierung dabei. Für 38 Neubauten wurden den Werftkapitalisten so die Profite gesichert. Aus Steuergeldern wurden weitere 375 Mio. DM für 15 Neubauten in Form von Bürgschaften zur Verfügung gestellt.

15 Neubauten in Form von Bürgschaften zur Verfügung gestellt.

*b.clm.* **Ab 1. März will die Flensburger Förderreederei die Schiffe der Linie Römö-Sylt unter deutsche Flagge stellen.** Ziel der Umflaggung ist es, Tarifverträge mit den deutschen Gewerkschaften abzuschließen. Der Geschäftsführer der Reederei Nissen gab der Hoffnung Ausdruck, „daß damit die Maßnahmen der dänischen Seeleute-Gewerkschaft gegen die Römö-Sylt Linie ein Ende haben dürften, da die wesentlichen Forderungen erfüllt seien." Die Reederei kann dem Boykott nicht mehr standhalten. Wieweit sie nachzugeben bereit ist, werden die Verhandlungen zeigen. Vor Abschluß der Verhandlungen stellen die dänischen Fährarbeiter den Boykott nicht ein, haben sie dem dänischen Fernsehen gegenüber erklärt. Notwendig sind jetzt sofort Beratungen zwischen Seemannsbund und ÖTV, damit die Reederei in und zwischen den Verhandlungen keinen Raum für Spaltungsversuche hat.

*b.pet.Hamburg.* **Verbesserung der Agrarstruktur über Ruinierung der kleinen Bauern, Blumenzüchter und Fischer.** Mit dem Bundesgesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes", werden Projekte von Bund und Ländern gefördert, die eine „leistungsfähige, auf künftige Anforderungen ausgerichtete Land- und Forstwirtschaft" gewährleisten. So wird der Neubau einer Blumengroßmarkthalle mit 5,5 Mio. DM subventioniert. Der Neubau einer Fischpackhalle mit 1,5 Mio. DM. Erzeugergemeinschaften, die jährlich mindestens 200000 DM investieren, erhalten 25% der Investitionssumme. Die Großagrarier und Besitzer der Fabrikschiffe, die aufgrund ihrer fortgeschrittenen Produktivkräfte die kleinen Bauern und Fischer sowieso niederkonkurrieren, erhalten durch die Verbesserung der Vermarktungseinrichtungen die Gewähr, daß sie ihre Produkte in vollem Umfang verkaufen können. Wollen sich die kleinen Bauern auch nur zu Erzeugergemeinschaften zusammenschließen, die aus dem Programm subventioniert werden, so müssen sie bei den Banken große Kredite aufnehmen. Damit aber haben die Finanzkapitalisten bereits die Schlinge um den Hals gelegt. Wird nicht pünktlich zurückgezahlt, werden diese „leistungsschwachen Betriebe" eben liquidiert und damit die Agrarstruktur im Sinne des Gesetzes verbessert.

*b.clm.* **Kann die Staatsschutzkammer Flensburg durch hohe Urteile im Wehrkraftzersetzungsprozeß gute Bedingungen für die kommenden Prozesse schaffen oder kommt sie dadurch nur weiter unter Beschuß?** Über diese Frage führt sie derzeit hitzige Beratungen. Die Richter hielten es während des Prozesses nicht für klug, die Politik der westdeutschen Imperialisten zu




verteidigen, deswegen ist jetzt in der Urteilsbegründung einiges nicht mehr möglich, deshalb mußte das Plädoyer des Staatsanwaltes dürftig sein und deshalb sind die Plädoyers der Verteidigung recht drückend für die Staatsschützer. Am Montag werden fünf weitere Plädoyers nachsetzen. Die Aktionen am 26.1. in der Flensburger Innenstadt waren ein weiterer Fingerzeig für das Gericht, daß seine Schwierigkeiten eher zunehmen werden.

*b.obj.Hamburg.* **Widerstand gegen Polizeiüberfall war rechtmäßig.** Mit dieser Begründung mußte das Landgericht J. Oberkampf und andere, die in erster Instanz zu insgesamt 110 Tagessätzen Geldstrafe verurteilt waren, freisprechen. Im Bundestagswahlkampf 1976 war in Altona ein Stand überfallen worden, der auf privatem Rasen gestanden hat. Weil hier nicht verurteilt werden konnte, erhöhte der Richter das Urteil gegen J. Oberkampf wegen einem Propagandaangriff auf den ehemaligen Finanzminister Apel von 25 auf 40 Tagessätze Geldstrafe. Das hatte der Staatsanwalt gefordert.

Das hatte der Staatsanwalt gefordert.

*b.khg.* **Gegen drei der acht Angeklagten im Iran-Prozeß ist das Verfahren eingestellt worden.** Zu wenig war es, was der SAVAK-Mann Youssefbeyk ihnen anhängen konnte. Da konzentriert sich das Gericht lieber auf die restlichen fünf, wo es hofft, noch etwas im Sieb zu behalten. Ob dies gelingen wird, ist sehr zweifelhaft. Am Donnerstag weigerte sich der Zeuge, auf zahlreiche Fragen der Verteidigung zu antworten, z.B. wo er sich im einzelnen in der BRD aufgehalten und mit wem er Kontakte hatte. Es wird deutlich, daß der Zeuge bei wahrheitsgemäßer Beantwortung der Fragen seine Mitarbeit beim SAVAK zugeben müßte. Dies hatte er bisher abgestritten. Die Verteidigung hat deshalb beantragt, den Zeugen durch Ordnungsmittel zur Antwort anzuhalten. Den Verhandlungstag am Freitag hat das Gericht dann ausfallen lassen, um zu beraten, wie eine Ordnungshaft von dem Zeugen abgewendet werden könne.

*r.scm.* **1979 fielen in den niedersächsischen Abiturprüfungen 6,6% der Schüler durch.** Das sind von 10230 Prüflingen 700. In den vergangenen Jahren lag die Durchfallquote zwischen 2 und 3%. 1979 waren in Niedersachsen erstmals fast nur Schüler zur Abiturprüfung gemeldet, die die „Neugestaltete gymnasiale Oberstufe" durchlaufen hatten. In den Jahren zuvor gab es an den Gymnasien, die bereits früher die Oberstufe neugestaltet hatten, schon überdurchschnittliche Durchfallquoten.

Kultusminister Remmers ließ erklären, dies liege daran, daß in der neugestalteten Oberstufe keine Möglichkeit der Nichtversetzung bestehe, weshalb er auch die Einführung einer Versetzungsschwelle zwischen dem 11. und 12. Schuljahr prüfen wolle. Durch eine Nichtversetzung, die eine Verhinderung der Teilnahme am weiterführenden Unterricht darstellt, wird kein Schüler mehr lernen können. Aber der eine oder andere wird vielleicht eher die Schule verlassen müssen. Am 10. Januar hat Remmers eine Verordnung (mit Gesetzescharakter) über die Abiturprüfungen erlassen. An die Stelle des alten Zensurensystems tritt eine Punktewertung zwischen 0 und 15 Punkten für jede Prüfung und jeden in der Oberstufe absolvierten Kurs, die zu einer Gesamtpunktzahl zwischen 0 und 900 Punkten kombiniert wird, eine fast 20 mal feiner differenzierte Abschlußnote als die bisherige Durchschnittszensur mit einer Stelle hinterm Komma. Die Kontrolle über die Prüfung sichert sich Remmers durch den Vorsitzenden der Prüfungskommission, der von der Schulbehörde gestellt wird und der gegen jede Entscheidung, also auch das Ergebnis der Prüfung ein Veto einlegen kann, wonach die Schulbehörde entscheidet.

*b.suk.* **Am 30.1.1980 findet die zweite Verhandlung für einen neuen Manteltarifvertrag für Auszubildende im öffentlichen Dienst statt.** Um die Forderungen der Auszubildenden gegen den Dienstherrn durchzusetzen, hat die Gewerkschaft ÖTV für den 29.1. einen bundesweiten Aktionstag beschlossen. In Hamburg ist eine Protestveranstaltung während der Arbeitszeit geplant. Verschiedene Jugendgruppen aus den Betrieben wollen Transparente malen mit Forderungen wie: „Einbeziehung der Auszubildenden in die Krankenpflege, Übernahmegarantie nach dem Examen, Verbot der Nacht-, Schicht-, Mehrarbeit sowie Wochenend- und Feiertagsarbeit, Übernahme aller Ausbildungskosten." Vorgesehen ist eine Resolution an die Verhandlungskommission. Eine Delegation wird von dort aus mit einem Offenen Brief an Bürgermeister Klose gesandt. Er soll zu den Forderungen der Auszubildenden Stellung nehmen. Danach findet ein Informationsstand in der Innenstadt statt. In vielen Betrieben in Schleswig-Holstein sind am 29.1. demonstrative Arbeitsniederlegungen geplant. Versammlungen mit Resolutionen an die Verhandlungskommission sollen in der Zeit durchgeführt werden. Die Aktionen der Auszubildenden finden Unterstützung. Einige Personalräte und Vertrauensleutekörper sowie Jugendgruppen anderer Gewerke planen Solidaritätsadressen an die Protestveranstaltungen der Auszubildenden.

*b.hör.* **Am 14.1.1980 legte Innenminister Barschel seine Richtlinien für das Wohnungsmodernisierungsprogramm 1980 vor.** In drei Teilprogrammen stellt das Land insgesamt 46,96 Mio. DM bereit zur „Modernisierung erhaltenswerter Wohnungen und für Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie." Die Stadt Kiel erhält insgesamt 5,4 Mio. DM, Mio. zur Altbaurenovierung, 1,0 Mio. zur Renovierung von älteren Ein- und Zweifamilienhäusern und 1,7 Mio. für Energiesparmaßnahmen. Da die Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen am öffentlich geförderten Wohnungsbau prozentual doppelt so hoch vertreten sind wie alle übrigen Bauherrengruppen zusammen, ziehen sie auch den größten Gewinn aus diesem Programm. Die Kieler Werkswohnungen GmbH z.B. renovierte innerhalb von 2 Jahren 4737 ihrer 8430 Wohnungen, um sie anschließend als Eigentumswohnungen zu verkaufen bzw. die Mieten erhöhen zu können. Die Kieler Wohnungsbau GmbH brauchte allerdings 8 Jahre, um 5197 ihrer 10215 Wohnungen zu erneuern.

*b.thr.* **Gegen den Widerstand der Bauern und der BI wurde am 21.1. mit den Vorbereitungen für die neue Tiefbohrstelle 1002 begonnen.** Ein großes Poli-

# 9. Ordentliche Bezirkskonferenz der ÖTV Westberlin

*r.heh.* Auf der 9. Bezirkskonferenz der ÖTV in Westberlin zeigte sich ein ziemlich verändertes Bild gegenüber der Situation vor vier Jahren. In drei Konferenztagen wurden knapp 400 Anträge behandelt, viele Delegierte beteiligten sich an der Diskussion. Der Verlauf der Debatte und die gefaßten Beschlüsse signalisieren ein wachsendes Selbstbewußtsein in den gewerkschaftlichen Betriebsgruppen. So ging der Vorsitzende des Hauptvorstandes, Heinz Kluncker, in seiner Eröffnungsrede auch nicht auf die besondere Lage Westberlins ein, wie Vertreter der CDU, der FDP und der Regierende Bürgermeister Stobbe, die versuchten, die ÖTV auf Regierungskurs einzuschwören.

Kluncker richtete sich gegen die Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion und sagte, daß die ÖTV nicht zu Vietnam und Chile geschwiegen habe und dies auch nicht im Fall Afghanistans tue. Die internationale Solidarität gelte auch für den Boykottaufruf der amerikanischen Transportarbeitergewerkschaft. Kluncker wandte sich gegen das Sachverständigengutachten der Bundesregierung und den Vorwurf des Bundesinnenministers Baum, die ÖTV betreibe eine Lohnpolitik der Nivellierung. Derartige falsche Vorwürfe kämen von den Beziehern der Besoldungsgruppen, bei denen eine Prozenterhöhung soviel wie ein Drittel eines Arbeiterlohnes ausmache. Er betonte, daß die Mindestforderung von 180 DM heute eine absolute Notwendigkeit für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen sei.

Es ist im Verlauf der Konferenz nicht gelungen, die von einigen Kräften gewünschte Blockbildung und Spaltung der Delegierten herbeizuführen. Zwar ist es gelungen, die Forderung, 25% des Durchschnittseinkommens von allen Lohnsteuern zu befreien, durch falsche Behauptungen über die Auswirkung dieser Forderung abzubügeln. Auch in anderen Fragen, wie der des Kampfes gegen jegliche Entlassungen aus politischen Gründen aus dem öffentlichen Dienst oder der ersatzlosen Streichung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, fanden sich keine Mehrheiten oder nur knappe Mehrheiten wie bei der Forderung nach Festgeldabschlüssen.

Aber insgesamt fällt doch auf, wie sich in wichtigen Forderungen nach Arbeiterschutzrechten und auch politischen Forderungen eine wachsende Einheit in der ÖTV entwickelt. So gab es zahlreiche einander ergänzende Anträge aus allen Bereichen der ÖTV gegen die Schichtarbeit und ihre Auswirkungen, es wurden Anträge gegen die Folgen kapitalistischer Rationalisierung angenommen, ebenso Forderungen zur Verbesserung des Mutterschutzes, zur Urlaubsverlängerung und zur 35-Stundenwoche. Die Forderung nach einer einheitlichen, selbstverwalteten Krankenkasse und Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten wurde mit großer Mehrheit verabschiedet und ein Antrag des Bezirksvorstandes zur Finanzierung eines Drittels der Sozialversicherungsbeiträge durch den Staat abgelehnt.

Der wiedergewählte Bezirksvorsitzende Hackbarth forderte zum Schluß auf, trotz der ausgetragenen politischen Differenzen, die Gewerkschaftseinheit auf der Grundlage der gefaßten Beschlüsse zu stärken und die kommenden Sozialwahlen, den 1. Mai und die Personalratswahlen gut vorzubereiten.

**Mitgliedsentwicklung der ÖTV-Westberlin**

| Jahr | gesamt | Arbeiter | | | Angestellte/Beamte | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | gesamt | männl. | weibl. | gesamt | männl. | weibl. |
| 69 | 66563 | 43347 | 33664 | 9683 | 23192 | 14671 | 8521 |
| 70 | 67538 | 43947 | 34214 | 9733 | 22591 | 14971 | 8620 |
| 73 | 74682 | 45240 | 36354 | 8886 | 29442 | 17609 | 11833 |
| 74 | 77865 | 46004 | 35581 | 10284 | 31867 | 17910 | 13951 |
| 75 | 74405 | 43269 | 33720 | 9549 | 31136 | 17615 | 13521 |
| 76 | 64242 | 33166 | 27009 | 6157 | 31076 | 16908 | 14168 |
| 77 | 70043 | 34579 | 27882 | 6697 | 35464 | 19017 | 16447 |
| 78 | 72509 | 35082 | 28197 | 6885 | 37427 | 19789 | 17638 |

1978 war die ÖTV Westberlin wieder auf dem Mitgliedsstand von 1972. Erstmals 1977 waren mehr Angestellte als Arbeiter in der ÖTV organisiert, was zum einen auf die Mitgliedswerbung, zum anderen auch auf die Entwicklung der Rationalisierung und des Ausbaus des Staatsapparates zurückgeht.

**Dokumentation der gefaßten Beschlüsse**

- Die ÖTV-Bezirkskonferenz Berlin bekennt sich nachdrücklich zum Selbstbestimmungsrecht der Völker, insbesondere auch der 3. Welt. Sie verurteilt deshalb auf das Schärfste die militärische Intervention der Sowjetunion in Afghanistan und fordert den unverzüglichen Abzug aller Besatzungstruppen. (Initiativantrag)
- A.135 A Unterstützung der Befreiungskämpfe der Völker der Dritten Welt und Einwirken auf die Bundesregierung, die Beschlüsse der UNO-Generalversammlung anzuerkennen.
- A.53 Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse 34:66:2 abgelehnt.
- A.79/1 Entlassungen aus politischen Gründen dürfen nicht mehr vorgenommen werden. Alle vom Berufsverbot betroffenen Kollegen müssen wieder eingestellt werden. (...) 46:55:2 abgelehnt.
- Entschließung des BzV. Für die Einstellung im Öffentlichen Dienst sollen alleine die geltenden Tarifverträge und die Beamtengesetze gelten, dies schließt die Überprüfbarkeit des Sachverhalts im einzelnen ein. angenommen.
- A.113/332 Der 1. September ist künftig als offizieller Antikriegstag zu begehen.
- A.134 Einrichtung von unentgeltlichen Krippen und Kitas in allen Dienststellen unter Kontrolle des Personal- bzw. Betriebsrats. Schichtdienstes auf ein unabwendbares Mindestmaß und Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel, um eine weitere Ausdehnung von Nacht- und Schichtarbeit zu verhindern.
- Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes mit dem Ziel, die Versicherten vor weiterem Kostenanstieg zu bewahren, die Vorhaltekosten sind zugunsten der Pflegesätze anzuheben.
- A.244 Zahlung von Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit, Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 80% des zuletzt erhaltenen tariflichen Nettolohnes, Einbeziehung der Berlinzulage in die Bemessung.
- A.252 Für die ersatzlose Streichung der §§88a und 130a StGB.
- A.261 Das zur Zeit existierende Ausländergesetz ist in seinen undemokratischen und diskriminierenden Inhalten zu ändern, gleicher Lohn für deutsche und ausländische Arbeitnehmer, volle Gleichberechtigung der ausländischen Arbeitnehmer bezüglich der demokratischen Rechte wie z.B. Meinungs-, Organisationsfreiheit, Demonstrations-, Versammlungsrecht, Förderung der Bewahrung der nationalen Identität ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Kinder, einen Ausbildungsplatz für jeden ausländischen Jugendlichen.
- A.262 Ersatzlose Streichung des §218
- A.295 Der Hauptvorstand wird beauftragt, die Vereinheitlichung der Krankenversicherung anzustreben und diese zu wirklichen Selbstverwaltungsorganen der Arbeitnehmer, ohne Beteiligung der Arbeitgeber zu machen. Diese vereinheitlichte Krankenversicherung soll dezentral und versichertennah strukturiert werden. Frei werdende Fachkräfte sollen dann zur Verbesserung der Betreuung der Mitglieder eingesetzt werden, um somit Arbeitsplatzabbau zu verhindern. Die Krankenversicherungsbeiträge sind von den Arbeitgebern zu zahlen.
- A.234 Senkung der Lohnsteuerbelastung durch Steuervergünstigung für Arbeitnehmer bzw. Neugestaltung des Steuertarifs. (angenommen) Erhöhung des Grundsteuerfreibetrags auf 25% des Durchschnittseinkommens. (abgelehnt)
- A.158 Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn bzw. Gehalt, die Einführung darf nicht zu Arbeitsintensivierung bzw. Mehrarbeit führen.
- A.167 Teilzeitarbeit: Reduzierung des Arbeitsumfangs entsprechend der Arbeitszeitverkürzung, gleiche Rechte wie bei Vollarbeitszeit, gesetzliche Kürzung der Normalarbeitszeit, um Teilzeitarbeit überflüssig zu machen.
- A.175 Ersetzung des ABM-Programms durch reguläre Dauerarbeitsverhältnisse, bis dahin volle Geltung des Pers.VG und der gültigen Tarifverträge.
- A.182-189 Schichtarbeit: Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit, bei Verdienstausgleich, Einführung einer vollbesetzten 5. Schicht. Regelmäßige Gesundheitskontrollen, Zusatzurlaub, vorzeitige Pensionierung, Begrenzung der Nachtarbeit auf 10 Wochen pro Jahr, Begrenzung des

# Höhergruppierung kann Lohnkampf nicht ersetzen Beispiel Max-Müller Maschinenfabrik

*r.ret.* Der Lohnkampf in der metallverarbeitenden Industrie umfaßt große Massen von Arbeitern und Angestellten der verschiedensten Branchen. Jede dieser Branchen hat eigene Probleme bei der Herstellung der notwendigen Einheit für den Lohnkampf, insbesondere hinsichtlich der Mindestforderungen, die aufgestellt sind. In der Elektroindustrie mit einem hohen Anteil in den unteren Lohngruppen ist die Bedeutung der Mindestforderung unmittelbar klar. Anders stellt es sich im Maschinenbau mit einem immer noch hohen Anteil bei den Facharbeitern.

In der niedersächsischen Maschinenbaubranche hat sich der Facharbeiteranteil von 63,5% 1969 auf 74,2% 1979 bei den männlichen und von 1,2% 1969 auf 8,6% 1979 bei den weiblichen Industriearbeitern dieser Branche weiter erhöht. Insgesamt 72% aller im niedersächsischen Maschinenbau Beschäftigten sind Facharbeiter oder werden entsprechend eingestuft und entlohnt. In den Wirtschaftskrisen wurden seit 1969 im wesentlichen die Hilfsarbeiter entlassen, der Anteil der Facharbeiter an der Gesamtbelegschaft war damit relativ höher. Zum anderen bedurfte es eben dieser Facharbeiter, um die Anwendung der neuen NC-Maschinen überhaupt zur Serienreife zu entwickeln.

Um die Probleme solcher Maschinenbaubelegschaften zu beleuchten, beschäftigen wir uns mit der Maschinenfabrik Gildemeister Max Müller Hannover. Gildemeister gehört neben Diag und Böhringer (Oerlikon) zu den größeren Maschinenbaukapitalisten in Westdeutschland. Insgesamt beutet Gildemeister (Hauptaktionär: Westdeutsche Landesbank) 3466 Arbeiter und Angestellte aus, davon im Werk Hannover 386 ,,Gemeinkosten-" und 357 ,,Fertigungspersonal". In Hannover werden im wesentlichen NC-Drehmaschinen hergestellt. Durch ein insgesamt ausgeklügeltes Lohnsystem, ist es der Betriebsführung gelungen, den Anschein zu erwecken, als werde mit dem Lohn in erster Linie die ,,individuelle Leistung" bezahlt.

Zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat sind sogenannte ,,Max-Müller-Lohngruppen" (LG) vereinbart. Es gibt zusätzlich die LG VI/5 (97,25%), VII/3 (103%), VII/6 (106%), VIII/3 (113%), VIII/6 (116%), IX/3 (123%), IX/6 (127,8%) jeweils von LG VII (Ecklohn). Für die Facharbeiter ist VIII/6 als höchste LG, die zu erreichen ist, festgelegt. Lediglich ,,besonders qualifizierte" wie z.B. Einrichter und Einfahrer (von ihnen werden die produzierten NC-Drehmaschinen zum Laufen gebracht und eingerichtet) können über VIII/6 hinauskommen.

Arbeiter der Abteilung 5S (Serienfertigung) hatten verlangt, höhere Akkordleistungen abschreiben zu können. Bisher lag für sie die Grenze bei 83 Einheiten, das entspricht einem Leistungsgrad von 138,3%. Nachdem Überstunden, die abgeleistet werden sollten, abgelehnt wurden, lenkte die Betriebsführung zum Schein ein, aber nur mit der Auflage, gleichzeitig Neuabstoppungen durchzuführen. In den einzelnen Abteilungen sind die Einheiten, die abgeschrieben werden dürfen, willkürlich festgelegt. So z.B. in der Elektrogruppenmontage 82–84, in der Blechwerkstatt 85 und in der Schaberei 85 Einheiten. Einzelne Arbeiter *dürfen* bis zu 90 Einheiten abschreiben. Bekommen die Arbeiter, die im Einzelakkord arbeiten, noch die Akkordscheine zu Gesicht, so ist das in der Gruppenmontage überhaupt nicht gewährleistet. Die Abrechnungen werden von den Meistern bzw. Vorarbeitern gemacht – der Einzelne blickt nicht über die Zusammensetzung der Akkorde durch. Er weiß lediglich, in welcher Lohngruppe er ist, und wieviel Einheiten für ihn abgeschrieben werden.

In der 5S sollen die Arbeiter jetzt ,,unbegrenzt abschreiben dürfen", gleichzeitig sind die Akkordwerte um über die Hälfte gekürzt worden (von ca. 4500 auf 1900 Minuten). Richtig ist, sich für eine Absicherung des Mindestakkords einzusetzen (z.B. wie bei VW und bei SEL Mannheim). Das kann den Kapitalisten Schranken setzen bei ihren Versuchen, mit dem Akkord die Arbeit zu intensivieren. Aber es löst nicht das Problem der übermäßigen Intensität der Arbeit. Der Akkord muß ganz fallen. Und vor allem ist das keine Alternative zum Lohnkampf.

Die Entwicklung im Maschinenbau geht heute gerade dahin, qualifizierte Arbeit überflüssig zu machen. Mit Aufnahme der Serienproduktion wird der Produktionsprozeß gerade der NC-Drehmaschinen in mehr und mehr einfache Handgriffe zerlegt. Hebel dafür sind Ausgliederung bestimmter Arbeiten, wie das Anfertigen von Schläuchen, Kabelbäumen und das Vorbiegen von Rohren außerhalb der Montage. Sie sollen und werden zum Teil bereits von angelernten Arbeitern gemacht. Das wird meist über Auftragsfirmen abgewickelt. Die Facharbeiter sollen immer mehr zu einfachen Teilemontierern gemacht werden und so soll dann auch der Lohn gedrückt und sie zur Schichtarbeit gebracht werden. Wenn man die Bruttowochenlöhne der niedersächsischen Elektroindustrie mit denen des Maschinenbaus vergleicht, stellt man fest, daß bereits eine gewisse Angleichung stattfindet. Die notwendige Einheit für den Lohnkampf ist also kein bloßer Wunsch, sondern hat materielle Grundlagen.




# Schließung der Landesjugendheime?

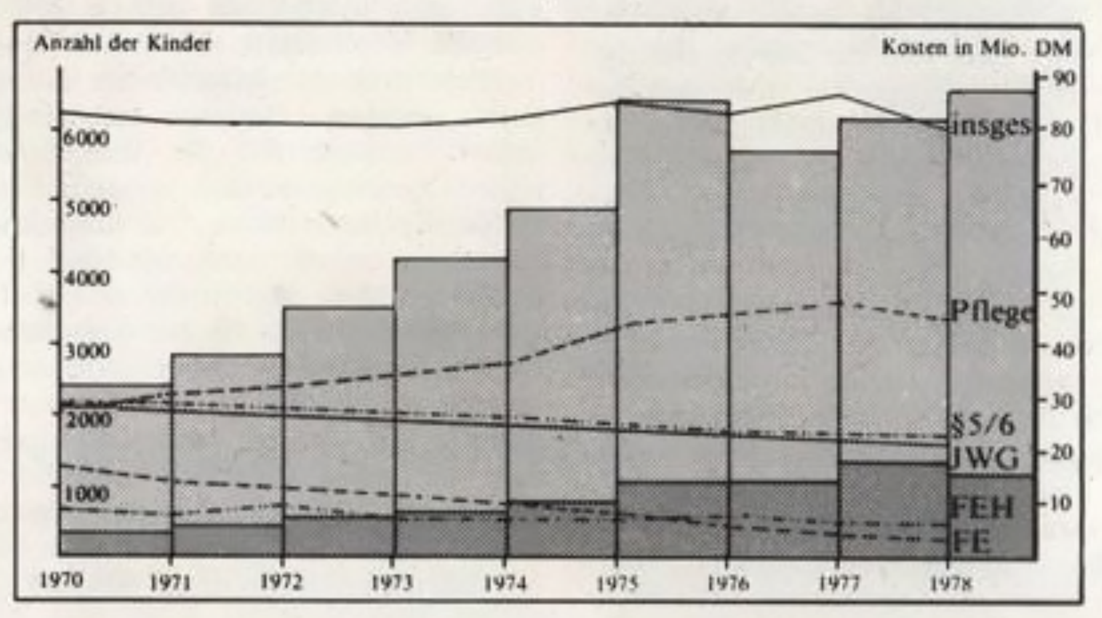
## Landesregierung plant Kostenersparnis und verfeinerte Unterdrückung der Arbeiterjugend

*b.ros.* ,,Keine Heimerziehung mehr – das ist etwas, was alle im Lande wollen", so der Pressesprecher des Kultusministeriums zur möglichen Schließung der Landesjugendheime Selent, Ölixdorf und Schleswig. Man kann nur staunen über diese Einsicht der Landesregierung. Was hat sie vor? Von 1970 bis 1978 ist die Zahl der Jugendlichen in Fürsorgeerziehung (FE) von 1343 auf 407 in Schleswig-Holstein gesunken. Auf die angeblich nicht ausgelasteten Kapazitäten der Landesjugendheime reagiert die Landesregierung zunächst mit einer strikten Dienstanweisung im Landesjugendamt, keine Heime der freien Wohlfahrtsverbände (z.B. Diakonisches Amt) mehr zu belegen, sondern mit allen Kindern die Landesjugendheime zwecks Kostenersparnis aufzufüllen. So sind schon etwa 170 Plätze bei freien Trägern gekündigt.

Die fallende Zahl der ,,Fürsorgezöglinge" ist das Ergebnis zahlreicher Kämpfe gegen diese Zwangsanstalten, wie z.B. gegen den Birkenhof in Hannover und das Mädchenheim Selent, und auf dem Jugendhilfetag 1978, auf dem zahlreiche Sozialarbeiter und Erzieher von Jugendämtern ,,Weg mit der Fürsorgeerziehung!" forderten. Die Landesregierung reagiert jedoch darauf nur, weil sie mit dem Mittel der Fürsorgeerziehung die Jugendlichen immer weniger in den Griff bekommt und die Kosten für Heimunterbringungen in den letzten Jahren explodierten. Billigere und geschicktere Mittel, die viel früher die Kinder und ihre Familien der staatlichen Kontrolle unterwerfen, sind z.B. die zwangsweise Unterbringung von Kindern in Pflegestellen (1970: 2087 Fälle, 1978: 3336) und die Anordnung von Erziehungsbeistandsschaften (1970: 219 Fälle, 1978: 488).

Pflegefamilien erhalten in der Regel 420 DM, ein Heimplatz dagegen kostet über 3000 DM im Monat. Über Pflegestellenverträge müssen sich die Pflegeeltern durch ,,Elterntraining", psychologische Tests und Hausbesuche durch Vertreter des Jugendamtes vollständiger staatlicher Kontrolle unterstellen.

Die Beschäftigten der Landesjugendheime führen seit Jahren den gewerkschaftlichen Kampf für Senkung der Gruppenstärken und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Durch eine Schließung würden sich die unhaltbaren Zustände in den verbleibenden Heimen eher zuspitzen. Für viele Kollegen droht Entlassung. Der Kampf der Beschäftigten gegen die Landesregierung muß unterstützt werden, führt jedoch ins Abseits, wenn lediglich für den Erhalt der Arbeitsplätze und nicht gleichzeitig gegen die Zwangsmaßnahmen der FE und die damit verbundene Unterdrückung der Arbeiterjugend gekämpft wird.




Das Schaubild zeigt die Anzahl untergebrachter Kinder/Jugendlicher in: Fürsorgeerziehung, freiwilliger Erziehunghilfe, (§ 5/6 JWG) Heimunterbringung nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz, (Pflegek.) in Pflegefamilien. Die oberste Kurve zeigt die Maßnahmen addiert, die Blöcke die Kosten insgesamt, die untere Einteilung die Kosten für Pflegestellen.

# Die Ausbildung der Chemielaboranten zeigt, in welche Richtung der Kampf der Chemiestudenten gehen muß

*b.peb.* ,,Sie nehmen Ihr Grundrecht der freien Berufswahl wahr, ...wer solche ideologischen Unverdaulichkeiten wie die 40-Stundenwoche für Studenten fordert, ...der kann gleich wieder gehen." So in etwa empfängt Fachbereichssprecher Thieme die Studienanfänger am Fachbereich Chemie. An die 40% werden vor dem Vordiplom ,,wieder gegangen sein", das entspricht den durchschnittlichen Zahlen des Bundesgebietes. Die meisten Studenten schaffen die hohen Anforderungen nicht, bis zu 70 Wochenstunden muß man für das Studium arbeiten.

Es gibt seit Jahren Kleinkrieg gegen diese Studienbedingungen, so ist z.B. die Physikklausur schon mehrmals bestreikt worden, und jedes Semester gibt es Auseinandersetzungen um die Scheinbedingungen in Physik. Trotzdem konnten bisher keine wesentlichen Änderungen der Studienbedingungen erkämpft werden. Es ist nützlich, sich die erkämpften Rechte der Chemielaborantenlehrlinge anzusehen.

Der Ausbildende verpflichtet sich, ,,dafür zu sorgen, daß dem Auszubildenden die Fertigkeiten und Kenntnisse vermittelt werden, die zum Erreichen des Ausbildungszieles nach der Ausbildungsordnung erforderlich sind und die Berufsausbildung nach den beigefügten Angaben zur sachlichen und zeitlichen Gliederung des Ausbildungsablaufs so durchzuführen, daß das Ausbildungsziel in der vorgesehenen Ausbildungszeit erreicht werden kann" (Ausbildungsvertrag §3).

Solch eine Verpflichtung seitens der Universität gegenüber den Studenten besteht nicht. So wird die Stoffülle zum beliebigen Instrument zur Aussieberei seitens der Professoren. Vor drei Semestern wurden zwei zusätzliche Veranstaltungen ins Grundstudium aufgenommen, die vormals im Hauptstudium waren, die Begründung: Der Stoff werde in der Vordiplomsprüfung verlangt. 3000 Buchseiten umfaßt zur Zeit ungefähr der Stoff, den ein Chemiestudent bis zum Vordiplom gelesen und durchgearbeitet haben muß. Eine genaue Festlegung dieser Inhalte gibt es nicht, sie liegt im Ermessensspielraum der Professoren.

Die Chemielaboranten haben sich für den zu prüfenden Stoff Schranken erkämpfen können. So ist in der 1974 verabschiedeten ,,Verordnung über die Berufsausbildung zum Chemielaboranten" genau aufgeschlüsselt, was zu lernen ist. Man kann davon ausgehen, daß diese Festlegungen im wesentlichen realistisch sind, so liegen die Durchfallquoten bei der Abschlußprüfung um die 7%, was anzeigt, daß die große Mehrheit den Stoff zur Prüfung auch beherrscht.

Gleichzeitig bestehen für die Prüfungen Festlegungen, die der Willkür einen Riegel vorschieben. So ist etwa die Prüfungsanalyse folgendermaßen gekennzeichnet: Sie beinhaltet ,,. . .bis zu 8 Ionen ohne Rücksicht auf das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Anionen und Kationen. Die Anzahl der vorhandenen Ionen wird dem Prüfling nicht mitgeteilt. Die Analyse soll ohne besondere Schwierigkeiten durchführbar sein; sie muß insbesondere möglich sein, ohne daß Schmelzaufschlüsse oder Spurennachweise erforderlich werden. Die Analysesubstanz soll keine Phosphorsäure, kein Strontium neben anderen Erdalkalien und nicht mehr als ein Halogen enthalten".

Die einzelnen Kolloquien (mündliche Prüfungen von zumeist ½ Std. Dauer), die der Chemiestudent ständig während des Studiums abzulegen hat, verkommen im Vergleich dazu immer mehr zum Glücksspiel, entweder man hat gerade das auswendig gelernt, was der Professor fragt, oder man muß sie nochmal machen.

Einspruchsrecht in die Studien- und Prüfungsangelegenheiten durch die Fachschaften wäre ein erster Schritt, um den Professoren Schranken zu setzen, letztendlich muß ein Ausbildungsvertrag erkämpft werden und tarifvertragliche Regelungen über die Studienbedingungen, so wie es die Auszubildenden auch haben.

---

zeiaufgebot ,,sicherte" das Abholzen des Waldes. Erneut verweigerten Waldarbeiter die Arbeit. Auf dem Zufahrtsweg der Realgemeinde Gorleben waren vorher Autos quergestellt worden. Die Bauern protestierten gegen die Enteignung der Realgemeinde Gorleben. Am Do. den 17.1. hatte das Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld den Zufahrtsweg der PTB zugewiesen. ,,Sie können sich ihren Einspruch sparen, sie kommen sowieso zu spät", erklärte die PTB der Realgemeinde Gorleben. Nach großem Druck wurde jetzt den 14 Eigentümern von der PTB ,,Ausnahmegenehmigungen" für die Benutzung ausgestellt. Ravens (SPD) bekam am Montag Abend die große Wut zu spüren. Um die ,,Wogen zu glätten" rief er Baum an, der bis zur gerichtlichen Entscheidung den Ausbau des Weges stoppen mußte. Also höchstens 14 Tage. Ravens wurde gewarnt: ,,Der Widerstand der Bauern ist nicht erlahmt."

*b.klw.Flensburg.* **43000 Unterschriften für die Erhaltung der Klinik Ost und 162 Unterschriften von Ärzten lagen bis zum 24.1. vor.** Gegenüber den Drohungen und Beschimpfungen des Oberbürgermeisters nimmt das Aktionskomitee der Mitarbeiter der Klinik Ost für sich das Recht in Anspruch, für ihre Aktion städtische Einrichtungen benutzen zu dürfen. Stattdessen soll der OB Stellung zur Erhaltung der Arbeitsplätze nehmen.

*r.brp.* **Demonstration gegen sowjetische Invasion in Afghanistan am 26.1. in der Hamburger Innenstadt.** Ein Zusammenschluß aller afghanischen Organisationen hatte aufgerufen, der KBW unterstützte die Demonstration, an der sich 100 beteiligten und die auf großes Interesse stieß. Hauptlosungen waren: Sofortiger Abzug aller russischen Truppen aus Afghanistan! Verwirklichung des Beschlusses der UNO und der Blockfreien Staaten! Es lebe der bewaffnete Kampf des afghanischen Volkes! Die afghanischen Organisationen forderten von der Bundesregierung den Boykott der Olympischen Spiele in Moskau.

**In Westberlin ruft für den 2. Februar die Generalunion Afghanischer Studenten (GUAfS) zu einer Demonstration gegen die sowjetische Aggression in Afghanistan auf.** Unterstützt wird diese Aktion vom Forum Entwicklungspolitischer Gruppen, Alternative Liste, KPD, Liga gegen den Imperialismus, Äthiopische Studentenunion, Jusos (TU), sowie vom KBW.

**Revolutionäres Volksbildungsprogramm 1. Halbjahr 1980**

**Kolonisierung des amerikanischen Kontinents. Die Unterwerfung des Südens durch den Norden. Das US-Völkergefängnis.**

*Segeberg*, 28.1. bis 1.2., 20 Uhr, Hotel Stadt Hamburg, Kurhausstraße

**Das Christentum. Aus den religiösen Hoffnungen der ,,Mühseligen und Beladenen" der römischen Sklavenhaltergesellschaft wurden die irdischen Waffen der Ausbeuter und Unterdrücker. Das moderne Proletariat hat wirksame theoretische Waffen.**

*Universität Kiel*, 28.1. bis 1.2., 20 Uhr, Alte Mensa

**Die Deutschen Bauernkriege. Revolutionäres Wetterleuchten gegen Feudalismus und Reaktion**

*Hamburg-Mitte/West*, 28.1. bis 1.2., 20 Uhr, Schule Ludwigstraße

**Der deutsch-französiche Krieg und die Reichsgründung**

*Heide*, 28.1. bis 1.2., 20 Uhr, bei S.Lück, Hamburger Straße 27

**Mao Zedong: ,,Fünf philosophische Monographien"**

*Husum*, 28.1. bis 1.2., 20 Uhr, Hauptschule Bürgerschule, Erichsenweg

**Zeichenkurs**

*Hamburg*, 1.2., 18 Uhr, Hochschule f. Bildende Künste, Lerchenfeld 2, Raum 218a; Thema: Einführung Fotographie

**Probe des Musikzuges der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung, Soldaten und Reservisten**

*Hamburg*, jeden Mittwoch, 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Kaiser-Friedrich-Ufer 6

**Protestkundgebung der ÖTV zur Durchsetzung der Forderungen zum Manteltarifvertrag für Auszubildende im Öffentlichen Dienst**

*Hamburg*, 29.1., 14 Uhr, Guttempler-Haus, Moorkamp 5, – *Informationsstand*, 16 bis 18 Uhr, Gerhard-Hauptmann-Platz

**Demonstration der DGB-Gewerkschaftsjugend gegen Arbeitslosigkeit und Verschlechterung der Ausbildung**

*Hamburg*, 1.2., 17 Uhr, Moorweide

**Prozeß gegen fünf iranische Studenten wegen angeblicher ,,Nötigung und Körperverletzung" eines SAVAK-Spitzels**

*Hamburg*, 29.1./1.2., jeweils um 9 Uhr, Landgericht Hamburg, Sievekingsplatz 3, Saal 388

**Wehrkraftzersetzungsprozeß gegen Lohnstein, Bartels, Pollmann und Ludwig**

*Flensburg*, 28.1., 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Saal 58

**Prozeß gegen W.Bengtson wegen angeblich falscher Anschuldigungen gegen Polizeibeamte. (Iran-Demonstration)**

*Kiel*, 29.1., 14 Uhr, Amtsgericht Kiel, Raum 106

**Prozeß gegen Frau M. wegen Kindesmißhandlung**

*Kiel*, 30.1., 8.45 Uhr, Amtsgericht, Zimmer 112

**Prozeß gegen Lück, Koch und Müller wegen Widerstands gegen Angriffe der Polizei auf eine ZANU-Kundgebung in Heide**

*Meldorf*, 31.1., 9.45 Uhr, Amtsgericht, Raum 5

## Hamburger Ölmühle AG: Gegen die verschärfte Ausbeutung wächst der Widerstand

*b.cld.* Die Ölmühlen haben eine wichtige Stellung in der Nahrungsmittelproduktion. Das pflanzliche Öl, das sie aus Ölsaaten wie Soja, Raps ect. gewinnen, ist der Hauptrohstoff für die Margarineindustrie, daneben wird es als Speiseöl verwendet. Das Schrot und der Ölkuchen sind wichtige Bestandteile des Kraftfutters für die Fleisch- und Geflügelmast. Gewonnen wird das Rohöl durch pressen und extrahieren der Ölsaat. Bei der Extraktion wird ein Lösungsmittel über die Saat gegeben, das das Öl herauslöst. Anschließend werden das Lösungsmittel und das Öl unter Vakuum wieder getrennt.

Die Ölmühle Hamburg AG hat 1978 fast 1 Mio. Tonnen Ölsaaten verarbeitet. Ihr Umsatz betrug 571 Mio. DM bei einer Zahl von nur 246 Beschäftigten. Hohe Auslagen für Roh- und Betriebsstoffe (530 Mio. DM) und für die Maschinerie zwingt die Kapitalisten, mit möglichst wenig Arbeitern möglichst große Mengen von Ölsaaten zu verarbeiten, damit die Profitrate stimmt. Die Kapitalisten der Ölmühle Hamburg haben hier Erfahrung. Die Dividenden der letzten Jahre betrugen: 1976: 20%, 1977: 20%, 1978: 16%.

Für die Arbeiter bedeutet das niedriger Lohn und großer Verschleiß der Arbeitskraft. In der Extraktion der Ölmühle wird 4-Schicht gearbeitet. Häufig müssen die Arbeiter ihre Freischichten durcharbeiten, weil die Besetzung so eng ist, daß bei Urlaub oder Krankheit nicht alle Schichten besetzt sind. Um alle 4 Schichten vollständig zu besetzen, müßten 12 Arbeiter eingestellt sein. Es sind aber gegenwärtig nur 11. Es fangen zwar häufiger neue Arbeiter an, aber auf Grund der schlechten Arbeitsbedingungen und des im Verhältnis niedrigen Lohnes von ca. 2300 DM netto, bleiben nur wenige. Allein in den letzten 1½ Jahren sind von 15 neu Eingestellten 8 wieder gegangen. Hinzu kommt, daß Arbeiter, deren Arbeitskraft verschlissen ist, in andere Abteilungen versetzt werden. Für die Geschäftsleitung lohnt sich dieser Zustand. Durch den geringeren Bruttogrundlohn spart sie allein am Bruttogrundlohn über 3500 DM im Monat.

Die Unterbesetzung der Schichten wird verschärft durch einen hohen Krankenstand. Zur Zeit liegt er bei etwa 20%. Die Ursache des hohen Krankenstandes liegt allein in der verschärften Ausbeutung und den schlechten Arbeitsbedingungen. Im Laufe des letzten Jahres wurde die Verarbeitung allein von Sojabohnen von ca. 830 t. auf 900 t. gesteigert. Eine qualitative Verbesserung der Maschinerie hat es kaum gegeben. Dadurch treten vermehrt Störungen auf, die von den Arbeitern beseitigt werden müssen. Eine Folge der Antreiberei sind hohe Unfallzahlen, nach Auskunft des Betriebsrates zahlt die Ölmühle den höchsten Beitrag zur Berufsgenossenschaft. Gerade bei Störungen treten aber auch vermehrt schädliche Lösungsmitteldämpfe auf, die bei längerem Einatmen zu rauschähnlichen Zuständen führen. Werden dagegen die Fenster geöffnet, gibt es Zugluft und man hat bei Innentemperaturen von 60 Grad eine Erkältung weg.

Gegen die Ausbeutung gibt es Widerstand. Ein Kollege, der schon 19 Jahre bei der Ölmühle ist, hat gekündig , ein anderer hat sich auf Tagschicht umsetzen lassen. Während früher mindestens eine Freischicht gearbeitet wurde, hat der Meister jetzt Schwierigkeiten, zusätzliche Arbeiter für die anstehende Reparatur zu gewinnen.

## „Objektive“ Abgruppierung durch Richtwertsystem

### Rationalisierung der Angestelltentätigkeit

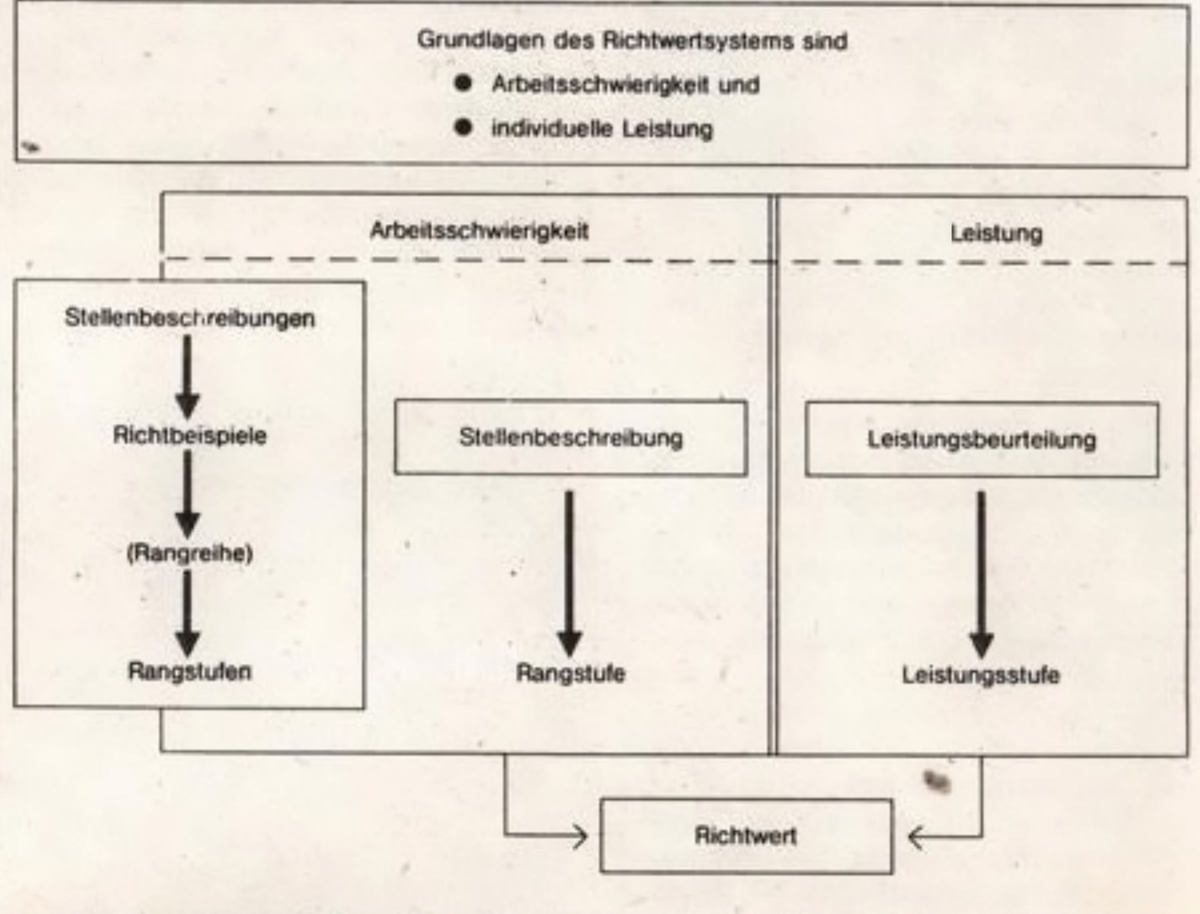
*b.are.* Am 1.4.79 ist im gesamten Daimler-Benz-Konzern eine Betriebsvereinbarung in Kraft getreten, die bei den Angestellten ein „Richtwertsystem für außertarifliche Zulagen“ einführt. Es ist mit der analytischen Arbeitsplatzbewertung zu vergleichen, die bei den Arbeitern schon seit einigen Jahren wirkt. Diese Betriebsvereinbarung (BV) gilt für alle Tarifangestellten, sowie für einen Teil der AT-Angestellten. Dem Abschluß dieser BV gingen Auseinandersetzungen über die Forderung der Angestellten, die Tariferhöhungen auf das monatliche Effektivgehalt anzurechnen, voraus. Das Gehalt besteht jetzt aus tariflichen und außertariflichen Teilen. Die außertariflichen Zulagen stellen für die Betriebsführung ein gewaltiges Mittel dar, die Führungskräfte mittels Schmiergeldern zu „motivieren“. Dieses Mittel will sie sich auf keinen Fall nehmen lassen und hat die Einführung des Richtwertsystems zur Bedingung für die Anrechnung der außertariflichen Zulagen bei Tariferhöhungen gemacht, die erstmals am 1.1.81 auf das Gesamtgehalt bezogen werden

In den Erläuterungen zur BV schreibt die Betriebsführung: „Es soll erreicht werden, daß die Gehälter auch im übertariflichen Bereich nach einheitlichen Maßstäben – nämlich Arbeitsschwierigkeit und individuelle Leistung festgesetzt werden.“ Im Punkt 3.2. der BV heißt es: „1. Grundlagen des Richtwertsystems sind betriebliche Richtbeispiele, die von Stellenbeschreibungen abgeleitet sind. Die Richtbeispiele sind in eine Reihe nach Arbeitsschwierigkeiten gebracht. (...) 3.5. Der Richtwert für die außertarifliche

Der Richtwert für die außertarifliche

Zulage ergibt sich damit aus der zugeordneten Rangstufe und der Leistungsstufe im Rahmen der Leistungsbeurteilung.“ In der „Information für Angestellte“ wird die Betriebsführung noch deutlicher: „Wenn sich Aufgabeninhalte und Arbeitsabläufe verändern, müssen die bestehenden Definitionen überprüft werden. Dies kann zu einer Änderung der Rangstufe führen.“ Die Reihe reicht von 1 bis 38, ab Rang 24 ist nur jede zweite Stufe belegt, womit sich insgesamt 31 Stufen ergeben.

Die BV trägt der großangelegten Einführung der elektronischen Datenverarbeitung Rechnung. Der *Aufgabeninhalt* einer Stenotypistin z.B. ändert sich durch den Einsatz eines Diktiergerätes und Textautomaten und der *Arbeitsablauf* eines Sachbearbeiters ändert sich durch die Einführung einer eigenen Dateneingabestation am Bildschirmgerät. Durch die vom Angestellten anzufertigende aktuelle und genaue Stellenbeschreibung wird jede Änderung sofort erfaßt. Für die Betriebsführung ist die Definition des Richtbeispiels zu „überprüfen“. Für die Arbeit am Textautomat oder am Bildschirmgerät wird keine so hohe Berufsqualifikation vorausgesetzt, somit bedeutet die Einführung der Datenverarbeitung für die Masse der Angestellten eine Entqualifizierung ihrer Arbeitskraft und damit Gehaltssenkung. So kann die Betriebsführung Abgruppierungen nach „objektiven und einheitlichen Maßstäben“ durchsetzen bei gleichzeitiger Schmierung der „schöpferisch-originell“ tätigen Führungskräfte, ohne Erhöhung der Gehaltssumme.




Buxtehude: 2000 Schüler demonstrierten gegen

## Buxtehude: 2000 Schüler demonstrierten gegen Schulgesetz-Novelle

*b.ins.* Über 2000 Schüler aus allen Buxtehuder Schulen beteiligten sich am 25.1. an einer Demonstration gegen die Schulgesetznovelle. Überrascht war die Bourgeoisie von der Entschlossenheit der Jugendlichen, so ließ sie den Schülern unmittelbar vor Beginn der Demonstration die einstweilige Verfügung zukommen, in der die Demonstration verboten wurde. Begründung: Die Schüler seien verpflichtet, am Unterricht teilzunehmen, die öffentliche Ordnung würde durch eine Demonstration während der Schulzeit gefährdet. Statt die Schüler einzuschüchtern, war das Ergebnis, daß die Schüler der Halepagehn-Schule sich unmittelbar nach Bekanntgabe des Urteils nahezu komplett zu den bereits versammelten 1000 Berufsschülern und anderen Schülern zum Stadtpark begaben und eine ca. zweistündige Demonstration während der Schulzeit durch Buxtehude durchführten. Der Versuch der Polizei, die Demonstration durch die Innenstadt zu verhindern, scheiterte kläglich. Werner Krohne, Leiter des Ordnungsamtes: „Der Einsatz von Hundestaffeln war nicht angebracht.“

Größere Polizeieinheiten waren nicht zusammengezogen worden, weil die Bezirksregierung Lüneburg, die die einstweilige Verfügung erlassen hatte, damit meinte, das Verbot der Demonstration durchsetzen zu können.

Hauptangriffspunkt der Schüler war Niedersachsens Kultusminister Remmers, der eine fast 100 Punkte umfassende Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes vorgelegt hatte. Die Schüler griffen die größeren Machtbefugnisse an, die die Schulleiter nach der neuen Novelle erhalten sollen (größere Weisungsbefugnis, Teilnahme an allen Konferenzen, Vorschlagsrecht bei der Schulleiterwahl nur durch die Behörde, nicht die Lehrer der betreffenden Schule). Weiter forderten sie die Pflichteinführung des 10. Hauptschuljahres, um die Aussicht auf Lehrstellen für die Hauptschüler zu verbessern und den Übergang auf weiterführende Schulen zu ermöglichen. Die Wiedereinführung des Kurssystems auf die 11. Klassen am Gymnasium wurde abgelehnt, weil sie den Druck auf die Schüler erhöht und die Wahlmöglichkeit einschränkt. Außerdem wandten sie sich dagegen, daß die Gesamtschule „aufs Abstellgleis geschoben wird“. Der Schulleiter der Halepaghen-Schule lehnte die Erfassung der Schüler ab, die sich an der Demonstration beteiligt haben.

## Mutterschaftsurlaub schafft keine Erleichterung – Zwang zur Mitarbeit der Frauen wächst

*b.led.* Am ersten Arbeitstag nach Ablauf des Mutterschaftsurlaubes wurde einer Angestellten der Harburger Ölmühle Thörl die Entlassung angekündigt; während ihrer Abwesenheit habe sich gezeigt, daß eine Arbeitskraft eingespart werden kann. Thörl hat nicht nur die Ausbeutung in dieser Abteilung intensiviert; während des 4-monatigen Mutterschaftsurlaubes zahlen die Kapitalisten keinen Pfennig und während der gesetzlichen Mutterschutzfrist bloß die Differenz zwischen der Zahlung der Krankenkasse (25 DM pro Tag) und dem Nettolohn. In unserem Beispiel sind das 6374,95 DM einschließlich tariflicher Sonderzahlungen. Bei Lohnfortzahlung hätten sie 19469 DM (Bruttolohn + tarifl. Sonderzahlungen) zahlen müssen. Ehrenbergs Gesetz hat ihnen so 13094,05 verschafft.

Je niedriger der Lohn der Frau, umso mehr sinkt die Zahlung der Kapitalisten während des gesetzlichen Mutterschutzes gegen 0.

In unserem Beispiel bringt der 4-monatige Mutterschaftsurlaub einen monatlichen Lohnverlust für die Familie von 629,55 DM, das sind 2518,20 DM insgesamt. Mit sinkendem Nettolohn der Frauen ist die Differenz zum ausgezahlten Mutterschaftsgeld geringer. Dahinter verbirgt sich die rapide Schmälerung der Reproduktionsbasis und der unbedingte Zwang zur Mitarbeit der Frau nach Ablauf des Mutterschaftsurlaubes. Das ist auch die beabsichtigte Wirkung der Reform: „Das Babyjahr soll den Bedürfnissen des Neugeborenen gerechtwerden, ohne die beruflichen Chancen der Mutter zu gefährden“ (Bericht des Senats über die Situation der Frauen in Hamburg, Drucksache 8/3582 v. 11.4.78.).

Nach Auskunft bei der AOK und BEK haben fast alle der versicherten erwerbstätigen Frauen in Hamburg den Mutterschaftsurlaub in Anspruch genommen. Die Kinder„prämie“ wirkt in den niedrigen Lohngruppen als Geißel zur Mitarbeit der Frau. Die vom Senat veröffentlichten Zahlen sind dürftig, aber folgendes läßt sich absehen:

1961 waren von 100 verheirateten Frauen in Hamburg 30 erwerbstätig, 1976 bereits 42%. Bereits 1970 waren von den Müttern im Alter von 25 bis 45 Jahren 63,5 % erwerbstätig, von den über 45jährigen 31,1%. Die Zahl der erwerbstätigen verheirateten Frauen ist rapide gestiegen – mit Sicherheit ist diese Steigerung bei den erwerbstätigen Müttern noch größer.

64% der erwerbstätigen verheirateten Frauen mit Kindern unter 18 Jahren hatten 1976 eine Stelle in Teilzeitarbeit. Der Hamburger Senat will die Intensivierung der Ausbeutung durch Teilzeitarbeit und weitere Lohnsenkung, z.B. durch Heimarbeit, ausbauen, erklärt er im Bericht. Die Arbeitszeitordnung soll geändert werden, um die bestehenden Schranken bei der Ausbeutung der Frauen niederzureißen. Die Frauen sollen in die Nachtschichtarbeit gepreßt werden, denn das Verbot „benachteiligt die Männer, wirkt sich für die Frauen ungünstig auf die Lohnsituation aus“ und ausschließliche Schichtarbeit für den Mann sei „familienschädlich“ wegen des unterschiedlichen Freizeitrythmus. Das „Babyjahr“ ist Bestandteil dieser Absichten.

## Auch für die Lehrer ist die Durchsetzung der Mindestforderung von 180 DM notwendig

*b.maa.* Die Kreisdelegiertenversammlung der GEW Flensburg verabschiedete eine Resolution an die ÖTV, daß sie die Forderung des Hauptvorstandes der ÖTV nach 180 DM / 9% begrüßt. Der Kreisbeamtenausschuß Schleswig unterstützte diese Forderung ebenfalls und unterstrich dabei, daß es aufgrund der höheren Belastung der Bezieher der niedrigeren Einkommen durch die Preisentwicklung besonders auf die Durchsetzung eines Mindestbetrages ankomme.

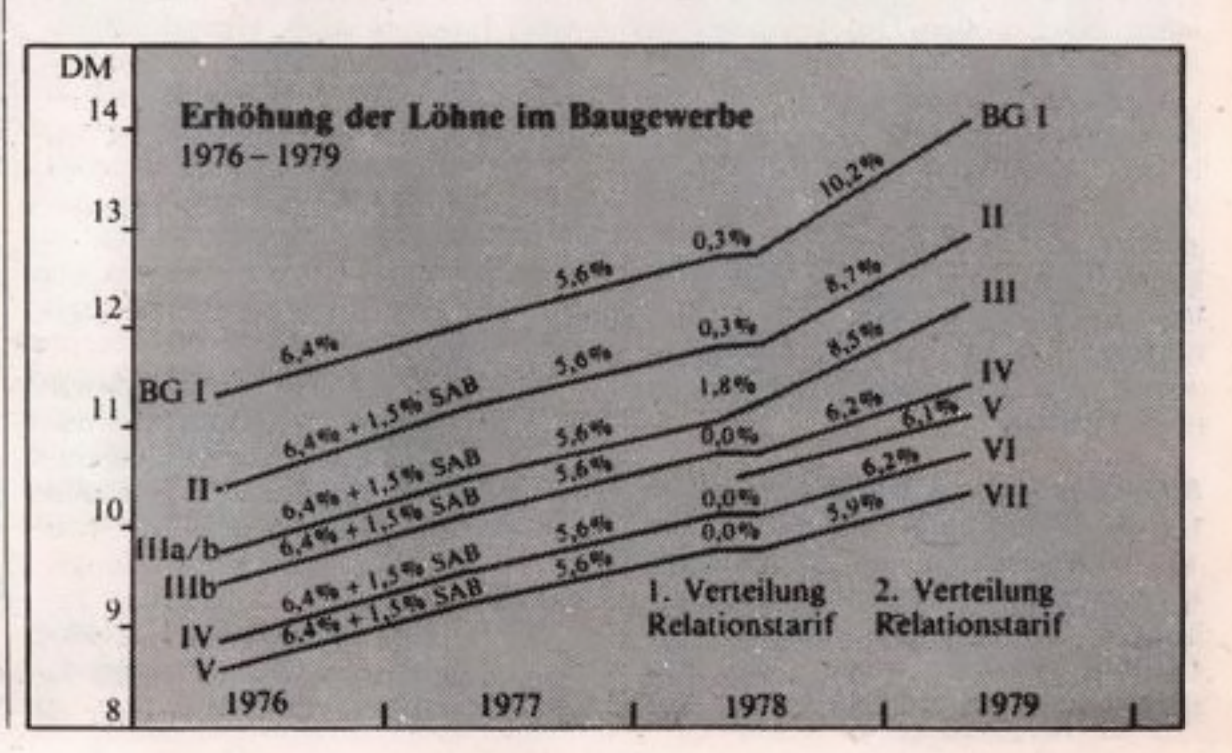
Auf der Flensburger Kreisdelegiertenversammlung der GEW stand auch die Forderung nach dem Festgeldbetrag von 250 DM zur Diskussion, weil man durch die Preissteigerungen unbedingt auf diese Erhöhung angewiesen ist. Ein Lehrer sagte, daß der Hauptvorstand der ÖTV sicher genaue Rechnungen durchgeführt habe und daß er deshalb auf dessen Vorschlag vertraue. Es ist genau richtig, daß man rechnen muß. Und es ist auch genau richtig, daß man – wie der Kreisbeamtenausschuß in Schleswig – das Ziel der Einheit dabei im Auge hat, um die Forderung gegen die Lohnsenkungen auch tatsächlich durchsetzen zu können. Der Mindestbetrag ist auch für die Lehrer dringend notwendig. Über Teilzeitverträge und Einstellung der Lehrer als Angestellte hat der Dienstherr den Lohn bereits erheblich gesenkt. Über die Kürzung der Anwärterbezüge wollte er direkt einen Einbruch erzielen bei der Senkung der Besoldung der Lehrer. Das konnte durch den Kampf der Kollegen erfolgreich zurückgeschlagen werden. Die Teilnahme der Lehrer am einheitlichen Lohnkampf schließt sie mit der Arbeiterbewegung zusammen. Das ist wichtig, denn die Lehrer brauchen in ihrem Kampf um Arbeitszeitverkürzung auch die Unterstützung der gesamten Arbeiterbewegung.

Die Kreisdelegiertenversammlung der GEW Flensburg betonte in ihrer Resolution an die ÖTV, daß die Gewerkschaften unbedingt auch Überlegungen anstellen müssen, welche Forderung notwendig ist gegenüber den „immer unerträglicher werdenden Steuerabzügen“. Unser Vorschlag: Anhebung des Grundfreibetrages auf 25% des Durchschnittslohnes.

## Bauarbeiter stellen Lohnforderung auf

*b.kaq.* In den Ortsverbänden der IG Bau-Steine-Erden findet jetzt die Debatte um die Lohnforderungen für die zum 30.4. auslaufenden Tarife des Bauhauptgewerbes statt. Ende Februar wird die Forderung von der Großen Tarifkommission aufgestellt, im März beginnen die Verhandlungen. Mit den Lohnabschlüssen von 1978 mit 5,6% - 7,4% und 1979 mit 5,9% - 10,2%, deren Differenz aus der Ausschüttung des Relationstarifvertrages mit 1,5% der Gesamtlohnsumme für die Facharbeiterlohngruppen entstand, ist die Spreizung der Lohngruppen weiter gestiegen. 1977 betrug sie, bezogen auf den Ecklohn, noch 26,6%, 1979 schon 30,3%. In den Hamburger Ortsverbänden wurden jetzt Forderungen um 10% aufgestellt: Hamburg-Langenhorn 10%, Wedel 10%, Harburg 10% und Billstedt 9%. 10% ergeben auf die unterste Lohngruppe des Werkers mit 10,37 DM monatl. 179,92 DM auf den Ecklohn, des Spezialfacharbeiters von 12,26 DM monatl. 212,79 DM und auf die höchste Lohngruppe des Werkpoliers von 14.08 DM monatl. 249,93 DM.

Um die Lohnabschlüsse der letzten Jahre durchzusetzen, waren Streikaktionen an vielen Orten erforderlich. Als 1974 im Öffentlichen Dienst 11%/170 DM mindestens und in der Metallindustrie 13% durch Streik erkämpft wurden, gab es in der Bauindustrie den höchsten Abschluß des letzten Jahrzehnts mit 11,2%. In der Lohnbewegung 1980 sind jetzt bereits 8 Mio. Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes und der Metallindustrie unter Mindestforderungen im Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen zusammengeschlossen. Die Bauarbeiter können sich in diese Front einreihen.



# Das Problem des Lehrlingslohns

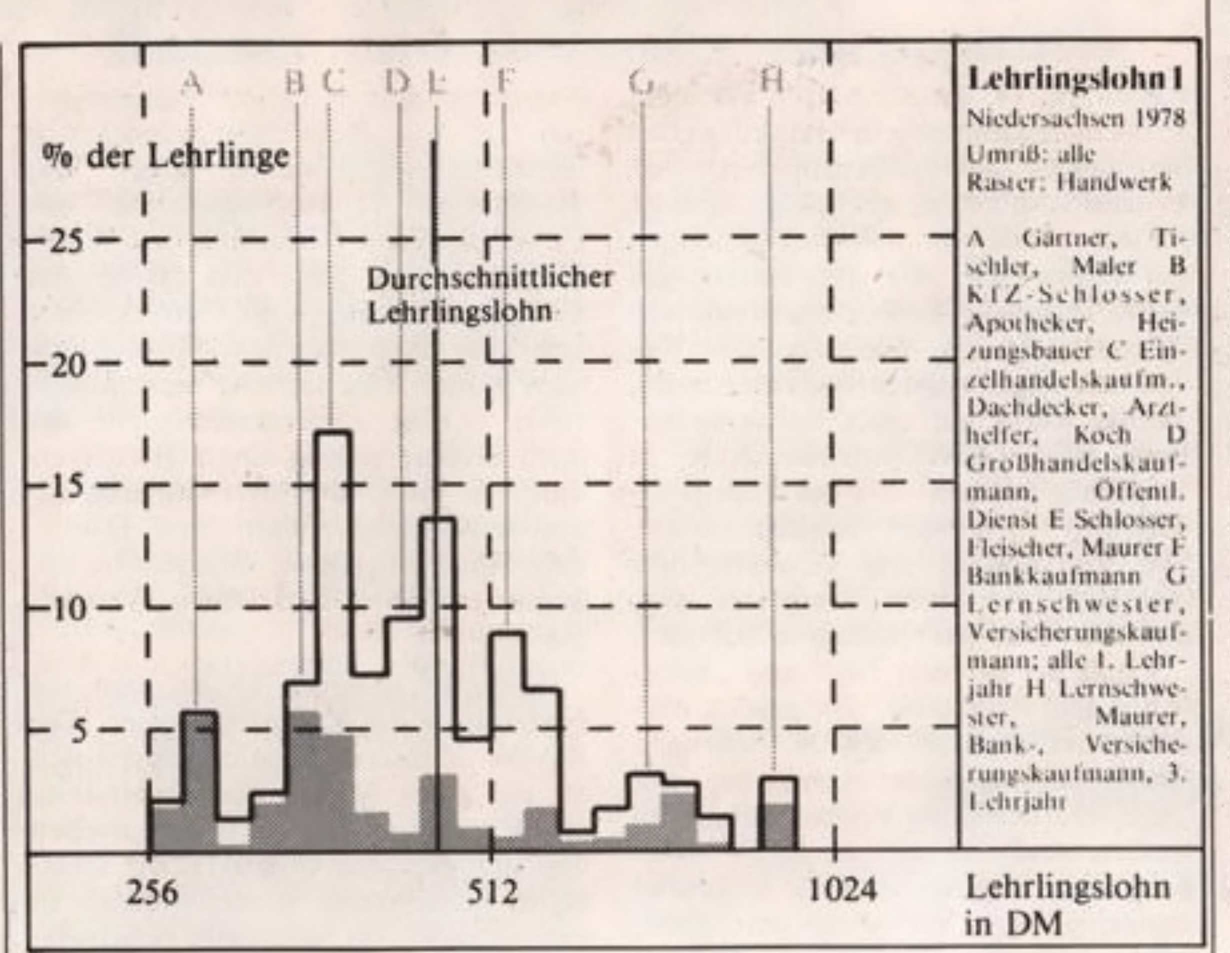
*b.std.* Die Kapitalisten wenden ganz verschiedene Methoden zur Senkung des Preises der Arbeitskraft an. Eine davon ist, die jugendliche Arbeitskraft von Anfang an zu ganz niedrigen Preisen zu kaufen.

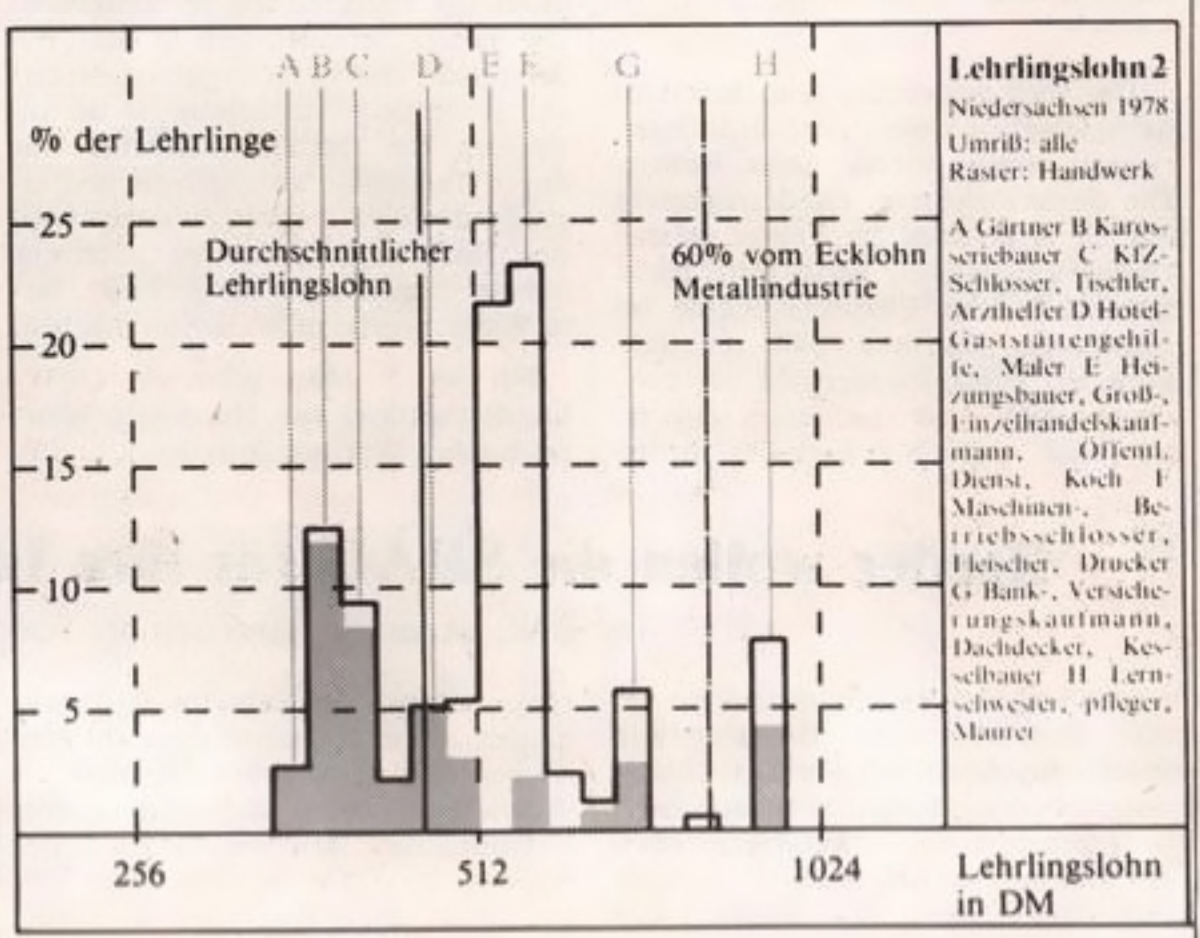
Wir haben in den nebenstehenden Schaubildern die Verteilung der Lehrlingslöhne für Niedersachsen untersucht. Die Angabe über die Löhne und die Angaben über die Anzahl der Lehrlinge in den verschiedenen Ausbildungsberufen entstammen verschiedenen amtlichen Quellen. Aber eine Zuordnung von beiden war in den allermeisten Fällen möglich. Insgesamt sind in dieser Verteilung 107000 Lehrlinge erfaßt, das sind etwas mehr als die Hälfte aller Lehrlinge in Niedersachsen. Das ist eine hohe Stichprobe, und daher kann man annehmen, daß die Verteilung im großen und ganzen den wirklichen Verhältnissen nahekommen wird, insbesondere auch, da alle Branchen vertreten sind.

Die Schaubilder zeigen die Probleme, vor denen die Gewerkschaftsjugendbewegung und Lehrlingsbewegung steht, ganz deutlich. Ohne Kraftanstrengung der ganzen Arbeiterbewegung und gemeinsamer Unterstützung der Gewerkschaften können die Lehrlinge einen ausreichenden Lohn, der zu ihrem Leben reicht, nicht erkämpfen. Vom hoher Bedeutung ist daher, daß sich in den letzten Jahren in der Gewerkschaftsjugend Forderungen herausbilden, die den Lehrlingslohn prozentual an den Facharbeiterlohn anbinden, und daß diese Forderungen in den Gewerkschaften Unterstützung finden. Die Lehrlinge sind aber noch weit davon entfernt, einen ausreichenden Lohn erzielt zu haben.

Im ersten Schaubild haben wir alle Lehrlinge aufgetragen aus Industrie, Handel, Öffentlichem Dienst und Handwerk. Gerastert ist die Zahl der Lehrlinge im Handwerk. Es handelt sich um zwei ganz unterschiedliche Verteilungen des Lohns, je nachdem, ob im Handwerk angestellt oder in Industrie, Handel und Öffentlichen Dienst.

Im zweiten Schaubild haben wir so getan, als ob alle Lehrlinge eine Entlohnung bekommen würden, die mindestens der Bezahlung im 3. Lehrjahr entsprechen würde. Wir wollen hiermit die Forderung nach einem einheitlichen, ausreichenden Lehrlingslohn unterstützen. Das Ergebnis ist doch sehr verblüffend. Die Entlohnung in Handwerk und Industrie fallen völlig auseinander. Das Bild zeigt aber auch, wieweit die Gewerkschaftsjugend noch von der Durchsetzung eines ausreichenden Mindestlohnes entfernt ist. Es stellen sich folgende Forderungen: Die Bezahlung im Handwerk muß nach den Tarifen in der Industrie erfolgen. Die Lehrlinge müssen einen Mindestlohn garantiert erhalten, der prozentual an den Facharbeiterlohn gekoppelt ist. Jeder Schritt dahin – Aufhebung der unterschiedlichen Bezahlung nach Lehrjahren und Alter, gleiche Festgeldbeträge für alle Lehrjahre – ist dafür von Bedeutung. Aber das Problem kann nur in einer einheitlichen Bewegung der Arbeiterklasse erledigt werden.




*b.jüd.* Bereits zu Anfang dieses Jahrhunderts gründeten sich Lehrlingsvereine mit eigener Zeitung, wurden aber 1908 wieder verboten. 1923 beschließt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ein „Programm für die gewerkschaftliche Jugendarbeit", in dem es u.a. heißt: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Jugendlichen sind durch Tarifvertrag zu regeln."

- Die „Konferenz der arbeitenden Jugend" von 1926 fordert die „Festlegung von Mindestlöhnen, dem Existenzminimum entsprechend." Ein Jahr später werden bereits 1406 Tarifverträge erfaßt, die Bestimmungen über das Lehrlingswesen enthalten. Im DGB-Gründungsprotokoll 1949 werden „.... tarifvertragliche Regelungen der Lehrlingsvergütung" gefordert.

- Am 1. Mai 1979 trug die DGB-Jugend auf einem Transparent die Forderung „60% vom Facharbeiterlohn, das braucht der Lehrling schon"
- Im Oktober 79 hat die IG-Metall für das metallverarbeitende Handwerk einen Tarifvertrag abgeschlossen, wonach der Lehrlingslohn nach den Lehrjahren um 5, 10, 15 und 20 DM erhöht wird.
- Die ÖTV und die Eisenbahnergewerkschaft fordern auf Bundes- und Bezirksebene „existenzabsichernde Ausbildungsvergütung". In den Jugendausschüssen ist gerade die genauere Fassung der Forderung nach „Existenzabsicherung" in der Diskussion: Die Vertrauensleute bei MAN fordern für die Tarifrunde 80 220 DM für alle gleich, Anhebung der Ausbildungsvergütung um denselben Betrag, mindestens 175 DM.
- Die vier Tarifkommissionen im Nordverbund haben die Forderung beschlossen: 80 DM für das 1. und 2. Ausbildungsjahr, 70 DM für das 3. und 4.
- Die Jugendgruppe der IG Druck und Papier fordert neben 250 DM Festbetrag auch für die Auszubildenden: „.... 50% des Facharbeiterecklohns. Mittelfristiges Ziel dabei ist, daß alle Auszubildenden den gleichen Lohn erhalten."

# Verkaufsfördernde Ausbildung im Hamburger Einzelhandel

*b.wos.* Umsatzstagnation im Hamburger Einzelhandel vermeldet „Die Welt" in ihrem Hamburgteil und gibt die Gründung eines Ausbildungszentrums zur „Weiterbildung für Lehrlinge und Führungsnachwuchs" bekannt. Als Begründung für den Umsatzrückgang ließ der Gesamtverband des Einzelhandels erklären: Es würden weniger in Hamburg einkaufen, wegen Bevölkerungsschwund, und der Hamburger Senat würde zu wenig Werbung machen für Hamburg als Einkaufsparadies. Da die Parkmöglichkeiten in Hamburg schlecht sind, würden viele Käufer die Verbrauchermärkte außerhalb Hamburgs benutzen. In Hamburg stieg der Einzelhandelsumsatz von Januar bis September im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nur um 4,4%, in der gesamten Bundesrepublik stieg der Umsatz um 6,1%. Besonders die Kaufhauskonzerne in Hamburg mußten im selben Zeitraum Umsatzeinbußen von 0,1% hinnehmen.

Die Kaufhauskonzerne und der Facheinzelhandel setzen nun darauf, ihr Verkaufspersonal so auszubilden, daß die Kunden fachgerecht und gezielt bedient werden können. Dieses Ziel zu erreichen, dient die Einrichtung dieses überbetrieblichen Ausbildungszentrums. Praktika und Seminare über Warenkunde und die Bedienung der EDV werden angeboten.

Verkäufertraining durch Rollenspiel werden angeboten, zum besseren Umgang mit den Kunden. Unterricht für Führungsnachwuchs und Auffrischungsseminare für Ausbilder gehören mit zu dem Programm. Diese Kurse kann nur besuchen, wer von seinem Kapitalisten dazu angemeldet wird. Außerdem führen die Kapitalisten innerhalb der Betriebe Schulungen durch, um ihre Verkäufer gezielter und überall einsetzen zu können. So werden zur Zeit bei Karstadt Mönckebergstraße in der Lebensmittelabteilung Schulungen durchgeführt, durch die die Beschäftigten in bestimmte Tätigkeiten der Bestellannahme, der Disposition und der Kassenabrechnung eingewiesen werden. Alles Tätigkeiten, die sie bisher nicht machen brauchten. Diese Art von Weiterbildung bedeutet für die Beschäftigten hinterher nur intensivere Arbeit bei gleichem Lohn. Gegenwärtig führt die HBV per Fragebogen eine Untersuchung im Einzelhandel durch über die Art der aufzustellenden Lohnforderung. So kann bereits 3 Monate eher der Tarif gekündigt wird, die Einheit im Lohnkampf vorbereitet werden.

# HBV: Die Beschäftigten beginnen mit der Vorbereitung des Lohnkampfes

*b.beb.* Die Löhne und Gehälter der Beschäftigten im Bereich Handel, Banken und Versicherungen liegen noch erheblich unter dem Durchschnitt der von den Kapitalisten in der Industrie gezahlten Tarife.

Nach der amtlichen Statistik liegen die durchschnittlich in der Industrie gezahlten Gehälter für männliche Angestellte im April 79 in Schleswig-Holstein bei 2319 DM, im Bereich HBV dagegen bei 2192 DM, für weibliche Angestellte bei 2108 bzw. 1775 DM. Etwa 55% der Beschäftigten sind Frauen. Im Einzelhandel, wo ihr Anteil besonders hoch ist (über 68%), verdienen laut Statistik sogar ca. ¾ durchschnittlich 1363 DM oder weniger.

Die Antwort der Beschäftigten besteht in einer rasch gestiegenen gewerkschaftlichen Organisierung in der HBV und der Organisierung verschiedener Kampfaktionen im letzten Jahr. Erschwert wird die Lage durch die Vielzahl verschiedener Tarifverträge im HBV-Bereich sowie die vielfach direkt spalterische Rolle der DAG, die z.B. im Groß- und Außenhandel in Schleswig-Holstein letztes Jahr einen Tarifvertrag abschloß, der noch unter dem letzten freiwilligen Angebot der Kapitalisten lag.

Völlig zu Recht fordert die HBV die Angleichung der Löhne und Gehälter an das erkämpfte durchschnittliche Lohn- und Gehaltsniveau sowie die überdurchschnittliche Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen. Unter 10% könne die Forderung dieses Jahr nicht liegen, erklärte HBV-Landesbezirksleiter Krause vor der Fachgruppe Einzelhandel in Kiel. Erste Beschlüsse aus Betrieben bewegen sich in der Richtung eines Festbetrages von 180-200 DM und einer prozentualen Ankoppelung für die höher Verdienenden von etwa 10%.

Eine jetzt begonnene Fragebogenaktion für die Einzelhandelsbeschäftigten in Hamburg über die Forderungsart kann gut genutzt werden, den Zusammenschluß um einen ausreichend hohen Festbetrag herzustellen.

Übersicht: Tarifverträge im HBV-Landesbezirk Nordmark

| Schleswig-Holst. | Beschäftigt | davon Frauen | Tarif läuft bis |
|---|---|---|---|
| Großhandel | 40367 | 13236 (32,8%) | 31.5.80 |
| Einzelhandel | 72576 | 49401 (68,1%) | 30.4.80 (Urlaubsgeld und Sparförderung: 31.12.79) |
| Banken | 19343 | 10305 (53,2%) | 29.2.80 (bundesweit) |
| Versicherungen | 4492 | 2076 (46,2%) | 31.3.80 (bundesweit) |
| **Hamburg:** | | | |
| Großhandel | ca. 85000 | 78700 (53,0%) | 30.4.80 |
| Einzelhandel | ca. 65000 | | 30.4.80 (Gehaltstarif) Lohntarif: tarifloser Zustand |
| Banken | 51576 | 25920 (50,3%) | siehe Schleswig-Holstein |
| Versicherungen | | | siehe Schleswig-Holstein |

(Zahlen SH vom 31.12.78, Zahlen HH z.T. geschätzt)

# Lüneburg: Ausplünderungsfeldzug der Fina wird bekämpft

*b.msk.* „Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendet, daß er seinen Arbeitslohn erhält, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw." (Karl Marx). Um bis zu 150% hat die Fina, Fernheizungswerk, die den Stadtteil Kaltenmoor beliefert, die Heizkostenpauschale innerhalb eines Jahres erhöht. Am 1.12.79 bekamen die ca. 2700 Haushalte in Kaltenmoor wieder eine Erhöhung der Heizkosten. Eine Frau, die seit 3 Monaten arbeitslos ist und ihr Kind allein ernähren muß, berichtet: „Für die 3-Zimmer-Wohnung zahle ich 507 DM kalte Miete. Bis Mai '79 mußte ich 132 DM Heizung zahlen. Im Mai hat die Fina erhöht auf 193 DM. Jetzt soll ich 305 DM Heizung zahlen. Da komme ich auf eine warme Miete von 900 DM. 1000 DM Arbeitslosengeld habe ich und eine kleine Witwenrente. Es reicht vorn und hinten nicht. Wenn ich nicht schnell Arbeit finde, muß ich ausziehen. Die Heizkostenerhöhung zahle ich nicht. Ich habe den Dauerauftrag gekündigt und einen Rechtsanwalt eingeschaltet." In ihrem Wohnblock sind schon 2 Familien ausgezogen, die dritte hat gekündigt. Eine andere Frau berichtet, daß sie vom Sozialamt unter Druck gesetzt wird, sich eine billigere Wohnung zu suchen. „Ein ständiges Kommen und Gehen ist das hier in Kaltenmoor", berichtet ein Rentner. Die Rentner sind oft am härtesten getroffen. Bei den 1½- und 2-Zimmer-Wohnungen ist die Heizkostenpauschale jetzt teilweise höher als die Miete. Einige Rentner sind gezwungen, ins Altersheim zu ziehen.

Die Mieten in Kaltenmoor verschlingen jetzt fast einen Monatslohn. Das machen die Kaltenmoorer nicht mit. Die meisten haben ihre Daueraufträge gekündigt und überweisen den alten Heizkostenbetrag. Sie haben sich in der Aktionsgemeinschaft Kaltenmoor zusammengeschlossen und die Arbeitsgruppe Fina beauftragt, die Rechnungen der Fina zu untersuchen. Im März soll eine Versammlung stattfinden, um gegen den Plünderungsfeldzug der Fina Maßnahmen zu beschließen.

Die Fina reagiert auf den Protest in Kaltenmoor mit folgendem Energiesparaufruf: „Einsparungen nur durch Reduzierung des Verbrauchs möglich. Heizkörper in den nicht benutzten Räumen abdrehen. Sparsam lüften ... Vorhandene Jalousien oder Rolladen frühzeitig schließen. Fenster und Türen abdichten. Energiebewußt denken." Der Brief ist eine Provokation. Mit § 9 des verbindlichen Liefervertrages zwingt die Fina die Mieter, die Wärmemenge zu zahlen, die das Heizwerk produziert. Keineswegs gelangt diese produzierte Wärme in die Haushalte. Die Heizungsrohre sind so schlecht isoliert, daß selbst im tiefsten Winter grüner Rasen im Schnee anzeigt, wo die Heizungsrohre verlaufen. Nach Schätzungen eines Ingenieurs bedeutet die schwache Isolierung einen Wärmeverlust von 25-30%. Umstellung auf einen billigeren Energieträger, Verbesserung der Isolierung der Heizungsrohre und der Fenster, Senkung der Heizkostenpauschale sind die Forderungen der Mieter in Kaltenmoor.

# Steigende Treibstoffkosten treiben die Kapitalisten auf's Wasser

*b.thc.* Wegen steigender Transportkosten pro Einheit und Kilometer werden die Küstenschiffahrt weiter an Bedeutung zunehmen, äußerte sich der Vorsitzende des Verbandes deutscher Küstenschiffseigner gegenüber den „Kieler Nachrichten". Gleichzeitig vermeldet der Lübecker Hafen eine Steigerung des Güterumschlages um 11,4% auf 10,5 Mio. Tonnen (Lübeck hat über 50% des gesamten Güterumschlages der westdeutschen Ostseehäfen), während Puttgarden bereits 1978 einen Rückgang des Güterumschlages von 6% zu verzeichnen hatte. Da die Verbindung Puttgarden-Rödby nur eine kurze Unterbrechung des LKW-Güterverkehrs nach Skandinavien darstellt, läßt sich in diesem Bereich eine Tendenz zur Verlagerung des Gütertransportes von der Straße auf die See erkennen. Schon die Berechnung der Treibstoffkosten drückt dies aus: Beim LKW liegen sie bei 1,23 DM pro Tonne und Stunde, bei einem 5400 BRT-Frachter dagegen nur bei 0,05 DM.

Großer Nachteil allerdings: Während ein LKW fast von Tür zu Tür fahren kann, geht die beim Schiff nicht. Beund Entladung in den Häfen kostet Zeit und Geld. Die Kapitalisten können ihren Profit nicht schnell genug realisieren. Mit der Umstellung auf Containerverladung konnten sie eine erhebliche Rationalisierung erreichen. 360 der in den letzten 10 Jahren für die Küstenschiffahrt hergestellten Frachter (2-5 Tsd BRT) können unmittelbar für den Containertransport genutzt werden. Tageskosten von über 5000 DM bei Betrieb eines kleinen Frachters zwingt die Kapitalisten jedoch zu weiteren „Strukturverbesserungen" beim Warentransport. Ihr Zauberwort heißt „Schiff der Zukunft".

Angestrebt wird hierbei die Besatzung eines Frachters mittlerer Größe auf 12-10 Mann zu reduzieren und sämtliche grundlegende Funktionen des Schiffes (An- und Ablegen, Fahrt, Be- und Entladen) nur noch von einem Besatzungsmitglied durchführen zu lassen. Geschwindigkeiten bis zu 35 Knoten (Finnjet) werden dabei angestrebt. In jedem Fall bedeutet dieses Konzept eine immense Steigerung der Intensität der Arbeit für die Besatzungsmitglieder.



1 500 Schüler demonstrierten am 24.1. in Bielefeld bei einem Aktionstag der Bezirksschülervertretung gegen den neuen Schülervertretungs(SV)-Erlaß des NRW-Kultusministers Girgensohn (SPD). Vor allem dadurch, daß bisherige Pflicht-Gelder der Schulträger an die SVs zu ,,freiwilligen Zuwendungen'' erklärt werden, werden die Rechte der SVs darin weiter eingeschränkt. Erhoben wurden ebenfalls Forderungen gegen Unterrichtsausfall und schlechte Ausstattung der Schulen sowie für Einstellung aller Lehrer. Es sprachen u.a. Vertreter der GEW, des Kreisjugendausschuß des DGB und der ASten.

## Lehrer beraten über Fortsetzung ihres Kampfes

Vollversammlung in Hamburg / Warnstreik im März in NRW

*r.gör.* Am 14. Januar hatten auf einer Protestversammlung in Hamburg etwa 500 Lehrer die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bekräftigt. Und sie hatten vor allem die Maßregelungen zurückgewiesen, die der Hamburger Senat gegen die Lehrer durchzusetzen versucht, die am Warnstreik im November teilgenommen hatten. Am 21. Januar wurde auf einer Vollversammlung aller GEW-Vertrauensleute in Hamburg beraten, wie der Kampf erfolgreich fortgesetzt werden könne. Die Vollversammlung verabschiedete eine Resolution, worin festgelegt wird, daß die Aktionen ,,Gläserne Schule'', ,,Schule der offenen Tür'' und ,,Schule auf dem Prüfstand'' fortgesetzt werden sollen (vom 11. bis 24. Februar). Weiter heißt es in der Resolution, daß ,,alle erforderlichen Vorbereitungen zu treffen (sind), so daß die GEW Hamburg in der Lage ist, im Falle anhaltend unnachgiebigen Verhaltens des Arbeitgebers jederzeit eine weitere Arbeitsniederlegung durchführen zu können.''

Das wird notwendig sein. Ihre Unnachgiebigkeit stellen die Länderregierungen immer wieder unter Beweis. Die niedersächsische Landesregierung hat die Arbeitszeit für Lehrer an den Orientierungsstufen verlängert. Nicht eine zusätzliche Planstelle wurde im Hamburger Haushalt 1980 zur Senkung der Pflichtstundenzahl der Lehrer bewilligt. Aber stattdessen wird alles getan, um die gewerkschaftlichen Kampfrechte der Lehrer einzuschnüren. Die o.g. Resolution wendet sich nochmals ausdrücklich gegen das Hamburger Verwaltungsgericht, das im vergangenen November den Warnstreik verboten hatte und das bei der Gelegenheit sogleich die Gewerkschaft selbst mit unter staatliche Fuchtel nehmen wollte. Das Gericht hatte ausgeführt: ,,Eine Gewerkschaft, in der auch Beamte sich in einem Berufsverband zu ihrer Interessenwahrung zusammenschließen, steht zum Dienstherrn ihrer Mitglieder in einem besonderen öffentlich-rechtlichen Verhältnis.''

Auch an anderen Orten wird die Fortsetzung des Kampfes beraten. Die Aktion ,,Gläserne Schule'' erweist sich als ein gutes Mittel, die Verbindung mit Eltern und Schülern herzustellen und sich über den Charakter der staatlichen Schulpolitik zu verständigen. In einer Anzahl von Fällen gibt es Schwierigkeiten wegen der großen Mehrarbeit durch die Vorbereitung der Zeugnisse. Die Lehrer befinden sich in dem Widerspruch, daß sie sich gegen die staatlich verordnete Aussiebung für die Interessen der Schüler zunächst nur durch Teilnahme an endlosen und ermüdenden Konferenzen einsetzen können. Doch bietet die Aktion ,,Gläserne Schule'' zugleich die Möglichkeit, diese Widersprüche öffentlich zu machen.

Für den 5. März plant der GEW-Landesvorstand von Nordrhein-Westfalen einen Warnstreik in der 5. und 6. Schulstunde zur Durchsetzung der Forderung nach Senkung der Pflichtstundenzahl. Am selben Tag sollen in Düsseldorf und Bielefeld Großkundgebungen stattfinden. Man kann gespannt sein, wie sich dann auch die bürgerlichen Politiker in ihrer Wahlkampfstimmung verhalten werden.

Von der Vertrauensleutevollversammlung der GEW Hamburg verabschiedeter Anzeigentext (Auszug)

In Hamburg sind zur Zeit über 1 000 Lehrer und Sozialpädagogen arbeitslos. Durch ihre Einstellung kann beides, die Lern- und die Arbeitssituation an den Hamburger Schulen, erträglicher gemacht werden. ... Wir müssen unsere Aktionen fortsetzen, solange der Hamburger Senat unnachgiebig bleibt. Im Februar wird an vielen Schulen die ,,Aktion Gläserne Schule'' durchgeführt. Dabei werden Lehrer demonstrieren, wieviel Arbeit liegen bleibt, wieviel Unterricht nicht vorbereitet werden kann, wenn wir uns, genau wie die anderen Arbeitnehmer, an die 40-Stunden-Woche halten.

Besuchen Sie diese Lehrer in den Schulen und informieren Sie sich! Für den Sommer werden wir weitere Aktionen vorbereiten, um eine Senkung unserer unzumutbaren und ungerechten Arbeitsbelastung zu erreichen. Die Unterzeichner fordern Senat und Bürgerschaft erneut auf, die finanziellen Mittel für zusätzliche Lehrerstellen zu bewilligen und die von der GEW geforderte Verkürzung der Unterrichtsverpflichtung aller Lehrer um mindestens eine Stunde, an Grund- und Hauptschulen um drei Stunden unverzüglich einzuleiten.

## Berliner Reichsbahn: Unter der Regie der Revisionisten bloße Ausbeutung

*r.axk.* Das Verkehrsministerium der DDR, dem die Deutsche Reichsbahn (DR) in Westberlin untersteht, hat 77 Beschäftigte aus zwei Ausbesserungswerken, darunter Küchengehilfen, Putzfrauen, Meister, ein Ingenieur, SEW- und FDGB-Mitglieder am 15.1.80 entlassen. Die Kündigungsfrist beträgt für viele nur 14 Tage. Bis hin zu Dienststellenleitern und auch höheren Funktionären wurden alle davon überrascht, denn gleichzeitig hingen auf den Bahnhöfen noch Plakate aus:
auf den Bahnhöfen noch Plakate aus:
,,Die DR bietet sicheren Arbeitsplatz'' usw. Jahrelang mußte man sich anhören, ,,habt Vertrauen zur Direktion, die läßt Euch nicht im Stich'', wenn Lohnerhöhung oder Abbau von Überstunden verlangt wurde. Haben sich z.B. die Zugabfertiger nicht durch Unterschriftensammlung gegen die 56 Stundenwoche zur Wehr gesetzt, was mit Rausschmißdrohung unterdrückt wurde, waren sie gezwungen, nach den ,,arbeitsrechtlichen Bestimmungen der DR'' für Westberlin, zu dritt über Wochen und Monate täglich den S-Bahnhof 24 Stunden lang zu besetzen, mit der Begründung, es würden sich keine Leute bewerben oder der Krankenstand sei zu hoch. Wo der Kampf jedoch geführt wurde, fanden sich plötzlich Arbeitskräfte. Der Zwang zu Überstunden resultiert aber nicht nur daher, sondern vor allem aus wirtschaftlichen Gründen. Ein S-Bahnfahrer erhält bis zu 400 DM weniger als ein unter gleichen Bedingungen tätiger U-Bahnfahrer der BVG. Mit rund 1790 DM netto bei Schichtarbeit auch an Wochenenden ist er zusätzlich zu Überstunden gezwungen, um die 4-köpfige Familie zu ernähren. Teilweise werden bis zu 8 Schichten und mehr im Monat gemacht. Und so häufen sich die Kreislauferkrankungen, Herzinfarkte, Schlafstörungen usw. Die gewerkschaftliche Tätigkeit des DGB wird unterdrückt; zugelassen ist nur der FDGB als letztlich verlängerter Arm der DDR-Bourgeoisie. Die Kündigung von Tarifen ist in dessen Satzung nicht vorgesehen, Streikrecht gibt es nicht.

Aufgrund dieser elenden Lage und der geplatzten Seifenblase über den sicheren Arbeitsplatz hat sich nun ein breiter Widerstand gegen die Entlassungen entwickelt. Beschlüsse, Resolutionen und Unterschriftensammlungen wurden gefaßt. Sogar zwei Bahnpolizeiwachen sind darunter. Die Direktion hat die Entlassungen nicht zurückgenommen und bereitet weitere vor,
genommen und bereitet weitere vor,
,,wenn der Senat keinen Zuschuß zahlt''. Gerüchte kursierten über die Anzahl der zukünftig von Entlassungen Betroffenen. So soll Druck gemacht werden, damit weiter rationalisiert werden kann, dann auch in den produktiven Bereichen. Eine Lohnerhöhung sollen sich die Reichsbahner gleich aus dem Kopf schlagen. So muß die Rechnung des Verkehrsministeriums sein, wenn es Devisen gewinnen will. Mit einzelnen Resolutionen wird man gegen diesen Plan wenig ausrichten können. Um die Spaltungsabsichten zwischen den Dienststellen und zwischen Verwaltungs- und produktivem Bereich zu durchkreuzen, wäre eine allgemeine Betriebsversammlung aller Reichsbahner vonnöten, wo Kampfmaßnahmen eingeleitet werden können, was in einem offenen Brief von 20 Reichsbahnern gefordert wurde.

Die im DGB organisierte Gewerkschaft der Deutschen Eisenbahner (GdED) muß den Kampf gegen die Entlassungen unterstützen. Es reicht, wenn die DR-Direktion die Eisenbahner als Manövriermasse betrachtet. Das muß nicht auch die Leitung der GdED tun, wenn sie sagt, sie unterstütze den Kampf gegen die Entlassungen nicht, weil damit die SED weiterhin den Einfluß über tausende Eisenbahner behalte. Erstens stimmt das nicht, wenn der Kampf gegen die Direktion geführt wird und zweitens kann die GdED so keinen weiteren Einfluß unter den Reichsbahnern gewinnen.

## Reeder wollen die SBAO für ihre Interessen ändern

ÖTV und DAG setzen die Interessen der Seeleute durch

*r.pet.* Am 17.1.80 demonstrierten ca. 200 Studenten der Seefahrts-und Schiffs-Ingenieur-Schulen aus Cuxhaven, Leer, Flensburg und Grünendeich in Hamburg vor dem Bundesverkehrsministerium, Abteilung Seefahrt (BVM-See), gegen den Entwurf der neuen Schiffsbesetzungs- und Ausbildungsordnung (SBAO). Bereits 1976 forderten der Verband Deutscher Küstenschiffseigner (VDK) und der Verband Deutscher Reeder (VDR) die SBAO von 1970 zu ändern. Die Hauptforderungen von VDK und VDR waren – Einsatz der Kapitäne als Wachgänger – Herabsetzung der Zahl nautischer und technischer Offiziere – Ausweitung der Befugnisse aller Patentinhaber. Bei einer Mitgliederbefragung der ÖTV sprachen sich 78% gegen eine solche Änderung der SBAO aus. 1977 stellt das BVM-See die neue SBAO vor. Danach sollen die Befähigungszeugnisse erheblich ausgeweitet werden.

**Beispiele aus dem nautischen Bereich:**

**– AKü –**

*Bisher:* ,,Leichterpatent'' zum Führen von Seeleichtern und Seeschiffen bis 212 BRT in der Küstenfahrt.
*BVM-Vorschlag:* Patent für Kapitäne und Steuerleute auf Schiffen bis 499 BRT in der kleinen Fahrt.

**– AK –**

*Bisher:* Kapitän in der kleinen Fahrt auf Schiffen bis 500 BRT
*BVM-Vorschlag:* Kapitän in der mittleren Fahrt auf Schiffen bis 1000 BRT

**– AM –**

*Bisher:* Kapitän in der mittleren Fahrt auf Schiffen bis 1000 BRT
*BVM-Vorschlag:* Kapitän auf 1000 BRT Schiffen in allen Fahrtgebieten

Ähnliche Ausweitungen soll es im technischen Bereich geben. Die letzten Änderungen der SBAO wurden vom BVM im November 1979 vorgelegt. Jetzt soll nur das AKü ausgeweitet werden bis 300 BRT, dafür soll als Voraussetzung für die Mittelpatente nicht mehr Mittel- oder Realschulabschluß sondern Hauptschulabschluß sein. Das ist eine Runterstufung im Bildungsbereich und dient als Vorbereitung für eine Lohnsenkung. In Bereichen wo dies nicht möglich ist, werden die Besatzungen reduziert. Zur Zeit hat die Hapag-Lloyd vier Versuchsschiffe mit 18 Mann Besatzung laufen, gegenüber bisher 25 Mann. Das sind für sie noch zuviel. Sie wollen die Besatzungen weiter reduzieren und in Zukunft nur noch mit 12 Mann fahren.

Nach der SBAO von 1970 mußten für die Maschine noch 6 Maschinisten und 4 Hilfskräfte mitfahren. Die reduzierten Besatzungen sind nur noch zur Überwachung des Schiffes da, Repataturen werden nur im Notfall ausgeführt.



Moderner Schiffsmaschinenleitstand

**Übersicht Schiffsbesetzung**

| 18-Mann | 12-Mann | |
|---|---|---|
| 4 NO | 2 NO | (nautischer Off.) |
| 2 TO | 2 TO | (technischer Off.) |
| 1 SBM | 1 SBM | (Schiffs-Betr.-Meister) |
| 6 FK | 4 FK | (Fachkräfte) |
| 1 Elt | 1 Elt | (Elektriker) |
| 1 Koch | 1 Koch | |
| 2 Stwd | 1 Stwd | (Steward) |
| 1 FO | (1 FO) | (Funkoffizier) |




DER ERSTE BÜRGERMEISTER PLAUDERT MIT SEINEM WIRTSCHAFTSSENATOR STEINERT ÜBER VERSCHIEDENE MÖGLICHKEITEN, LOHNERHÖHUNGEN IN LOHNSENKUNGEN ZU WANDELN...















# Kundgebungen des Niedersächsischen Landvolks gegen die Bonner und Brüsseler Agrarpolitik

*r.rak.* Das Niedersächsische Landvolk (Landesverband des deutschen Bauernverbands) ruft für den 5. Februar um 10.30 Uhr in die Weser-Ems-Halle in Oldenburg und für den 6. Februar zur gleichen Zeit in die Stadthalle in Göttingen zu Kundgebungen auf. Der Protest der Bauern richtet sich gegen den ,,anhaltend niedrigen Einkommenstrend und die unbefriedigende agrarpolitische Entwicklung in Brüssel und Bonn". In Oldenburg werden der Präsident des deutschen Bauernverbandes Heeremann und Landvolkpräsident Bockhop, sowie der Vizepräsident des niedersächsischen Landvolks Oellien sprechen; in Göttigen der Generalsekretär des Bauernverbandes Schnieders. Bauern aus ganz Niedersachsen werden in die beiden Kundgebungsorte fahren.

Obwohl jeder kleine und mittlere Bauer spürt, daß sich seine Lage zur Zeit rapide verschlechtert, ist es nicht leicht den Nachweis zu führen, daß dies eine allgemeine Entwicklung ist. Die Agrarberichterstattung der Bundesregierung ändert ihre Systematik so etwa alle 2 Jahre, so daß man die Entwicklung nicht kontinuierlich zurückverfolgen kann. Zudem wird nur alle 10 Jahre eine genaue Untersuchung gemacht. In der Zwischenzeit werden nur die Betriebsergebnisse der sogenannten Testbetriebe erhoben. Von diesen, im wesentlichen von den Landwirtschaftskammern und den Behörden der Landesregierung ausgewählten Betrieben, wird dann auf die gesamte Landwirtschaft hochgerechnet.

Das Testbetriebssystem ist keine repräsentative Stichprobe. So lagen im Wirtschaftsjahr 1977/78 36,1% der Testbetriebe über 50000 Standardbetriebseinkommen, in Wirklichkeit waren nur 21,88% der Vollerwerbsbetriebe so groß. Der Anteil der Testbetriebe unter 30000 DM STBE betrug im Testbetriebssystem 20,7%, in Wirklichkeit waren 45,53% aller Vollerwerbsbetrieb so klein.

Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des ,,verfügbaren Einkommens" der Testbetriebe in den Wirtschaftsjahren 1973/74 bis 1976/77. Das ,,verfügbare Einkommen" entspricht ungefähr dem Nettoeinkommen in der Industrie und einem Anteil, von dem noch Erweiterungs-(Netto-) Investitionen bezahlt werden müssen.

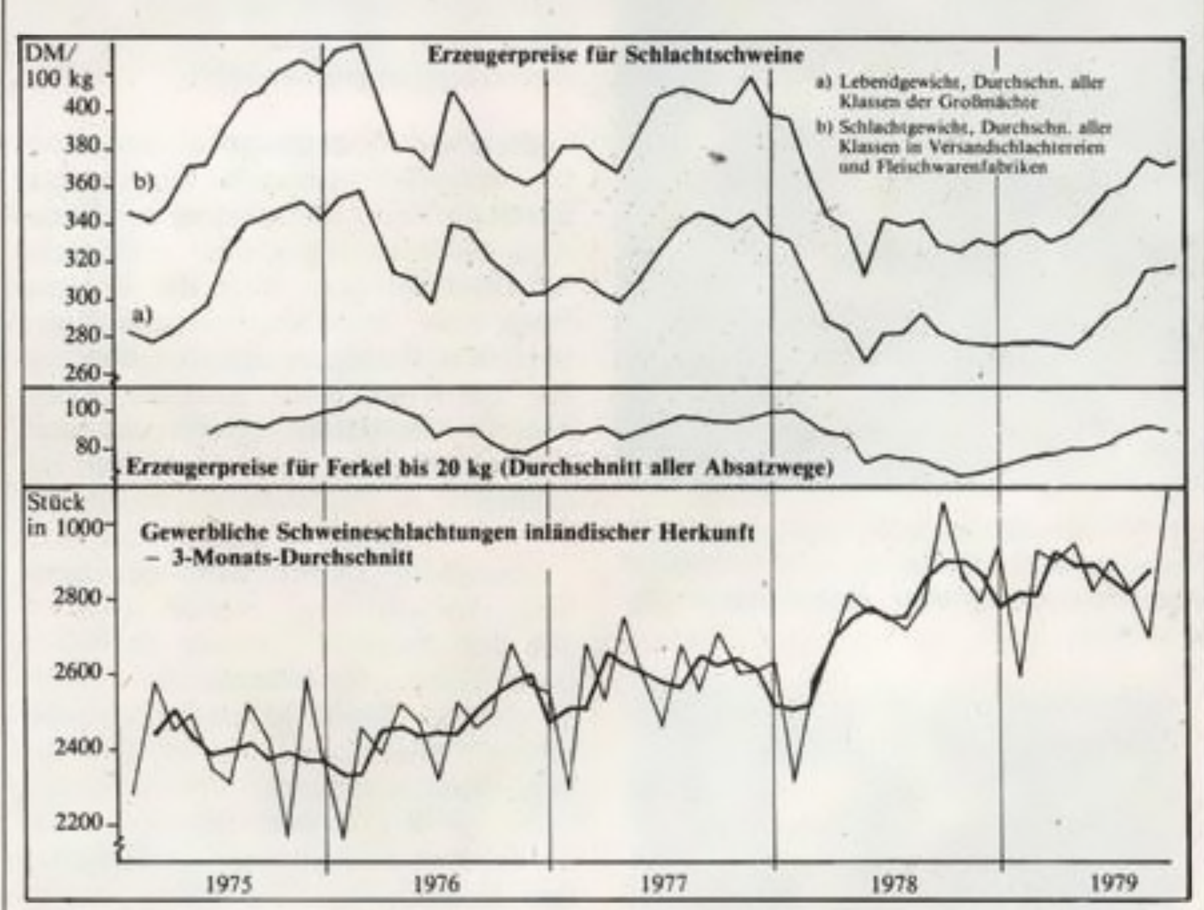
Die Tabelle zeigt, daß das Einkommen der ganz kleinen Betriebe schon lange zurückgeht, während das Einkommen der mittleren und größeren Betriebe erst zunimmt, um dann ab dem Wirtschaftsjahr 1976 / 77 zurückzugehen. Die Behauptung der Regierung, es handele sich bei der schlechten Lage im Wirtschaftsjahr 1976 / 77 um eine ausschließliche Folge der Dürre im Sommer 76, können wir leider nicht anhand von Daten widerlegen, da ab dem darauffolgenden Jahr die statistische Grundlage des Agrarberichts geändert wurde.

Ein wesentlicher Grund für die Verschlechterung der Einkommen ist die Preisentwicklung: Eine Berechnung der jährlichen Preissteigerungsraten der Erzeugerpreise für die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte für den Zeitraum von 1960 / 61 bis 1975 / 76 nach der Zinsformel ergibt folgendes: Getreide 0,99%, Kartoffeln 6,88%, Zuckerrüben 0,78%, Rindfleisch 3,68%, Schweinefleisch 2,38%, Milch 3,59%. Die hohe Steigerungsrate bei Kartoffeln liegt an den starken Schwankungen der Kartoffelpreise. Betrachtet man den Zeitraum 1959 / 60 bis 1974 / 75, ergibt sich bei Kartoffeln sogar ein Preisverfall.

Im Zeitraum, den wir zuerst untersucht haben, sind die allgemeinen Lebenshaltungskosten um 3,76% im Jahr gestiegen, die Kosten der landwirtschaftlichen Betriebsmittel um 3,41%. Die Preissteigerungsraten für die kleinen und mittleren Bauern, wichtige Produkte Getreide, Zuckerrüben und Schweinefleisch liegen erheblich unter denen der Lebenshaltung und der Betriebsmittel. Nur der Milchpreis kann einigermaßen mithalten. Die Bundesregierung und die EG-Kommission wollen in dieser Preisrunde gerade bei der Milch durch Preisstopp und durch eine Erhöhung der ,,Mitverantwortungsabgabe" den Preis senken. Bei den übrigen Produkten soll er eingefroren werden. Gründe genug, um die Kundgebungen der Bauern zu unterstützen.

| Betriebsgröße | Verfügbares Einkommen je Familie und Monat | | | |
|---|---|---|---|---|
| | 1973/74 | 1974/75 | 1975/76 | 1976/77 |
| unter 20000 DM | | | | |
| Standardbetriebseinkommen | 1415,4 DM | 1465,9 DM | 1242,7 DM | 640,0 DM |
| Anteil im Testbetriebsnetz | 12,7% | 14,9% | 7,1% | 5,8% |
| 20000 bis 50000 DM STBE | 2711,5 DM | 2133,8 DM | 2928,2 DM | 2069,4 DM |
| Anteil im Testbetriebsnetz | 62,8% | 62,3% | 60,1% | 55,6% |
| über 50000 DM STBE | 3751,4 DM | 4265,3 DM | 5974,0 DM | 4138,0 DM |
| Anteil im Testbetriebsnetz | 15,9% | 16,7% | 27,1% | 32,9% |

## Schweinezyklus: Die Bauern unter der Knute der Anarchie des Marktes




*z.hej.* Die Perioden des Schweinezyklus dauern etwa 3 – 4 Jahre und die Verschiebung zwischen Schlachtpreis und Schlachtung etwa 1½ – 2 Jahre. Bei hohen Schlachtpreisen weiten die Bauern die Produktion aus. Kommen diese Schweine nach 9 – 18 Monaten zum Schlachter, sind die Preise bei überfülltem Markt im Keller. Notwendig wird die Konzentration der Schweinemast in großen Mastbetrieben, um durch intensive Mastaufzucht die Umschlagzeiten zu verkürzen und mit höherem Umsatz die niedrigen Preise wettzumachen. Der Bauer wird um den notwendigen Erzeugerpreis geprellt, die kleineren so ruiniert. Der Schlachtpreis im Juni '79 entsprach dem von 62/63, die Schlachtungen haben sich seither etwa verdoppelt – die Fleischkonzerne sahnen ab.

# Mit ,,technischer Zusammenarbeit" gegen die Bauern Thailands

### Die Entwicklungshilfe dient der Kapitalisierung der Landwirtschaft – z.B. das Musterprojekt Saraburi

*z.mif.* Saraburi liegt an der Bahnstrecke von Bangkok in den Nordosten Thailands, 136 km von der Hauptstadt entfernt. Der Weg zu den Ladekais am Hafen ist kurz. Entsprechend frühzeitig fanden die westdeutschen Imperialisten den Weg nach Saraburi.

1940 hatte die thailändische Regierung begonnen, dort landlose Bauern anzusiedeln, im zentralen Tiefland von Thailand, wo bisher vor allem Reis angebaut wurde. Jedem Bauern wurden 4 ha Land zugeteilt, was im Zentralgebiet von Thailand etwa die durchschnittliche Hofgröße ist, d.h. knappste Existenzgrundlage. Die meisten Bauern bauten Mais an für den Export nach Japan und in die ASEAN-Staaten. 18000 Bauernfamilien wurden auf diesem größten thailändischen Siedlungsgebiet angesiedelt.

1964 schlossen die BRD-Imperialisten einen Vertrag mit der thailändischen Regierung über das Landwirtschaftsprojekt Saraburi, 1975 lief die Förderung aus und das Projekt wurde an Thailand übergeben. In der Zwischenzeit wurde die bäuerliche Produktion gründlich umgekrempelt und auf die Bedürfnisse des BRD-Kapitals zugeschnitten. Die Bauern wurden in Lieferanten für den westdeutschen Markt verwandelt. ,,Als neue Verkaufsfrucht wurde *Hibiscus sabdariffa* vom Projekt eingeführt. Die Karkaden dieser schönen Pflanze werden in die BRD exportiert, verschnitten, in kleinen Teebeuteln verpackt und sind als Gesundheitstee hochgeschätzt", heißt es in einer Werbebroschüre der ,,Gesellschaft für technische Zusammenarbeit". Für die ersten 3,6 t getrockneter Hibiskus-Karkaden erhielten die Bauern 1969 20 Baht das Kilo; vier Jahre später, auf eine Produktion von 125 t Karkaden, noch ganze 17,6 Baht/kg (1 Baht = 9 Pfg).

Ein weiteres neues Produkt wird eingeführt: Cassia – ,,eine Arzneipflanze mit ausgezeichneten Exportchancen" (Cassia ist Grundlage zahlreicher Abführmittel der westdeutschen Pharmaindustrie).

Über ein Kreditprogramm wird der Baumwollanbau, den die Bauern schon vorher betrieben hatten, den sie aber wegen Problemen mit Schädlingen aufgeben mußten, forciert: neue, widerstandsfähigere Sorten werden angebaut, Schädlingsbekämpfungsmittel angewandt. Das ist teuer. Binnen vier Jahren erreicht der Kredit ein Volumen von 1,2 Mio. Baht, über einem Drittel des Ernteerlöses. Die Bauern werden in die Fänge des Bankwesens getrieben, die Banken werden zur beherrschenden Finanzmacht auf dem Land. Selbstverständlich feiern die BRD-Imperialisten die Kapitalisierung der Landwirtschaft als Befreiung der Bauern vom Wucherzins der Kleinkapitalisten. Über die Banken fließt das Geld der Bauern wieder an die imperialistischen Konzerne, bei denen sich Thailand für den Kauf von Dünger und Industriewaren verschulden muß. Wichtiger Bestandteil des Saraburi-Projekts war die Lieferung von 1150 t Dünger durch die BRD-Regierung. Haben die Bauern einmal mit der Verwendung von Kunstdünger begonnen, sind sie zur weiteren und steigenden Verwendung gezwungen bei Strafe ihres Bankrotts. So eignen sich die Imperialisten immer mehr bäuerliche Produkt im Austausch gegen immer weniger industrielles Produkt an. 1978 verkaufte Thailand 6 Mio. t Tapioka und erlöste dafür 10 Mrd. Baht – gegenüber dem Vorjahr war das 58,9% mehr Produkt, aber nur 41% mehr Geld. Ebenso bei Mungobohnen – für 49% mehr Tonnen als im Vorjahr erhielt Thailand 1978 nur 9,6% mehr Geld. Die Ausgaben für Dünge- und Pflanzenschutzmittel lagen 1977 bei 2 Mrd. Baht, 1978 bei 3 Mrd., also fast einem Drittel des Exporterlöses für Tapioka.

Entsprechend dem ,,Musterbetrieb" Saraburi fördern die westdeutschen Imperialisten 1979 allein im Norden und Nordosten Thailands 16 weitere Siedlungen. Das sind Gebiete, in denen der Kampf der Bauern gegen die Imperialisten und die thailändische Kompradorenbourgeoisie hochentwickelt ist. Die BRD-Regierung geht da in den Fußstapfen der US-Imperialisten, in deren ,,Thailand-Handbuch" es bereits 1971 heißt, das Landentwicklungsprogramm sei ,,dazu bestimmt, die Bedrohung durch den Aufruhr zu schwächen und die Verbindungen zwischen der Zentralregierung und den Landgemeinden zu stärken." Dem gleichen Zweck dienen die ,,Elektrifizierungsprogramme", an denen sich die BRD-Regierung ebenfalls beteiligt. In Materialien des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit heißt es hierzu: ,,1975 war die Voraussetzung hierfür" (für den Anschluß an die Elektrizität auf dem Land) ,,das Interesse von 150, in Regionen mit Aufständischen von 20 Kunden im Dorf."

Zentralstelle für die Abwicklung dieser Art ,,Entwicklungshilfe" ist die ,,Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)", eine GmbH im Besitz des Bundes. Bei den Gesprächen der Regierungen sind deren Vertreter anwesend. Die Beamten des Ministers Offergeld treten auf wie die Feudalherren und lassen sich die Füße küssen. Der Ostasienbeauftragte Dr. Eberhard Killinger setzte ins Protokoll der 3. thai-deutschen Regierungskonferenz vom 30.4. – 4.5.1979 in Bangkok z.B. folgendes: ,,Bezüglich des Grundwasservorratsprojekts erklärte die deutsche Delegation, daß nur die Beschäftigung der notwendigen Counterparts ebenso wie das Inkrafttreten der geänderten Bestimmungen bezüglich der Unterstützung der Siedler es der Regierung der BRD ermöglichen wird, das Projekt weiterhin zu unterstützen. Insbesondere müssen die geänderten Bestimmungen spätestens am 31. Mai 1979 in Kraft treten ..." – ,,Counterparts", zu deutsch ,,Gegenstücke", ist der Fachausdruck für die erforderlichen einheimischen Kompradorenzöglinge.



Musterprojekt der BRD-Imperialisten in Thailand: Die Bauern arbeiten für die Banken und die imperialistischen Konzerne. Zum bestellten Staatsbesuch auf der Grünen Woche ist Ministerpräsident Kriangsak nicht erschienen.

## Erneute Kämpfe der andalusischen Landarbeiter

*z.inl.* Streiks, Versammlungen und Demonstrationen, geschlossene Geschäfte in über 40 Städten und Dörfern; der Aufruf der Gewerkschaften CCOO und CGT zum Streik der Landarbeiter vom 23. – 25.1. in der Provinz Sevilla im südspanischen Andalusien wurde kraftvoll befolgt. Streikgrund sind die niedrigen Löhne, hohe Arbeitslosigkeit und Hunger. Gefordert wurde von der Regierung, Geld zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der Provinz zu zahlen. Im Vormonat setzten 90000 Landarbeiter in den Nachbarprovinzen Cordoba und Granada mit Streik die Erhöhung der Mindestlöhne gegenüber den Grundbesitzern durch. Diese besitzen riesige Ländereien. In Sevilla – 1,33 Mio. Einwohner, 41116 landwirtschaftliche Betriebe – haben ein Drittel der Bauern unter 20 ha, 1,3% der Betriebe sind über 200 ha groß. 152 Großgrundbesitzer haben Ländereien von über 1000 ha. Häufig werden Teile dieses Bodens nicht bebaut. Die Tagelöhner und armen Bauern fordern Landreform.



Versammlung spanischer Tagelöhner

## Massaker kann die Bauernbewegung Perus nicht zerschlagen

*z.bew.* 600 Polizisten und Mitglieder der Anti-Guerilla-Einheiten haben am 18. Dezember die indianische Dorfgemeinschaft San Juan de Ondores im Departement Junin im peruanischen Andenhochland überfallen. Bei dem Massaker wurden fünf Bauern ermordet, zwölf schwer verwundet und 45 Bauern verhaftet, die Hütten niedergebrannt, die Arbeitsgeräte zerstört und der gesamte Viehbesitz, 450 Stück Vieh, niedergemetzelt. Die Dorfgemeinschaft war Mitglied des peruanischen Bauernverbandes Confederacion Campesina del Peru (CCP), mit deren Unterstützung sie ihr Land zurückerobert hatten. Am 4. und 5. September hatten die Mitglieder der Dorfgemeinschaft nach einem 220 km langen Marsch das Land der staatlichen Genossenschaft SAIS Tupac Amaru besetzt und mit der Bearbeitung des Bodens begonnen. (vgl. KVZ 2/1980) Das Massaker von Ondores ist der Versuch der Militärregierung, den erneuten Aufschwung der peruanischen Bauernbewegung, die ihren Kern im Kampf der indianischen Dorfgemeinschaften um die Rückgabe des geraubten Landes und um nationale Rechte hat, zu zerschlagen. Erst wenige Tage zuvor waren im Nachbardepartement Cuzo die Ländereien von zwei weiteren staatlichen Kooperativen besetzt worden. Als Antwort auf das Massaker sind die Arbeiter der umliegenden Minen in Streik getreten und fordern die Freilassung der inhaftierten Bauern.

## Agrarkreditprogramm soll mehr Arbeitskräfte freisetzen

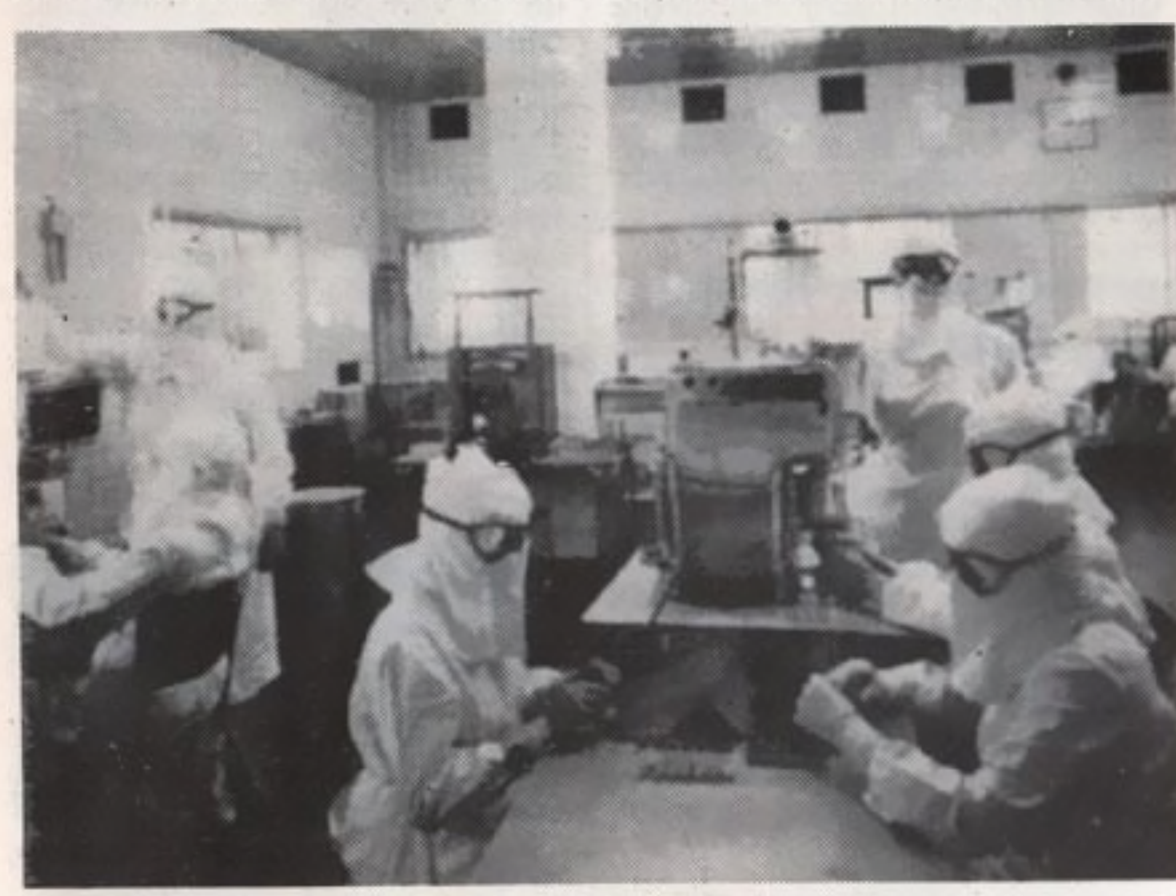
*z.doj.* In den letzten 10 Jahren wurden 544000 Vollarbeitskräfte – rund ein Drittel der in der Landwirtschaft Beschäftigten – auf den Arbeitsmarkt geworfen. Sie waren fast ausschließlich Bauern mit weniger als 20 ha landwirtschaftlichem Besitz, ein kleiner Teil Landarbeiter, durchschnittlich 4% jährlich. 1974/75, auf dem Höhepunkt der Krise, versuchten mehr Kleinbauern trotz aussichtsloser Lage ihren Hof doch noch selbständig zu halten, was sich in einer geringeren Abnahmerate der Vollarbeitskräfte ausdrückt. Bis 1979 mußten wieder zunehmend mehr Bauern aufgeben, obwohl die Aussicht auf einen günstigeren Verkauf der Arbeitskraft sich keineswegs verbessert hatte. ,,Rationalisierungshilfen kommen nämlich der Volkswirtschaft insgesamt zugute", sagt Ertl und sein Ministerium stößt nach mit einem Sonderkreditprogramm über 400 Mio. DM. Zu rund 49% werden Baumaßnahmen kreditiert, 18% Maschinenkäufe, 14% Landkäufe. 35% der Kredite sahnen die Großbauern ab, mit den restlichen Krediten werden die mittleren Bauern bis 50 ha ,,gefördert": mit dem Erfolg, daß neben den Kleinbauern nicht nur die unrentabel produzierenden mittleren Bauern der Lohnausbeutung freigegeben werden, sondern ihnen bald die Bauern bis 50 ha folgen, die die steigenden Zinslasten nicht mehr tragen können und deshalb aufgeben müssen.

# Frauenarbeit soll die Lohnkosten senken

## Ehrenberg plant Beseitigung aller Beschäftigungsverbote für Frauen und Mädchen

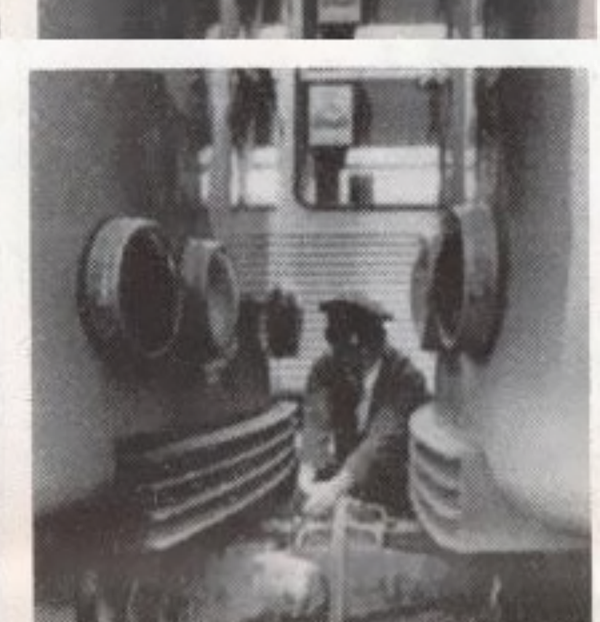
*z.anl.* Auf Antrag des Landes Baden-Württemberg verlangte der Bundesrat im Mai 1979 einen Bericht über die Bemühungen der Bundesregierung, noch bestehende Beschäftigungsverbote für Mädchen und Frauen aufzuheben. Sie solle Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten erschließen, „indem nicht mehr zeitgemäße Arbeitsschutzvorschriften dem heutigen Stand der Arbeitstechnik angepaßt werden".

Ehrenberg hat mit Bericht vom 19. Dezember 1979 zugesagt, diese Bestimmungen zu erledigen, enthalten in der Arbeitszeitordnung (Nachtarbeitsverbot), im Seemannsgesetz, im Bäckereiarbeitszeitgesetz und in den Verboten über Beschäftigung von Frauen in Steinbrüchen, Keramikbetrieben und Ziegeleien mit bestimmten Arbeiten.



Abfüllung von Penicillin. Am 1.9.1979 veröffentlichte Ehrenberg die zugelassenen Mengen Staub, Gas und Schwebstoff gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe in der Atemluft. Berücksichtigt seien „durch Alter, Geschlecht, Konstitution, Ernährungszustand, Klima" bedingte Unterschiede.









Verwendung von Frauen als Fahrerinnen bei der Hamburger Hochbahn, ermöglicht durch die Verordnung über die Beschäftigung von Frauen auf Fahrzeugen von 1971, vor schwerer körperlicher Arbeit ebensowenig wie die Fahrer geschützt. Nur ärztliche Untersuchungen sind vorgeschrieben.



Die Arbeit von Frauen auf Baustellen wurde 1960 mit der Baupraktikantinnenverordnung zum Teil erlaubt. Die Baukapitalisten wollen die billigere Frauenarbeit nicht nur im Baunebengewerbe, sondern wünschen auch die Aufhebung des Verbots des Tragens und Hebens von Lasten über 10 kg.

Beseitigt wurde 1960 unter Blank das prinzipielle Verbot der Frauenarbeit auf Baustellen mit der vagen Bestimmung, sie nicht bei den „eigentlichen Betriebsarbeiten" einzusetzen. Daraus will die Bundesregierung heute die Erlaubnis ableiten, Frauen als Elektroinstallateur, Maler, Lackierer, Glaser oder Tischler arbeiten zu lassen, denn in diesen Berufen würden die Arbeiter heute „nicht mehr überdurchschnittlich beansprucht". Unter Ahrendt fiel 1971 das Verbot für die Beschäftigung von Frauen auf Fahrzeugen. Im Rahmen dieser Verordnung blieb das Verbot erhalten, Lasten über 10 kg ohne mechanische Hilfsmittel zu heben und zu tragen.

Am 20. März 1979 wurden mit der Arbeitsstättenverordnung zehn Verordnungen außer Kraft gesetzt, davon allein fünf, die Arbeit mit Blei oder Bleiverbindungen betreffen.

Sechzehn Verordnungen wurden am 17. September 1975 außer Kraft gesetzt durch die Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe, u.a. über die Verwendung von Arsen und arsenhaltigen Stoffen in Reinigungsmitteln, über Arbeit mit Tierhaaren, Abfällen, Lumpen, in Glashütten, Tiefdruckereien, Zuckerraffinerien und verwandten Betrieben.

Ehrenberg rühmt sich, alle diese Schutzvorschriften, „soweit erforderlich und möglich", ersetzt zu haben durch einen „für Männer und Frauen in gleicher Weise geltenden Arbeitsschutz". Die Kommission zur Prüfung

durch einen „für Männer und Frauen in gleicher Weise geltenden Arbeitsschutz". Die Kommission zur Prüfung

gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe sollte zur Richtschnur nehmen, „daß bei der Beschäftigung mit gefährlichen und gesundheitsgefährdenden Stoffen nicht die Geschlechtszugehörigkeit, sondern die persönliche Eignung ... im Vordergrund steht". Die Kommission ließ eine Liste mit Werten Maximaler Arbeitsplatzkonzentration (MAK) erarbeiten, deren Einhaltung zu so bekömmlichen Zuständen für jedermann führen soll, jedenfalls bei achtstündiger Arbeitszeit und Wochenarbeitszeit bis zu 45 Stunden, daß eine Schädigung nicht nachgewiesen werden kann, Ansprüche also nicht aufgrund der Werte der Liste erhoben werden können. Die Feststellung selbst dieser Werte unterläßt die Kommission, wo die Forschung aufgrund der nötigen großen Anzahl von Versuchstieren sehr teuer wird. Sie behauptet: „Für eine Reihe krebserzeugender und erbgutändernder Arbeitsstoffe können MAK-Werte nicht ermittelt werden." Nur für Asbest, der Lungenfibrose auslösen kann, hat sie überhaupt Technische Richtkonzentrationen aufgestellt, die „das Krebsrisiko mindern, aber nicht ausschließen".

Die Angabe von Technischen Richtkonzentrationen ist daneben ein Mittel, den Kapitalisten teure Schutzmaßnahmen zu ersparen: „Die Technische Richtkonzentration orientiert sich an den technischen Gegebenheiten und den Möglichkeiten der technischen Prophylaxe."

# Eine Front gegen die Nie Lohnbewegung wird auf

*z.maf.* In der bürgerlichen Presse findet man letzte Woche die folgende Meldung. Das Hamburger Kehrmann-Institut habe 1200 Leute befragt, ob man sich – wegen Gefahr der Inflation – mit relativ geringen Lohn- und Gehaltserhöhungen zufrieden geben solle oder ob eine „spürbare Lohnerhöhung" verlangt würde. Lediglich 32 Leute hätten sich für relativ geringfügige Lohnerhöhungen ausgesprochen, 10% hätten keine Meinung geäußert. – Die Größenordnung stimmt bei solchen Umfragen fast immer. Die bürgerliche Linie, nach der im Lohnkampf Zurückhaltung das beste Ergebnis für die Arbeiterbevölkerung bringt, weil dann die Preise stabil bleiben, ist also ziemlich eindeutig isoliert. Wer denkt, dies sei ja nun wirklich nicht erstaunlich, möge sich an die Schwierigkeiten erinnern, die gerade diese Behauptung seit Bestehen der Bundesrepublik der Arbeiterbewegung bereitet hat.

Das ist schon ein größerer Umschwung und besonders zu berücksichtigen ist, daß dieser unter einem Schwall von Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch Rundfunk, Fernsehen und Presse stattgefunden hat. Ein Ergebnis der Aufklärungstätigkeit der Gewerkschaften ist diese Meinungsbildung auch nicht direkt. Man erinnere sich, genauso wurde im vorigen Jahr von der IG Metall der 4,3%/13-Monate-Abschluß noch gerechtfertigt. Umd im Frühjahr führte der Hauptvorstand der IG Metall eine Klausurtagung durch, deren Ergebnis war, daß der Lohnkampf künftig nicht

der Hauptvorstand der IG Metall eine Klausurtagung durch, deren Ergebnis war, daß der Lohnkampf künftig nicht

mehr im Zentrum der gewerkschaftlichen Bemühungen stehen solle, könne oder dürfe. Der Hauptvorstand der IG Metall hat für die offensichtlich verbreitete Linie, daß spürbare Lohnerhöhungen verlangt werden müssen, daß dies so weit gelungen ist, war freilich gut.

Die Anzahl der Leute, die in der Arbeiterbewegung tätig sind und nicht bereit, irgendetwas Unerklärtes, Unbewiesenes zu schlucken, nimmt zu. Ihre Fähigkeit, sich der bürgerlichen Propaganda zu widersetzen nimmt auch zu, und ihr Streben, in den Belegschaften einen politischen Einigungsprozeß zuwegezubringen, nimmt auch zu. – Wann je hätte es so lebhafte und qualifiziert verhandelnde Betriebsversammlungen gegeben wie im vergangenen Jahr? – Diese Bewegung kann jetzt eine weitere Frage aufwerfen und positiv behandeln: Ist es wahr und richtig, daß in der kapitalistischen Gesellschaft der BRD „die Arbeitsleistung honoriert wird" oder ist dies ein schmutziger Schwindel und richtig, daß die Arbeitsleistung dort hoch ist, wo die Löhne und Gehälter niedrig und dort niedrig, wo Gehalt und Einkommen hoch ist?

Dieses Problem muß unbedingt geklärt werden. Der Kampf gegen die Niedrigstlöhne erhält sonst ganz unverdient den Charakter einer Gnadenaktion für die Armut. Die Arbeiterklasse hat keinerlei Grund, den Begriff der Leistung zu scheuen, schon gar nicht gegenüber den Kapitalisten, die nur sich was leisten.

Leistung zu scheuen, schon gar nicht gegenüber den Kapitalisten, die nur sich was leisten.

## Druck und Papier: Wichtige Verbindungslinien im Kampf gegen die Niedriglöhne

*z.haj.* Ende Februar tritt die zentrale Tarifkommission der IG Druck und Papier zusammen, um die Tarifforderung für die rund 180000 Arbeiter und Angestellten in der Druckindustrie zu beschließen. Der Tarif läuft zum 31. März aus. Nach dem 4,5%-Abschluß der letzten Tarifauseinandersetzung haben wie in der Metallindustrie bereits zahlreiche Belegschaften den Kampf gegen den sinkenden Reallohn mit der Forderung nach betrieblichen Sonderzahlungen aufgenommen. Bereits am 16./17. Oktober fand daraufhin eine Beratung der Tarifkommission für die Druckindustrie statt, die zu dem Ergebnis kam, daß durch die Preissteigerungen der Abschluß des Jahres 1979 weit überholt worden sei: „Die Tarifkommission erkennt jedoch trotzdem die rechtlichen Bindungen des bestehenden Lohntarifvertrages an. Sie bekundet aber ihre Absicht, die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1979 zum gegebenen Zeitpunkt in die Diskussion der Lohnforderungen für das kommende Jahr mit einzubeziehen." Die Vertrauensleutevollversammlung in Stuttgart hat bereits im November die Forderung 250 DM/12% mindestens zur Diskussion gestellt. Der Vertrauenskörper des Weser-Kurier tritt für 225 DM Festgeld ein. Mitgliederversammlungen in Göttingen und Münster haben sich Anfang dieses Monats für 200 DM und Abschaffung der Lohngruppe 1 bzw. 180 DM/9% mindestens erklärt. – Für die 109000 Arbeiter und Angestellten der Papierverarbeitenden Industrie, deren Verträge mit Ende dieses Monats auslaufen, hat der Hauptvorstand die Forderung aufgestellt: 9,5%, zusätzlich gestufte Anhebung der unteren Lohngruppen zwischen 5 und 2%. Bereits für 1977 wurde in diesem zu dem Niedriglohn-Bereich zählenden Industriezweig ähnlich gefordert. Dabei konnten für die niedrigste Lohngruppe 1,5% und für die beiden Lohngruppen darüber 0,5% zusätzlich durchgesetzt werden.



---

*z.scc.* **„Hände weg von den Tarifverträgen und Gewerkschaftsrechten!"** Tausende folgten am 17.1. in Amsterdam dem Demonstrationsaufruf der örtlichen Gewerkschaftseinheiten gegen den von der Regierung verfügten zweimonatigen Lohnstopp. Wenige Tage zuvor hatten bereits die 500 Arbeiter des Ford-Werkes in Amsterdam die Arbeit aus Protest niedergelegt. Am 10.1. hatte die niederländische Regierung, nachdem sie sich vergeblich bemüht hatte, den Gewerkschaftsbund FNV auf eine „freiwillige Lohnpause" festzulegen, den Lohnstopp verordnet. §5 des Lohngesetzes von 1970 ermächtigt den Minister für Soziales, „im Interesse der nationalen Wirtschaft" jede Tarif- und Effektivlohnerhöhung, mit Ausnahme der „Preiskompensation", außer Kraft zu setzen. Dem „Interesse der nationalen Wirtschaft" fielen zuerst die Lohnabhängigen in der Milchindustrie zum Opfer, die just zum 10.1. ein Abkommen über eine Lohnerhöhung von 15,20 Gulden/Woche erkämpft hatten: Laut ministerieller Verfügung darf sie nicht ausgezahlt werden, ebensowenig wie eine schon im letzten August vereinbarte Lohnerhöhung für die Arbeiter der Fleischindustrie. Flugs setzten daraufhin die Baukapitalisten die Verhandlungen über den neuen Tarif für 300000 Bauarbeiter aus; man wolle weitere Maßnahmen der Regierung abwarten. Die hat verstanden: Am vergangenen Donnerstag machte Minister Albeda bekannt, daß ein Gesetzentwurf zur Verlängerung des Lohnstopps bis zum 1.7. bereits vorliege. In dieser Zeit laufen die meisten Tarifverträge aus. Die Antwort des Gewerkschaftsbundes FNV ist vorerst noch mehr als zurückhaltend, auch wenn Vorsitzender Kok Widerstand gegen jede „Lohnpause" ankündigte. Mit papiernen Ankündigungen indes kann der gefährliche Angriff nicht zurückgeschlagen werden. Die Nahrungsmittelgewerkschaft FNV bereitet Streikaktionen vor, falls die Lohnerhöhungen nicht vertragsgemäß ausgezahlt werden.

*z.rül.London.* **90000 der 150000 Arbeiter von British Leyland werden ab dem 1. Februar eine Urabstimmung über das Lohnangebot der BL-Kapitalisten durchführen.** Die BL-Kapitalisten bieten eine 5%-Lohnerhöhung für einfache Arbeiter und 10% für Facharbeiter an, bei einer Inflationsrate von zur Zeit über 17%. Diese Lohnerhöhung wollen sie nur zahlen, wenn die Gewerkschaften der Beseitigung der Einspruchsrechte der Vertrauensleute gegen Änderungen der Bandgeschwindigkeit und der Maschinenbesetzung zustimmen. Dafür boten sie den Arbeitern ein neues „Produktivitätsabkommen", bei dem sie angeblich bis zu 15 Pfund mehr die Woche verdienen könnten. Vom letzten entsprechenden Abkommen haben die Arbeiter bis heute kaum etwas gesehen. Die Gewerkschaften haben für die Urabstimmung, die bis zum 12.2. dauern wird, Ablehnung empfohlen.

*z.bag.Aarhus.* **In zahlreichen dänischen Betrieben, vor allem in der Metallindustrie, finden seit Anfang Januar Aktionen für Lohnerhöhungen um Festgeldbeträge statt.** Die Metallarbeiter nutzen dabei ihr sog. gleitendes Lohnsystem, das Kämpfe für innerbetriebliche Zulagen außerhalb der Tarifverhandlungen ermöglicht. Diese Kämpfe haben in den letzten beiden Jahren deutlich an Umfang und Zähigkeit zugenommen. Die Reserven sind aufgezehrt, und der Widerstand gegen eine weitere Verengung der Reproduktion durch Lohnstopp, verbunden mit der Erhöhung von Preisen, Steuern und Gebühren, wird immer stärker. – In mehreren Zweigwerken des Werftkonzerns B & W legten die Beschäftigten die Arbeit nieder, so 500 Mann der Alpha Diesel in Frederikshavn; sie fordern 5 Kronen mehr pro Stunde. 2,50 Kronen mehr verlangten die 1500 Beschäftigten der Kopenhagener Kabelfabrik Nordisk Kabel og Traad; ebenso 1600 Beschäftigte des Radio- und Fernsehkonzerns B & O. Seit über 3 Wochen führen die Arbeiter der Fabrik Nirfisk, die u.a. Staubsauger produzieren, Aktionen für 2 d Kr/Std. durch.

*z.dab.Brüssel.* **Die Zersplitterung der Tarifverhandlungen auf die einzelnen Betriebe hat den Tarifkampf der belgischen Chemiearbeiter in eine schwierige Lage gebracht.** So konnten jetzt die Bayer- und BASF-Kapitalisten u.a. mit einer zweijährigen „Arbeitsplatzgarantie", die Frühpensionierung und Umbesetzung nicht ausschließt, einen Tarifvertrag erzwingen, der auf großen Widerstand bei vielen Arbeitern gestoßen ist. Bei BASF stimmten 51% dafür und 48,5% dagegen. Ein Grund für die Annahme liegt in der Durchsetzung der 38-Stundenwoche, die den Urlaub von jetzt 20 Tagen auf 29 1980 und 32 1981 erhöht. Den Kapitalisten ist es nicht gelungen, diesen „Modelltarifvertrag" auf alle Betriebe auszudehnen. Seit dem 7.1. streiken 1500 Arbeiter des zweitgrößten belgischen Chemiebetriebes Solvay. Sie fordern u.a. 4 bfrs (0,24 DM) mehr Lohn für 1980 und '81, die 36-Stundenwoche und Neueinstellung bei Pensionierungen.

*z.anb.* **Mit ihrer ersten Delegiertenversammlung in Bern hat sich in der Vorwoche die Gewerkschaft Druck und Papier im Schweizerischen Gewerkschaftsbund konstituiert.** Nach dem Zusammenschluß des *Typographenbundes (STB)* und des *Buchbinder- und Kartonageverbandes (SBKV)* haben damit die Arbeiter der Druckindustrie ihre Einheitsgewerkschaft erkämpft mit derzeit 18300 Mitgliedern. Bereits im Vorjahr hatten der Typogra-

## drigstlöhne entsteht – der Festgeldseite stark

### Organisationsstärke der HBV wächst – gegen rabiate Lohnsenkung der Kaufhaus-Konzerne

*z.haj.* Für 100000 Beschäftigte des Großhandels in Hessen sind die Tarife zum Ende dieses Monats gekündigt. Damit ist die Tarifauseinandersetzung im Bereich Handel, Banken und Versicherungen eröffnet. Bis zum 30. April sind die Tarifverträge für die meisten der insgesamt etwa 2,8 Mio. Beschäftigten im Handel ausgelaufen. – Es geht nicht nur um spürbare Anhebung der vor allem im Einzelhandel erheblich unter dem Lohnniveau der Industrie liegenden Tarif- und Effektivlöhne. Aus dem letzten Jahr gibt es neben dem sowieso schon zu niedrigen 4,5 – 4,7%-Abschluß auch noch direkt offene Rechnungen: so tätigten die Großhandelskapitalisten in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein mit der DAG Abschlüsse, die sie gegen den Widerstand der HBV durch ihre Sozialministerien für „allgemeinverbindlich" erklären ließen. Ergebnis bei Woolworth in Cloppenburg z.B.: „Lohnerhöhungen" zwischen 3 und 50 DM. Entsprechend liegt der durchschnittliche Effektivlohn Mitte letzten Jahres im Einzelhandel bei 1969 DM und beträgt damit bloß 69,4% des vergleichbaren Lohns in der Metallindustrie von 2836 DM. – Im Bereich Einzelhandel ergab in Freiburg die Beratung unter den Betriebsgruppen der großen Einzelhandelsgeschäfte Einheit über einen Festbetrag zwischen 150 und 200 DM und einen entsprechenden Prozentsatz für die höheren Gehaltsgruppen. Die Bezirkstarifkommission Mannheim Buchhandel und Verlage hat 170 DM/10% vorgeschlagen, die Betriebsgruppe der Buchhandlung Kaiser in München hat sich für 200 DM/10% ausgesprochen. Aus dem Bereich Groß- und Außenhandel NRW wird als Forderung der Tarifkommission gemeldet: Streichung der Eingangsstufen in den Gehaltsgruppen, Festgelderhöhungen gestuft in den Gehaltsgruppen nicht unter 160 DM, Änderung des Gehaltsgruppenschlüssels. Die Stuttgarter Vertreter in der Großen Tarifkommission der Fachgruppe Versicherungen sollen ebenfalls auf die Festgeldseite achten: Vorgeschlagen wurden 200 DM/10% mindestens.




### Tarifkommission Chemie Hessen: Schrittweise Angleichung von LG 6 und K 3 an T 3

*z.wig.* Die Lohn- und Gehaltstarife in der chemischen Industrie für Hessen, Rheinland-Pfalz und Südbaden laufen zum 30.4.80 aus. Die übrigen Bezirke der IG Chemie Papier Keramik können die Tarife einen bzw. zwei Monate später kündigen. Die Tarifkommission der IG Chemie in Hessen hat am 21.1.80 die Lohn- und Gehaltstarife und den Lohnrahmen gekündigt und folgende Richtlinie für die Aufstellung der Forderung beschlossen: Schrittweise sollen die Facharbeiterlohngruppe und die entsprechende Gehaltsgruppe der kaufmännischen Angestellten an die entsprechende Gehaltsgruppe der technischen Angestellten angeglichen werden (in Hessen: LG VI, K 3 und T 3 = 100%). Zur Aufstellung der Forderung hat die Tarifkommission weiter beraten: Durch die Erhöhung von LG VI, K 3 und T 3 um einen einheitlichen Festbetrag (entsprechend der Prozenterhöhung von T 3) soll ein weiteres Auseinanderklaffen von Löhnen und Gehältern verhindert werden. Für Hessen würde das bedeuten: 10% = 232 DM, 9% = 208 DM; 8% = 185 DM; 7% = 162 DM; 6% = 139 DM). Diese Forderung ist sicher vernünftig. Einen Nachteil hätte sie aber: Bleibt das Verhältnis zwischen den übrigen Lohn- und Gehaltsgruppen bestehen, würde ein Abschluß von unter 8% für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen keine ausreichende Schranke gegen die Niedriglöhne bieten. Was kann man gegen diesen Nachteil unternehmen? Man kann den Festgeldbetrag entsprechend der Prozenterhöhung von T 3 für *alle* anderen Lohn- und Gehaltsgruppen fordern und hätte nicht nur eine Forderung, die das Auseinanderdriften von Löhnen und Gehältern verhindert, sondern auch eine wirksame Schranke gegen die Bezahlung von Niedrigstlöhnen. Diesen Vorschlag sollte man jetzt den Vertrauensleuten machen, die in der nächsten Zeit über die Forderung beraten und ihre Vorschläge an die Tarifkommission weiterleiten.




## British Steel versucht Spaltung mit „Kompromiß"

**Neues Angebot vorgelegt / Separate Verhandlungen mit Facharbeitergewerkschaften**

*z.hef.London.* Samstag, 26.1. Nach drei Wochen Streik der Arbeiter und Angestellten des Stahlkonzerns British Steel Corporation (BSC) kamen die Kapitalisten in dieser Woche mit dem ersten „Kompromißangebot" heraus. Die Regierung Thatcher hat den staatlichen Schlichtungsdienst ACAS (Schlichtungs-, Versöhnungs- und Beratungsdienst) eingesetzt. Die Vorstände der Gewerkschaften ISTC (90000 Mitglieder bei BSC) und NUBF (13000 Mitglieder bei BSC) lehnten es ab, mit ACAS über Verhandlungen zu sprechen. Erst sollten die Kapitalisten ihr Angebot wesentlich erhöhen, damit es sich lohne, die Verhandlungskommissionen zusammenzurufen. Aber die Führungen der anderen elf Gewerkschaften bei BSC mit zusammen ca. 45000 Mitgliedern stimmten am Donnerstag neuen Verhandlungen zu. Sie sollen am Sonntag beginnen.

Grundlage für diese Verhandlungen ist ein neues Angebot. Wie bisher bietet BSC 8%, plus 4% als Abschlag auf örtliche Produktivitätsabkommen. Aber sie seien bereit, gab der Hauptunterhändler der Kapitalisten bekannt, einige der Bedingungen fallenzulassen, die sie bisher an die 8% geknüpft hatten, u.a. die geforderte Zustimmung zu 12000 weiteren Entlassungen. Mehr als 40000 Entlassungen in den nächsten sechs Monaten haben die Gewerkschaften schon zugestimmt.

„What do we want? Twenty percent." „Was wollen wir? 20 Prozent." Das war die Hauptparole auf den Demonstrationen der Stahlarbeiter in Sheffield und Newport in dieser Woche. Alle Arbeiter auf Streikposten und andere Vertrauensleute, mit denen wir in Corby sprachen, sind der Ansicht, daß der Abschluß 20% ohne Bedingungen betragen soll und daß sie auch ohne Streikgeld solange streiken werden. Aber nicht alle Arbeiter beteiligen sich an den Streikposten. Die Mitglieder der neun Crafts-Unions, die Facharbeiter außerhalb der Stahlarbeiter organisieren, haben sich von Anfang an zögernd am Streik beteiligt. Weder hatten es die Gewerkschaften geschafft, eine gemeinsame Forderung aufzustellen (sie forderten nur „substantielle" Erhöhungen) noch eine gemeinsame Streikleitung einzurichten. Schon vor dem Streik gab es tiefe Spaltungslinien zwischen den Crafts-Unions, die in den letzten Jahren durchschnittlich höhere Lohnerhöhungen durchsetzen konnten, und den Produktionsgewerkschaften ISTC und NUBF. Schaffen es die Kapitalisten, separat mit den Crafts-Unions abzuschließen, bringt das den Streik in eine sehr schwierige Lage.

Gerade jetzt gelingt es den Arbeitern, immer mehr Stahl zu blockieren. BSC, wo 54% des in Großbritannien verbrauchten Stahls hergestellt werden, liegt schon seit Streikbeginn vollständig still. Ab Sonntag werden auch die 15000 ISTC-Mitglieder in den privaten Stahlwerken auf Beschluß des Gewerkschaftsvorstandes streiken, obwohl sie selbst noch keine Tarifverhandlungen mit den Kapitalisten führen. Sie produzieren 26% des Stahls. Mit Streikposten vor noch mehr Häfen wollen die Streikleitungen auch die Importe stoppen, die 20% ausmachen. Die Streikposten vor den Stahlhandelskapitalisten werden trotz ausgedehnter Polizeieinsätze ausgeweitet. Die schottischen Hafenarbeiter weigern sich seit Mittwoch, Stahlröhren für die Ölplattformen und Pipelines in der Nordsee zu verladen.

Der TUC Wales hat für Montag einen Generalstreik in Wales in Unterstützung der Stahlarbeiter, gegen das Schließungsprogramm von BSC, ausgerufen. In Wales allein will BSC 11300 Arbeiter bis August entlassen. Vor allem die Arbeiter, die vor Jahren aus stillgelegten Werken in die „arbeitsplatzsicheren" Werke Llanwern und Port Talbot transferiert wurden und umzogen, sind verbittert. Die „Mäßigung" der letzten Jahre, für die die Stahlgewerkschaften von der Bourgeoisie immer gelobt wurden, hat nichts eingebracht außer niedrigen Löhnen.

Die Betriebsstillegungen sind Teil des BSC-Plans, die Produktion auf wenige, neu ausgerüstete Werke zu konzentrieren. Im Werk Ravenscraig in Schottland würden sie bald den „billigsten Stahl Europas" herstellen, behaupten die Kapitalisten. Für die neuen Werke wollen die Kapitalisten den Akkordlohn als hauptsächliche Lohnform durchsetzen. Deshalb bestehen sie auf den „örtlichen Produktivitätsabkommen", die jeweils für einzelne Arbeitergruppen geschlossen werden und im Effekt auf Stücklohn hinauslaufen.

Die ISTC-Führung beriet am Donnerstag mit Vertretern von 15 Stahl- und Metallarbeitergewerkschaften, vor allem aus Westeuropa, bessere Unterstützung durch diese Gewerkschaften im Abfangen von Lieferungen nach England. Alle Gewerkschaften, unter ihnen die IG Metall, sagten Unterstützung zu.

**Düsseldorf, 18.1.80. Telegramm der Abteilung Eisen- und Stahlindustrie der IG Metall an die britischen Stahlarbeiter:** „Liebe Kollegen, wir haben von Eurem Streik gehört, in den Ihr durch ein unannehmbares Angebot gezwungen wurdet und übermitteln Euch unsere besten Wünsche für einen erfolgreichen Abschluß für Eure gerechten Forderungen. Unsere Mitglieder in der deutschen Stahlindustrie sind aufgefordert worden, alles was den Streik in irgendeiner Weise behindern könnte, zu stoppen. Mit solidarischen Grüßen, Rudolf Judith, Präsident der Abteilung Eisen- und Stahlindustrie der IG Metall." Weitere Telegramme sind von westdeutschen Arbeitern eingegangen: Krupp Stahlwerke Geisweid – Krupp Stahlwerke Südwestfalen – VK IG Metall, Krupp Hüttenwerke Hohenlimburg – IG Bergbau und Energie, Dudweiler-Nord – IG Metall Verwaltungsstelle Regensburg, Betriebsrat der Maxhütte – Hoesch Hüttenwerke, Betriebsrat und Vertrauensleute – Betriebsrat Mannesmann Duisburg – Betriebsrat Thyssen-Heinrichshütte – Betriebsrat Krupp Hüttenwerke Bochum, – Betriebsrat eines Betriebs in Bielefeld. Folgende ausländische Organisationen haben sich mit dem Streik der britischen Stahlarbeiter solidarisiert und an die Gewerkschaft ISTC Grußadressen geschickt: CGT, Internationale Abteilung Frankreich – Japanischer Generalrat der Metallarbeitergewerkschaft – FLM, Italien, – Rat der Arbeiterföderation, Portugal – Föderation der Metallarbeiter und Bergarbeiter, Nationales Sekretariat, Portugal – Intermetal, Mexiko – Föderation der Metallarbeiter, Spanien – Eisen- und Stahlarbeitergewerkschaft, Brasilien – Vereinigte Stahlarbeitergewerkschaft, Amerika – Metallarbeitergewerkschaft, Belgien – Stahl- und Metallkomitee, Bombay, Indien – Fetrametal, Venezuela – Metallarbeitergewerkschaft Kolumbien – Nordische Metallarbeiter (Skandinavien) – SMVV, Schweiz – Metallarbeitergewerkschaft, Luxemburg




Streikposten vor dem Werk Llanwern in Newport (Südwales). 3000 Arbeiter und Angestellte demonstrierten am Freitag in Newport für 20% mehr Lohn.

---

phenbund, der Lithographenbund (Schriftsetzer) und die Journalistenunion (organisiert die Redakteure) einen gemeinsamen Kampffonds beschlossen. Die jetzige Gründung der Gewerkschaft, kurz vor den Ende April anstehenden Lohnverhandlungen, schafft günstige Bedingungen für den Kampf um die Organisierung aller Lohnabhängigen der Branche.

*z.elf.* **Seit dem 17. Januar streiken die etwa 32000 Bankangestellten Griechenlands für 10 Tage.** Sie fordern 30% mehr Lohn und drohen, bei Nichterfüllung unbefristet weiter zu streiken. Schon im August 1979 lag die Inflationsrate bei über 16%. Die Regierung hat zum 1.1.80 im Öffentlichen Dienst die Löhne um 11% erhöht (die Zulagen um 15%), die Renten um 15%, also um weniger als die Inflationsrate. Mitte Januar sind große Teile der Telefon- und Telegrafenangestellten und der Krankenhausärzte in den Streik getreten. Am 21. Januar streikten etwa 800000 Gaststättenbesitzer, kleine Händler und Geschäftsleute im ganzen Land. Sie protestierten gegen wachsende Steuerlasten und Gesetzesmaßnahmen der Regierung zur selektiven Importbeschränkung. Bis auf wenige Ausnahmen dürfen Unternehmen nur noch Waren importieren, wenn sie ein ausreichend großes Bardepot bei den Banken vorweisen können. Das stützt die Monopole und vernichtet die kleinen Händler und Handwerksbetriebe, die auf Kredit kaufen müssen.

*z.hku.* **Hafenarbeiter in Rostock, DDR, haben bei der Beladung eines sowjetischen Schiffes spontan die Arbeit niedergelegt.** Nach den westlichen Pressemeldungen liegt die Aktion bereits fünf Wochen zurück. Unter der Ladung seien Lieferungen für die Olympischen Spiele in Moskau gewesen; u.a. Bettwäsche, die in der DDR gegenwärtig nicht zu bekommen ist. Soldaten der Volksmarine hätten die Arbeit ausgeführt, mehrere Arbeiter seien verhaftet worden. – In Rostock beginnen die „Linien der Freundschaft", über die der Tribut an die Sozialimperialisten aus dem Land geschafft wird. Im letzten Frühjahr gab es Berichte, daß die Hafenarbeiter die Verladung von „Solidaritätsfracht" nach Vietnam verzögert haben.

*z.cht.Sydney.* **Die 1800 Lagerarbeiter in den zentralen Verkaufsstellen Australiens für den Export von Rohwolle streiken seit dem 14.1. dagegen, daß die Wollhändler die Lohnerhöhung von 12,50 bis 15,90 Dollar die Woche, die am 21.12.1979 von der nationalen Schiedskommission beschlossen worden war, nicht zahlen wollen.** Ohne die Lohnerhöhung liegen ihre Löhne unter der offiziellen Armutsgrenze. Die Kapitalisten haben Berufung eingelegt mit der Begründung, daß die Lohnerhöhungen der Metallarbeiter von 7,30 bis 9,30 Dollar als Lohnleitlinie festgesetzt worden war. Sie wollen den gegenwärtigen Anstieg der Weltwollpreise wahrnehmen, um Höchstprofite herauszuholen. Die Regierung unterstützt sie dabei und versprach, die neuen Antistreikgesetze anzuwenden, hat es aber bislang nicht zu tun gewagt. Die Wollbörsen mußten inzwischen geschlossen werden, nachdem an den ersten Tagen des Streiks die Händler noch Verträge zu Höchstpreisen abschließen konnten.

*z.rül.* **Seit Ende Dezember streiken sämtliche Arbeiter der Oil India Ölgesellschaft in dem nordostindischen Bundesstaat Assam.** Ihr Streik ist Bestandteil des in den letzten Monaten rasch anwachsenden Kampfes verschiedener Nationalitäten in den Bundesstaaten Assam, Manipur, Nagaland und Mizoram in Nordostindien gegen ihre besondere nationale Unterdrückung. Vor einigen Monaten hatte die indische Regierung Notstandsgesetze für Assam und Manipur wieder in Kraft gesetzt, Truppen in diese Staaten verlegt und 94 Dörfer Manipurs unter Kriegsrecht gestellt. Nach mehreren eintägigen Generalstreiks für die Aufhebung des Notstands und den Abzug der Truppen traten Ende Dezember die Ölarbeiter in den unbefristeten Streik. Die Volksmassen boykottierten die Parlamentswahlen. Als am 18. Januar etwa 5000 Arbeiter vor dem Verwaltungsgebäude der Oil India in Duliajan (Assam) für ihre Forderungen demonstrierten, eröffnete die Polizei das Feuer und erschoß fünf Arbeiter. Weitere 127 Arbeiter mußten mit Verwundungen in Krankenhäuser eingeliefert werden, 48 davon mit schweren bis lebensgefährlichen Verletzungen. An den nächsten Tagen führten die Volksmassen in Assam erneut einen Generalstreik durch.

*z.pel.* **Der Streik der 9800 Arbeiter der Kupfermine in El Teniente in Chile ist eine der größten einheitlichen Kampfaktionen der chilenischen Arbeiter in den letzten Jahren.** Am 17.1. wurde nach einem völlig unzureichenden Lohnangebot der Kapitalisten einmütig der Streik beschlossen, seit Samstag, dem 19.1. wird kein Gramm Kupfer mehr gefördert. Die Minenarbeiter fordern 30% Lohnerhöhung, die, selbst wenn sie vollständig durchgesetzt würden, noch nicht einmal die letztjährige Inflationsrate von 40% ausgleichen könnte. Die chilenische Bourgeoisie hat die Löhne in den letzten Jahren auf einen absoluten Elendsstandard drücken können. Die Kaufkraft eines Arbeiterlohnes lag Anfang 79 bei 61% von 1972. Konnte sich ein Arbeiter 1977 noch 6 kg Brot für seinen Tageslohn kaufen, so waren es Anfang 1979 noch 4 kg. Wollte er Frau und zwei Kinder nur halbwegs ausreichend ernähren, so müßte er 80% seines Lohns allein für Essen ausgeben. – Seit dem Herbst 1979 haben sich die Kämpfe der chilenischen Arbeiterklasse gegen diese monströse Lohnraubpolitik vervielfacht. Der gegenwärtige Streik trifft die faschistische Junta an einer empfindlichen Stelle. In El Teniente wird 25% des chilenischen Kupfers gefördert, das 55% des Exportwertes der chilenischen Wirtschaft ausmacht. Mit diesem Kupfer bestreiten die Bourgeois ihren jährlichen Schuldendienst von jetzt 930 Mio. $ gegenüber ihren imperialistischen Gläubigern. Ein Produktionsausfall schwächt sie auch politisch.

## Schülerzeitung wird gegen Drohungen der Bezirksregierung behauptet

*r.anl.* Von den bisher 5 veröffentlichten Ausgaben der Schülerzeitung ,,Papierkorb" an dem Wolfenbüttler Gymnasium ,,Große Schule" hat der Schulleiter Selle bereits an 5 Artikeln als eingesetzter Wachhund des NSG gewirkt und ,,um besonderen Umständen aus dem Weg zu gehen", riet er der Redaktion, doch lieber gleich vor die Schule zu gehen. Dieses geschah stets unter dem Banner der ,,Moral" und der ,,Unausgewogenheit" der Zeitung; die Schüler würden negativ beeinflußt werden usw. Um den Druck erst recht walten zu lassen, schickte die Bezirksregierung Braunschweig einem Schüler, der in einem Gedicht Ministerpräsident Albrecht als ,,Arsch" bezeichnete, einen Brief, worin sie erklärte, auch wenn die Zeitung vor der Schule verkauft würde, müsse er, da ein Verstoß gegen die FdGO, mit einer strafrechtlichen Verfolgung rechnen.

In einem Interview mit der Schulleitung ging es um 2 alte Zitate von Horaz und Vergil auf der Ehrentafel des 1. Weltkrieges, die den Tod für das ,,Vaterland" verherrlichten. Hier äußerte Selle deutlich, in welchem Interesse er seine Schüler erziehen will – ,,Jeder Soldat und Bürger muß glaubhaft machen, daß er im Falle eines Angriffs gegen diesen Staat sein Leben einsetzen wird". Im Artikel 14 des Grundgesetzes wird den Kapitalisten jegliches durch die Arbeit anderer angehäuftes Kapital gewährleistet. Um demgemäß die Kapitalistenklasse zu beschützen und zu erhalten dient dieses Grundgesetz. So tolerant sich Selle auch rühmen mag, so ist er selber nur zu dem Zweck an seiner Schule eingesetzt worden, um über die Unterrichtsinhalte wachen zu können, die Bewegungen der Schüler zu spalten, die sich gegen die Unterdrückung in der Schule richtet. Geschmiert durch sein Einkommen von über 5200 DM, ,,erzieht" er die Schüler, daß sie ,,. . . fähig werden, die Grundrechte für sich und jeden anderen wirksam werden zu lassen, die sich daraus ergebende staatsbürgerliche Verantwortung zu verstehen (. . .)." Trotz der Einschüchterungsversuche von Selle und der Bezirksregierung ist die Schülerzeitung an viele Schüler verkauft worden, auch an Schüler anderer Schulen.




## Regierung für Vertretung der Studenten? Soll sie doch Koalitionsrecht anerkennen!

*z.bil.* ,,Die Studenten brauchen eine Organisationsform für ihre hochschulpolitischen Meinungsäußerungen und Interessenvertretungen. Die Bundesregierung bejaht deshalb die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Verfaßten Studentenschaft", sprach Bildungsminister Schmude zum Ausklang des letzten Jahres.

Die Sozialdemokratie reagiert auf die gewerkschaftliche Bewegung der Studentenmassen. Mit dem Hochschulrahmengesetz hatte die Regierung das Verbot der gewählten Organe der Studenten legalisiert. Erst letzte Woche leitete der Rektor der Universität Heidelberg gegen Studenten, die die Wahl ihrer Fachschaft organisiert und durchgeführt haben, Relegationsver-

deutigen Rechtsspruch auf die Konsequenzen hinzuweisen, die durch die exzessive Auslegung des Begriffs ,politisches Mandat' entstünden", erklärt die Frankfurter Staatsanwaltschaft in einem Prozeß gegen drei studentische AStA-Mitglieder wegen ,,Veruntreuung von Geldern" für den Druck von politischen Flugblättern. Schmude ganz locker: ,,Der Aufruf zu einer DGB-Demonstration" kann noch unter die ,,hochschulpolitischen Belange" fallen. Die Kontrolle über das Vorherrschen des Bourgeoisstandpunktes in den Vertretungsorganen soll den Hochschulbeamten obliegen – und den Gerichten, die ja bekanntlich die Bewegung der Studenten auf Einheit mit den Arbeitern – durch Unter-

## Regierung für Vertretung der Studenten? Soll sie doch Koalitionsrecht anerkennen!

*z.bil.* ,,Die Studenten brauchen eine Organisationsform für ihre hochschulpolitischen Meinungsäußerungen und Interessenvertretungen. Die Bundesregierung bejaht deshalb die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Verfaßten Studentenschaft", sprach Bildungsminister Schmude zum Ausklang des letzten Jahres.

Die Sozialdemokratie reagiert auf die gewerkschaftliche Bewegung der Studentenmassen. Mit dem Hochschulrahmengesetz hatte die Regierung das Verbot der gewählten Organe der Studenten legalisiert. Erst letzte Woche leitete der Rektor der Universität Heidelberg gegen Studenten, die die Wahl ihrer Fachschaft organisiert und durchgeführt haben, Relegationsverfahren ein. Dennoch wählen die Studenten an fast allen Fachbereichen Fachschaften und bauen Vertretungsorgane auf. Der GEW-Landesverband Baden-Württemberg unterstützt die Forderungen der Studenten nach Aufhebung des Verbots der studentischen gewählten Vertretungsorgane ausdrücklich.

Die Absicht der Regierung, diesen Kampf zu kanalisieren, scheint die Anerkennung der Wahl der Vertretungsorgane bei Verschärfung ihrer Kontrolle durch den Staat zu sein. ,,Es gehe darum, die Angeklagten in einem eindeutigen Rechtsspruch auf die Konsequenzen hinzuweisen, die durch die exzessive Auslegung des Begriffs ,politisches Mandat' entstünden", erklärt die Frankfurter Staatsanwaltschaft in einem Prozeß gegen drei studentische AStA-Mitglieder wegen ,,Veruntreuung von Geldern" für den Druck von politischen Flugblättern. Schmude ganz locker: ,,Der Aufruf zu einer DGB-Demonstration" kann noch unter die ,,hochschulpolitischen Belange" fallen. Die Kontrolle über das Vorherrschen des Bourgeoisstandpunktes in den Vertretungsorganen soll den Hochschulbeamten obliegen – und den Gerichten, die ja bekanntlich die Bewegung der Studenten auf Einheit mit den Arbeitern – durch Unterstützung von Streikbewegungen – für rechtswidrig erklärt haben.

Jetzt hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof Klagen von Fachschaften und AStA zurückgewiesen, die sich gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen richten. ,,Die Wahrnehmung von hochschulpolitischen Interessen" ergibt noch kein ,,eigenes rechtliches Interesse" für einzelne Studenten einen Rechtsstreit zu führen. Das ganze Manöver wird nicht viel nützen, wenn die Regierung angehalten wird, die Studenten für koalitionsfähig zu erklären.

## Garantie der Ausbildungs- und Koalitionsrechte im Hochschulrahmengesetz

*z.wig.* Die Länderregierungen haben am 15. November vergangenen Jahres nach Beratung im Bundesrat die Novelle zum Hochschulrahmengesetz (HRG) zur 1. Lesung im Bundestag vorgelegt. Der Entwurf für das Änderungsgesetz sieht die Streichung von Zwangsmaßnahmen gegen einzelne Studenten bei Nichteinhaltung der Melde- und Prüfungsfristen aus dem HRG vor.

Die Länderregierungen, die in den letzten beiden Semestern zunehmend unter Beschuß der Studentenbewegung geraten sind, versuchen mit der Novellierung die Bewegung gegen die schärferen Prüfungsanforderungen und die zunehmenden Prüfungen wie gegen die damit verbundenen steigenden Zeitlasten einzufangen. Mit der Streichung der Zwangsmaßnahmen aus dem HRG wollen sie sich mehr Spielraum für die Durchsetzung neuer Studien- und Prüfungsordnungen verschaffen. Der Entwurf hält ausdrücklich an den Zielen der Reform fest, erklärt die Festschreibung der Exmatrikulation bei Überschreitung der Fristen im HRG aber für ungeeignet, weil den Landesregierungen und Hochschulbehörden dadurch wenig Raum bleibt, flexibler gegen die Kämpfe der Studenter vorgehen zu können.

Zahlreiche Aktionen, Aktionstage, Demonstrationen und Streiks gegen die Einführung neuer Studien- und Prüfungsordnungen haben die Fachschaften und Studentenschaften im letzten und zu Anfang des jetzigen Semesters auf Fachbereichs-, Hochschul- oder Landes- und Bundesebene durchgeführt. Die bundesweiten Aktionstage der Mediziner-Fachschaften auf Beschluß der Fachtagung der vds gegen die geplante Änderung der Approbationsordnung, die Demonstrationen und Aktionen der Lehrerstudenten in NRW gegen die PH-Integration und der Lehrerstudenten insgesamt gegen die Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung, die Streiks an einzelnen Hochschulen, mit denen die Einführung neuer Prüfungsordnungen wie jetzt z.B. von den Psychologiestudenten in Oldenburg verhindert werden konnte, sind nur die herausragendsten Aktionen der insgesamt zunehmenden und einheitlicheren Kampftätigkeit der Studenten.

Immerhin mußten die Landesregierungen aufgrund dieser Kampfaktionen so weit gehen, die Novellierung des HRG zu verlangen, was für die Studentenbewegung die Möglichkeit schafft, mit der Regierung über die HRG-Änderung und die gesetzliche Garantie ihrer Rechte im HRG zu verhandeln.

Die Reformisten und Revisionisten in der verfaßten Studentenschaft haben diese Möglichkeiten gleich genutzt, um mit kritischer Unterstützung der ,,Abschaffung der Regelstudienzeit" den Regierungen auf den Leim zu kriechen. Die Fachschaften und Fachtagungen der vds und die Koalitionen der Studenten, die die Aktionen im letzten Semester führten, konnten sich zwar meist auf Forderungen einigen, die sich gegen die Verschärfung der Studien- und Prüfungsbedingungen richten, einheitliche Forderungen über die Ausbildungs- und Koalitionsrechte der Studenten haben die Fachschaften, Fachtagungen und ihre Vertreter bislang nicht aufgestellt.

Die einzelnen Studentenkoalitionen auf Fachbereichs- und Landesebene haben es auch schwer, eine solche einheitliche Bewegung zustandezubringen, solange die vds von einem Vorstand beherrscht sind, dessen Tätigkeit darin besteht, eine solche Vereinheitlichung zu verhindern. Ohne Vereinheitlichung der Studentenbewegung auf Bundesebene wird aber kaum ein Stich gegen die Regierung zu machen sein.

Worauf muß sich die Studentenbewegung also konzentrieren, wenn sie die HRG-Novellierung für die Durchsetzung ihrer Forderungen nutzen will? Sie muß sich auf die dringendsten Forderungen gegen die Prüfungen und die damit verbundenen Zeitlasten konzentrieren und für die Studentenvertretungen Rechte verlangen, gegen unannehmbare Studien- und Prüfungsbedingungen Einspruch erheben zu können.

Das Bundesrahmengesetz muß das Recht auf einen Abschluß nach dem Grundstudium garantieren, der einem Lehrabschluß entspricht, damit die Studenten, die ihr Studium nicht zu Ende führen, einen Abschluß haben, mit dem sie ihre Arbeitskraft verkaufen können. Das Rahmengesetz muß die Abschaffung der Abschlußprüfungen festhalten und einen Studienabschluß durch einfache Teilnahme an den Pflichtkursen garantieren. Und schließlich müssen die Vertretungsorgane der Studenten und ihre Koalitionen gesetzlich anerkannt werden, damit sie auf Grundlage dieser Rechte mit den Hochschulen und den Länder- und Bundesregierungen die Studienbedingungen vertraglich aushandeln können. Diese Verträge müssen festlegen, welche Ausbildung die Studenten verlangen können und bei Nichteinhaltung dieser vertragliche Bedingungen müssen die Studentenvertretungen das Recht haben, Einspruch gegen die Abschlußanforderungen zu erheben.

Zusammen mit der Einigung auf die Forderung der GEW nach 730 DM Höchstbetrag und 1460 DM Elternfreibetrag und der Anbindung dieser Forderung an den Durchschnittslohn müssen dies die Punkte sein, auf denen die Studentenbewegung auf der vds-MV am 20. – 22.2. Einheit herstellen muß, um die Regierung mit bundesweiten Aktionen zur Garantie dieser Rechte zu zwingen.




In den letzten Semestern ist es den Studentenkoalitionen gelungen, weitere Fachtagungen der vds aufzubauen und darüber ihre Aktionen zu koordinieren.

letzten und zu Anfang des jetzigen Semesters auf Fachbereichs-, Hochschul- oder Landes- und Bundesebene durch-

richten, einheitliche Forderungen über die Ausbildungs- und Koalitionsrechte der Studenten haben die Fachschaften,

nen gesetzlich anerkannt werden, damit sie auf Grundlage dieser Rechte mit den Hochschulen und den Länder- und Bundesregierungen die Studienbedingungen vertraglich aushandeln können. Diese Verträge müssen festlegen, welche Ausbildung die Studenten verlangen können und bei Nichteinhaltung dieser vertragliche Bedingungen müssen die Studentenvertretungen das Recht haben, Einspruch gegen die Abschlußanforderungen zu erheben.

Zusammen mit der Einigung auf die Forderung der GEW nach 730 DM Höchstbetrag und 1460 DM Elternfreibetrag und der Anbindung dieser Forderung an den Durchschnittslohn müssen dies die Punkte sein, auf denen die Studentenbewegung auf der vds-MV am 20. – 22.2. Einheit herstellen muß, um die Regierung mit bundesweiten Aktionen zur Garantie dieser Rechte zu zwingen.



In den letzten Semestern ist es den Studentenkoalitionen gelungen, weitere Fachtagungen der vds aufzubauen und darüber ihre Aktionen zu koordinieren.

## Studenten in Angers, Frankreich kämpfen Ausweisung marokkanischer Kommilitonen zurück

*z.pel.Paris.* Wir haben in KVZ 3/80 berichtet, daß die französische Bourgeoisie versucht, Schikane und Auslese gegenüber den Studenten aus der Dritten Welt zu verschärfen, um möglichst willfährige Kader für die Fortsetzung ihrer neokolonialen Herrschaft herauszubilden. Ihr erster massiver Vorstoß, das für die Anwendung des neuen Dekrets notwendige Klima von Unterdrückung und Angst zu schaffen, endete jetzt mit einer Bruchlandung. Am 21.1. mußte der Präfekt des Departements Maine et Loire die Ausweisungsverfügung für zwei marokkanische Studenten der Universität von Angers zurücknehmen und weitere geplante Ausweisungen dementieren.

Angers in Westfrankreich, 100 km vor der Einmündung der Loire in den Atlantik gelegen, hat ca. 140000 Einwohner, eine relativ schwach entwickelte Industrie. Knapp 6000 Studenten sind an der Universität eingeschrieben, davon 30% Medizinstudenten und 15% Juristen. Der Anteil der Ausländer liegt mit 10% unter dem nationalen Durchschnitt von 13%, weit unter den 23% von Paris. Günstigere Bedingungen als an den großen Universitäten, um die Studenten der Dritten Welt zu isolieren?

Ein Irrtum. Gleich nach Bekanntmachung der mit ,,ungenügenden Unterhaltsmitteln, Schwarzarbeit, Scheitern an der Universität" begründeten Ausweisung wurde ab 7.1. der Streik an allen Fakultäten aufgebaut. Am 10.1., nach der zweiten von vier Demonstrationen, machten die Studenten das Universitätspräsidium dicht. Flugblätter, die vor allen Betrieben verteilt wurden, enthüllten den Zusammenhang mit den geplanten Ausländergesetzen. 5000 Studenten und Arbeiter demonstrierten am 18.1. auf Aufruf aller Gewerkschaften: ,,Nieder mit den rassistischen Ausländergesetzen!" Der Präfekt gab nach.



16.1. Polizei verteidigt Präfektur

## Über 100 Extrawächter fordern: Rückwirkende Auszahlung des Tariflohns!

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

**Kommunistische Volkszeitung**

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hannover, Hindenburgstr. 15, Tel.: 0511/814045
Kommunistische Hochschulgruppe Hannover
Hannover
7. Januar 1980
51d1c0150p

*z.wal.* Über 100 studentische Extrawächter haben inzwischen eine Anspruchserklärung an die Medizinische Hochschule Hannover (MHH) unterschrieben, mit der sie von der MHH die rückwirkende Auszahlung des Tariflohnes (Stufe KR I) fordern. Bekanntlich zahlt die MHH weit unter Tarif, obwohl die Tarifstufe KR I schon die niedrigste Tarifstufe ist, die der Bundesangestelltentarif für Pflegekräfte überhaupt vorsieht. Weit und breit zahlt kein Krankenhaus so niedrige Entgelte für die Extrawächter wie die Medizinische Hochschule:

| | |
|---|---|
| Tarif KR I | 10,18 DM/h |
| MHH | |
| MHH | |
| Normalstation | 6,50 DM/h |
| Normalst. nach ,,Einarbeitungszeit" | 7,90 DM/h |
| Intensiv | 7,15 DM/h |
| Intensiv nach ,,Einarbeitungszeit" | 8,60 DM/h |
| Oststadt | 10,70 DM/h |
| Frederikenstift | 10,54 DM/h |
| Landkreis | 9,50 DM/h |

(Hinzu kommen in allen Fällen noch 1,50 DM/h Nachtzuschlag für die Zeit zwischen 21.00 und 6.00 Uhr)

Die Auseinandersetzung um Bezahlung und Arbeitsbedingungen der Extrawächter an der MHH hat Geschichte. Ende 1975 verfügte das niedersächsische Wissenschaftsministerium eine drastische Lohnkürzung von 70 DM pro Nacht auf ca. 55 DM. An der MHH und an den Unikliniken Göttingen traten die Extrawächter daraufhin in einen mehrwöchigen Streik. Das Ergebnis dieses Streiks war, daß das Ministerium die geplante Lohnkürzung nicht in vollem Umfang durchsetzen konnte. Dennoch war der Lohn soweit gedrückt worden, daß der größte Teil der Extrawächter das Haus wechselte und sich in anderen Krankenhäusern Arbeit suchte. Die MHH kam in größere Schwierigkeiten, die nötige Anzahl von erforderlichen Extrawächtern zusammenzubekommen. So trat am 1.4.77 der Runderlaß ,,Vergütung für außertarifliche Sitzwachen" in Kraft. Er bedeutete einerseits eine gewisse Erhöhung der Bezüge der Extrawächter: Auf der Normalstation gab es jetzt 6,50/7,25 DM und auf der Intensivstation 7,15/7,90 DM; damit waren die Bezüge nach ihrem zuvorgegangenen bodenlosen Sturz nun wieder um rund 25% angehoben worden. Gleichzeitig beseitigte der Erlaß aber auch jeden Bezug auf den Tarif. Zuvor war die Bezahlung der Extrawächter indirekt aus dem Tariflohn abgeleitet worden: So erhielten seit dem 1.1.76 Extrawächter auf Normalstation pro Nacht 1/26 des Monatsgehalts KR I, nach der Einarbeitungszeit 1/26 des Monatsgehalts von KR II; auf den Intensivstationen bekamen sie 1/26 des Monatsgehalts von KR III und nach der Einarbeitungszeit 1/26 von KR IV. Die MHH hat damit eingestanden, daß die Tätigkeit der Extrawächter prinzipiell auf der Normalstation einer KR I/KR II-Tätigkeit und auf der Intensivstation einer KR III/KR IV-Tätigkeit entsprechen.

Daß bei dieser Regelung so wenig Geld für die Extrawächter herauskam, lag daran, daß sie pro Nacht 1/17 der monatlichen Normalarbeitszeit verrichteten (nämlich 10 von 173 Arbeitsstunden eines Tarifmonates), aber nur 1/26 bezahlt bekamen.

Die Anbindung an den Tariflohn an sich ist jedoch sehr vorteilhaft, weil jeder Fortschritt der Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Lohnkampf auch den Extrawächtern zugutekommt und so die Einheit in den Lohnauseinandersetzungen erleichtert wird.

Vom Kurator Francke-Stehmann (bzw. von seinem Vorzimmer, denn bis zu *ihm* dringt kaum ein normaler Sterblicher durch) war bis zum Redaktionsschluß dieser Zeitung keine Stellungnahme zu erfahren (,,. . . die Festtage, wissen Sie"). Die ÖTV-Vertrauensleute haben die Aktion initiiert und stehen hinter ihr. Der Personalrat unterstützt die Forderung der Extrawächter und hat eine Eingabe bei der Landesregierung gemacht. An den Unikliniken Göttingen werden Vorbereitungen für eine ähnliche Aktion ergriffen.




Streik der Medizinstudenten 1977

Maßnahmen zur Verwendung von Beförderungsgestauten

Hauptmann Wolan von Puttwitz wurde Konrektor an einer Hauptschule

Addition
32
+19
+7
58
Substraktio
105
-89
26
Was Fehler? Ein deutscher Offizier verrechnet sich nicht! Wegtreten!

Hauptmann Schleifer kam als Bewegungstherapeut in ein DRK-Krankenhaus

In Liegestüütz-FALLT!

Kapitänleutnant Brecher mußte in die Psychatrie eingeliefert werden, weil es ihm in 3 Wochen als neuer Abteilungsleiter beim Verfassungsschutz nicht gelang, die Aktenordner in Reih' und Glied antreten zu lassen.

Riiichtt Euuch!!
verfluchte Bande
Aaaach-tung! Tiefflieger von links
Richt' Euch!

Major Müller leitet seit kurzem die Ausbildung der Verkehrspolizisten

Krach!
Rechts schwenkt Marsch, Mann, nein, links, im Gleichschritt 2,3,4, du krummbeiniger Dackel, du. Halt, Mensch, Rechts um, natürlich!

## Beförderungsstau

*z.hev.* Laut Weißbuch 1979 sollte die Altersstruktur der Berufsoffiziere des Truppendienstes idealerweise aussehen wie ein sich nur wenig in den höheren Altersstufen verjüngendes Rechteck. D.h. jedes Jahr 650 neue Offiziere und dementsprechend 650 Pensionierungen in den verschiedenen Altersstufen. *So* ist es nicht. Bei den Geburtsjahrgängen 1925 bis 1934 gibt es ein Loch von 3026 fehlenden Offizieren, dafür aber einen Überhang von 4719 Offizieren der Jahrgänge 1935 bis 1944. Diese heute 36- bis 45jährigen hocken fest auf ihren Posten in den Kompanien und Bataillonen vom Leutnant bis zum höchsten Stabsoffizier, dem Oberst. Es sind viele, und sie blockieren sich erstens gegenseitig in der Karriere, zweitens aber – und das wirft die eigentlichen Probleme Apels auf – sie lassen den jüngeren Offizieren keinerlei Chance auf Beförderung. Diese jüngeren sind die Gestauten, vor allem also die Leutnante und Oberleutnante um oder unter 30, manch ein Hauptmann ist auch darunter, die Offiziere also, die noch den direktesten Kontakt mit den wehrpflichtigen Soldaten haben. Sie müssen deshalb und wegen der körperlichen Belastbarkeit eigentlich jung sein. Aber nach Lage der Dinge werden sie auf ihrem Posten ergrauen. 1978 waren 42% aller Berufsoffiziere im Truppendienst älter als 40 Jahre, 1990 werden es bereits 75% sein. Für die Kriegsfähigkeit einer Armee und ihre schnelle Auffüllung aus Reservisten ist ein großer Stamm an Truppenführern der unteren und mittleren Ebene zwar günstig, aber eben jung und nicht im Pensionierungsalter. So wird Apel einen erklecklichen Teil von ihnen wegbefördern von der Truppe und hinein in Positionen, wo ihre Unbeweglichkeit weniger ausmacht. Die Sache jedenfalls hat eine lange zeitliche Dimension bis in die 90er Jahre hinein, lange genug, um zwei Kategorien von Offizieren deutlich voneinander zu trennen und gegeneinander aufzubringen: die Gestauten und die Nichtgestauten.

## Politischer Unterricht zur sowjetischen Intervention in Afghanistan

*r.thw.* Das Jägerbataillon 172 ist eine der Speerspitzen der westdeutschen Imperialisten. Einer der Kompaniechefs, von dessen Einheit hier die Rede ist, kennzeichnet die Lage: Lübeck liege nur 2 Kilometer vom sowjetischen Einflußbereich, viel näher als Kabul, daß es darum ginge, sich das bewußt zu machen, und den Auftrag der Bundeswehr im Rahmen der NATO gewissenhaft auszuführen.

In der 3. Januarwoche haben sie in mehreren Einheiten des Btl. politischen Unterricht zur sowjetischen Intervention in Afghanistan abgehalten. Kurz der Ablauf in der einen Kompanie: Der Spieß leitete ein mit einem Beitrag „Daten zu Afghanistan". Dabei hat er wohlweislich den Kampf des afghanischen Volkes insbesondere gegen die britischen Imperialisten vergessen. Im Anschluß: Bildung von 3 Arbeitsgruppen durch den Kp-Chef:

- Was hätte die SU davon abhalten können, einzumarschieren?
- Warum hat sie dennoch interveniert?
- Was bedeutet das für uns?

Auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppen, die er wünsche, hat er dann in einer Vorrede ziemlich deutlich verwiesen. Die Sowjetunion stehe exemplarisch für die weltrevolutionären Expansionsgelüste des Kommunismus. Dieses Ziel würde dem Kommunismus über alles gehen, weshalb er sogar den großen Gesichtsverlust in der 3. Welt hinnähme durch den Überfall auf Afghanistan. Der freie Westen solle dadurch vom Öl abgeschnitten werden; Konsequenz: Solidarität mit den USA, Stärkung der NATO.

Zustimmung dafür hat er nur vom Spieß geerntet. Gleich seine Hetze gegen den Kommunismus in der Vorrede ist von einem Mannschaftsdienstgrad angegriffen worden, der nachwies, daß die Sowjetunion heute nichts mit Kommunismus, aber alles mit Sozialimperialismus zu tun hat und mit der anderen Supermacht – der USA – um die Weltherrschaft rivalisiert. Bereits im Dezember wurde in einem Kompanieunterricht mit dem Thema, „Was ist der Kommunismus", diese Auseinandersetzung geführt. Die Kompanieführung mußte dabei Federn lassen. „Das ist Ihre Meinung", war jetzt die einzige und schmalbrüstige Antwort des Kompaniechefs auf den Angriff.

In der anschließenden regen Diskussion von Mannschaften und Unteroffizieren in den Arbeitsgruppen war das Thema nicht: „Was können *wir* tun", sondern, wie kann die imperialistische Kriegsgefahr bekämpft werden. Kp-Chef und Spieß versuchten mit verschiedenen Methoden, erneut in die Offensive zu kommen. Der Offizier betont zivil, ruhig im ganzen Unterricht, mit der *Ölfrage* und daraus folgernd dem NATO-Plädoyer. Zustimmung hat er auch dafür nicht gekriegt, aber es war nicht klar, wie man ihn widerlegen soll. Die Offiziere des Btl. wollen da gleich im nächsten Monat anpacken. „Energiekrise" ist das Thema des Unterrichts im Februar, der ab jetzt in der Brigade 17 seminarmäßig, ½ bis 1 Tag durchgeführt wird. Das laute Kriegsgeschrei des Spießes, der begeistert M. Thatchers Drohung vom militärischen Eingreifen in Pakistan entwickelte, wurde von vielen Soldaten scharf abgelehnt, dagegen aber der Kampf der Völker der 3. Welt für Unabhängigkeit und Selbstbestimmung als starke Kraft für den Frieden unterstützt.

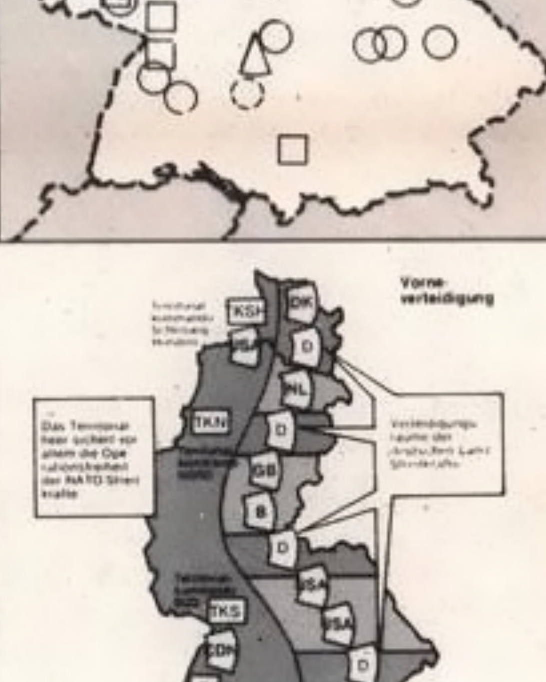
Ein wichtiger Faktor für die recht geschlossene Front gegen die Kompanieführung sind die täglichen Erfahrungen im Dienst. Seit Dezember mußten die Soldaten bereits 12 Tage Wache und 2 Bereitschaften, jeweils über das Wochenende und 5 Tage lang, ableisten. Die Soldaten wollen dagegen in dieser Woche eine Mannschaftsversammlung durchführen. Es wäre günstig, dort auch die Vorbereitung der politischen Unterrichte zu besprechen.

## Zahlreiche Kämpfe gegen militärische Einrichtungen der Besatzer, der NATO und der Bundeswehr

*z.gug.* Beschlagnahmung von Feldern und ihre Zerstörung für militärisches Übungsgelände, ohrenbetäubender Lärm durch Tiefflieger, Gefährdung durch Munitionsdepots in der Nähe von Wohnsiedlungen, Schikanen, vor allem durch die Besatzertruppen, haben in den jeweiligen Gebieten Westdeutschlands die Bevölkerung gezwungen, den Kampf gegen die verschiedensten militärischen Einrichtungen von Besatzern, NATO und Bundeswehr aufzunehmen. Nebenstehende Karte zeigt die Gebiete, in deren Zentrum diese Kämpfe geführt wurden und werden nach Angaben des KVZ-Nachrichtendienstes „Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten" Nr. 1/79 bis 4/80. Darunter, zur Veranschaulichung, wie wenig diese Kämpfe in die Kriegsvorbereitung der Bourgeoisie passen, die Karte „Vorneverteidigung" aus dem „Weißbuch 79" des Verteidigungsministeriums.

Die Forderungen sind: Keine Ausdehnung und Beseitigung von Truppenübungsgelände, keine Zwangsenteignungen, Einstellung der Tiefflüge, Lärmschutzzonen, keine Munitionsdepots in Siedlungsnähe, Abzug der Besatzer, denen offenbar alles erlaubt ist und die ausgesprochen verhaßt sind. Neben den Bauernverbänden und teilweise den Gewerkschaften beteiligen sich die unterschiedlichsten Organisationen in einer Gemeinde an diesen Kämpfen, der Sportverein, Pfadfinder, Naturfreunde u.ä. In jeder dieser Gemeinden hat der Gemeinderat gegen die Errichtung der jeweiligen militärischen Einrichtung Beschluß gefaßt, nicht selten wird der Bürgermeister mit Koffern voller Beschwerdebriefen, Resolutionen und Unterschriften zum Verteidigungsminister nach Bonn geschickt. Erfolgreich waren die Kämpfe z.B. im Raum Erlangen bei der Rücknahme von Zwangsenteignung durch die Bundeswehr und gegen Übungsplätze der Bundeswehr bei Bredelen/Goslar und der französischen Besatzer bei Frönerhof/Kaiserslautern. Zum großen Teil sind die Auseinandersetzungen, die gegen den Staatsapparat jetzt seit über einem Jahr geführt werden und den Bundestag bereits zu Manövern zwingen, noch nicht entschieden.






Karte oben: Kegel: Besatzer; Quadrat: NATO; Kreis: Bundeswehr. Die durchbrochenen Linien zeigen Niederlagen der Imperialisten an.

# Die Risiken des Mittelstreckenraketenbeschlusses werden spürbar

*z.maf.* Verteidigungsminister Apel hat den Generalmajor Bastian ziemlich unverhohlen der Pensionshascherei wie der Feigheit vor dem Feinde bezichtigt. Dieser, nach den besten HJ-Führungsregeln, angelegte Biß in die Weichteile des Generals ist nicht ungefährlich, denn diese Schwächen hat er, teilt sie aber mit der ganzen höheren Beamtenschaft und dem Minister- wie Abgeordnetenvölkchen. Apel würde ja auch nicht auf seine Pensionsansprüche verzichten, wenn er mal müßte. Und in Abwandlung der bekannten Redewendung ist der Mut in dieser höheren Sphäre immer der Mut der anderen, der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen. Apels Vorwürfe, gerade weil sie so prinzipiell zutreffend sind, werden eine zersetzende Wirkung in der öffentlichen Moral und der Disziplin der Truppe hinterlassen. Aufschäumende Empörung war es nicht, die den Minister zu diesem Risiko veranlaßt hat, sondern das dringende Bedürfnis der Ablenkung.

Die SPD-Spitze, geführt von Helmut Schmidt, hat sich eine größere Fehlspekulation geleistet. Sie haben die Rüstung mit Mittelstreckenwaffen durchgeboxt, sowohl in der SPD wie auch europaweit. Anscheinend geleitet von der Schnapsvorstellung, auf diese Weise könnten die Interessen der USA stärker an die der BRD gebunden werden und der UdSSR was Imponierendes zur Respektierung dieser Interessen vorgeschoben werden. Aber die UdSSR hat sich nicht imponieren lassen und die BRD findet sich blitzschnell unter die Interessen der USA untergeordnet.

Die Mittelstreckenraketenrüstung, so viel war unter militärischen Gesichtspunkten klar, würde die UdSSR nötigen, ihre Positionen an den NATO-Flanken zu verbessern. Militärische Interessen sind das eine, ob sie verwirklicht werden können, hängt von politischen Faktoren ab. Die Politik der SPD-Spitze hat es der UdSSR erheblich erleichtert, sowohl im Inneren wie auch innerhalb des Warschauer Paktes positive Stimmung für ihre Aggression zu machen. Da die Mittelstreckenraketenrüstung ein Moment der Aggression ganz fraglos enthält, und da die BRD, Rechtsnachfolger des Dritten Reiches, in die Sache tief verwickelt war, konnte auf den Schlachtfeldern des zweiten Weltkrieges ein solcher Effekt kaum ausbleiben. Die allgemeine Propaganda gegen die Aggressionslust der USA wie des NATO-Bündnisses wurde erleichtert, die Aggression gegen Afghanistan wurde im Geschrei gegen die Kriegslust der USA und der NATO versteckt und bedurfte auch keines so sehr großen Rechtfertigungsaufwandes. Obgleich die UdSSR in der ganzen Dritten Welt hohe politische Preise für diese unverschämte Aggression zu zahlen hat, im Inneren war Rechtfertigung billig geworden. Diese Lage wird sich freilich in dem Maße ändern, in dem die in verschiedenen Weltteilen tätigen Interventions- und „Berater"truppen der UdSSR aufs Haupt geschlagen werden. Trotzdem hat sich Schmidt verschätzt, die moralische Wirkung, die die SPD-Politik seit geraumer Zeit auf die UdSSR und den Warschauer Pakt hatte, ist mit dem Parteitagsbeschluß für die Mittelstreckenraketen so ziemlich dahin. Schmidts Kalkulation hat den Sozialimperialisten das blutige Handwerk spürbar erleichtert.

Die rüden Aggressionsbewegungen der UdSSR haben andererseits blitzschnell die beengten Verhältnisse, in denen die westdeutsche Monopolbourgeoisie operieren muß, klargestellt. Die BRD, so zeigt sich, kann ihre strategischen Interessen nicht decken. Sie kann weder die Rohstoffbelieferung decken, noch ihre Kapitalanlagen. Es ist ziemlich wahrscheinlich, daß diese Wendung von den USA von vornherein kalkuliert war. Die BRD steht jetzt als eindeutig von den USA abhängige Macht da. Eine selbständige Politik ist fast unmöglich geworden. Carter, den Schmidt bei verschiedenen Gelegenheiten immer für leicht dumm hingestellt hat, hat gezeigt, daß es sich eher umgekehrt verhält. Carter hält Kriegsreden und die Regierung kann nichts tun, als Blankoschecks, einzulösen von der Arbeiterklasse und den Volksmassen der BRD und Westberlins, auszustellen. Die CDU/CSU-Opposition verlangt nun nach „mehr" Solidarität mit den Amerikanern. Aber was geschähe, wenn die Rechtsnachfolger des Dritten Reiches anfingen, in die verschiedensten Weltteile Truppen zu kommandieren, dort Flagge zu zeigen und Militärdemonstrationen durchzuführen? Carter deutet es dezent an, wenn er verkündet, man wolle jetzt mehr schweres Material nach Europa stationieren. Andererseits wird die BRD in ihrem Kampf um die Führung der EG geschwächt, wenn sie jetzt den Risiken ihrer imperialistischen Politik ausweicht. Dies alles wird kosten, kosten, kosten. Das Geld durchaus auch der Bourgeoisie, den Schweiß der Arbeiterklasse und am bösen Ende das Blut der Volksmassen. In beiden letzteren Münzarten zahlt die westdeutsche Monopolbourgeoisie, wenn schon, dann am ehesten. Es ist so gut wie sicher, daß Schmidt seine riskante Politik noch weiter steigern wird.

Letzte Woche ging der Kanzler zur Beichte. Er hat alle gewesenen Bundeskanzler und gewesenen Außenminister zu einer Aussprache eingeladen. Tags darauf Kohl, Strauß und die CSU-Wehrexperten Zimmermann. Eine großangelegte Volksgemeinschaftskampagne ist in Sicht. Der Ernst der Lage wird überall anerkannt und die Volksgenossenschaft betont. Eine behutsame Gewöhnung an den Gedanken schwarz-rot-goldener Militäreinsätze wird versucht und die Hasardeure mimen äußerste Kaltblütigkeit. Indessen hat die SPD noch eine äußerst komplizierte Aufgabe vor sich. So wie die Dinge in der BRD und Westberlin liegen, muß die Monopolbourgeoisie aus der Arbeiterbewegung mit einer unkalkulierbaren Reaktion rechnen, wenn sie zu Militärabenteuern übergeht. Die SPD hat sich mit dem Berliner Parteitag bereits darauf vorbereitet, diese Unkalkulierbare kalkulierbar zu machen.

Da nun die Ereignisse sich so beschleunigt haben, wird die Sozialdemokratie alsbald auf der Linie ihres Mittelstreckenraketenbeschlusses in den Gewerkschaften tätig werden müssen. Anders kann nicht ausgelotet werden, wie weit der allenthalben vermutete Widerstand der Arbeiterbewegung gegen direkte und offensichtliche Militärmaßnahmen der BRD tragen könnte. Der spontane Widerstand gegen Derartiges ist breit, aber politisch stumpf, weil ohne klare Forderungen. Dies hätte die Sozialdemokratie gerne noch eine Weile so gelassen, um in einer mählichen Verschärfung der Weltlage die Uferlosigkeit der pazifistischen Positionen, die spontan da sind, sich abreiben zu lassen. Jetzt werden sie aber ran müssen. – Auf diese Auseinandersetzung allerdings kann man sich freuen. Wenn die SPD den ganzen pazifistischen Brei aufrührt, so werden die Aussichten für die Klärung besser. Es kann sein, daß sich die große Möglichkeit ergibt, die vorderhand nur ganz schwach vertretene Forderung nach Friedensvertrag und Austritt aus imperialistischen Militärbündnissen eine ziemliche Breite gewinnt. – Dies würde dann freilich eine große Wirkung auf die Entwicklung sowohl der Klassengegensätze in der UdSSR wie der Gegensätze im Warschauer Pakt haben.

## EG-,,Abwrack- und Bauprogramm" zur verschärften Ausbeutung der Werftarbeiter

*z.elb.Brüssel.* Während die Werftkapitalisten in der EG 1955 noch 70% der Weltschiffproduktion unter ihrem Kommando produzieren lassen konnten, sank ihr Anteil bis 1976 auf 22,6%. Betrug der Auftragsbestand im März 1979 4,78 Mio. GBRT (gewichtete BRT), so erwarten die Kapitalisten für die nächsten Jahre einen von höchstens 2 Mio. GBRT. 1975 arbeiteten 180000 Lohnabhängige in der Werftindustrie der EG, 1979 noch 145200; bis 1982 müßten 50000 entlassen werden, so die EG-Kommission, wenn die Werftkapitalisten auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben wollen. Wegen sinkender Profite ist den Kapitalisten ein nächster Rationalisierungsschub zur verschärften Ausbeutung der Werftarbeiter höchstes Gebot, um die Marktanteile zu halten, möglichst auszubauen. Wie schon 1977 nutzen sie auch jetzt, ungeachtet heftigster Konkurrenz untereinander, die EG, um die Rationalisierungen gegen die westeuropäische Arbeiterklasse durchzusetzen. Im Juli 1979 legte die Kommission ein ,,Abwrack- und Bauprogramm" vor, nach dem von 1980–82 jährlich 2 Mio. GBRT abgewrackt und 1 Mio. GBRT neu gebaut werden sollen, wofür den Kapitalisten Prämien von insgesamt über 1 Mrd. DM gezahlt werden zusätzlich zu denen der jeweiligen nationalen Werftprogramme. Gerade erst hat die BRD-Regierung ein weiteres verabschiedet.



Streik der Werftarbeiter von Cockerill Yards Hoboken, Belgien, 1970

Die Gewerkschaften im Europäischen Metallgewerkschafsbund haben, mit Ausnahme der griechischen, dem ,,Abwrack- und Bauprogramm" zugestimmt. Damit hindern sie nicht nur die ständigen Kämpfe der Werftarbeiter gegen Massenentlassungen, Senkung des Lohns und Intensivierung der Arbeit, sondern binden die Arbeiter direkt an die Profitinteressen der EG-Werftkapitalisten. Die erkämpften Rechte der Werftarbeiter stützen sich gegenseitig im Kampf gegen die Rationalisierungen der Kapitalisten.

## Arbeitszeit, Überstunden, Pausen, Urlaub Vergleich der Rechte der Werftarbeiter

*z.elb.Brüssel.* Die EG sichert den Werftkapitalisten die Voraussetzungen, in gemeinsamer Front die Ausbeutung der europäischen Werftarbeiter zu verschärfen. Ein Vergleich der Arbeitsbedingungen in 16 Werften aus der zweiten Hälfte 1978 vom Europäischen Metallgewerkschaftsbund zeigt, daß sich die Werftarbeiter höchst unterschiedliche Rechte erkämpft haben; so schwanken die Zuschläge auf Überstunden an Samstagen zwischen 25% und 100%. Die westdeutschen Werftkapitalisten haben sich – wie aus der folgenden Tabelle zu ersehen – fast ausnahmslos an die führende Position in der Auspressung der Werftarbeiter in der EG geschoben.

**Arbeitszeit, Überstunden, Pausen, Urlaub**
**Vergleich der Rechte der Werftarbeiter**

| | | Arbeitszeit/Tag | | Überstd./Woche | | Pausen in Min. | | Urlaub | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | tarifl. | effektiv | zulässig | effektiv | bezahlt | unbez. | Werktage | zusätzlich |
| F | 1 | 8 | 8,60 | 12 | | 60 | 70 | 24 | bis zu 4 |
| | 2 | 8 | | 12 | | 45 | | 24 | bis zu 5 |

**Arbeitszeit, Überstunden, Pausen, Urlaub**
**Vergleich der Rechte der Werftarbeiter**

| | | Arbeitszeit/Tag | | Überstd./Woche | | Pausen in Min. | | Urlaub | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | tarifl. | effektiv | zulässig | effektiv | bezahlt | unbez. | Werktage | zusätzlich |
| F | 1 | 8 | 8,60 | 12 | | 60 | 70 | 24 | bis zu 4 |
| | 2 | 8 | | 12 | | 45 | | 24 | bis zu 5 |
| | 3 | | | 12 | | | | 24 | bis zu 4 |
| I | | 8 | 8 | 8 | 0 | 70 | 60 | 22 | bis zu 5 |
| NL | | 8 | 8,10 | 0 | 2,50 | 60 | 30 | 25 | bis zu 5 |
| B | 1 | 8 | 8 | 10 | 0 | 30 | 45 | 26 | bis zu 5 |
| | 2 | 8 | 8 | 10 | 0 | 30 | 30 | 26 | bis zu 5 |
| BRD | 1 | 8 | | 16 | | 15 | 30 | 21–27 | 0 |
| | 2 | 8 | | 10 | 2,50 | 15 | 30 | 21–27 | 0 |
| | 3 | 8 | 8,10 | | | | 30 | 21–27 | 0 |
| DK | 1 | 8 | 8 | 6 | 0,50 | | 40 | 24 | |
| | 2 | 8 | 8 | 6 | 0,50 | | 40 | 24 | |
| IR | | 8 | 9,56 | | 1,56 | 20 | 30 | 20 | 1 |
| GB | 1 | 8 | | | | 10 | 60 | 24 | 0 |
| | 2 | 8 | | | | 10 | 30 | 24 | 0 |
| | 3 | 8 | | 7 | 7 | 10 | 45 | 24 | 0 |

## Übersicht über Lohnsysteme und Schichtarbeitsregelungen

*z.ped.* **Finnland:** – *Valmet,* 1560 Beschäftigte. Festlohn. 11% Spätschichtzulage. – *Wärtsilä,* 4570 Beschäftigte. Festlohn. 11% Spätschichtzulage.

**Schweden:** – *Kockums,* 4700 Beschäftigte. Festlohn, 13,65% in Spät- und Nachtschicht. 28% Zulage für Schichtarbeit, zusätzlich 5 Stunden weniger pro Woche in Nachtschicht. – *Götaverken,* 10150 Beschäftigte. Festlohn, 5,46% in Spätschicht. 39,5% Schichtzulage.

**Norwegen:** – *Kristiansand Mek. Versted,* 675 Beschäftigte. Festlohn. 5,51% in Spätschicht, 30% Spätschichtzulage. – *Fredrikstad Mek. Versted,* 2181 Beschäftigte. Festlohn. 14,58% in Spät- und Nachtschicht. Spätschichtzulage 20% und eine Stunde weniger die Woche, Nachtschichtzulage 23% und 2 Stunden die Woche weniger.

**Dänemark:** – *Lindovaerftet,* 4300 Beschäftigte. 85% Leistungslöhner, Anteil von bis zu 25% am Effektivlohn. – *Nakskov Skibsvaerft,* 1850 Beschäftigte. 80% Leistungslöhner, Anteil von bis zu 30% am Effektivlohn. 0,13% in Spätschicht.

**Irland:** – *Verolme Cork Dockyard,* 1265 Beschäftigte. 65% Leistungslöhner. 50% Spätschichtzulage.

**Großbritannien:** – *Swan Hunter,* 11300 Beschäftigte. Festlohn. Keine Schichtarbeit. – *Harland and Wolff,* 8000 Beschäftigte. 70% Leistungslöhner. Spätschichtzulage 33%. – *Yarrows Shipbuilders,* 5500 Beschäftigte. Festlohn. 33% Spätschichtzulage.

**Bundesrepublik:** Verbot der Schichtarbeit unter 16 Jahren. – *AG Weser,* 3333 Beschäftigte. 76,3% Leistungslöhner, Anteil von bis zu 20% am Effektivlohn. 17,96% in Spätschicht. 12,5 bis 15% Spätschichtzulage. – *Howaldtswerke Deutsche Werft,* 13122 Beschäftigte. 72% Leistungslöhner, 25 bis 35% Anteil am Effektivlohn. 4,96% in Spät- und Nachtschicht. 12,5% Zulage für Spät- und 12,6% für Nachtschicht. – *Flender Werft,* 1451 Beschäftigte. 70% Leistungslöhner, Anteil von 16 bis 35% am Effektivlohn. 4,98% in Spät- und Nachtschicht, je 15% Zulage.

**Niederlande:** – *Rijn-Schelde-Verolme,* 23153 Beschäftigte. Festlohn. Zulagen für Spätschicht 20% und für Nachtschicht 22%.

**Belgien:** – *Boelwerf,* 2979 Beschäftigte. Festlohn. 13,31% in Spät- und Nachtschicht, 10% Spätschicht- und 35% Nachtschichtzulage. – *Cockerill Yards Hoboken,* 2719 Beschäftigte. Festlohn. Zulage für die Spätschicht 10%, die Nachtschicht 35%.

**Frankreich:** – *Chantiers de l'Atlantique,* 8958 Beschäftigte. Festlohn. 5,78% in Spät- und Nachtschicht, 12% Spätschichtzulage, 40% Nachtschichtzulage sowie 36 Minuten Arbeitszeitverkürzung. – *Dubigeon-Normandie,* 2051 Beschäftigte. Festlohn. 15,28% in Spätschicht. – *SNACRP (La Pallice),* 1020 Beschäftigte. Festlohn. 2,07% in Spätschicht.

**Italien:** – *Italcantieri Monfalcone,* 5027 Beschäftigte. 20% Leistungslöhner, Anteil am Effektivlohn 4 bis 6%. 8,15% in Spät- und Nachtschicht. 7 bis 8% Schichtzulage und 30 Minuten Arbeitszeitverkürzung. (Herbst 1978)

# RGW-Schiffbau – weitgehend auf die Bedürfnisse der sowjetischen Flottenexpansion ausgerichtet

*z.ror.* Die Sowjetunion ist eine besonders unternehmende imperialistische Seemacht geworden. Sowohl mit ihrer zivilen wie auch mit ihrer militärischen Flotte kreuzt sie auf allen Meeren. Mit ihrer Fischereiflotte jagt sie vorwiegend die Fischereigründe außerhalb der Hoheitsgewässer der UdSSR leer, und die zivile Handelsflotte verschafft sich durch billige Preisangebote deutliche Anteile an den Weltfrachtraten. Z.B. vom bundesdeutschen Seehandel von Bremen und Hamburg aus hält die SU auf der Nordatlantikroute einen Anteil von 8,8%, nach Ostafrika von 8,2%, nach Fernost über die Transsibirienroute 13% und nach Indien und Pakistan 3,9%.

Mehrere größere Ziele beherrschen zur Zeit die sowjetische Schiffahrtspolitik: Die Herstellung einer ganzjährigen Arktisschiffahrt, um eine Verbindung der Pazifik- und Atlantikflotte zu ermöglichen, was auch militärisch für die Sozialimperialisten von großem Nutzen wäre. Der Ausbau der Transsibirischen Containerlinie, die über Moskau Anschluß an alle Staaten Europas bietet von den Ausgangshäfen Wladiwostok und Nahodka die Verbindung nach Fernost herstellt. Die Fertigstellung der BAM-Eisenbahn wird die Transportkapazitäten weiter erhöhen, weil die Leistung der Transsibirischen Eisenbahn nicht mehr ausreicht, obwohl die UdSSR jetzt schon 20% der Marktanteile im gesamten Containerverkehr von und nach Japan hält. Die Sowjetunion beansprucht auch Zugang zum Rhein-Main-Donau-Kanal, den ihr aber die westdeutschen Imperialisten bezüglich Rhein und Main verwehren wollen. Um ein weiteres Kanalprojekt handelt es sich bei der Fertigstellung des Karakum-Kanals, ,,um Afghanistan 1980 direkt zu bedienen" (Seewirtschaft, (DDR) 10/79). Damit wird die Amu-Darja vollständig schiffbar.

Die Sozialimperialisten haben in den letzten Jahren ihren Schiffsbestand beträchtlich erhöht, sowohl die Handels- als auch die Fischereiflotte, deren Flaggschiff, die Wostok, eine schwimmende Konservenfabrik, täglich 300 t

bar.

Die Sozialimperialisten haben in den letzten Jahren ihren Schiffsbestand beträchtlich erhöht, sowohl die Handels- als auch die Fischereiflotte, deren Flaggschiff, die Wostok, eine schwimmende Konservenfabrik, täglich 300 t Rohfisch zu 150000 Konserven verarbeitet.

Das Produktionsprofil der sowjetischen Werftindustrie ist weitgefächert, vom Luftkissenfahrzeug bis zum Atomeisbrecher. Ihre Kapazitäten reichen jedoch bei weitem nicht, um ihr weltumspannendes Versorgungs- und Transportnetz aufzubauen. Zahlen sind schwierig zu erhalten. Nach Schätzungen von Lloyd's betrug die Produktionsleistung 1977 0,421 Mio. BRT, das ist die 12. Stelle im Welthandelsschiffbau. Die Zunahme der von der SU von 1976 auf 77 in Dienst gestellten Tonnage betrug aber 1,259 Mio. t, also das Dreifache der eigenen Kapazität. Die Sozialimperialisten haben sich vor allem die Werftindustrien der DDR, Polens und Bulgariens abhängig gemacht, aber auch Finnland hat seine Produktion weitgehend auf die Bedürfnisse der SU ausgerichtet.

In der DDR wurden von 1946 bis 1978 3858 Schiffe gebaut. Davon bezog die SU 3001 Schiffe mit einer Vermessungstonnage von 3,8 Mio. BRT. Für die Arktisseefahrt verlangte die SU Spezialmassengutfrachter, die auch bei minus 50° noch funktionsfähig sind. Außerhalb der UdSSR werden sie nur von der Warnow-Werft hergestellt. Im Februar 1979 lieferte diese Werft ihr 100. Schiff an die SU, und damit eine Gesamttonnage von 1 Mio. BRT ab. 80% des DDR-Schiffbaus gehen in den Export. Die DDR ist auch der Hauptlieferant für die sowjetische Fischereiflotte. Bisher wurden 1300 Schiffe von ihr geliefert.

95% des gesamten Schiffbaus der DDR machen Trockenfracht- und Fischereischiffe bis 25000 t Tragfähigkeit aus. Für die Arktisroute stellt auch Finnland vorwiegend die Eisbrecher her. Die SU besitzt 13, zehn davon wurden von Finnland produziert.

Polen ist der zweite Hauptlieferant. Von 1976 bis 80 hat die SU bei polnischen Werften 8 Mutterschiffe, 10 Superseiner, 15 Fabriktrawler, 10 Thunfischseiner und 4 Trawler geordert. Neben Fischereischiffen hat sich der polnische Schiffbau auf Container- und RO/RO-Schiffe spezialisiert. Die Umstellung der Produktion brachte von 1976 auf 77 schon 44% des Gesamtausstoßes von 589130 BRT für diese beiden Schiffsarten.

Bulgariens Werftproduktion umfaßt neben Trocken- und Massengutfrachtern Tanker und Binnenschiffe. Bulgarien selbst bezieht von seiner Produktion nur Trockenfrachter, der Rest geht vorwiegend an die SU.

Die Sozialimperialisten haben sich von den RGW-Staaten die modernste Flotte der Welt bauen lassen, 75% aller Schiffe sind unter 10 Jahre alt. Mit dieser Flotte laufen sie inzwischen 140 Länder mit über 30000 Schiffsankünften jährlich an und unterhalten in 70 Ländern Agenturen. Die eigenen Schiffsbaukapazitäten bleiben geschont und stehen für den eigentlichen Kriegsschiffbau zur Verfügung.

Von 1967–77 verdoppelte sich die RGW-Handelsflotte auf eine Tragfähigkeit von 27,5 Mio. t. Von der Gesamtlademenge, die über 300 Mio. t. jährlich beträgt, verfügt die SU über 200 Mio. t.

**Tonnage der Handelsflotte der Sowjetunion nach Klassen**

| | Stand 1.1.1979 | | Stand 1.7.1979 | |
|---|---|---|---|---|
| | Schiffe | BRT | Schiffe | BRT |
| Fahrgast-, Kombischiffe ..... | 218 | 655937 | 227 | 667259 |
| Trockenfrachter ............ | 2289 | 9928275 | 2307 | 10203878 |
| Tanker ..................... | 459 | 4651746 | 467 | 4861886 |
| Hilfs- und Spezialfahrzeuge .. | 808 | 469461 | 814 | 470063 |
| Fischereifahrzeuge .......... | 2939 | 4674602 | 2959 | 4700749 |
| Technische Fahrzeuge ....... | 408 | 351327 | 406 | 353401 |
| Sonstige ................... | 364 | 526028 | 366 | 528891 |
| Insgesamt .................. | 7485 | 21257376 | 7544 | 21785927 |

Quelle: Schiffahrtsregister der UdSSR, Hansa, 79/5

**Tonnage der Handelsflotten in 1000 BRT**

| Jahr | SU | USA | Japan | EG | Welt |
|---|---|---|---|---|---|
| 1972 | 16036 | 15024 | 34929 | 63114 | 268340 |
| 1974 | 16944 | 14429 | 38708 | 69088 | 311323 |
| 1976 | 18611 | 14908 | 41663 | 77308 | 372000 |
| 1977 | 19870 | 15300 | 40036 | 76391 | 393678 |
| 1978 | 20473 | 16188 | 39182 | 76930 | 406002 |

Quelle: Statistisches Jahrbuch der BRD, verschiedene Jahrgänge
Quelle für die SU: Schiffsregister der UdSSR

| 1974 | 16944 | 14429 | 38708 | 69088 | 311323 |
|---|---|---|---|---|---|
| 1976 | 18611 | 14908 | 41663 | 77308 | 372000 |
| 1977 | 19870 | 15300 | 40036 | 76391 | 393678 |
| 1978 | 20473 | 16188 | 39182 | 76930 | 406002 |

Quelle: Statistisches Jahrbuch der BRD, verschiedene Jahrgänge
Quelle für die SU: Schiffsregister der UdSSR



Demonstration der Arbeiter der Danziger Nordwerft im Dez. 78. – In den letzten 20 Jahren bezog die SU 600 von 1000 in Polen gebauten Schiffen.

### Albanien: Mit Jugoslawien gemeinsame Interessen

*z.anb.* Die albanische Parteizeitung ,,Zeri i Popullit" hat in der vergangenen Woche scharf die sowjetischen Erpressungs- und Drohversuche gegenüber den Balkanstaaten angegriffen, vor allem die neuerlichen über die bulgarischen Vasallen gegen Jugoslawien gerichteten chauvinistischen Ansprüche in der Mazedonien-Frage. Ungeachtet der weiterhin bestehenden Differenzen zwischen der Partei der Arbeit Albaniens und dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens, betont die Zeitung, ,,daß wir Seite an Seite mit dem jugoslawischen und dem griechischen Volk im Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität stehen werden". – Die Beziehungen zwischen Jugoslawien und Albanien haben sich in den letzten Monaten günstig entwickelt. Neben verstärkter Kooperation in Wissenschaft, Kultur und Sport wurde vor wenigen Tagen ein Abkommen unterzeichnet, das den Bau einer Eisenbahnlinie zwischen Titograd und Skadar (Albanien) vorsieht. Darüber wird Albanien an das europäische Eisenbahnnetz angeschlossen, Jugoslawien wird zum wichtigsten Transitland für die Warenströme von und nach Albanien. Das Mitglied des ZK des BdKJ Minic besuchte Ende letzten Jahres die albanische Minderheit im jugoslawischen Autonomen Gebiet Kosovo (insges. 1 Mio.). Minic erklärte dort, die verstärkte Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern diene der Verteidigung der Unabhängigkeit und Freiheit; angesichts der strategischen Lage auf dem Balkan sei der Zusammenschluß der Nachbarstaaten notwendig und vernünftig.

### US-Kritik an mangelnder dänischer Aufrüstungsbereitschaft

*z.bag.* US-General Rogers, Oberkommandierender der NATO, hat am 14.1. in Kopenhagen die dänische Regierung wegen mangelnder Bündnistreue angegriffen. Statt den Verteidigungsbeitrag, wie verlangt, um 3% zu erhöhen, schlägt die Regierung dem Parlament für 1981–85 ein Einfrieren der Militärausgaben vor, was wegen der steigenden Preise eine Reduzierung der Truppenstärke bedeutet. Die dänischen Kapitalisten können an einer Aufrüstung nur beschränkt profitieren, weil sie selbst keine Stahlwerke und wenig elektronische Industrie besitzen. Entscheidender für die Haltung der Regierung ist aber der Widerstand der Volksmassen und vor allem auch der Soldaten. Letztere fordern vollen Lohn und Organisationsfreiheit einschließlich des Rechts auf Koalition mit anderen Soldatenverbänden innerhalb der NATO.

### Italienische Regierung will Personalausweispflicht einführen

*z.ans.Rom.* Die italienische Regierung hat Ende Dezember einen Gesetzesentwurf zur Einführung der Personalausweispflicht ab dem 16. Lebensjahr vorgelegt. Verlust des Ausweises muß innerhalb von 48 Stunden der Polizei gemeldet werden, greift die Polizei jemanden ohne gültigen Ausweis auf, so drohen Geldstrafen von 108 DM bis 434 DM, bzw. Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten. Auch Ausländer und Staatenlose werden der Ausweispflicht unterworfen. Die bereits existierende Meldepflicht soll in Verbindung mit der Ausweispflicht unter Androhung

# Die Arbeiter und Bauern Irans diktieren der Islamischen Republik ihre Maßnahmen

*z.gek.* Millionen haben am 9. Januar, in den vielleicht größten politischen Demonstrationen, die Teheran und einige andere große Städte überhaupt gesehen haben, erneut ihre Unterstützung für die antiimperialistischen, nationaldemokratischen Ziele der Revolution zum Ausdruck gebracht. Noch immer dieselbe breite Einheit der verschiedenen an der Revolution beteiligten Klassen, wie vor einem Jahr im Kampf um den Sturz des Schahregimes? Tatsächlich handelt es sich um einen neu geschlossenen Kompromiß, der erst in den letzten Wochen und in der kritischen Lage, die von US-Imperialismus gegen den Iran verhängte Wirtschaftsblockade geschaffen hat, zustande gekommen ist. Die Kämpfe der Arbeiter und Bauern haben dem islamischen Revolutionsrat eine Reihe von Maßnahmen aufgeherrscht, die im dringenden Interesse der ganzen Nation sind, und es hat sich im Revolutionsrat auch die nötige Mehrheit gebildet. Ein politischer Richtungswechsel hat stattgefunden. Die Vertreter der Großbourgeoisie an der Spitze der islamischen Bewegung mußten nacheinander abtreten: zuerst der Ministerpräsident Bazargan, dann der Vorsitzende der Nationalen Iranischen Ölgesellschaft NIOC, Nazih (der sich ins Ausland abgesetzt hat); sodann der Zentralbank-Gouverneur Molavi, der Landwirtschaftsminister Izadi (erklärter Gegner jeder Landreform zugunsten der Bauern), und der Generalstabschef Schaker.

Auch in den Präsidentschaftswahlen haben sich die Interessen der verschiedenen an der Revolution beteiligten Klassen Ausdruck verschafft, wenngleich eingeschränkt, da die politischen Vertreter der Arbeiterbewegung (von den Marxisten-Leninisten bis zu den Tudeh-Revisionisten) wie auch der kleinbürgerlich-revolutionären Organisationen (der Volks-Mujahedeen und Volks-Fedayin) von einer eigenen Kandidatur ausgeschlossen waren. Die große und mittlere Bourgeoisie, die wohlhabenderen städtischen Schichten, „freie Berufe“ und Beamte, alles was sich für modern und aufgeklärt hält, wurde von Admiral Madani vertreten, hinter ihm die „Nationale Front“. Die Losungen waren Ordnung, Effizienz, Wirtschaftsaufbau und gleiche Distanz zu den Supermächten, so daß Techtelmechtel nicht ausgeschlossen sind. So hielt Madani auch gute Beziehungen zu den Tudeh-Revisionisten. Als Kandidat der mehr traditionellen, am Islam orientierten Teile der Bourgeoisie trat der Kultusminister Habibi von Bazargans „Islamischer Freiheitsbewegung“ auf. Nach dem Rücktritt des eigenen Kandidaten Farsi wurde er wohl auch von Khomeinys „Islamisch Revolutionärer Partei“ unterstützt, die in der Hauptsache den Standpunkt der städtischen Händler, Handwerker und Manufakturisten, der „Bazaris“ vertritt. Allein im Zentralbasar von Teheran hat es 60000 einzelne Geschäftsinhaber, die traditionell den Austausch zwischen ländlichem und städtischem Warenprodukt vermitteln und sich, streng korporativ organisiert, im schärfsten Widerspruch zur imperialistischen Konkurrenz behauptet haben. Aus den Reihen der Bazaris stammt aber auch der Großteil der Oberschüler und Studenten und damit der ganzen mittleren und höheren Angestellten- und Beamtenschaft. Der Bazar ist auch das wirtschaftliche und organisatorische Rückgrat der schiitischen Kirche.

Am klarsten hat das Programm eines Kompromisses zwischen den Interessen der Arbeiter, der Bauern, der kleinen Handwerker und Händler sowie der an Steigerung der Industrieproduktion interessierten Bourgeois der Finanzminister Bani-Sadr vertreten. Er hatte bereits im Pariser Exil eine Abhandlung über Möglichkeiten und Erfordernisse eines Wirtschaftsaufbaus aus eigenen Kräften und unter weitgehender Lostrennung vom kapitalistischen Weltmarkt verfaßt. Vor allem durch die seit November eingeleiteten energischen Wirtschaftsmaßnahmen, die er im Revolutionsrat durchgesetzt hat, ist er zum Kandidaten der Linken, der ganzen proletarischen Masse des Volkes geworden. Bani-Sadr führte auch die Verhandlungen in Azerbeidschan und machte Vorschläge, um den im Reich des Schah grausam unterdrückten Nationalitäten die geforderten Selbstverwaltungsrechte zu gewähren. Er hat die Besetzung der Botschaft als gerecht verteidigt, aber auch öffentlich als politische Fehler kritisiert, und hat sich für die Herstellung einer festen Einheit mit den übrigen Ländern der Dritten Welt, vor allem der arabischen Welt eingesetzt. Angesichts der sozialimperialistischen Invasion Afghanistans hat er klar die Positionen Irans gegenüber den Aggressionsakten beider Supermächte herausgestellt. Vor den Ölarbeitern in Abadan, die in allen Kämpfen gegen den US-Imperialismus vornan gestanden haben, hat er die Pläne der neuen Zaren, den Iran zu zerstückeln und die Völker der Region zu spalten, angegriffen. „Sie wollen uns uneins sehen, damit sie die einzelnen Teile leichter nehmen können, wie sie es in Afghanistan gemacht haben, um so den Indischen Ozean zu erreichen.“ – Nach den ersten Wahlergebnissen scheint Bani-Sadr mit diesem Programm die Wahlen gewonnen zu haben.

Die vorwärtstreibende Kraft in allen diesen Entwicklungen ist die erstarkende Arbeiterbewegung und eine breite agrarrevolutionäre Bewegung unter den Bauern. In nahezu allen iranischen Fabriken haben sich die Belegschaften in Fabrikräten organisiert. Es waren die Arbeiter, aber auch die Angestellten der Banken und Handelsunternehmen, die nach dem Fall des Schah die unverzügliche Nationalisierung der Banken wie aller Besitztümer der geflohenen Kompradoren, der „51 Familien“ durchsetzten, danach auch zahlreicher im Besitz imperialistischer Monopole befindlicher Fabriken. So erklärte General Motors im November sein Montagewerk für geschlossen, nachdem der Arbeiterrat immer mehr das Heft in die Hand genommen hatte. Tatsächlich produziert der Betrieb – wenngleich die notwendigen Teile nur mühsam beschafft werden können – weiter. Die Arbeiter schmieden Pläne für den Bau eines iranischen Verhältnissen angepaßten, vereinfachten und billigen Automodells. Das Beispiel GM steht für viele. Initiativen zur Aufnahme der Produktion dringend benötigter Teile, Halbfabrikate und Konsumgüter, die bisher aus dem Ausland importiert wurden, sind überall ins Leben gesprungen. Mit einem im Dezember verabschiedeten „Beschäftigungsgesetz“ soll in einer großen Initiative diese Bewegung auf höherer Stufe fortgesetzt werden. „Produktions-Kooperativen“ werden mit staatlichen Krediten aus Öleinnahmen im ganzen Land gegründet werden, um die massenweis arbeitslosen jugendlichen Arbeiter und Kinder von Bauern, gestützt auf die zahlreichen Absolventen technischer Schulen und Universitäten rasch zur Produktion vor allem von Ersatzteilen, Halbfabrikaten, vorrangig aber von Arbeitsinstrumenten und einfachen Landmaschinen für die Bauern auszubilden.

Die Schaffung solcher manufakturmäßiger Produktions-Kooperativen soll Hand in Hand gehen mit einer tiefer durchgreifenden Landreform und Kooperativ-Bewegung unter den Bauern. Noch liegt das Landreform-Gesetz nicht vor. Aber die Bauern haben in weiten Teilen des Landes die Dinge selbst in die Hand genommen, vielerorts noch im schweren Kampf mit den verbliebenen Grundbesitzern. Nach dem ersten, im Juni erlassenen Gesetz wurden nur die brachliegenden Böden der geflohenen Grundbesitzer eingezogen und an die Bauern verkauft. Das war deutlich auf die Aufzüchtung einer schmalen Schicht kapitalistisch wirtschaftender Einzelbauern und Pächter ausgerichtet gewesen. Nach dem neuen Gesetz soll es endlich zu breiter Landverteilung kommen. Bereits im Dezember sind 8 große Agro-Komplexe in Khusistan mit 67000 ha besten Bodens den Arbeitern und ansässigen Bauern, die das Land teils schon besetzt hielten, übereignet worden, mit der Auflage, statt der bisherigen Produktion tropischer Plantagenprodukte Nahrungsmittel und wichtige Rohstoffe für die einheimische Industrie anzubauen. Binnen 2 Monaten sollen weitere 96 derartige Agrar-industrielle Komplexe, die überwiegend mit imperialistischem Kapital in den letzten Jahren aufgemacht worden sind, an die Arbeiter und Bauern übergeben werden.

Ob die die „Importe substituierenden Manufakturen“ (nach einem Begriff Bani-Sadrs) tatsächlich die Produktivkräfte der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeit entwickeln oder sich, wie in vielen anderen Entwicklungsländern, in moderne Arbeitshäuser verwandeln, wird der Klassenkampf entscheiden. Die noch im letzten Jahr durchgesetzte allgemeine Lohnerhöhung über 50% in der Industrie und ein beim Revolutionsrat vorliegendes Gesetz über Arbeitszeitverkürzung setzen dem jedoch erste Schranken.





Der unauslöschliche Haß gegen das Schahregime ist Haß gegen die imperialistische Beherrschung des Landes

## UNIDO-Generalversammlung: Dritte Welt drängt auf eigenständige Industrialisierung

*z.rua.* Vom 21.1. bis zum 8.2. tagt in Neu Delhi die 3. Generalversammlung der 1966 gegründeten UNIDO (Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung). Die 2. Generalversammlung beschloß im März 1975 in Lima gegen die Stimmen der Imperialisten die „Deklaration über industrielle Entwicklung und Kooperation“. Ihr Ziel ist, bis zum Jahr 2000 den Anteil der Dritten Welt an der Weltindustrieproduktion von gegenwärtig 9% auf 25% zu steigern. Sie basiert auf dem von der 6. UNO-Sondergeneralversammlung 1974 gefaßten Beschluß für eine neue Weltwirtschaftsordnung, die für *bedingungslose* Zahlung von Entwicklungshilfe durch die Imperialisten vorsieht. Der damalige BRD-Wirtschaftsminister und heutige Banker Friedrichs erklärte dagegen auf dem Deutschen Schiffbautag im April 1975, es müsse „die Effizienz des Marktes mit der Hilfe für die Schwachen verbunden werden“.

Diese „Hilfe für die Schwachen“ ist ein sprudelnder Profitquell der Imperialisten. Jährlich pumpen sie 125 – 130 Mrd. Dollar an Kapitalexporten in die Länder der Dritten Welt. Sie wollen die Dritte Welt abhängig halten als billigen Lieferanten von Agrarprodukten, Rohstoffen und Halbwaren. Die Länder der Dritten Welt haben einen Anteil von 3 – 5% an der Weltproduktion von Landmaschinen. Traktoren werden nur in 13 Ländern der Dritten Welt produziert; mehr als die Hälfte davon in Argentinien, Brasilien und Mexiko, wo vor allem die US-Landmaschinenkonzerne Zweigwerke besitzen. Die Länder der Dritten Welt sind gezwungen, die nötigen Produktionsmittel zu teuren Preisen von den Imperialisten zu kaufen. 1978 beliefen sich ihre Schulden auf 200 Mrd. Dollar; jährlich kommen weitere 20 Mrd. Dollar hinzu, die den Imperialisten wiederum mindestens 1 Mrd. an Zinsen einbringen. Dieser Ausbeutung

Produktion von Rohstahl, Traktoren und Nutzfahrzeugen der 3. Welt
(in %: Anteil an der Weltproduktion)

| | 1970 | 1975 | 1977 |
|---|---|---|---|
| Rohstahl (1000 t) | 74 (12%) | 106 (16%) | 112 (17%) |
| Traktoren (1000 Stück) | 124 (8,5%) | 222 (13%) | –* |
| Nutzfahrzeuge (1000 Stück) | 678 (10%) | 1211 (13%) | 1338 (14%) |

* keine Angaben / Quelle: UNO Statistisches Jahrbuch, 1978; UNIDO-Studie über Entwicklung der Landmaschinenproduktion, 1978

und Plünderung tritt die „Lima-Deklaration“ eindeutig entgegen. Sie fordert die Herstellung einer festen Relation von Rohstoff- und Industriepreisen, die Anerkennung und Unterstützung von Produzentenkartellen der Dritten Welt sowie die volle Souveränität über alle natürlichen Hilfsquellen einschließlich des Rechts auf Enteignung nach den Regeln nationalen Rechts und ausdrückliches Verbot jeder Art von Gegenmaßnahmen durch die Imperialisten.

1970 waren in ganz Afrika, Lateinamerika und Asien (außer Japan und der VR China) 70000 Traktoren weniger im Einsatz als in der BRD; 1976 waren es 500000 mehr. Um die Basis für die industrielle Entwicklung zu schaffen, ist der Schwerpunkt der Länder der Dritten Welt die Entwicklung einer eigenständigen Landmaschinenproduktion. Sie entwickeln dabei untereinander die Kooperation. Gegen die Imperialisten festigen sie ihre Front. Die 3. UNIDO-Generalversammlung steht vor der Aufgabe, wirkungsvolle Schritte zur *Durchsetzung* der „Lima-Deklaration“ zu beschließen. Einige Maßnahmen sind die Einrichtung eines Industrieentwicklungsfonds, eines Instituts für Forschung und Technologie sowie einer neuen Schlichtungsstelle für Streitigkeiten im internationalen Handel.

hoher Strafen voll durchgesetzt, die Bedingungen zur Kontrolle aller Bewegungen der Volksmassen verbessert werden. Möglichst schnelles Erfassen von Streikenden, von Landbesetzern, von Demonstranten, bei Razzien ganzer Häuserblocks ist nur ihre Ausweispflicht zu gewährleisten. Müßte die Bourgeoisie alle ihr Verdächtigen zur Kontrolle festnehmen, die Gefängnisse würden überquellen. Über die fälschungssichere Ausgestaltung der Ausweise wird die Grundlage geschaffen zur zügigen Erfassung durch elektronische Datenverarbeitungssysteme. – Um die fristengerechte Annahme der Anfang Dezember von der Regierung als Notstandsmaßnahme erlassenen „Antiterrorismus-Dekrete durch das Parlament zu verhindern, hat die Radikale Partei 7000 Änderungsanträge eingebracht.

### Kostendämpfung in Frankreich: Jetzt höherer Eigenbeitrag

*z.inl.Paris.* Der französische Gesundheitsminister Barrot will den Massen „mehr Bewußtsein der Kosten der Gesundheitsversorgung“ beibringen und dekretierte am 17.1.: Die privaten Zusatzkassen dürfen die Arzt- und Arzneikosten nicht mehr voll erstatten, 5 – 12% müssen die Versicherten selbst zahlen. Die Pflichtversicherung der Lohnabhängigen zahlt bei Krankheit nur teilweise, z.B. 75% für Arzt- und Zahnarzt-, 80% für Krankenhauskosten, 40% für Bagatell-Medikamente wie Schmerzmittel. Und auch das erst im Nachhinein, so daß das „Bewußtsein der Kosten“, die *sofort* fällig werden, viele vom Arztbesuch abhält. Die Zusatzkassen, entstanden aus den genossenschaftlichen Hilfskassen zu Beginn des 19. Jahrhunderts, haben deshalb Millionen Mitglieder. 12 Mio. Lohnabhängige – mit Angehörigen 23 Mio. – zahlen monatlich etwa 40 FF zusätzlich für vollen Versicherungsschutz. Die Bourgeoisie will damit Schluß machen und die Massen *direkt* zahlen lassen: 5,5 Mrd. FF berechnet auf die Ausgaben der Sozialversicherung 1978. So soll der Zwang, auf medizinische Versorgung zu verzichten, die Sozialversicherung aus dem Defizit holen. Eine zweite Maßnahme richtet sich gezielt gegen die Rentner. Bei langandauernden Krankheiten wird ein Eigenbeitrag von 80 FF/Monat eingeführt. Wer die Mindestrente bekommt, muß dafür pro Jahr eine Monatsrente zahlen. – Die Kassen wollen das Dekret nicht anwenden, die Gewerkschaften lehnen es einmütig ab. Zwei Tage nach dem Erlaß hatten die Kassen mit Unterstützung der Gewerkschaften im Pariser Raum 50000 Unterschriften dagegen gesammelt.

### Brückenunglück in Schweden

*z.coi.* In der Nacht zum 18. Januar ist die Almö-Brücke über den Einlauffjord zum Hafen von Uddevalla an der schwedischen Westküste von den Aufbauten eines Frachters gerammt und zum Einsturz gebracht worden. Acht Menschen sind in ihren Fahrzeugen tödlich in die Tiefe gestürzt. Die von der schwedischen Regierung eingesetzte Untersuchungskommission konzentriert sich auf die Fragen, warum der Frachter vor dem Zusammenstoß vom Kurs abgekommen ist und warum eine Brückenzufahrt erst knapp eine Stunde nach dem Unglück abgesperrt wurde. Eines steht jedoch bereits fest: durch die Konstruktion der Brücke mit Stahlrohrbogenträgern von 278 m Länge bei einer Maximalhöhe von 40 m, heruntergezogen zu den Pfeilern direkt am Rande des tiefgehenden Wassers, war die Fahrrinne auf nur 50 m eingeschränkt. Die Notwendigkeit, nach Umschiffung von kleineren Inseln den Kurs unmittelbar vor der Brücke um 60° zu korrigieren, erschwerte zusätzlich die Durchfahrt. „Die schmale Passage war für uns Lotsen immer schon ein Anlaß zur Unruhe. Die Sicherheitsabstände waren zu gering“ – erklärte der gewerkschaftliche Vertreter der Lotsen. Der Bau einer fjordumspannenden Hängebrücke war Mitte der fünfziger Jahre von den staatlichen Straßenbaubehörden wegen zu hoher Kosten abgelehnt worden.

### Asean-Länder erwägen regionales Verteidigungsbündnis

*z.mat.Sydney.* Der Vorschlag des thailändischen Premiers Kriangsak, den Wirtschaftszusammenschluß der Asean-Länder zu einem regionalen Verteidigungsbündnis auszubauen, ist eine deutliche Absage an die Wiederbelebung des imperialistischen SEATO-Bündnisses. Die Aussichten dafür zu sondieren, ist Australiens Außenminister Peacock gerade in Südostasien unterwegs. Von den fünf Asean-Ländern sind Malaysia, Singapur und Indonesien Mitglieder der Blockfreienkonferenz, deren Statut die Stationierung ausländischer Truppen ausschließt. Umso mehr konzentrieren die Imperialisten ihre Bemühungen auf Thailand und die Philippinen. – Der Vorschlag eines Asean-Verteidigungsbündnisses wurde erstmals im Mai 1979 von Singapur gemacht. Der ehemalige Premier Malaysias Rahman schlug im Rahmen des Bündnisses als ersten Schritt ein gemeinsames Oberkommando vor. Als Malaysias Außenminister Rithauddeen im Januar nach Hanoi reiste, wurde er von den Asean-Außenministern vorher beauftragt, im Namen von Asean zu sprechen. Die Regierung in Hanoi reagierte hektisch. In einem Kommunique, das sie auch von ihren Marionetten in Laos und Kampuchea unterschreiben ließ, warnte sie die Asean-Länder davor, „den eigenen Interessen zu schaden“, und forderte sie auf, mit Vietnam *zweiseitige* Nichtangriffspakte abzuschließen. Der selbständige Zusammenschluß der Asean-Länder ist den Sozialimperialisten und ihren Handlangern ebenso verhaßt wie den US-Imperialisten.

## Woher die Gefährdung?

*z.ges.* Die bürgerlichen Kommentatoren der gegenwärtigen Weltlage versuchen die Situation in zwei großen Konfliktfeldern zu erfassen: Sie reden vom Ost-West-Konflikt und vom Nord-Süd-Konflikt. Dem Ost-West-Konflikt liegt die Rivalität der beiden Supermächte um die Weltherrschaft zugrunde. Im „Nord-Süd-Konflikt" stehen die Völker und Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas den imperialistischen Ländern, insbesondere den beiden Supermächten gegenüber. Jugoslawien bildet einen Schnittpunkt in diesen Widersprüchen. Es hat in der Blockfreienbewegung, die hauptsächlich von den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gebildet wird, eine führende Rolle und gehört zu ihren Gründungsmitgliedern. Der Kampf der beiden Supermächte konzentriert sich auf Europa. Jugoslawien ist eines der wenigen Länder in Europa, das gegenüber den beiden Supermächten eine weitgehende Unabhängigkeit erkämpft hat. Wie ein Riegel blockt es die Expansion der Sowjetunion in den Süden und Westen Europas ab und unterbricht gleichzeitig die Landverbindung zwischen den NATO-Ländern Türkei, Griechenland und Italien.

Vor rund drei Jahren ist ein Memorandum Sonnenfeldts, eines Beamten des amerikanischen Außenministeriums, bekanntgeworden. In ihm wurde untersucht, welche Haltung die USA und die NATO zu einer militärischen Aktion der Sowjetunion gegenüber Jugoslawien einnehmen sollen. Sonnenfeldt hat damals empfohlen, gegenüber einer solchen militärischen Aktion stillzuhalten. Im Gegensatz dazu hat Carter jetzt ungebeten Jugoslawien für den Fall einer sowjetischen Aggression militärische Unterstützung angeboten.

Als die Sowjetunion sich mit dem Machtantritt Chruschtschows in eine sozialimperialistische Macht verwandelte, entstand die Rivalität der beiden Supermächte um die Weltherrschaft. Aber die Unabhängigkeitsbewegung der Länder der Dritten Welt hatte zu diesem Zeitpunkt schon einen solchen Umfang und eine solche Kraft entwickelt, daß die beiden Supermächte die Notwendigkeit sahen, gegenüber dieser Unabhängigkeitsbewegung zusammenzuarbeiten. Die Grundlage dieser Zusammenarbeit war, daß die beiden Supermächte ihre gegenseitigen Interessensphären anerkannten. Die USA haben wohl seinerzeit Chruschtschow die Vorherrschaft über Jugoslawien eingeräumt. Jugoslawien ließ sich aber nicht vereinnahmen.

Das Zusammenspiel zwischen den beiden Supermächten konnte die Unabhängigkeitsbewegung der Dritten Welt nicht aufhalten. Sowieso war die Zusammenarbeit zwischen den beiden Supermächten nur relativ und vorübergehend, während ihre Rivalität um die Weltherrschaft grundsätzlich ist und anhalten wird, solange die beiden Supermächte existieren.

In Mitteleuropa stehen sich die beiden Supermächte direkt mit Truppen gegenüber und blockieren sich gegenseitig. Für keine der beiden Supermächte ist es gegenwärtig möglich, in Mitteleuropa selber einen Durchbruch zu erzielen, zumindest sind die Folgen eines solchen Durchbruchversuchs für jede von ihnen in den Folgen schwer zu kalkulieren. Ein Blitzkrieg von Westen nach Osten hätte kaum Erfolgsaussichten, und die westeuropäischen Länder gäben dafür auch keine gute Basis ab. Die Arbeiterklasse in Westeuropa wäre für einen solchen Krieg nicht zu gewinnen. Aber auch die Aussichten für einen Blitzkrieg von Osten nach Westen sind schlecht. Weder ist die osteuropäische Basis für einen solchen Blitzkrieg der Sowjetunion ausreichend gesichert, noch ist Westdeutschland mit seiner dichten Besiedlung der Raum, um einen solchen Blitzkrieg erfolgreich zu entfalten.

Die Unabhängigkeitsbewegung der Dritten Welt hat die Vorherrschaft der USA über die Flanken Europas gesprengt. SEATO- und Cento-Pakt sind geplatzt. An einigen Punkten konnte die Sowjetunion die USA als vorherrschende Macht ablösen: in Vietnam, im Jemen, Äthiopien und Angola. Aber die SU beherrscht die Flanken Europas noch nicht, weder im Süden noch im Norden, wo sie, unauffälliger als im Süden, ebenfalls Position um Position zu gewinnen versucht.

Gerade die Rivalität um Europa verschärft den Kampf der beiden Supermächte um die Dritte Welt, wo sie es nicht nur miteinander, sondern vor allem mit dem Unabhängigkeitsstreben der für ihre Befreiung kämpfenden unterdrückten Völker zu tun haben. Die Bundesregierung behauptet, die Aggression der Sowjetunion gegen Afghanistan sei in erster Linie Ausdruck des „Nord-Süd-Konflikts". Richtig daran ist, daß die Dritte Welt durch diese Aggression bedroht ist und sich wehrt. Aber der Ursprung dieser Aggression ist die Rivalität der beiden Supermächte um die Weltherrschaft, die sich auf Europa konzentriert. Könnten die beiden Supermächte den Krieg um Europa direkt führen, dann würden sie sich die Dritte Welt für den Nachtisch aufsparen, was nicht heißen soll, daß ihnen dieser Nachtisch dann bekömmlich wäre.

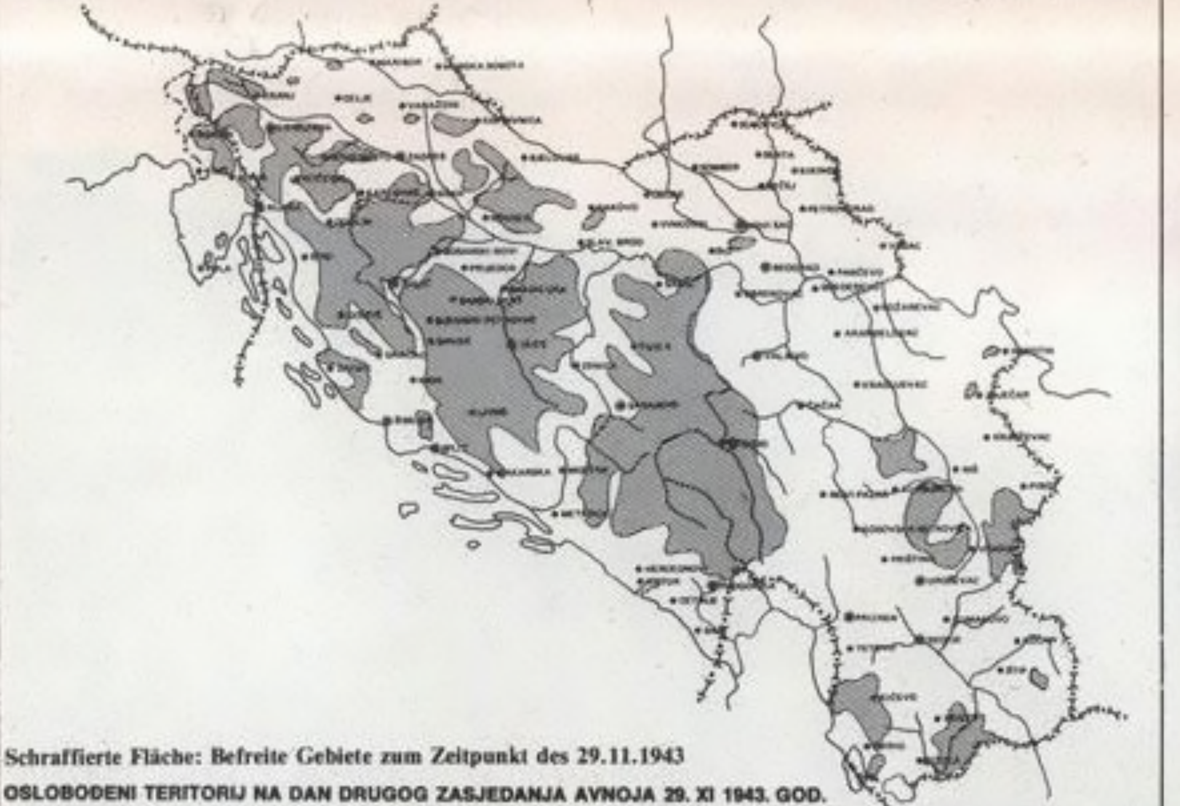
Jugoslawien ist einer der Punkte, wo der Krieg um die Flanken Europas umschlagen kann in den Krieg um Europa selber. Immer noch sind die entscheidenden strategischen Positionen für diesen Krieg in der Hand der USA und der NATO, wenn auch gefährdet. Die Sowjetunion kann nur durch weiteres Vordringen in erfolgversprechende Positionen kommen. Sie muß ans Mittelmeer vordringen, das die USA noch beherrschen. Deshalb geht von der Sowjetunion die unmittelbare Bedrohung für die Volksrepublik Jugoslawien aus. Zu keinem Zeitpunkt hat die Sowjetunion die Versuche, durch Subversion in Jugoslawien Einfluß zu gewinnen, aufgegeben. Solange z.B. Tito lebt, wird jede Einmischung in Jugoslawien von seiten der Sowjetunion als das erscheinen, was sie ist, als imperialistische Aggression. Tito ist ein Sprecher der Dritten Welt, und seine Stimme hat auch bei der internationalen Arbeiterklasse Gewicht. Aber niemand sollte sich täuschen: Entscheidend ist auch jetzt die Einheit der jugoslawischen Völker, die Einheit der Dritten Welt, die gegenseitige Unterstützung der sozialistischen Länder und die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse. Jugoslawien bleibt ein Eckstein im Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

# Jugoslawien hat seine Unabhängigkeit im Volksbefreiungskrieg erkämpft – Es wird sie verteidigen

*z.jük.* Unmittelbar nach der Invasion der sozialimperialistischen Sowjetunion in der CSSR 1968 wurde in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien ein Gesetz über die Volksverteidigung und die allgemeine Wehrpflicht verabschiedet. Zweck des Gesetzes ist, die Bedingungen zu schaffen, jeden imperialistischen Aggressor, woher er auch kommen mag, durch ein „System der allumfassenden Volksverteidigung" und des „gesellschaftlichen Selbstschutzes" zu bekämpfen und zu vertreiben, um die Unabhängigkeit des Landes zu wahren. In den darauffolgenden Jahren wurde das Gesetz ständig verfeinert und in der Praxis erprobt. Die Konzeption der Volksverteidigung knüpft direkt an den Erfahrungen des Volksbefreiungskrieges von 1941 bis 1945 an, wo die Völker Jugoslawiens unter der Führung der Kommunistischen Partei (KPJ) und ihres Generalsekretärs J.B. Tito einen gewaltigen Beitrag zum Sieg der Völker über den Deutschen Imperialismus und die Hitlerarmeen leisteten. Durch die massenhafte Beteiligung der Arbeiter und Bauern am Volksbefreiungsaufstand ist es gelungen, noch während das faschistische Deutschland auf dem Höhepunkt seiner Weltherrschaftsbestrebungen war, befreite Gebiete zu errichten, in denen sich die Volksmassen eine eigene Verwaltung schufen. Im Jahre 1943 konnte der „Antifaschistische Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens" in eine gesetzgebende Körperschaft umgewandelt werden sowie eine revolutionäre Regierung gebildet werden. In heftigen Kämpfen und unter erheblichen Opfern (1,7 Mio. Tote) befreiten sich die Völker Jugoslawiens bis 1945 vollständig von den imperialistischen Besatzern. Grundlage für die selbständige Befreiung des ganzen Landes war das Vertrauen auf die eigene Kraft, mit dem dieser Volksbefreiungskrieg begonnen und siegreich zu Ende geführt worden ist.

Die Strategie und Taktik der KPJ beachtete von Anbeginn des Volksbefreiungskampfes folgende Elemente: „1., daß der Volksbefreiungsaufstand und Krieg nicht entfaltet werden konnte und daß der Sieg über die Okkupanten ohne eine bewußte und freiwillige Beteiligung von Grundschichten des Volkes an diesem Krieg, d.h. ohne die Beteiligung vor allem von Arbeitern, Bauern und demokratischer Intelligenz nicht zu erzielen war; 2., daß in der Volksbefreiungsfront, in deren politischer Plattform und deren System der neuen Volksmacht, die auf den befreiten Gebieten in Entstehung war, vor allem die Interessen dieser Grundschichten des Volkes zum Ausdruck kommen mußten; 3., daß die Beteiligung von Grundschichten der Volksmassen am Volksbefreiungskrieg und die Schaffung der neuen Volksmacht, die die Interessen dieser Grundschichten zum Ausdruck brachte, zu einer engen Verbindung, bzw. zu einem Verflechten des Volksbefreiungskrieges mit der sozialistischen Revolution unvermeidlich geführt haben; 4., daß die Völker und Völkerschaften Jugoslawiens bereit waren, sich im einheitlichen Volksbefreiungsaufstand nur unter der Bedingung zu vereinigen, daß sie eine Perspektive und Garantie erhielten, daß das neue Jugoslawien ein Staat freier und gleichberechtigter Völker und Völkerschaften sein wird; 5., daß für ein solches Bewegen des Volkes zum Aufstand eine breite befreiungspatriotische, demokratische und sozialfortschrittliche politische und ideologische Plattform notwendig war, wie sie eben in unserer Volksbefreiungsfront zum Ausdruck kam; 6., daß unter solchen Bedingungen, als Hauptfaktor des Sieges unseres Volksbefreiungskrieges und einer solchen revolutionären Entwicklung, die führende Rolle der KPJ, sowohl in der Volksbefreiungsfront als auch im Volksbefreiungskrieg selbst, notwendig war, den Aufstand zu organisieren und zu führen, und gleichzeitig für die revolutionären Volksmassen eine Garantie darstellte, daß das neue Jugoslawien anders als das alte sein wird." (E. Kardelj, 1977)

Diese Faktoren ergaben sich direkt aus der Entwicklung der Klassenverhältnisse in Jugoslawien vor bzw. Anfang des Zweiten Weltkrieges. Die ökonomische und politische Abhängigkeit des jugoslawischen Königreiches vom imperialistischen Kapital war stark und führte im Inneren des Landes zu heftiger politischer Unterdrückung der Volksmassen zwecks Sicherung der imperialistischen Ausbeutung und Ausplünderung. Dominierend waren nach dem Ersten Weltkrieg zunächst die englischen und französischen Kapitalisten. Mit Wiedererstarken des deutschen Imperialismus wurden diese aber Stück für Stück vom deutschen Kapital verdrängt. Die herrschenden Klassen Jugoslawiens setzten sich zusammen aus Vertretern des großserbischen Feudaladels im Bündnis mit nationaler Bourgeoisie aus Serbien, Kroatien und Slowenien. Sie repräsentierten die Königs-, Regierungs- und Militärcliquen des Landes und waren eng mit den Imperialisten verbunden. Aufgrund der Abhängigkeit von Deutschland schlossen sie 1941 mit Hitler ein Bündnis mit dem Ziel, dem „Dreimächtepakt" zwischen Deutschland, Italien und Japan beizutreten. Das stieß auf entschiedenen Widerstand der Volksmassen, Massendemonstrationen wurden durchgeführt, und führte auch gleichzeitig zu Widersprüchen unter den herrschenden Klassen Jugoslawiens. Bürgerliche Militärs unternahmen einen Putsch, um den Pakt zu verhindern. Diesen nahmen die Hitlerfaschisten zum Anlaß, Jugoslawien zu besetzen. Das bürgerliche Jugoslawien kapitulierte rasch, und die deutschen Faschisten teilten das Land auf. Sie versuchten, Widersprüche unter den verschiedenen Nationalitäten der Völker Jugoslawiens zu schüren, welches schon vor dem Zweiten Weltkrieg ein Mittel war für die Sicherung


Schraffierte Fläche: Befreite Gebiete zum Zeitpunkt des 29.11.1943
OSLOBODENI TERITORIJ NA DAN DRUGOG ZASJEDANJA AVNOJA 29. XI 1943. GOD.



Zu jeder Stunde des 2. Weltkrieges waren in Jugoslawien durchschnittlich 30 bis 55 faschistische Divisionen gebunden. Die Volksbefreiungsarmee umfaßte Ende 1941 die 1. Proletarische Brigade, 48 Partisanenabteilungen, 15 Selbständige Bataillone und mehrere Trupps, insg. 80000. 1945: 203 Infanterie-, 31 Artillerie-, 5 Pionier-, 2 Panzer- und 1 Reiterbrigade. 53 Infanterie-, 2 Luftlandedivisionen, 5 Korps, 2 Korpsgruppen, insg. 800000.

## Das Gesetz über die Volksverteidigung und das Gesetz über die Wehrpflicht von 1969

*Einführungsbestimmungen*

I

Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien als eine sich selbst verwaltende Gemeinschaft Werktätiger und eine Gemeinschaft gleichberechtigter Völker und Nationalitäten verfolgt konsequent eine Politik des Friedens, gegen Aggression und Krieg sowie gegen aggressive Pressionen jeglicher Art in den internationalen Beziehungen.

Das Sozialistische Jugoslawien anerkennt als gerechtfertigt nur nationale Befreiungskriege, die von den unterjochten Völkern gegen die Eroberer und die Okkupanten geführt, sowie Verteidigungskriege, die von den angegriffenen Ländern gegen die Aggressoren geführt werden. Die Verteidigung gegenüber einer Aggression und der Kampf gegen den Okkupanten sind ein unveräußerliches Recht jeden Volkes und jeden Landes.

Das Sozialistische Jugoslawien bereitet sich auf eine allgemeine Volksverteidigung vor, für den Fall, daß seine Freiheit, Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität angegriffen und bedroht werden, und es ist entschlossen, sich jedem beliebigen Aggressor mit all seinen Kräften und Mitteln zu widersetzen. (...)

II

Ausgehend vom sozialistischen, demokratischen Selbstverwaltungscharakter der jugoslawischen Gemeinschaft gleichberechtigter Völker und Nationalitäten und vom Charakter des modernen Krieges als eines allumfassenden bewaffneten Konflikts, in dem die Grenzen zwischen Front und Hinterland sowie zwischen Volk und Armee verschwinden, baut das Sozialistische Jugoslawien unter Ausnutzung seiner Erfahrungen aus dem Volksbefreiungskrieg die Konzeption der allgemeinen Volksverteidigung als die einzig mögliche Form eines Widerstandes gegen eine bewaffnete Aggression aus. (...)

III

Der Aufbau und die Vorbereitung der bewaffneten Kräfte Jugoslawiens für eine erfolgreiche Verteidigung der Souveränität und Integrität des Landes durch den bewaffneten Kampf sind Bestandteil sämtlicher Vorbereitungen der Gesellschaft für die allgemeine Volksverteidigung. Die bewaffneten Kräfte bilden eine festgefügte Einheit und gliedern sich in die Verbände der Jugoslawischen Volksarmee und die der territorialen Verteidigung.

Die Jugoslawische Volksarmee wird gegliedert, bewaffnet, ausgerüstet und befähigt für alle Arten von Operationen unter allen Bedingungen der Kriegsführung, mit der grundlegenden Bestimmung, sich den bewaffneten Kräften des Aggressors erfolgreich zu widersetzen. Durch ihre Operationen schafft sie die für den Übergang aller gesellschaftspolitischen Faktoren auf den Kriegszustand und für eine erfolgreiche Organisierung der allgemeinen Volksverteidigung für den Aggressor nötigen Voraussetzungen.

Durch die territoriale Verteidigung wird, militärisch gesehen, das gesamte Territorium des Landes von bewaffneten Verbänden überzogen, die fähig sind, den bewaffneten Kampf zu führen und die bereit sind, jeden Augenblick und unter allen Bedingungen sich dem Aggressor erfolgreich zu widersetzen. Die Einheiten der territorialen Verteidigung operieren selbständig oder zusammen mit den Einheiten der Jugoslawischen Volksarmee. Unter bestimmten Bedingungen im Krieg können sie sich die Hauptträger des bewaffneten Kampfes werden. (...)

*Kapitel I*

*Grundbestimmungen*

*Artikel I*

Die Volksverteidigung ist ein einheitliches System des Aufbaus und der Vorbereitungen der Arbeits-, gesellschaftspolitischer und sonstiger Organisationen und der Bürger für die Verteidigung des Landes und für die Arbeit unter Kriegsbedingungen, für ihre Beteiligung am bewaffneten Kampf und an anderen Formen des Widerstands, am Schutz und an der Rettung der Bevölkerung und der materiellen Güter vor Kriegseinwirkungen und für die Erfüllung anderer für die Verteidigung des Landes wichtiger Aufgaben.

*Artikel 2*

Die Verteidigung der Unabhängigkeit, der territorialen Unversehrtheit und des sich selbst verwaltenden sozialistischen Systems der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien ist das Recht und die Pflicht der Bürger, der Völker und Nationalitäten, der Arbeits- und sonstiger Organisationen sowie der gesellschaftspolitischen Gemeinschaften.

Bei der Ausübung dieses Rechts und dieser Pflicht organisieren und bereiten die Bürger, die gesellschaftspolitischen Gemeinschaften und deren Organe die Arbeits- und sonstigen Organisationen in Frieden als Kräfte und Ressourcen des Landes vor, um dem Feind einen allgemeinen Volkswiderstand zu leisten, sie beteiligen sich am bewaffneten Kampf gegen den Feind bis zur endgültigen Beseitigung der Gefahr für die Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit des Landes und erfüllen andere für die Verteidigung des Landes wichtige Aufgaben. (...)

*2. Die territoriale Verteidigung*

*Artikel 12*

Die territoriale Verteidigung wird nach einheitlichen Grundsätzen auf dem Territorium des gesamten Landes organisiert.

der Ausplünderung des Landes durch die Imperialisten sowie zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Ausbeuterklassen. Die deutschen Faschisten setzten Quislingsregierungen ein, z.B. in Kroatien, ein weiter Teil des Landes wurde an ihre Verbündeten Italien, Ungarn und Bulgarien aufgeteilt, wichtige Rohstoffquellen sicherten sie sich selbst. Die Ausbeuterklassen Jugoslawiens kollaborierten entweder mit den Faschisten oder setzten sich ins Ausland ab, nach Großbritannien. Im Lande forderten sie ,,Abwarten" und hofften auf einen Sieg der imperialistischen Konkurrenten Hitlers, was die alten Herrschaftsverhältnisse Jugoslawiens restaurieren sollte. Somit war die Beachtung der genannten Elemente für die KPJ grundlegend. Das hieß, nicht auf die Herstellung irgendeiner Koalition mit den Vertretern der ehemals herrschenden Klassen zu warten, sondern mit dem bewaffneten Aufstand zu beginnen, sich vollständig auf die Interessen der Volksmassen zu stützen, ohne allerdings eine solche Zusammenarbeit auszuschließen.

Der Kern des Aufstandskonzepts der KPJ, entsprechend den konkreten Bedingungen des Landes, war, zu berücksichtigen, daß die faschistischen Okkupanten gerade in den Städten ihre Hauptkonzentrationspunkte hatten. In den Städten und ihrer Umgebung waren auch die Hauptrohstoffquellen angesiedelt. Eine direkte Konfrontation der Arbeiterklasse in den Städten mit dem Aggressor hätte unter diesen Bedingungen zur vollständigen Zerschlagung und blutigen Niederlage aller revolutionären Teile geführt. Es war notwendig, die zentralisierte Maschinerie der Besatzungsmacht in den breiten Raum des ganzen Landes auseinanderzuziehen, so daß sie ihre Taktik ändern mußte bei der Unterdrückung der Volksmassen. Damit haben die jugoslawischen Kommunisten auch der Tatsache Rechnung getragen, daß entsprechend den Klassenstrukturen der jugoslawischen Gesellschaft die Bauern als Hauptkraft des nationalen Befreiungskampfs gewonnen werden konnten, wobei aber die Arbeiterklasse in diesem Kampf die führende Rolle haben mußte und auch hatte. Ganz praktisch war eine der entscheidenden Bedingungen für die Einbeziehung der Bauern in den Volksbefreiungskrieg die massenhafte Beteiligung der Arbeiterklasse und der KPJ-Kader an den Volksbefreiungsstreitkräften, die sich zuerst einmal in Partisaneneinheiten organisierten. Diese Strategie und Taktik schloß Kampfaktionen in den Städten nicht aus, legte aber das Hauptschlachtfeld auf das Land mit dem Ziel, die Städte einzukreisen und letztlich zu befreien. Das heutige Verteidigungskonzept Jugoslawiens hat diese Grundkonzeption des Volkskrieges beibehalten, wenngleich sich der Klassencharakter Jugoslawiens gewandelt hat und es sich zu einem ,,mittleren Industrie- und Agrarland" entwickelt hat.

Zum weiteren war für die Entwicklung des Volksbefreiungskrieges die richtige Lösung der Nationalen Frage durch die KPJ grundlegend und ist die Beibehaltung dieser Linie heute grundlegend für den Bestand Jugoslawiens und damit auch seiner Verteidigungsfähigkeit: ,,Das Wort Volksbefreiungskampf wäre bloß eine Phrase, ja eine Täuschung, würde es neben dem gesamtjugoslawischen Sinn nicht auch nationalen Sinn für jedes einzelne Volk haben, d.h. würde es außer der Befreiung Jugoslawiens gleichzeitig nicht auch beinhalten, daß er allen Völkern Jugoslawiens wirklich Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bringt. Darin liegt der Kern des Volksbefreiungskampfes ... Die völlige Befreiung jedes einzelnen Volkes ließe sich nicht erreichen, würde es nicht jetzt schon zu den Waffen greifen und in den Kampf ziehen für den gemeinsamen Sieg aller Völker Jugoslawiens über alle Feinde des Volkes." (J.B. Tito 1942) Von Anbeginn des Volksbefreiungskampfes kämpften in den verschiedenen Verbänden gleichberechtigt alle Nationalitäten für die Befreiung des Landes.

Die Struktur der Volksbefreiungsarmee, wie sie sich aus den ersten Partisaneneinheiten 1941 bis hin zur Volksbefreiungsarmee entwickelt hat, ist in der Verteidigungskonzeption Jugoslawiens heute Vorbild für die Verbindung der Volksarmee, der territorialen Einheiten und der Volksmassen. Ebenso die Konzeption zur Schaffung befreiter Gebiete, die heute im Falle der Besetzung zur Organisierung des Volkskrieges im Inneren und zur Vertretung des Landes nach außen dienen soll. Die befreiten Gebiete hatten die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß mit der Zerschlagung aller Strukturen des bürgerlichen Staates des alten Jugoslawiens das Sozialistische Jugoslawien aufgebaut werden konnte. Niemals war für die Teilnahme an der Volksbefreiungsfront Bedingung, daß das Ziel des Volksbefreiungskrieges der Sozialismus sein muß. Die befreiten Gebiete schufen jedoch die Voraussetzungen dafür, daß die jugoslawischen Völker nach dem Krieg die Möglichkeit hatten, über den Charakter der künftigen Gesellschaft frei zu entscheiden. Durch die demokratische Struktur und die Aufnahme der Produktion in den befreiten Gebieten wurde in bestimmtem Maße schon während des Kampfes darüber entschieden. Die politische Macht in den befreiten Gebieten beruhte auf den Waffen der Volksbefreiungsarmee. Das Konzept der ,,allumfassenden Volksverteidigung und des gesellschaftlichen Selbstschutzes" heute knüpft gerade an diesen Erfahrungen an und versucht die Auffassungen von Karl Marx von der allgemeinen Volksbewaffnung in die Tat umzusetzen. Gleichzeitig wird auf Grundlage des Selbstverteidigungssystems in Jugoslawien die ,,Vergesellschaftung der Verteidigung" im Sinne ,,Dezentralisierung und Nationalisierung der Entscheidungskompetenzen" bis zu den Grundeinheiten vorangetrieben, was überhaupt die Bedingung dafür ist, daß der Aggressor im Meer des bewaffneten Volkes ertränkt werden kann. In der jugoslawischen Verfassung ist folglich ein Abschnitt verankert, der eine Kapitulation des Landes ausschließt: ,,Niemandem steht das Recht zu, die Kapitulation anzuerkennen oder zu unterzeichnen, noch die Okkupation der Sozialistischen Föderativen Republik oder eines ihrer Teile anzunehmen oder anzuerkennen. Niemandem steht das Recht zu, den Bürger der SFRJ zu verhindern, den Feind zu bekämpfen, der das Land angegriffen hat. Solche Handlungen sind verfassungswidrig und werden als Landesverrat geahndet." (Verfassung 1974)

---

Die territoriale Verteidigung bilden die Einheiten und Dienste der territorialen Verteidigung und im Krieg auch die Polizei.

*a) Die Einheiten der territorialen Verteidigung*

*Artikel 13*

Die Einheiten der territorialen Verteidigung erfüllen folgende Aufgaben:

1. selbständig oder in Zusammenarbeit mit der Jugoslawischen Volksarmee führen sie den bewaffneten Kampf gegen den Feind;

2. auf einem zeitweilig besetzten Gebiet führen sie den bewaffneten Kampf gegen den Feind und setzen den allgemeinen Volkswiderstand fort;

3. sie schützen die Bevölkerung, das Territorium, die Arbeits- und sonstigen Organisationen und Organe der gesellschaftspolitischen Gemeinschaften vor allen Formen der Feindeinwirkung.

Die Einheiten der territorialen Verteidigung erfüllen auch die Aufgaben zum Schutz und zur Rettung der Bevölkerung und der materiellen Güter vor Kriegshandlungen.

Im Falle einer unmittelbaren Kriegsgefahr und im Krieg können die Einheiten der territorialen Verteidigung auch Angelegenheiten der öffentlichen Ordnung und öffentlichen Sicherheit wahrnehmen. (...)

*Artikel 15*

Die Einheiten der territorialen Verteidigung werden gebildet von den gemäß Kriegsplan in diese Einheiten eingeteilten Wehrpflichtigen und von Freiwilligen. (...)

*Kapitel V*

*Rechte und Pflichten der Bürger*

*1. Gemeinsame Bestimmungen*

*Artikel 82*

Jugoslawische Staatsbürger haben das Recht und die Pflicht, an den Vorbereitungen für die Verteidigung des Landes teilzunehmen, sich für die Erfüllung ihrer Aufgaben im Krieg vorzubereiten und am bewaffneten Kampf sowie anderen Formen des Widerstandes, am Schutz und an der Rettung der Bevölkerung und materieller Güter sowie an der Erfüllung der für die Volksverteidigung wichtigen Aufgaben teilzunehmen.

(Aus: ,,Osteuropa" 1/71, S. A54)

## Die Entwicklung der Landwirtschaft ist grundlegend für die nationale Unabhängigkeit

*z.rua.* Die intensive Entwicklung der Nahrungsmittelproduktion auf der Grundlage rationeller Ausnutzung des eigenen Potentials ist einer der Schwerpunkte, die Jugoslawien für die Wirtschaftsentwicklung im Gesellschaftsplan 1976–80 gesetzt hat. Jugoslawien, das vor der faschistischen Besetzung ein auf kleinbäuerlicher Subsistenzwirtschaft basierendes Agrarland war, muß heute bedeutende Mengen an Nahrungsmitteln importieren. Jugoslawien geht planmäßig daran, dieses Mittel imperialistischer Einmischung zu beseitigen. Bei einer jährlichen Wachstumsrate von 4% soll bis 1980 die Produktion von Zuckerrüben und Ölpflanzen soweit erhöht werden, daß der Inlandsbedarf gedeckt ist und Reservelager angelegt werden können. Weizen braucht seit 1969 nicht mehr importiert zu werden.

Im August 1945 wurde der Landbesitz von deutschen Besetzern, Großgrundbesitzern, Banken und Kirchen enteignet. Der private Landbesitz wurde auf 10 ha begrenzt. Etwa die Hälfte des enteigneten Bodens wurde in Größen von 2–5 ha an kleine Bauern verteilt, auf der anderen Hälfte wurden Staatsgüter und Kooperativen errichtet. Gleichzeitig wurden jedoch der Landwirtschaft für den beschleunigten Aufbau der Industrie Arbeitskräfte und Kapital entzogen, was zu weiterer Landflucht und Stagnation in der Landwirtschaft führte. Diese Fehler werden korrigiert. Durch Investitionen für die Ausdehnung der Nutzfläche, Be- und Entwässerung, verstärkte Mechanisierung und Entwicklung ertragreicherer Saatgüter konnte die landwirtschaftliche Produktion bis 1978 gegenüber 1948 auf das 2,7fache gesteigert werden. Die Weizenerträge pro ha wurden von 9,2 Doppelzentnern (1947) auf 31 Doppelzentner (1978) erhöht und gehören zu den höchsten in Europa. Schroff besteht jedoch der Widerspruch zwischen der Produktivkraft im privaten und vergesellschafteten Bereich. Die ca. 2 Mio. privaten Kleinbauern produzieren auf 8,5 Mio. ha Anbaufläche 54% der gesamten landwirtschaftlichen Produktion, die vergesellschafteten Betriebe mit 200000 Beschäftigten auf 1,5 Mio. ha Anbaufläche 46%. Die private Landwirtschaft ist überaltert, weil die Jugend in die Städte und ins Ausland abwandert, um ihre Arbeitskraft als Industriearbeiter zu verkaufen. Die Regierung betreibt die schrittweise Verminderung der Unterschiede zwischen privaten Kleinbauern und den gesellschaftlichen Produzenten. 1965 wurden für sie feste Garantiepreise eingeführt; das System der Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung wird auf sie ausgedehnt. Über die gemeinsame Nutzung von Maschinerie, Saatgut und Dünger und den Vertrieb ihrer Produkte werden sie an die kollektive Produktion herangeführt. Die Mitgliedschaft in den Genossenschaften ist freiwillig. Die Bauern entscheiden selbst über Dauer, Umfang und Form ihres Zusammenschlusses. Ihr Eigentumsrecht an Boden und Arbeitsmitteln besteht weiter, bei Austritt hat der Bauer Anrecht auf Rückerstattung. 1978 beteiligten sich eine halbe Million Privatbauern an der Kollektivproduktion.



Reisanbau in Mazedonien. 1969 konnten durch neu angelegte Bewässerungssysteme die mit Reis bebauten Felder verdoppelt werden.

## Jugoslawien hat seine Industrieproduktion vielseitig entwickelt

*z.anb.* Auf 1000 Erwerbstätige kommen heute in Jugoslawien 370 Industriearbeiter, insgesamt 2 Mio. In 406 der 4000 Betriebe sind je mehr als 1000 Arbeiter zusammengefaßt, 46% der Gesamtarbeiterzahl. Im gesellschaftlichen Sektor der Volkswirtschaft sind 5 Mio. Lohnabhängige beschäftigt, der sozialisierte Sektor der Industrie erwirtschaftet 82% des industriellen Wertprodukts. In Privatbetrieben sind 55000 Arbeiter beschäftigt.

Vor der Befreiung entfielen auf je 100 Erwerbstätige 2 Arbeiter, insgesamt 300000 in rund 3000 vorwiegend Kleinbetrieben. Konzentriert waren sie nahezu ausschließlich im Norden und Westen des Landes. Die Struktur der Produktionszweige wies deutlich die Kennzeichen eines unter dem Kommando des imperialistischen Kapitals ausgeplünderten Entwicklungslandes auf: extraktive Industrie, Holzverarbeitung und Verarbeitung agrarischer Rohstoffe waren übermäßig aufgebläht, die Produktion von Energie, Produktionsmitteln und Konsumgütern hingegen war vollends unterentwickelt. Die mineralischen Vorkommen des Landes – Blei, Aluminium, Zink, Zinn, Eisen, Nickel – sowie Kohle und Erdöl wurden von den deutschen Besatzern für ihre Expansion und Kriegsproduktion beschlagnahmt.

Mit Nachdruck wurden daher nach 1945 die Voraussetzungen für die unabhängige Entfaltung der Produktivkräfte geschaffen: Wasser- und Kohlekraftwerke, Ölraffinerien, Eisenhütten, Stahl-, Chemie-, Zementwerke. Die damit zunehmende Beseitigung der Importabhängigkeiten bei Energie- und industriellen Roh- und Hilfsstoffen setzte dringend benötigte Mittel für die hohen Steigerungsraten der Investitionen im Maschinenbau frei, dem entscheidenden Zweig zur Hebung der Produktivität sowohl in der Landwirtschaft wie auch der Konsumgüterindustrie. Der heutige Standard der Maschinerie erklärt, warum der Anteil industrieller Fertigwaren am Export inzwischen auf 63% gestiegen ist: 75% der Maschinerie ist nicht älter als 10 Jahre, 41% nicht älter als 5 Jahre. Ein Drittel des Exports sind Maschinen und Anlagen – sie gehen vor allem in Länder der Dritten Welt – der Inlandsbedarf an Maschinerie kann zu zwei Dritteln aus eigener Produktion gedeckt werden. Der Energieeinsatz in der Industrie hat sich seit 1957 verdreizehnfacht, pro Arbeiter vervierfacht (auf 12000 kWh).

Gegenwärtig werden die rohstoff- und energieerzeugenden Sektoren der Produktion verstärkt gefördert; einerseits, um der Tendenz des Nachhängens dieser Sektoren in bezug auf den Produktivitätsstandard entgegenzuwirken, andererseits, um die aufgrund der überproportionalen Steigerung der imperialistischen Importpreise angespannte Handelsbilanz zu entlasten. Um 7% auf insgesamt 48 Mio. t wurde allein 1979 die Kohleproduktion (Lignit, Braun- und Steinkohle) gesteigert; sie ist Hauptenergieträger für 34 neue Kraftwerke und eine wachsende Zahl von Erdöl auf Kohle umgerüsteter Produktionsverfahren.



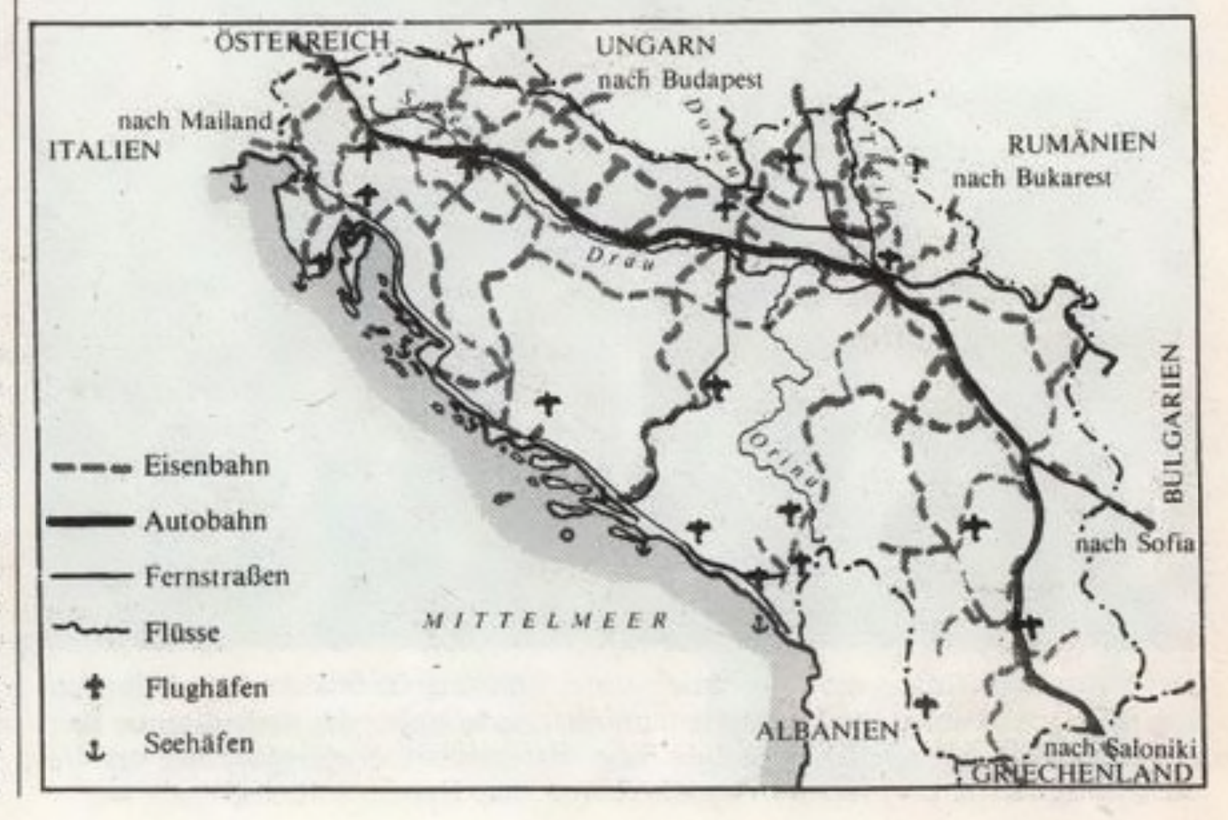


Automobilwerk Crvena Zastava, Kragujevac; Elektronische Werke Nis – Industriegüter machen nahezu ⅔ des Gesamtexports (1979: 16,5 Mrd. $) aus.

## Jugoslawiens Transport- und Verkehrswege wurden nach der Befreiung ausgebaut

*z.gab.* 1947 betrug das gesamte Straßennetz Jugoslawiens 40000 km, davon waren über ⅔ Makadamstraßen, das sind festgewalzte Schotterstraßen, oder es waren überhaupt nur Lehmstraßen. Nur ⅓ der Straßen waren asphaltiert und mit LKWs befahrbar. Ebenso bestand der größte Teil des Eisenbahnnetzes aus einspurigen Schmalbahnschienen, die nur mit geringer Geschwindigkeit befahrbar waren.

Das erste große Straßenbauprojekt nach dem Krieg war der Bau der Autobahn von Ljubljana über Zagreb nach Belgrad, die unter großer Beteiligung der Jugendbrigaden in kurzer Zeit fertiggestellt wurde. Der Ausbau von Nivs bis zur bulgarischen Grenze und über Skopie bis zur griechischen Grenze folgten. In den 60er Jahren lag der Schwerpunkt auf dem Ausbau der Küstenstraße, die eine wichtige Voraussetzung für die Erschließung der im Süden gelegenen Küstenorte und Häfen war. Etwa 20000 km Eisenbahngleise waren bis 1978 neu verlegt, etwa ein Drittel des Eisenbahnnetzes elektrifiziert. Der jugoslawische Flugverkehr wurde seit 1947 auf das 20fache gesteigert. Nach wie vor bestehen jedoch in den einzelnen Teilrepubliken große Unterschiede in der Entwicklung der Infrastruktur – so gibt es in den vorwiegend agrarischen Teilrepubliken im Süden beispielsweise noch vielfach Schotterstraßen und Schmalspurbahnen. Der jugoslawische Gesellschaftsplan 1976–80 gibt aus diesem Grunde der Modernisierung der Eisenbahn und dem Um- und Ausbau des Magistralstraßennetzes wie des Fernstraßennetzes Vorrang. ,,Damit wäre die Entwicklung des integralen Verkehrs ermöglicht, ... das Niveau der Wirtschaftlichkeit ... erhöht und das allgemeine Volksverteidigungssystem auch im Bereich Verkehr verbessert."



## Carbonaria, Giovine Italia – Geheimgesellschaften in der italienischen Revolution

*z.ans.Rom.* Die Geheimbünde waren die ersten Organisationen in Italien, in die die verschiedensten fortschrittlichen Strömungen – liberale, republikanische, demokratische, sogar utopisch-sozialistische – einflossen. Sie bildeten sich zunächst in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts unter der napoleonischen Fremdherrschaft. Das Polizeiregiment der Okkupationsmacht diktierte ihnen das konspirative Arbeiten.

Die bedeutendste Geheimgesellschaft war die Carbonaria in Süditalien. Ihr gehörten Provinzbourgeois, Kleinbürger, Ärzte, Rechtsanwälte, Intellektuelle, Geistliche, Soldaten, Offiziere, einige Bauern an. All diese Schichten verband die Ablehnung der napoleonischen Fremdherrschaft mit ihrer in der Hauptstadt zentralisierten Verwaltung. Sie waren gegen die Übermacht der feudalen Barone und für eine Verfassung. Die Vagheit des Programms ermöglichte es, daß die verschiedensten Hoffnungen auf Erneuerung, so die Hoffnung der Bauern auf ein Agrargesetz, in sie gesetzt werden konnten.

Die Mitglieder der Carbonaria waren nach neun verschiedenen Einweihungsriten und Erkennungsparolen eingestuft. Diese Abstufung nach verschiedenen Graden der Zuverlässigkeit sollte einerseits gegen Infiltration schützen. Zum anderen ermöglichte dieses Prinzip eine Politik der Aktionseinheit. Die Angehörigen der hohen Grade sollten an ihren weiterreichenden Zielen festhalten können, ohne daß dadurch ein breiteres Bündnis erschwert würde. Am klarsten vertraten

schwert würde. Am klarsten vertraten

dieses Prinzip die „sublimi maestri perfetti" (Erhabene Vollkommene Meister) des utopischen Sozialisten Buonarroti. Das politische Ziel des ersten Grades der „sublimi maestri perfetti" war die Volkssouveränität, das des zweiten die Republik, das Ziel des dritten Grades war der Kommunismus. Die „sublimi maestri perfetti" stellten eine Kaderorganisation dar, deren Mitglieder in anderen Geheimgesellschaften arbeiteten. Sie gewannen im Norden Italiens auch Einfluß in der Carbonaria, als diese sich auch dorthin ausdehnte.

Auf örtlicher Ebene waren die Mitglieder der Carbonaria in „vendite" (Läden) organisiert, diese unterstanden bezirklich „vendite madri" (Mutterläden), diese wiederum regional den „vendite alte" (Hochläden). Eine zentrale Leitung gab es nicht.

Da die politische Zielsetzung der Carbonaria im wesentlichen in der Ablehnung der napoleonischen Fremdherrschaft bestand, wurde es der bourbonischen Reaktion erleichtert, für die Wiedererrichtung der alten Dynastie zu wühlen. Mit der Restauration 1814/15 wurden keine Hoffnungen der verschiedenen fortschrittlichen Kräfte eingelöst. Die Carbonaria nahm ihre Tätigkeit gegen das neue bourbonische Regime auf. Die Nachricht, daß der spanische König 1820 eine liberale Verfassung zugestehen mußte, war der Auslöser für die Carbonaria-Verschwörung am 1./2. Juli in Nola in der Nähe Neapels, die sehr bald die Hauptstadt erreichte. König Ferdinand mußte auf die spanische Verfassung schwören. Der Erfolg war kurzfristig. Der König rief österreichische Truppen zu Hilfe. Die Armee der durch die Revolution zur Macht gekommenen konstitutionellen Regierung wurde auseinandergesprengt.

Die Niederlage enthüllte die Schwäche der revolutionären Bewegung. Die Widersprüche zwischen den verschiedenen Teilen der Bourgeoisie und zwischen der Bourgeoisie als Klasse und den Bauern brachen auf. Die Bauern konnten nicht mobilisiert werden für die Verteidigung der liberalen Verfassung. Die Carbonaria bildete in dieser revolutionären Bewegung keinen stabilisierenden, vereinheitlichenden Faktor, weil ihre soziale und politische Basis selbst begrenzt war. Ihr Hang zur Improvisation erwies sich als Hemmnis. Die Hochzeit der Carbonaria war damit vorbei.

1831 gründete Giuseppe Mazzini die Giovine Italia. Die Giovine Italia knüpfte insofern an die Tradition der alten Geheimbünde an, als ihre Mitglieder zwei verschiedenen Graden zugeteilt wurden und teilweise konspirativ arbeiteten. Der Fortschritt, den die revolutionäre Bewegung mit dieser Gründung erreichte, bestand einmal darin, daß der Aufstand soweit wie möglich durch öffentliche Propaganda vorbereitet werden sollte. Der Kreis der Anhänger weitete sich aus. In manchen

vorbereitet werden sollte. Der Kreis der Anhänger weitete sich aus. In manchen

Orten umfaßte er einen relativ soliden Kern von Arbeitern und Handwerkern. In Mailand waren in den Jahren 1834/35 3000 Menschen in Giovine Italia organisiert. Zum anderen war es das Verdienst Mazzinis, daß diese Organisation unter klarer politischer Zielsetzung arbeitete: für die Schaffung eines einheitlichen, freien, republikanischen Italien. „Schöpfer" dieses freien Italien sollte das Volks sein, ohne Intervention von außen. Vom Kampf um die nationale Einheit klammerte Mazzini jedoch die soziale Frage aus. Klassenkampf lehnte er ab. An den Besitzverhältnissen sollte nicht gerührt werden.

Schon in den Jahren vor der Einigung Italiens 1861 erwiesen sich die von Mazzini u.a. in den proletarischen „Brüderschaften zur gegenseitigen Hilfe" propagierten klassenversöhnlerischen Vorstellungen als Hindernis für die Arbeiterbewegung. Nach der Einigung wurde der Mazzinismus direkte Fessel für die Entfaltung des Klassenkampfes. Marx schrieb: „Es ist notwendig, daß die italienischen Arbeiter erkennen, daß der große Verschwörer und Agitator Mazzini für sie nur einen Rat hat: Bildet euch so gut ihr könnt ..., bemüht euch, soviel wie möglich Konsumgenossenschaften zu bilden (nicht einmal Produktionsgenossenschaften!) – und vertraut auf die Zukunft!!!"



Der Partisanenfeldzug der „Tausend" unter Führung Garibaldis (hier beim Einzug in Neapel) führte 1860 zusammen mit den Aufständen der sizilianischen Bauern den Unabhängigkeitskampf zum Sieg. Garibaldis Freiwilligenarmee bestand zur Hälfte aus Arbeitern und Handwerkern, der Rest vielfach Bauern schlossen sich an.

# Die bürgerliche Revolution in Italien

### Kampf für Einheit und Unabhängigkeit des Landes / Die Bauernfrage blieb ungelöst

*z.ulg.Rom.* Auf dem Wiener Kongreß diktierte die vereinigte europäische Reaktion nach ihrem Sieg über Napoleon 1814/15 der italienischen bürgerlichen Revolution ihre nächsten Aufgaben: Unabhängigkeit, Einheit, Demokratie. Mit dem Kongreß war Österreich zur Hegemonialmacht in Italien geworden. Die wirtschaftlich fortgeschrittensten Regionen Lombardei und Venetien wurden direkt dem Habsburgerreich zugeschlagen. In den drei mittelitalienischen Staaten Parma, Modena und Toskana regierten Angehörige des Hauses Habsburg. Der Stellvertreter Gottes auf Erden konnte sich bald nur noch gestützt auf österreichische Besatzungstruppen an der Macht halten. Nur in Sardinien-Piemont (einschl. Genua) war das halbwegs unabhängige, aber nicht minder reaktionäre Haus Savoyen wieder auf den Thron gesetzt worden.

Dieses System stellte sich sogleich als unerträgliche Fessel für die Entwicklung der Produktivkräfte und die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise heraus. Die territoriale Zersplitterung verhinderte die Herstellung eines einheitlichen Markts. Ein großer Teil des Mehrprodukts von Lombardei/Venetien wurde ständig als Steuer außer Landes geschleppt. In allen Staaten war die Bourgeoisie von der politischen Macht vollständig ausgeschlossen. Jede revolutionäre Bewegung mußte unter diesen Umständen alsbald in einen nationalen Befreiungskrieg zur Vertreibung ihres Hauptfeindes, Österreich, umschlagen.

Jedoch stand die potentielle Hauptkraft einer solchen Bewegung, die Bauernschaft, selbst in heftigem Widerspruch zu der einzigen Klasse, die eine Revolution nach Lage der Dinge führen konnte, der Bourgeoisie. Denn anders als in den meisten west- und mitteleuropäischen Ländern war die italienische Bourgeoisie hauptsächlich Agrarbourgeoisie, lebte also direkt von der Bauernausbeutung.

Vor allem in Nord- und Mittelitalien hatte die frühe bürgerliche Entwicklung in der ersten Hälfte des Jahrtausends die Bauern zugleich mit der Leibeigenschaft von allen feudalen Nutzungsrechten auf das Land „befreit". Die städtischen Kaufleute und Bankiers rissen den größten Teil des Bodens an sich und ließen ihn von den Bauern nach (in Wirklichkeit halbfeudalen) „Agrarverträgen" bearbeiten. Zur Hauptform entwickelte sich die Halbpacht. Danach bebaut der Halbpächter den Boden z.T. mit Produktionsmitteln des Grundbesitzers und muß die Hälfte der Ernte an diesen abliefern.

Mit dem Niedergang des italienischen Handels- und Bankkapitals seit dem 16. Jahrhundert blieb von dem grundbesitzenden Kaufmann der bürgerliche Grundbesitzer übrig. Die Bauernausbeutung wurde zur Haupteinnahmequelle der städtischen Bourgeoisie. Diese konnte mit der Säkularisierung der Kirchengüter während der Revolutionskriege ihren Grundbesitz sogar noch erheblich ausdehnen. Nur in der Poebene hatten die Agrarbourgeois Anfang des 19. Jahrhunderts schon in größerem Maße begonnen, ihre Halbpächter in Landarbeiter zu verwandeln und eine kapitalistische Agrarproduktion zu entwickeln. In Süditalien war noch immer der größte Teil des Bodens in den Händen feudaler Barone konzentriert, die ihn teils in Halbpacht, teils mit Landarbeitern, jedoch nicht kapitalistisch bearbeiten ließen. Die formelle Aufhebung der feudalen Rechtsverhältnisse hatten Barone und landbesitzende Bourgeois hier genutzt, um einen großen Teil des früher von den armen Bauern genutzten Gemeindelandes zu usurpieren.

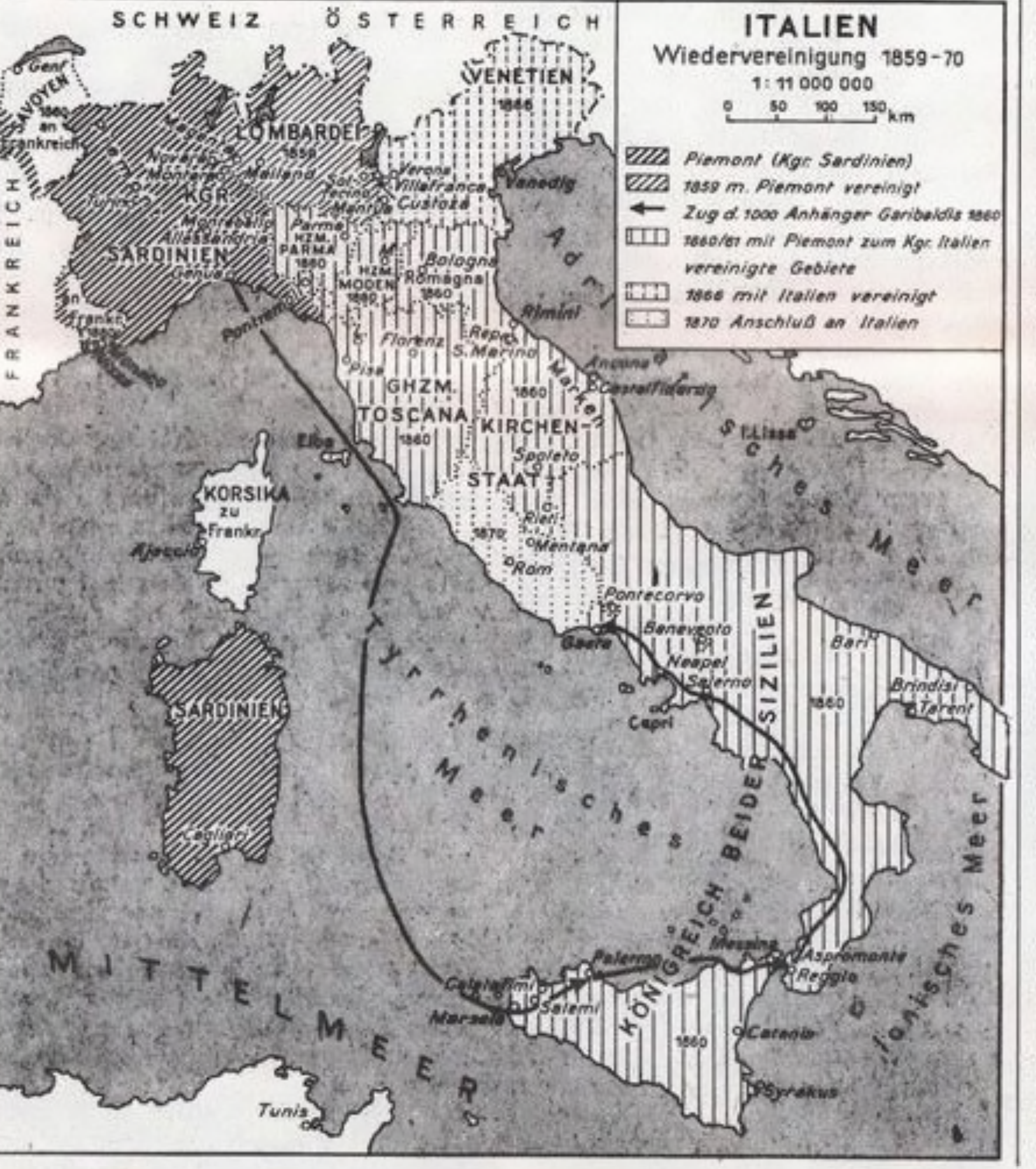
Nur mit einem agrarrevolutionären Programm hätte die Bourgeoisie die Bauern für die nationalbürgerliche Revolution mobilisieren können. Ein solches Programm aber hätte auch die Bourgeoisie selbst getroffen, weshalb es niemals aufgestellt wurde. Mehr noch: Je tiefer das auf dem Wiener Kongreß etablierte System in die Krise geriet, desto mehr schreckten die Bourgeois vor jeder revolutionären Taktik auch in den Städten zurück, aus Furcht, die Bauern könnten dadurch in Bewegung gesetzt werden.

Im Gegensatz dazu entwickelte sich der kleinbürgerlich-demokratische Flügel der Einigungsbewegung. Seine Hauptbasis waren die städtischen Kleinbürger und Handwerker, mit der allmählichen Entwicklung der Industrie auch das entstehende Proletariat. Mit immer neuen heroischen Aufständen

Mit immer neuen heroischen Aufständen

trieben die städtischen Volksmassen die Revolution voran und verhalfen der Bourgeoisie schließlich zum Sieg. Doch auch dieser revolutionäre Flügel entwickelte nie eine Linie des Bündnisses mit der Bauernschaft. Die landhungrigen Bauernmassen blieben unter diesen Umständen zwar keineswegs untätig. Im Gegenteil: Sie „mißverstanden" jede Bewegung in den Städten „für eine Verfassung" als Signal zur Umwälzung der Grundbesitzverhältnisse. Doch sie blieben ohne Führung und erlitten immer neue Niederlagen.

1820 in Neapel und 1821 in Piemont organisierte die in Geheimgesellschaften, vor allem der Carbonaria, organisierte Kleinbourgeoisie die ersten Aufstände, deren Ziel weniger die Einigung des Landes als die Errichtung eines konstitutionellen Regimes in den einzelnen Teilstaaten war. In Neapel überließen die Carbonari der Führung der neuen, konstitutionellen Regierung der gemäßigten, z.T. napoleonischen Großbourgeoisie. Diese verwandte ihre Hauptkraft darauf, eine Sezessionsbewegung in Sizilien niederzuschlagen, statt der österreichischen Intervention entgegenzutreten, die im Frühjahr 1821 die absolute Monarchie wiederherstellte. In Piemont hatten die Verschwörer sich in der Hoffnung wiegen lassen, der Savoyer-Prinz Karl Albert werde die Bewegung unterstützen. Der setzte sich im entscheidenden Moment




## „Wenn alle Armen wüßten, was für sie am besten ist, bliebe nicht einer der Herren am Leben."

*z.ans.Rom.* „Den schmeichlerischen Versprechungen folgte der Betrug, dem Wohlstand die Armut, der Freiheit die Sklaverei. Nur wer blind ist, sieht nicht, wohin uns die falschen Liberalen geführt haben, die sich ein rotes Tuch umbanden und uns einen großen Laib Brot versprachen und doch nur wollten, daß wir ihnen die Zeche bezahlten", so heißt es 1861 in der Proklamation der kalabresischen Briganten, die neben zahlreichen anderen süditalienischen Brigantenbanden vier Jahre lang – von 1861–1865 – die eben erst siegreich aus den Einigungskriegen hervorgegangene Bourgeoisie in Angst und Schrecken versetzten. Gegen die Briganten, arme Bauern und Tagelöhner, bewaffnet mit rostigen Flinten, Handbeilen, Sicheln und Knüppeln, setzte sie rund 86000 piemontesische Soldaten ein, kommandiert von Offizieren aus der Kadettenschule Turins.

Die bürgerliche Revolution in Italien und die Einigung 1861 unter dem Königshaus von Sardinien-Piemont fegte die feudale Vielstaaterei hinweg, sprengte Fesseln, die die Bourgeoisie an der Entwicklung der Produktivkräfte hinderten. Die Bauernfrage löste sie nicht. Die norditalienischen Bourgeois, selbst vielfach Agrarkapitalisten, tasteten die Grundbesitzverhältnisse im Süden nicht an, vielmehr verbündeten sie sich mit den alten herrschenden Klassen aus Furcht vor den Proletariern und den Massen der armen Bauern. Per Dekret übergab die Bourgeoisie z.B. in Apulien den Grundbesitzern die Staatsdomänen des hinweggefegten bourbonischen Königshauses beider Sizilien. Den Einigungskrieg mußten die Massen mit verschärfter Steuerauspresserei bezahlen, die öffentlichen Kassen in Süditalien wurden geplündert, die Gelder nach Norden geschleust. Durch den Abbau von Schutzzöllen wurde z. B. Neapel, das ehemals bedeutendste Wirtschaftszentrum Süditaliens, niederkonkurriert; die Arbeitslosigkeit stieg. Die süditalienischen Bauern wehrten sich dagegen, daß die Jugend auf Jahre in die bürgerliche Armee gepreßt werden sollte.

Ein Offizier der in Süditalien eingesetzten Armee schrieb: „Das Brigantentum ist hier außerordentlich stark, es ist ein regelrechter Bürgerkrieg der Armen gegen die Reichen." Neu war das Brigantentum nicht, schon früher hatten einzelne Briganten oder kleinere Gruppen reiche Gutsbesitzer oder Bürger ausgeraubt. Jetzt, nachdem durch die Einigung Italiens die Lage der süditalienischen Volksmassen sich weiter verschlechterte, trat es in geballter Form als Revolte auf. In dem Brigantentum entlud sich jahrhundertealter Klassenhaß gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Die Briganten hatten kein positives Programm; sie forderten nicht, daß die sozialen Bedingungen für Ausbeutung und Unterdrückung beseitigt, daß die Grundbesitzer als Klasse gestürzt werden sollten. Die Briganten waren zum großen Teil Bauern, die vor allem in Apulien und in der Basilikata als Tagelöhner auf den großen Latifundien ständig vom Verhungern bedroht waren. Das Brigantentum erschien ihnen als Alternative zu den knechtischsten Ausbeutungsbedingungen, unter denen nicht einmal das Überleben für sie und ihre Familien garantiert war.

Die Briganten operierten als einzelne Banden, ohne militärische Disziplin, ohne Strategie, ohne militärische Führung. Sie griffen Gutsbesitzer an, Geldverleiher, für die Besitzenden arbeitende Rechtsanwälte, feiste Prälaten, die das Elend der Massen absegne-

ab, und königstreue sowie österreichische Truppen erstickten den Aufstand in wenigen Tagen. Ebenfalls durch österreichische Intervention wurde 1831 ein Aufstand in den mittelitalienischen Herzogtümern und im Kirchenstaat niedergeschlagen.

Nach diesen bitteren Erfahrungen begann sich der kleinbürgerlich-demokratische Flügel der nationalen Bewegung unter der Führung Mazzinis in der ,,Giovine Italia" (Junges Italien) zu organisieren. Das Programm Mazzinis war national – für einen italienischen Einheitsstaat – und republikanisch – für Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung. Doch durch die strikte Ablehnung eines inneritalienischen ,,Klassenkriegs" verstellten sich die Republikaner selbst den Weg, die sozialen Triebkräfte der Revolution zu entfalten. Mehr, Mazzini sah sich bemüßigt, den besitzenden Klassen ausdrückliche Garantien für die Sicherheit des bürgerlichen Eigentums zu geben: ,,Wir wollen nicht den zum System errichteten Terror, wir wollen nicht den Umsturz wohlerworbener Rechte, keine Agrargesetze, keine Usurpationen von Eigentum." Das Ganze vermischt mit mystisch-religiösem Dunst von ,,Gott" und ,,Volk". Die praktische Tätigkeit der ,,Giovine Italia" erschöpfte sich denn auch weitgehend in immer neuen ebenso abenteuerlichen wie im einzelnen heroischen Versuchen, Aufstände anzuzetteln.

Seit 1846 nahm die revolutionäre Bewegung einen neuen Aufschwung. Als erste in Europa gingen die Volksmassen in Palermo am 12. Januar 1848 zum bewaffneten Aufstand über. Nach tagelangen Kämpfen mußten die bourbonischen Truppen Palermo und schließlich fast ganz Sizilien räumen. Unter dem Druck der Volksbewegung gestanden in den nächsten Wochen alle italienischen Staaten außer Lombardei/Venetien Verfassungen zu.

Ausgelöst durch die Revolution in Wien, erhoben sich im März auch Venedig und Mailand. In fünftägigem Kampf warfen die Arbeiter und Volksmassen der lombardischen Hauptstadt die österreichischen Besatzungstruppen aus der Stadt heraus. Der piemontesische König Karl Albert hatte während des Aufstands alle Hilferufe Mailands ignoriert. Nachdem die Revolution gesiegt hatte, eröffnete er endlich den Unabhängigkeitskrieg gegen Österreich. Statt einen revolutionären Befreiungskrieg zu führen, mit dem die Besatzer endgültig aus Italien hätten vertrieben werden können, war seine Hauptsorge, wenigstens die Lombardei alsbald an Piemont zu annektieren. Den Besatzungstruppen wurde damit Zeit zur Reorganisierung ihrer Kräfte
Den Besatzungstruppen wurde damit Zeit zur Reorganisierung ihrer Kräfte
und zur Gegenoffensive gelassen, die mit der kampflosen Aufgabe Mailands und dem Rückzug der piemontesischen Truppen hinter die Grenze endete.

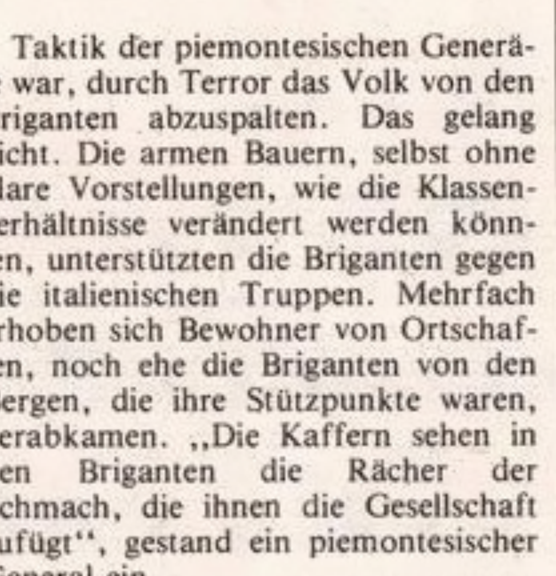
In allen italienischen Staaten hatte der Unabhängigkeitskrieg der revolutionären Bewegung einen neuen Anstoß gegeben. Die Volksmassen forderten allenthalben die Entsendung von Truppen in den Norden. Noch war die revolutionäre Sache nicht verloren. In Rom wurde Anfang 1849 die Republik ausgerufen. Die piemontesischen Truppen überschritten erneut die Grenze zur Lombardei, zogen sich aber schon nach wenigen Tagen, zweimal geschlagen, wieder zurück. In Sizilien wurde das absolutistische Regime wiederhergestellt, französische Interventionstruppen schlugen die römische Republik nieder.

Neben der Lombardei hatte sich die kapitalistische Produktionsweise bis zur Mitte des Jahrhunderts am weitesten in Piemont entwickeln können. Nur dort war nach der Niederlage der Revolution ein konstitutionelles Regime erhalten geblieben, das zugunsten der Bourgeoisie zahlreiche Reformen durchführte. Annexion an Piemont wurde daher zur Parole der Großbourgeoisie. Nur ein Krieg Piemonts gegen Österreich mit französischer Unterstützung schien den Kapitalisten ein gangbarer Weg zu sein, die dringend nötige Einheit des Landes herzustellen, ohne durch Mobilisierung der Massen die bestehenden Eigentumsverhältnisse zu zu gefährden.

1859 begann der Krieg zwischen Piemont und dem mit ihm verbündeten bonapartistischen Frankreich. Bei Magenta und Solferino wurden die österreichischen Truppen vernichtend geschlagen. Da schloß Napoleon III., dem es von Anfang an nur um die Errichtung der französischen anstelle der österreichischen Hegemonie über Italien gegangen war, einseitig einen Waffenstillstand. Danach sollte nur die Lombardei an Piemont angegliedert werden, Venetien österreichisch bleiben. Die in Mittelitalien gestürzten Fürsten sollten wieder eingesetzt werden.

Die revolutionären Demokraten durchkreuzten diesen Plan. Die mittelitalienischen Staaten beschlossen in Volksabstimmungen den sofortigen Anschluß an Piemont. Mit 1100 Freiwilligen – vor allem Handwerkern, Arbeitern und Intellektuellen – brach Garibaldi im Mai 1860 nach Sizilien auf. In wenigen Wochen war die ganze Insel befreit, teils durch die ,,Tausend", teils durch gleichzeitige Bauernaufstände. Doch nirgendwo zeigte sich die Unfähigkeit der kleinbürgerlichen Demokraten zu einer revolutionären Behandlung der Agrarfrage deutlicher als hier: mit blutigen Unterdrückungsfeldzügen gingen die garibaldinischen Truppen gegen die aufständischen Bauern vor und stellten die alten Grundeigentumsverhältnisse wieder her. Garibaldi selbst setzte inzwischen auf den Kontinent über und konnte nach weniger als drei Wochen in Neapel einziehen. Um einen Angriff der Partisanen auf den Rest-Kirchenstaat (um Rom) und die von Garibaldi
staat (um Rom) und die von Garibaldi
proklamierte Verfassunggebenden Versammlung zu verhindern, marschierten die piemontesischen Truppen jetzt Garibaldi entgegen und schlossen das ehemalige Königreich Neapel an Piemont an.

Mit Ausnahme Venetiens und Latiums, die 1866 bzw. 1870 an das neue Königreich Italien annektiert wurden, war die nationale Einigung des Landes vollbracht. Doch die wichtigste soziale Frage der Nation, die Bauernfrage, blieb ungelöst.



ten. Sie raubten sie aus, verschleppten sie, um Lösegelder zu erpressen; manch einen brachten sie um. Gutshöfe, die Häuser der Stadtkassierer, die Stadtarchive – ,,unsere ewigen Feinde" –, in denen die Grundbücher und Pachtverträge lagen, gingen massenweise in Flammen auf. Die Briganten brachen die Gefängnisse auf, befreiten die Gefangenen; sie zerstörten die Büros der Sicherheitspolizei. Wilde Tiere in Menschengestalt von bestialischer Grausamkeit, jaulte die Bourgeoisie auf. ,,Gleich erschießen", war die Devise der Offiziere. Die Briganten hatten andere Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit. Der Richter Pani-Rossi schreibt über den Brigantenführer Tortaro: ,,Lösegelder und Beute begründete er mit der Notwendigkeit, für sich und seine Leute den Lebensunterhalt zu bestreiten. Zornig wurde er, wenn man ihn einen Gauner nannte. Er pflegte zu sagen: ,,Gauner sind die feinen Herren in den Städten, vor allem aber meine reichen Mitbürger, und wenn ich sie umbringe, gebe ich ihnen nur die Gerechtigkeit, die sie verdienen. Wenn alle Armen wüßten, was für sie am besten ist, bliebe nicht einer der Herren am Leben." Brigant Crocco: ,,Wehe den Unterdrückern, wenn der Mensch erfährt, welche Rechte und Pflichten er hat!"

Taktik der piemontesischen Generäle war, durch Terror das Volk von den Briganten abzuspalten. Das gelang nicht. Die armen Bauern, selbst ohne klare Vorstellungen, wie die Klassenverhältnisse verändert werden könnten, unterstützten die Briganten gegen die italienischen Truppen. Mehrfach erhoben sich Bewohner von Ortschaften, noch ehe die Briganten von den Bergen, die ihre Stützpunkte waren, herabkamen. ,,Die Kaffern sehen in den Briganten die Rächer der Schmach, die ihnen die Gesellschaft zufügt", gestand ein piemontesischer General ein.

Die Kenntnis der Gegend, der Wälder, des undurchdringlichen Dickichts und die Unterstützung der armen Bauern gaben den Briganten vorübergehend gewisse militärische Vorteile gegenüber den italienischen Truppen. Siegen konnten sie nicht. Die Bourgeoisie schlug die Brigantenrevolte blutig nieder: Über 10000 Briganten wurden hingerichtet, ganze Ortschaften zerstört. Einen Fortschritt konnte die süditalienische Bauernbewegung wenige Jahrzehnte darauf unter Führung der Arbeiterklasse erreichen. So organisierten sich sizilianische Landarbeiter zusammen mit sizilianischen Arbeitern in den ,,fasci" und führten Mitte der 90er Jahre Aufstände durch.



Die gelegentlichen ,,Anti-Mafia-Kampagnen" der italienischen Regierung haben für die Volksmassen Siziliens allemal in der Hauptsache nur verschärftes Polizeiregiment bedeutet. Das Bild zeigt eine Razzia auf einem Dorf.

# Die Mafia – Terrororganisation der besitzenden Klasse gegen die Arbeiter und Bauern Siziliens

*z.ulg.Rom.* Nach der Einigung Italiens war Sizilien, besonders sein Westteil um die Hauptstadt Palermo, die Region, in der feudale Produktionsverhältnisse noch am ungebrochensten fortbestanden. Die Insel war von den Revolutionskriegen um 1800 unberührt geblieben und hatte sogar den Stützpunkt dargestellt, von dem aus die Bourbonen ihre Rückkehr auf das Festland vorbereiteten. 1812 war zwar auch hier die Feudalität juristisch aufgehoben worden. Doch nicht mehr als im kontinentalen Süditalien blieb das – weil mit keinerlei revolutionärem Umsturz verbunden – ein rein formeller Akt.

1896 schrieben Palermitaner Sozialisten dazu: ,,Hier wurde das Feudalsystem nicht durch das Volk, nicht durch den stürmischen Aufstieg bürgerlicher Elemente abgeschafft. Die Adeligen kamen der Revolution um viele Jahre zuvor und gaben freiwillig ihre feudalen Rechte für eine große Vermögensspekulation auf. Das Lehen wurde Latifundium, und der Baron ein Eigentümer ... Der Baron ließ seine Güter in der Hand von Verwaltern und Hauptpächtern ... und zog in die Stadt, seine Rente zu verbrauchen.
Hauptpächtern ... und zog in die Stadt, seine Rente zu verbrauchen.
Auf dem Lehen blieben die Verwalter, die Hauptpächter und die Bauern. Die ersteren vertraten die Macht des Barons, der einziger oder fast einziger Eigentümer des Bodens blieb, nahmen seinen Hochmut und seine Methoden an und bildeten die Klasse der ‚galantuomini'. Die anderen, die das Recht verloren hatten, auf dem Lehen zu leben, sich dort ein Haus zu bauen, dort Vieh zu weiden, Holz zu schlagen, zu säen, und die Freiheit erworben hatten, Hungers zu sterben, sobald sie keine Arbeit mehr hatten, wurden gezwungen, die Herrschaft dieser neuen Klasse zu akzeptieren."

Für die Bauern bedeutete diese Sorte ,,Aufhebung der Feudalität" keine Abschaffung, sondern im Gegenteil eine Verschärfung der feudalen Ausbeutung, weil sie ihre traditionellen Nutzungsrechte am Land des Grundherrn verloren. Die Bauern, die das Land mit extensiver Getreidewirtschaft bestellten, mußten den größten Teil der Ernte an den Baron oder den Hauptpächter abliefern und sich an diese womöglich noch zu Wucherzinsen von oft über 100% im Jahr verschulden.

Von jeher hatte die Anwendung unmittelbarer Gewalt zu den Hauptmethoden der Barone und ,,galantuomini" bei der Bauernausbeutung gehört. Sie hielten dazu eigene bewaffnete Formationen, Feldwächter usw., um die Bauern zu terrorisieren. Mit der Eingliederung Siziliens in den bürgerlichen Staat, das neue Königreich Italien, wurde aus dieser bisher sozusagen selbstverständlichen Privatgewalt – die Mafia.

Man hätte erwarten können, daß in einem bürgerlichen Staat alle Gewaltmittel der herrschenden Klasse in den staatlichen Unterdrückungsorganen, Armee, Polizei, Justiz usw., konzentriert worden wären. Dazu hätte das Gewaltmonopol des bürgerlichen Staates auch gegen die Privatgewalt der Grundbesitzer durchgesetzt werden müssen. Die norditalienischen Kapitalisten waren dazu weder gewillt noch in der Lage. Denn gleichzeitig gegen die von ihnen ausgebeuteten Arbeiter und Bauern und gegen die verbliebenen feudalen Grundbesitzer hätten sie sich nicht an der Macht halten können. Selbst noch überwiegend Agrarkapitalisten, verbündeten sie sich mit den Grundbesitzern und verzichteten auf die Durchsetzung bürgerlicher Rechts- und Produktionsverhältnisse in Sizilien.

In der Führung der Regierungsgeschäfte wechselten piemontesische und lombardische Bourgeois und sizilianische Großgrundbesitzer einander ab. In Sizilien selbst ersetzten die neuen staatlichen Gewaltmittel die traditionellen privaten Terrororganisationen gegen die Bauern nicht, sondern ergänzten sie nur. Gegen die ,,fasci", die erste gemeinsame Organisation von Arbeitern und Bauern in Sizilien, wurden von den Grundbesitzern ausgehaltene Banden und Armeeeinheiten gleichzeitig eingesetzt. Zugleich brachten die Grundbesitzer die örtlichen Staatsorgane vollständig unter ihre Kontrolle.
Kontrolle.

Seit 1901 schlossen sich die Bauern erneut zusammen, um günstigere Bedingungen bei den Pachtverträgen durchzusetzen, und begannen, Kooperativen zu gründen. Die Führer der Bewegung waren Sozialisten. Während die Barone wild nach ,,energischem Durchgreifen" des Staatsmacht schrien, organisierten sie eine wahre Terrorwelle gegen die Genossenschaftsbewegung. Ihre Führer wurden einer nach dem anderen umgebracht: Lorenzo Panepinto (1911), Bernardino Verro (1915), Nicola Alongi und Sebastiano Bontifiglio (1920). Die ,,Erfolge" des Faschismus bei der Bekämpfung der Mafia reduzieren sich auf die schlichte Tatsache, daß, wo der ungezügelte Terror von Staats wegen ausgeübt wird, der private Terror tatsächlich überflüssig ist.

Nach der Landung alliierter Truppen auf Sizilien 1943 entfachte die Mafia – mit wohlwollender Förderung der US-Imperialisten – eine Kampagne für die Sezession Siziliens von Italien. Seit Beginn ihrer Existenz, also seit der Einheit Italiens, hatte die Mafia immer die Ideologie vertreten, der Einheitsstaat sei Schuld am Elend der sizilianischen Massen, um davon abzulenken, daß die einheimische herrschende Klasse die Hauptverantwortung für die Rückschrittlichkeit der Insel trägt. Mit einer Mischung aus erbarmungslosem Terror und ,,sizilianistischer" Ideologie konnten sich die Mafiosi bis heute einen bestimmten Einfluß unter den Massen sichern und Personal sowohl für ihre Terrorbanden als auch ihre verschiedenen kriminellen Unternehmungen – Entführungen, Rauschgiftschmuggel etc. – rekrutieren.

Nach dem Krieg begannen unter Führung der Kommunistischen Partei die Bauern und Landarbeiter, brachliegendes Land der Latifundien zu besetzen. Sie forderten Agrarreform: ,,Das Land dem, der es bebaut." Die Grundbesitzer versuchten, die Bewegung in Blut zu ersticken. Auf der Maidemonstration 1947 in Portella della Ginestra richtete die von den Grundbesitzern ausgehaltene Giuliano-Bande ein Massaker an. Eine Serie von Attentaten auf Büros der Linksparteien und der Gewerkschaften folgte. Trotzdem konnte die Mafia nicht verhindern, daß Anfang der 50er Jahre eine, wenn auch äußerst beschränkte, Agrarreform durchgeführt wurde. Die Entschädigungszahlungen erleichterten den Einstieg in die Bauspekulation. Zudem ermöglichte die 1946 begründete autonome Regionalverwaltung für Sizilien, die von vornherein weitgehend von der Mafia beherrscht wurde, neue großartige Geschäfte mit den Steuergeldern für die ,,Wirtschaftsentwicklung".

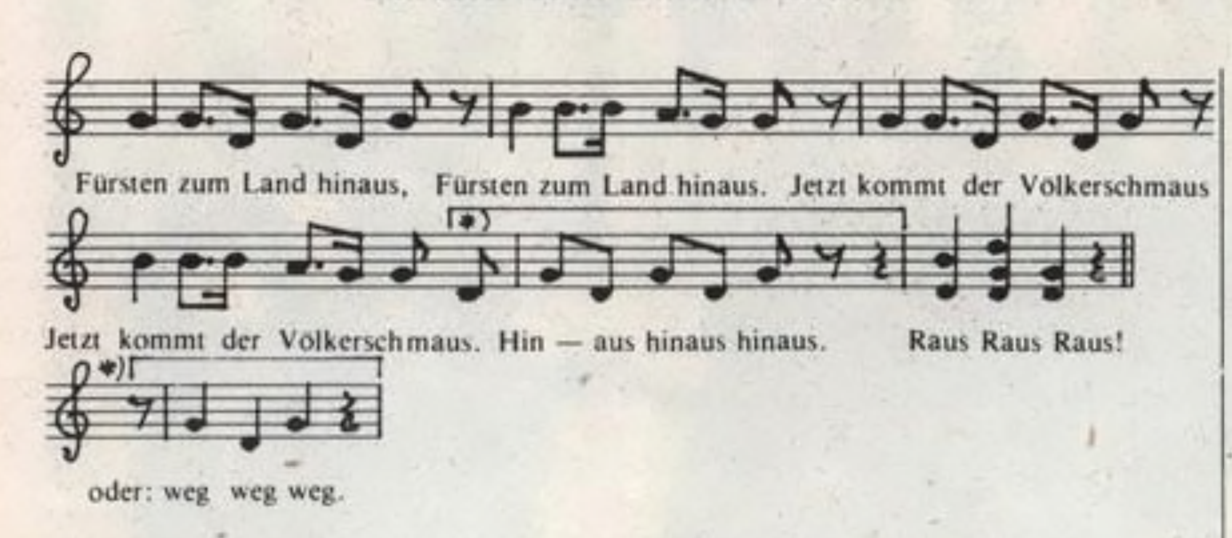
Wie die Mafiosi auch das in jüngster Zeit entstandene Industrieproletariat (vor allem Bauarbeiter) zum Teil in persönlicher Abhängigkeit halten können, beschreibt der PCI-Zellenleiter auf einer Werft in Palermo: ,,Hier in Sizilien ist das Verhältnis von Patron und Arbeiter gewöhnlich persönlicher Art. Der Mafioso läßt den Arbeiter am Hungertuch nagen, und dann bindet er
Hungertuch nagen, und dann bindet er
ihn, indem er ihm von Zeit zu Zeit 30000 Lire für den Kleinen gibt. Dieses persönliche Verhältnis führt dazu, daß an den Versammlungen nur die Hälfte der Arbeiter teilnimmt, wobei man immer im Auge behalten muß, daß das Mittel der physischen Einschüchterung bis vor kurzem sehr verbreitet gewesen ist und in schweren Fällen immer noch angewandt wird." Ein solcher ,,extremer Fall" war z. B. Giuseppe Impasto, Kandidat einer revolutionären Liste zu den Kommunalwahlen 1978 in Cinisi unweit Palermos. Impasto hatte die Machenschaften der örtlichen Mafiosi enthüllt. Die brachten ihn mit einer auf die Brust gebundenen Bombe um. Die Polizei ,,ermittelte" zunächst wegen eines mißglückten Terroranschlags (nicht auf, sondern von Impasto), dann ,,vermutete" sie eine besonders originelle Form von Selbstmord.

Die italienische Regierung hat wiederholt, zuletzt Anfang der 60er Jahre, ,,großangelegte" Antimafia-Kampagnen durchgeführt, bei denen nicht nur ,,kleine Fische", sondern auch einige führende Bosse auf abgelegene Inseln verbannt worden sind. Doch in der Hauptsache haben diese Kampagnen noch allemal ein unerhörtes Polizeiregiment über die Volksmassen bedeutet. Natürlich steht die Schießeisen-Methode im Gegensatz zum bürgerlichen Credo von der ,,Gleichheit der Konkurrenzbedingungen". Allein in den letzten zwölf Monaten sind ihr zwei leitende Polizeioffiziere, ein Staatsanwalt und ein Richter, zwei Journalisten, der Provinzsekretär der DC und wahrscheinlich auch der Ministerpräsident der Regionalregierung zum Opfer gefallen. Aber andererseits ist die Mafia als Fraktion der herrschenden Klasse viel zu eng mit dem Staatsapparat und vor allem mit der DC verflochten, als daß ohne Umsturz der Eigentumsverhältnisse, auf denen ihre Macht beruht, wirklich mit ihr aufgeräumt werden könnte.

# Lieder des Vormärz und der 48er Revolution

Lieder aus den Quellenheften zu den Musiktagen 1979

## Fürsten zum Land hinaus!




Fürsten zum Land hinaus,
Jetzt kommt der Völkerschmaus.
Hinaus, Hinaus, Hinaus.

Erst schubt den Kaiser Franz,
dann den im Siegeskranz
Schub, Schub, Schub!

Bayerland ins Gewehr!
Ludewig reimt nicht mehr!
Weh, Weh, Weh!

Wilhelm liebt Bürgermord,
mit ihm aus Preußen fort!
Schlagt den Hund!

Adlig Hannoverland,
du wirst zur Affenschand!
Pfui, Pfui, Pfui!

Sachsen, wo bleibt ihr dann?
Der Mitregent muß dran.
Auf, Auf, Auf!

Zierlicher Kurfürstensohn
dein Stündlein läutet schon!
Bim, Bam, Bim!

Odenwald schleif die Sens,
zieh in die Residenz!
Autsch, Autsch, Autsch!

Jagt den vermeintlichen
bürgerlich freundlichen
Weg, Weg, Weg!

Der beste Schwabenstreich,
wär Wilhelm aus dem Reich!
Raus, Raus, Raus!

Reuß, Greiz, Schleiz, Lobenstein
Jadt in ein Mausloch rein!
Husch, Husch, Husch.

Lichtenstein und Vaduz,
jadt hinterdrein zum Uz!
Ha, Ha, Ha!

Jagt über Feld und Au,
Nassau und auch Dessau.
Hurra, Hurra, Hurra!

Metternich marsch mit Dir,
Rothschild und Staatspapier
Hep, Hep, Hep!

Die freien Städte auch,
s'ist doch nur Baeckerrauch
Aus, Aus, Aus!

Dem fleißgen Bundestag,
werft faule Eier nach!
Etsch, Etsch, Etsch!

Auch dem Reichs Johannlein
schlagt gleich die Rippen ein.
Drauf, Drauf, Drauf!

Jagt all die Dreißige,
Fußvolk und Reisige
Bill Baff, Biff Baff, Biff Baff!

Nun ist's im Lande Raum.
Pflanzet den Freiheitsbaum.
Hoch, Hoch, Hoch.

*Müller, Ch.: Alte Demagogenlieder 1819 - 1848. 1925.*

Das Lied entstand in der Vormärzzeit. Wahrscheinlich sind die ersten Strophen kurz vor dem Hambacher Fest 1832 entstanden. Es erhielt ständig neue Strophen und gehörte zu den beliebtesten Liedern während der Revolution 1848.
Musik: eigene Fassung.

## Odenwälder Bauernlied

Brüder so kann's nicht gehn,
Laßt uns zusammenstehn,
Duldet's nicht mehr!
Freiheit, Dein Baum fault ab,
Jeder am Bettelstab
Beißt bald ins Hungergrab,
Volk, ins Gewehr!

Dann wird's, dann bleibt's nur gut,
Wenn du an Gut und Blut
Wagst Gut und Blut,
Wenn du Gewehr und Axt,
Schlachtbeil und Sense packst,
Zwingherrn den Kopf zerhackst,
Brenn, alter Mut!
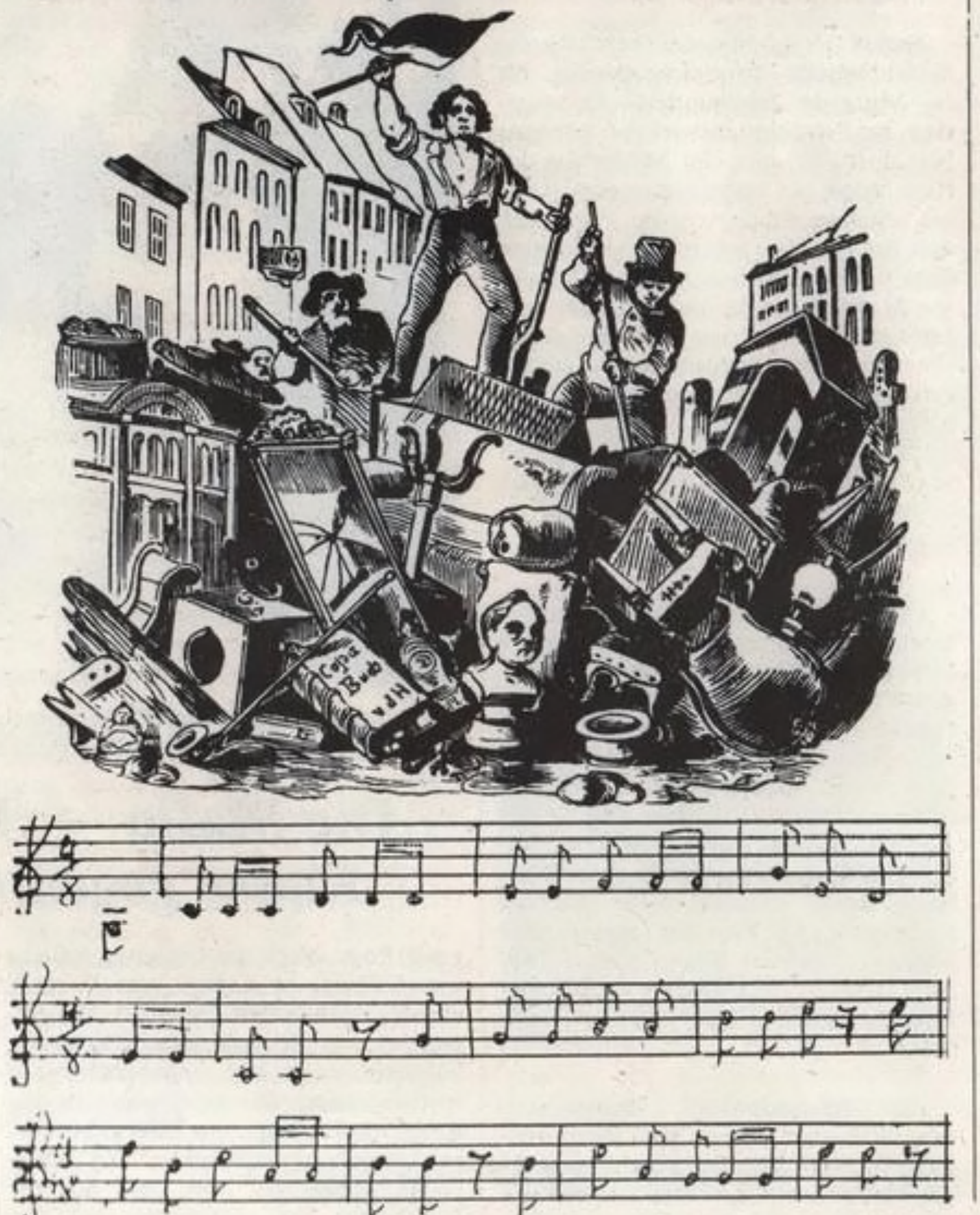
Brüder in Gold und Seid,
Brüder im Bauernkleid,
Reicht Euch die Hand!
Allen ruft Deutschlands Not,
Allen des Herrn Gebot:
Schlagt Eure Plager tot,
Rettet das Land!

Ältest Überlieferung als „Odenwälder Bauernlied" von 1818. Die zweite Strophe findet sich erstmals 1848/49. Melodie: „Heil dir im Siegerkranz".

*Kuhnke, Klaus: Die bösen alten Lieder. Ahrensburg, Paris 1969.*



## Eine Elberfelder Barrikade.



In Elberfeld haben viel tausend Mann
Auf die Reichsverfassung geschworen.
Der Tanz geht los! der Feind rückt an!
Die Preußen stehn vor den Thoren!

In Elberfeld giebt's harten Strauß
Und Prügel giebts nach Roten;
Die Preußen ziehn zur Stadt hinaus
Mit fünf drei Viertel Todten.

In Elberfeld geht's lustig her:
Die Rheinischen Lazzaroni
Bau'n Barrikaden von Golde schwer,
Von Silber und Mahagoni.

Und all die blanke Herrlichkeit,
Bildsäulen, Spiegel und Lüstre,
Die liefert Herr Daniel von der Heydt,
Der Bruder vom Handelsminister.

Herr Daniel rauft sich das Haar und heult:
„Weh! Wollt ihr mich denn nicht schonen!
Ich habe ja an die Rebellen vertheilt
Schon an die tausend Patronen!"

Da kömmt ein Proletarier her
Und bietet ihm eine Prise:
„Wenn ihr Bruder nur kein Minister wär'!
Und wenn er nicht August hieße!!"

(eigene Melodie)

*Goebel, Klaus, Aufstand der Bürger, Wuppertal 1974*

## Die Hanauer

In Ha— nau die Bürger sprachen: laßt uns Blut und Gut dran wagen,
daß im Lande Freiheit ist. Will der Kurfürst nit gewähren,
Mag er sich zum Teufel scheren, noch drei Tage gebt ihm Frist.

In Hanau die Bürger sprachen:
laßt uns Blut und Gut dran wagen,
daß im Lande Freiheit ist.
Will der Kurfürst nit gewähren,
Mag er sich zum Teufel scheren,
noch drei Tage gebt ihm Frist.

Kurfürst Wilhelmus von Gottes Gnaden,
schickt Kanonen und Soldaten
wohl gen Hanau an die Kinz.
Wie man das im Land vernommen,
sind zu Hülf die Brüder kommen
weit und breit in der Provinz.

Rüstig Hessenvolk von allen Seiten
zog, um für die Stadt zu streiten
Büchs und Sense in der Hand.
Weiber, drückt die Tränen nieder,
es gilt unsre deutschen Brüder,
es gilt unser Vaterland.

Von Hanau den Abgesandten,
die in Kassel sich befanden,
ward vom Kurfürst kein Bescheid.
Das thät denn die Kassler würmen,
drohten ihm das Schloß zu stürmen.
Da besonn er sich bei Zeit.

Ein Victoria scholl unermessen
weit und breit im Lande Hessen
und in Deutschland überall.
Und beim Sang der Freudenlieder
zogen heim die deutschen Brüder
wohl begrüßt mit Jubelschall.

Hanau brave Stadt, dich soll man achten,
recht als Heldin zu betrachten,
für die Freiheit kampfbereit.
Und in Liedern und Geschichten
soll der Nachwelt man berichten
von der Hessen Wackerkeit.
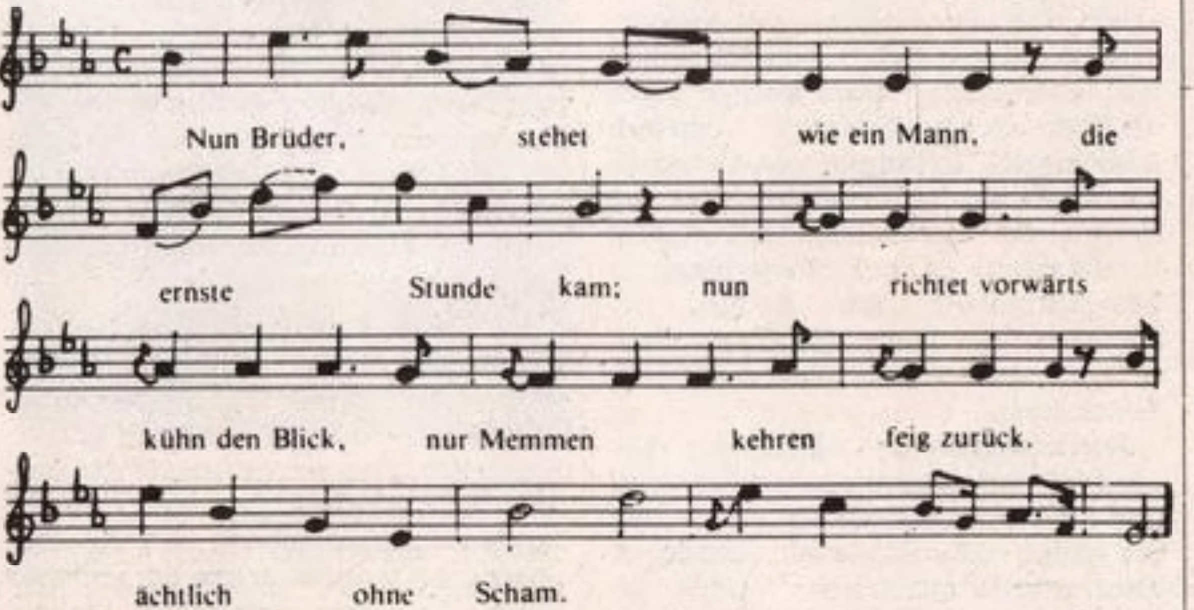
*Archiv des Hanauer Geschichtsvereins: Zieglersche Chronik.*






Am 12. März 1848 kehrte eine Delegation des Hanauer Volksrates aus Kassel zurück mit einer Amnestie für alle wegen der Zollaufstände 1830 Verurteilten. Unterstützt wurden die Hanauer durch die Gelnhäuser, Fuldaer und Kasseler – wie schon 1830. Mitglied der Delegation war August Schärttner, Volksbewaffnungsorganisator und Führer der „Hanauer Turnerwehr" bei den Kämpfen in Baden, er galt in der Region Hanau als Vertreter des „Bundes der Kommunisten".

## Nun Brüder, stehet wie ein Mann




Nun Brüder, stehet wie ein Mann,
die ernste Stunde kam;
nun richtet vorwärts kühn den Blick
nur Memmen kehren feig zurück,
ächtlich ohne Scham.

Es war kein böser Frevelmut,
der in den Streit uns rief.
Weiß Gott, es tat's die bittre Not:
Verkümmern will man uns das Brot!
Das, Brüder, kränkt uns tief.

Und wär es nur das Brot allein,
das trüge man zur Not,
doch unsrer Ehre helles Schild
soll sinken tief in Nacht gehüllt.
Wer fügt sich dem Gebot?

Seht eure Brüder, grau das Haar,
gebrechlich war ihr Leib,
alt wurden sie in Druck und Qual,
sie halten allzumal
zu uns, trotz Kind und Weib.

Die ihr im frischen Jugendschmuck
der Einheit Banner stützt,
Glück auf! Die Palme muß uns blühn,
die düstern Wolken werden flieh'n,
obgleich es jetzt noch blitzt.

Das ganze Deutschland blickt auf uns!
Wenn wir zu Grunde gehn,
dann Glück und Ehre – gute Nacht!
Wir haben's selbst dahin gebracht,
und uns ist recht gescheh'n.

Mitte Juni 1848 gründeten 44 Delegierte, die rund 10000 Druckarbeiter aus 90 Städten vertraten, in Mainz den „National-Buchdruckerverein". Dies war der erste national organisierte Gewerkschaftsverband in Deutschland. Als die Druckereibesitzer dies ablehnten, riefen die Drucker für Anfang August einen gleichzeitigen Streik in allen Städten aus. Der Streik hatte keinen Erfolg, die Kapitalisten schafften es, die einheitliche Front zu spalten. Aber die Arbeiterklasse wurde sich zunehmend ihrer eigenen Interessen bewußt.

*Kuhnke, Klaus: Die bösen alten Lieder. Ahrensburg, Paris 1969.*